Zur europäischen Politik

Unveröffentlichte Dokumente

In amtlichem Auftrage herausgegeben

unter Leitung von

Bernhard Schwertfeger



Band 5

1 9 1 9

Verlag von Reimar Hobbing in Berlin

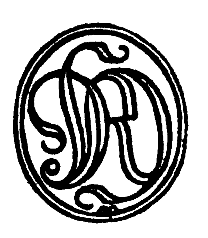
Revanche-Idee und Panslawismus

Belgische Gesandtschaftsberichte zur Entstehungsgeschichte des Zweibundes

In amtlichem Auftrage

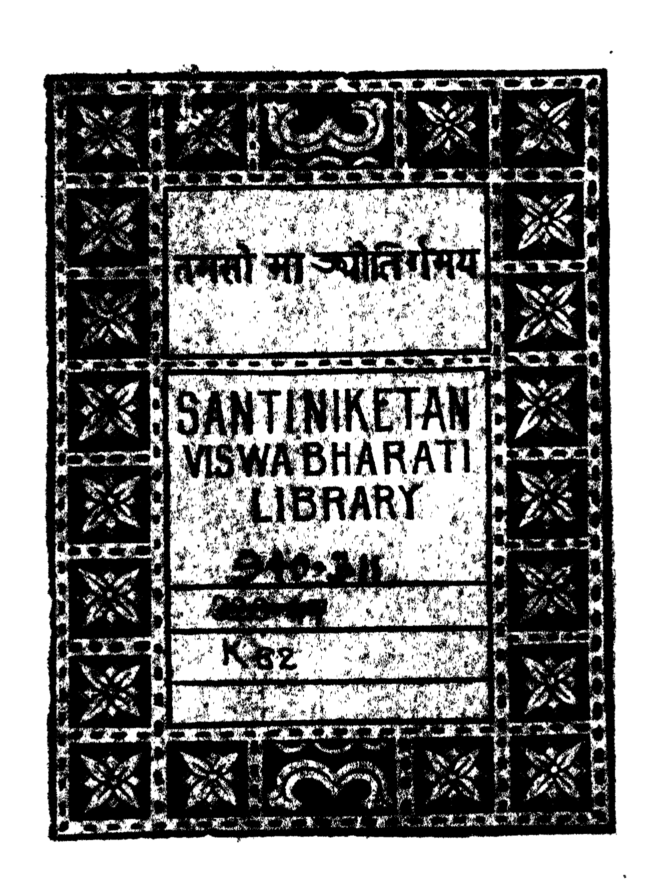
bearbeitet von

Wilhelm Köhler



1919

Verlag von Reimar Hobbing in Berlin


तमसो मा ज्योतिर्गमय
SANTINIKETAN
VISWA BHARATI
LIBRARY
K82

VORWORT DES HERAUSGEBERS.

Die Entstehung der vorliegenden Arbeit geht bis an das Ende des Jahres 1917 zurück. Bei der Durchsicht der belgischen Gesandtschaftsberichte im Ministerium des Äußeren zu Brüssel fand sich eine solche Fülle historisch und politisch wertvollen Stoffes, daß es vom deutschen Standpunkte aus unverantwortlich gewesen wäre, an dieser Quelle vorüberzugehen. Bot sie doch die Möglichkeit, den Gang der geschichtlichen Entwicklung in den Vorjahren des Weltkrieges an der Hand neutraler Berichte nachzuprüfen und festzustellen, wie Deutschlands Lage inmitten der politischen Weltentwicklung seitens einer Reihe von Diplomaten beurteilt worden ist, die — als Vertreter eines zu dauernder Neutralität verpflichteten kleinen Staates — von manchen Dingen gelegentlich mehr erfuhren als die Botschafter und Gesandten der größeren Mächte. Die Erwägung, daß über die Entstehungsgeschichte des Zweibundes in den belgischen Gesandtschaftsberichten wertvolle Aufschlüsse und Urteile enthalten sein müßten, erwies sich als zutreffend. Die darauf bezüglichen wichtigeren Berichte wurden kopiert, die übrigen vom Bearbeiter für eine wissenschaftlich-unparteiische Darstellung ausgewertet.

Der vorliegende Band erweist, wie die belgischen Staatsmänner über die Entstehung des Zweibundes und seine Bedeutung für die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens gedacht haben. Das belgische Material wird objektiv und ohne den leisesten Versuch einer Färbung zu Deutschlands Gunsten vorgelegt; ebenso wie in den vorhergehenden vier Bänden belgischer Zirkulare von 1897—1914 hat sachliche Nüchtern-

keit für Herausgeber wie Bearbeiter das oberste Gesetz gebildet.

Einige Worte zur Ergänzung der den belgischen Gesandtschaftsberichten vorausgestellten deutschen zusammenfassenden Darstellung sind noch notwendig. Der Herr Bearbeiter konnte an französischer Literatur wohl die vor dem Kriege erschienenen Erinnerungen von Freycinet, das Werk von Pierre Albin über den bewaffneten Frieden und die Darstellung Hansens von der Botschaftertätigkeit des Barons v. Mohrenheim in Paris [1]), nicht aber das französische Gelbbuch[2]) über die Entstehung des Zweibundes verwenden. Dieses ist mir erst unmittelbar vor der Niederschrift des Vorwortes bekannt geworden. Der vorliegenden Arbeit gereicht es zum Vorteil, daß sie ohne Kenntnis des französischen Gelbbuches entstanden und so — an der Hand der belgischen Urkunden — ihre eigenen Wege gegangen ist. Sie bedarf nur der Ergänzung in einigen tatsächlichen Einzelheiten, die hiermit nachgeholt sein mögen.

Der erste Textentwurf für die russisch-französische Militärkonvention entstand im August 1891 durch einen Schriftwechsel zwischen dem russischen Minister des Äußeren v. Giers und dem französischen Außenminister Ribot. Einem Schreiben aus Petersburg vom 27. August 1891 war eine Anlage vom 21. August beigefügt, die als Sinn der „entente cordiale" die Aufrechterhaltung des Friedens bezeichnete und für den Fall einer Bedrohung des allgemeinen Friedens, besonders, falls eine der beiden Parteien mit einem Angriff bedroht werde, eine sofortige Vereinbarung der beiden Parteien zu gemeinsamem Handeln vorsah[3]).

Trotz wiederholten Drängens von französischer Seite vermochte erst der zur Teilnahme an den russischen Manövern am 1. August 1892 in Petersburg eingetroffene französische

---

[1]) Vgl. S. 8, Anm. 1, S. 10, Anm. 2 und S. 27, Anm. 2.

[2]) Das französische Gelbbuch verzichtet auf jeden Text. Unter dem Titel „Pages d'histoire — 1914-1918. Troisième livre jaune français. L'alliance franco-russe" teilt es Schriftstücke aus den Jahren 1890—1893 (origines de l'alliance), 1892—1899 (convention militaire), 1912 (convention navale) mit.

[3]) „L'alliance franco-russe", Nr. 17.

Divisionsgeneral Boisdeffre die Angelegenheit weiterzubringen und am 17. August zur schriftlichen Festlegung des „Projektes einer Militärkonvention“ zu gelangen, die er und von russischer Seite der Generalstabschef Obroutcheff vorbehaltlich späterer Ratifikation durch die beiden Minister des Äußeren ohne Datum unterzeichneten[1]). Ein Schreiben des russischen Außenministers Giers vom 27. Dezember 1893 endlich[2]) beruhigte die ungeduldig gewordenen Franzosen darüber, daß der Zar die Abmachungen Boisdeffres mit Obroutcheff vom August 1892 im Prinzip genehmigt habe, so daß der Text der damaligen Abmachung als endgültig angenommen betrachtet werden könne. Die beiden Generalstäbe erhielten damit das Recht, sich jederzeit zu verständigen, und der französische Botschafter zu Petersburg, Montebello, bestätigte amtlich am 4. Januar 1894, daß auch die französische Regierung die Abmachungen der Generalstäbe vom August 1892 nunmehr als bindend ansehe[3]). Eine Bestätigung der gleichen Daten findet sich in einem an den Präsidenten Loubet gerichteten Schreiben Delcassés vom 12. August 1899 und des französischen Ministerpräsidenten Poincaré an den russischen Außenminister Sasonow vom 16. August 1912 gelegentlich des Abschlusses der Marinekonvention[4]), deren Behandlung außerhalb des Rahmens der geplanten Arbeit lag. Die Ausführungen auf den Seiten 119, 133 und 134 sind hiernach zu ergänzen.

Die vorliegenden belgischen Dokumente enthalten ein überaus reiches Material zur Beurteilung der Frage nach den eigentlichen, inneren Entstehungsgründen des Weltkrieges. Sie zeigen unwiderleglich, daß bis in die Sommertage des Schicksalsjahres 1914 hinein kaum ein belgischer Diplomat in Deutschland die Hauptgefahr für den europäischen Frieden erblickt hat. Vielmehr lassen sie alle in klarer, unbeeinflußter Berichterstattung erkennen, daß sie von der französischen Revanche-

[1]) „L'alliance franco-russe“, Nr. 71.
[2]) „L'alliance franco-russe“, Nr. 91.
[3]) „L'alliance franco-russe“, Nr. 92.
[4]) „L'alliance franco-russe“, Nr. 95, bzw. 107.

Politik, vom russischen Panslawismus und von der Einkreisungspolitik König Eduards VII., alles Unheil für die Zukunft erwarten. Deutschland brauchte nur in Ruhe die weitere Entwicklung seiner wirtschaftlichen und finanziellen Macht und seines starken Geburtenüberschusses abzuwarten[1]). Von einer kriegerischen Auseinandersetzung hatte es nichts zu erhoffen.

Möge die nun fertig vorliegende Arbeit dazu beitragen, Deutschland zu einer gerechteren Würdigung seiner Politik in den vergangenen Friedensjahrzehnten zu verhelfen. Es hat Anspruch darauf, denn die Wahrheit muß endlich einmal wieder ihren Einzug in die urteilslos gewordene, haßverwirrte Welt halten.

— Noch einige Worte an die deutschen Leser. Die von mir herausgegebenen Veröffentlichungen „Zur europäischen Politik" enthalten nichts über die Haltung Belgiens uns gegenüber und stehen in keinem — wie immer gearteten — Zusammenhange zu den 1914 erfolgten, auf Erweisung einer belgischen Schuld abzielenden, deutschen Publikationen aus belgischen Archiven. Sie stützen sich vielmehr ausdrücklich auf die neutrale Gewissenhaftigkeit und Glaubwürdigkeit der belgischen Diplomaten.

Ich schließe mit dem Ausdrucke des Dankes an meine Herren Mitarbeiter, die gleich mir einzig den Wunsch hegen, daß unsere Arbeit dazu beitragen möge, unserem in aller Welt verkannten Vaterlande in seiner schwersten Heimsuchung zu helfen. Der Tag muß und er wird kommen, wo die Nebel des Irrtums sich zerteilen und auch der in einem Kampfe ohnegleichen Unterlegene dem Verständnis der Mitlebenden wieder begegnet.

Das walte der Geist der Gerechtigkeit, ohne den das menschliche Wirken Sinn und Ziel auf ewig verlieren müßte.

Bernhard Schwertfeger.

[1]) Siehe Bd. 4, Anlage 95, S. 204 (Bericht des belgischen Gesandten zu Berlin, Baron Beyens, vom 12. Juni 1914).

EINLEITUNG.

AUFGABE UND QUELLEN.

Als im Sommer 1914 der Weltkrieg ausbrach, waren gerade 20 Jahre vergangen, seit die Minister des Auswärtigen von Frankreich und Rußland, Casimir Périer und Baron von Giers, in Paris und Petersburg den Allianzvertrag unterzeichnet hatten, der die Grundlage des Zweibundes bildet. Der Zweibund ist der Kern der Weltkoalition, der die Mittelmächte schließlich erlegen sind. Wer sich über die Vorgeschichte des Krieges Klarheit verschaffen will, wird bei der Entstehung dieses Bündnisses einsetzen müssen. Man soll nicht glauben daß die Beschäftigung mit diesen weit zurückliegenden Dingen lediglich ein Tummelplatz für Scharfsinn und Entdeckerfreude weltfremder Historiker sei. Nein — man wird durch sie recht eigentlich auf die Wurzeln des Weltkrieges zurückgeführt; denn die Kräfte und Tendenzen, die damals sich zusammenschlossen, sind die gleichen, die im Sommer 1914 den Weltkrieg entfesselt haben, und ein gerechtes Urteil über Schuld und Mitschuld an seinem Ausbruch, wie über die deutsche Politik in den beiden Jahrzehnten vor dem unheilvollen 3. August 1914 ist nur dann möglich, wenn diese Wurzeln bloßgelegt sind. Dazu versuchen die folgenden Blätter einen Beitrag zu liefern.

Die Vorgänge jener Zeit um 1890 sind aber durch leidenschaftliche Kämpfe in Öffentlichkeit, Presse und wissenschaftlicher Literatur so schwer erkennbar, teilweise entstellt, andernteils mit Vorurteilen belastet worden, daß es nicht leicht ist, sich ein unbefangenes Urteil darüber zu bilden, wieweit diese Neubildung innerhalb des europäischen Staatengefüges durch Fehler der deutschen Politik begünstigt worden ist. Die Begriffe

der Politik des alten und des neuen Kurses sind durch Bismarck mit ihr aufs engste verknüpft worden, indem er dem „neuen Kurse“ die ganze Last der Verantwortung dafür aufbürdete, daß der Zweibund zwischen Frankreich und Rußland zustande kam. Bis in unsere Tage reichen die Wirkungen dieser Behauptung. Was die hier mitgeteilten neuen Quellen an Material zur Beurteilung der deutschen Politik in diesen Jahren enthalten, durfte deshalb nicht übergangen werden.

Es ist ein ganz besonderer Glücksfall, daß von den Archiven der politischen Ämter, die sonst der Forschung so bald nicht zugänglich zu werden pflegen, durch den Krieg eines, das des Ministeriums des Äußeren in Brüssel, uns zeitweise geöffnet war. Wo könnte man besser als in den Berichten, die die Gesandten des neutralen Staates Belgien in jenen Jahren aus den verschiedenen Hauptstädten Europas schrieben, unparteiischen Aufschluß finden über die treibenden Kräfte, die politischen Mittel und Ziele, die zum Abschluß des Zweibundes geführt haben, und ebenso über das Verhalten der deutschen Politik zu dieser Entwicklung vor und nach Bismarcks Entlassung?

Leider sind die Berichte der verschiedenen Gesandtschaften in dieser Zeit recht ungleichwertig. Die Mitteilungen aus Paris, von denen man besonders wichtige Aufschlüsse erwarten könnte, sind überaus dürftig an Mitteilungen über alle Vorgänge der äußeren Politik. Erst vom Jahre 1887 an bieten sie überhaupt für die Vorgeschichte des Zweibundes wenigstens einiges Material.

Wir sind heute nicht die ersten, die das beklagen. Der greise Baron Beyens, der Belgien von 1864 bis 1895 durch alle politischen Umwälzungen hindurch in Paris vertrat, konnte sich offenbar Freiheiten herausnehmen, die einem anderen nicht durchgegangen wären. Als am 28. März 1885 die politische Abteilung des Außenministeriums in Brüssel dem Fürsten de Chimay, dem belgischen Minister des Auswärtigen, in einer Note mitteilte, daß „im allgemeinen die politische Korrespondenz der Pariser Gesandtschaft so gut wie gleich Null sei; Baron Beyens behaupte, die Schnelligkeit der Verbindungen zwischen Paris

und Brüssel und die Art der Nachrichtenübermittlung an die öffentlichen Agenturen mache seine politischen Depeschen absolut unnütz"[1]), da war es fast ein Jahr her, daß die letzte schriftliche Mitteilung von der Gesandtschaft in Paris eingelaufen war; und das waren ein paar Begleitzeilen vom 25. Mai 1884 zu einem gedruckten Sitzungsprotokoll der Kammer. Durch mehr oder weniger deutliche Mahnungen suchte das Ministerium für regere Berichterstattung zu sorgen; für einige Zeit pflegten sie eine, freilich bescheidene Wirkung zu erzielen. Bei solchen Gelegenheiten ließ man auch einfließen, daß selbst die eingehenden Berichte berechtigten Erwartungen keineswegs durchaus entsprachen. Besonders vermißt wurden eigene Urteile des Gesandten und alles das, was eben den diplomatischen Bericht von der Berichterstattung der Zeitung unterscheidet; einmal, ebenfalls im Jahre 1885, wird Beyens mit einigem Nachdruck darauf hingewiesen, daß auch Nachrichten über die auswärtige Politik der Republik von seiner Seite ganz ausblieben: „Es ist unsere Pflicht, uns um die mehr oder weniger freundschaftlichen Beziehungen, die sie zu den anderen Großmächten und in erster Linie zu Deutschland und England unterhält, zu kümmern und uns mit den Bündnissen zu beschäftigen, die sie vielleicht zu schließen versuchen könnte... Niemand ist besser als Sie in der Lage, über alle Wechselfälle des politischen Lebens der europäischen Mächte nützliche Erkundigungen einzuziehen und wertvolle persönliche Ansichten zu äußern."[2]) Nach

[1]) «En général, la correspondance politique de la Légation de Paris, est à peu près nulle. M. le Baron Beyens soutient que la rapidité des communications qui existent entre Paris et Bruxelles et la manière dont les agences de publicité sont renseignées rendent des dépêches politiques absolument inutiles.» Note pour le Ministre; Brüssel, 28. 3. 1885.

[2]) «Les questions auxquelles le Cabinet de Paris se trouve mêlé ne peuvent nous être indifférentes. Bien que l'influence de la France soit moins prépondérante aujourd'hui qu'autrefois, ce n'en est pas moins un impérieux devoir pour nous de suivre d'un œil vigilant l'attitude de cet état dans les affaires internationales et notamment dans celles de l'Egypte auxquelles se rattache sa politique coloniale sur les bords de la Méditerranée; il ne nous est pas permis de nous désintéresser des rapports plus ou moins amicaux qu'il entretient avec les autres grandes puissances et

dieser Seite sind die Ermahnungen aus Brüssel ziemlich fruchtlos geblieben. Wir sind genötigt, für die Fragen der internationalen Politik in erster Linie die Berichte anderer Gesandtschaften heranzuziehen; aber das gleiche gilt leider auch für wichtige Phasen der inneren Politik Frankreichs. Beyens fehlte der Blick für das politisch Wesentliche; Kammergezänk und Parteiintrigen überwuchern ihm politische Erscheinungen, deren Bedeutung sich in der Zukunft gezeigt hat. So kommt es, daß seine Berichterstattung, auch abgesehen von ihrer Spärlichkeit, nur ein lückenhaftes Bild der Vorgänge in Frankreich gibt.

Aus Petersburg gingen die Mitteilungen in Brüssel zwar regelmäßig ein. Aber von den Absendern überragte nach dem, was wir von ihnen an Schriftstücken besitzen, keiner das Niveau eines guten Durchschnittsdiplomaten, und vor allem machte sich zuweilen bemerkbar, daß die Gesandten in schnellem Wechsel aufeinanderfolgten und kaum Zeit hatten, sich in die schwierigen Petersburger Verhältnisse genügend einzuleben. Der Nachfolger des alten Grafen Errembault de Dudzeele ist im Januar 1888 Eygermont [1]), den nach kaum zehn Monaten im Oktober des gleichen Jahres der Baron Pitteurs-Hiegaerts ablöst. Aber schon im August 1890 findet ein neuer Wechsel

principalement avec l'Allemagne et l'Angleterre, et ne pas nous préoccuper des alliances qu'il chercherait à contracter . . .

. . . Enfin nul n'est mieux placé que vous pour recueillir d'utiles indications et noter de précieuses opinions personnelles sur tous les incidents de la vie politique des puissances européennes.» Schreiben des belgischen Ministers des Auswärtigen, Fürsten von Chimay, an Baron Beyens; Brüssel, 2. Juli 1885.

[1]) Näheres über Eygermont war nicht zu ermitteln. Wahrscheinlich hat er nach dem Abgange des Grafen Errembault de Dudzeele die Geschäfte der Gesandtschaft nur vorübergehend geführt.

Das „Annuaire diplomatique et consulaire" (Bruxelles 1914) führt unter den nicht aktiven Mitgliedern des diplomatischen Korps (S. 179) einen „conseiller de légation" Eygermont auf, der vom 6. Mai 1887 bis zum 15. Januar 1889 — also während der hier in Frage kommenden Monate — im aktiven diplomatischen Dienst gestanden haben soll. Die Petersburger Berichte (Anlagen Nr. 38, 40, 42, 43, 46, 48, 49, 50) sind deutlich „Eygermont", nicht „Eggermont" unterzeichnet. (Anm. des Herausgebers.)

statt; der kurz vorher erst zum Legationsrat ernannte C. de Vinck übernimmt die Gesandtschaft und leitet sie bis zum Frühjahr 1895. Immerhin sind die Petersburger Berichte doch wesentlich ergiebiger als die des Baron Beyens aus Paris, und einzelne von ihnen fassen die Eindrücke von politischen Vorgängen und von den Stimmungen in der russischen Gesellschaft und im Volke zu Darstellungen zusammen, denen ein bedeutender Quellenwert nicht abzusprechen ist.

Es liegt wohl nicht an der Verschiedenartigkeit der Persönlichkeiten allein, daß die Berichte der belgischen Gesandten in Berlin, des Grafen van der Straten-Ponthoz und vom April 1888 an des Barons Greindl, des eifrigsten Berichterstatters von allen, weit regelmäßiger und umfassender über alle Vorgänge auf dem Gebiete der internationalen Politik dieser Jahre Auskunft geben als die aus den anderen Hauptstädten. Gewiß hatten diese beiden Gesandten, und in besonderem Maße wohl der seinem verdienten Vorgänger noch überlegene Greindl, sich die wertvollsten Beziehungen zu Berliner Regierungskreisen zu verschaffen verstanden, genossen sie das weitgehende Vertrauen der deutschen Staatsmänner, das ihrem klaren und unbefangenen Urteil die verschlungenen Fäden der internationalen Politik entwirren half. Aber es ist doch wohl auch der Ausdruck für die Machtstellung Bismarcks, in dessen Hand alle die Fäden zusammenliefen, wenn die Berliner Berichte der achtziger Jahre die ergiebigste Quelle für die Erscheinungen des politischen Lebens der Zeit sind. Berlin war der Mittelpunkt der internationalen Politik, war die Warte, von der ein Botschafter, der den Blick dazu hatte, das politische Treiben überschauen konnte. Darum wurden auch wichtige Nachrichten, die von einem anderen Posten in Brüssel einliefen, dem Berliner Gesandten zur Information oder zur Stellungnahme mitgeteilt, in weit ausgedehnterem Maße, als das bei den anderen Gesandtschaften geschah.

Gegen die Berichte dieser drei Gesandtschaften treten die aus Wien und London zurück; sie ergaben geringere Ausbeute für die Vorgeschichte des Zweibundes und sind nur als Ergänzung zum übrigen Material gelegentlich herangezogen worden.

Im ganzen genommen darf man eine Fülle neuer Tatsachen, überraschender Aufschlüsse von diesen Quellen nicht erwarten in Angelegenheiten, bei denen die belgische Politik nicht mithandelnd beteiligt war. Ihr Wert liegt in der zusammenfassenden Darstellung und Beurteilung politischer Zustände; selten geben sie mehr. Aber nach dieser Seite sind sie auch eine wertvolle Kontrolle und Ergänzung der spärlichen sonstigen Quellen zur neuesten Geschichte, über die wir verfügen, vor allem der nur langsam sich erschließenden Memoirenliteratur.

Diese neuen Quellen der Öffentlichkeit und der Forschung zugänglich zu machen, war die Hauptaufgabe für den Bearbeiter. Es galt, aus der Fülle der belgischen Gesandtschaftsberichte diejenigen herauszugreifen, die über das Wachsen der Gegensätze zwischen Rußland und Deutschland und die Haltung der deutschen Politik Aufschluß geben und von Bedeutung für die Vorgeschichte und Entstehung des Zweibundes sind; der Text sucht diese Stücke in einen Zusammenhang zu stellen, der sich von jeder willkürlichen Interpretation fernhält und sein Ziel in strengster Objektivität sieht. Da viele Berichte das Thema, das auf den folgenden Seiten behandelt wird, nur im Vorübergehen streifen, sonst aber sich, oft in seitenlangen Ausführungen, mit ganz anderen politischen Vorgängen und Fragen beschäftigen, mußte häufig die Anführung der in diesem Zusammenhange allein interessierenden Stelle aus einem Bericht als Fußnote genügen. Andere Berichte sind in wörtlichem Abdruck zeitlich geordnet dem Buche als Anlagen beigegeben.

Es wäre von Interesse gewesen, das belgische Material mit dem Inhalte des Gelbbuches über die französisch-russische Allianz zu vergleichen, das Ende 1918 von der französischen Regierung herausgegeben worden ist. Darauf mußte verzichtet werden, weil das Gelbbuch in Deutschland noch nicht zu erlangen ist[1]). So bilden denn die belgischen Gesandtschaftsberichte die einzige Quelle für die Untersuchung. Nur hin und wieder sind ergänzende Angaben der Literatur entnommen worden, wo den Gesandten Wichtiges verborgen blieb, was an anderer Stelle

---

[1]) Vgl. hierzu Vorwort, S. VI ff. und S. 134, Anm. 1.

inzwischen zutage getreten ist. Solche Ergänzungen waren in erster Linie bei den Pariser Berichten notwendig, wie sich aus ihrer oben bereits gekennzeichneten Eigenart erklärt. Es trifft sich günstig, daß unmittelbar vor dem Kriege der Band von Freycinets Erinnerungen erschienen ist, der diese Periode behandelt und wertvolle Bekenntnisse und Beiträge des französischen Staatsmannes zum Zweibund-Thema bringt.

Eine Auseinandersetzung mit den Anschauungen und Urteilen, die von den verschiedenen Darstellern der politischen Vorgänge dieser Zeit und in erster Linie von Bismarck selbst in den Jahren der Friedrichsruher Zurückgezogenheit geäußert worden sind, ist durchaus vermieden worden. Es galt, wie zum Schlusse noch einmal betont sein möge, einzig und allein, die belgischen Gesandtschaftsberichte, die zur Verfügung standen, so auszuschöpfen, daß möglichst alles Wesentliche, was sie zu den entscheidenden Fragen an Material zu liefern vermögen, dem Leser zu eigenem Urteil vorlag. Nur auf diese Weise konnte der besondere Wert ihres Zeugnisses erhalten und eine persönliche Färbung durch den Bearbeiter nach Möglichkeit vermieden werden.

KAPITEL I.

DIE REVANCHE-IDEE
(1885—1889).

Der Name Charles de Freycinet, der zwischen den Jahren 1877 und 1899 zwölfmal Ministerpräsident, Minister des Äußeren und Kriegsminister war und von 1885—1893 bis auf eine kurze Zwischenzeit ohne Unterbrechung der Regierung angehörte, wird in den belgischen Gesandtschaftsberichten kaum je in unmittelbare Verbindung mit der Vorgeschichte des Zweibundes gebracht. Er selbst hat sein Verdienst um dieses Werk der französischen Diplomatie anders gewertet; er erzählt in seinen „Erinnerungen"[1], daß er, eben im Dezember 1879 Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen geworden, auf unverbindliche Annäherungsvorschläge des russischen Botschafters, Fürsten Orloff, von denen wir aus deutschen Quellen bereits wußten[2], schon im Jahre 1880 mit einem Programm

[1]) C. de Freycinet, Souvenirs, Bd. II, 1878—1893, Paris 1913.

[2]) s. Hermann Oncken, Das alte und das neue Mitteleuropa, Gotha 1917, S. 17. Ein Bericht des damaligen belgischen Gesandten in Berlin, Baron Nothomb, an den Minister Frère-Orban vom 6. März 1880 erwähnt diese Annäherung Rußlands an Frankreich ebenfalls: «L'alliance russo-française continue à être le grand épouvantail; cette crainte justifie l'entente austro-allemande qui est un coup de maître du Prince de Bismarck, d'après le sentiment général. On va jusqu'à croire que pendant l'été dernier des propositions formelles ont été faites par la Russie à la République française. Gambetta s'y serait montré favorable; Waddington s'y serait refusé; ce serait le motif véritable de sa retraite.» Über Lage und Stimmung Frankreichs sagt derselbe Bericht: «L'Allemagne est un parvenu et la France est déchue; elle a perdu la haute position qu'elle avait depuis Louis XIV; elle est résignée, mais en apparence seulement. Le sentiment de l'irréparable n'est pas encore entré dans les esprits.»

geantwortet habe, das zum späteren Zweibund führen sollte: „Mit Sorgfalt alle Gelegenheiten wahrnehmen, die die Sympathien zwischen beiden Regierungen fördern können; nichts davon laut werden lassen, denn man muß vorsichtig vorgehen, weil rings böser Wille lauert, der unsere Versuche zum Scheitern bringen kann.“ Er erinnert sich dabei eines Wortes seines Vorgängers im Ministerium des Auswärtigen, Waddington, der ihm bei Übergabe des Amtes sagte: „Ich glaube, daß Rußland einer Annäherung geneigt ist, aber Fürst Bismarck belauert uns. Wenn ein Vertrag zwischen Rußland und Frankreich droht, könnte er sich zur Eröffnung der Feindseligkeiten entschließen[1].“ Als eine vorsichtige, sehr langsame, aber ganz zielbewußte Verwirklichung dieses Programmes, das er nicht aus dem Auge gelassen habe, ob er nun als Ministerpräsident und Minister des Äußeren unmittelbar an ihr arbeiten konnte oder als Kriegsminister mehr mittelbar, stellt Freycinet seine auswärtige Politik in der Hauptsache dar, der danach füglich einer der Schöpfer des Zweibundes genannt werden kann. Denn wenn auch der Gedanke eines Zusammenschlusses beider Mächte bis zur großen Niederlage Frankreichs zurückreicht und seither hie und da zum Ausdruck gekommen war[2], so kommt doch mit Freycinet erst Zusammenhang und Methode in das Verhalten der französischen Regierung gegenüber Rußland, beginnt mit ihm erst planmäßige Arbeit an der Überwindung der Widerstände und geschicktes Werben um die Gunst des anderen Teiles.

[1]) Freycinet a. a. O., S. 109.

[2]) Belege dafür fehlen auch in den älteren belgischen Gesandtschaftsberichten nicht; als Probe sei auf eine Stelle eines Berichtes des belgischen Gesandten in London Solvyns vom 15. Januar 1877 hingewiesen, in der Frankreichs Haltung auf der Konstantinopler Konferenz gekennzeichnet wird: «La France préoccupée de sa pensée de revanche et se flattant de trouver plus tard un allié utile à St. Pétersbourg, se promettait de ne rien négliger pour prévenir un conflit où se dépenseraient inutilement pour elle des forces et des ressources dont elle voudrait se réserver le concours, lorsqu'elle sera prête à entrer en campagne . . . Le Plénipotentiaire français combattit aussitôt l'attitude prise par l'Autriche. Il avait à cela un double intérêt: celui de déserrer un peu plus l'alliance des trois Empereurs et celui de faire acte de bon vouloir à l'égard de la Russie.»

Er mochte, feinfühlig für die Stimmung des Volkes, sich als Vertreter und Sprecher starker, allerdings noch wenig in der breiten Öffentlichkeit hervortretender Kräfte der Nation fühlen, als er Anfang 1880 jenes Programm der Annäherung dem Fürsten Orloff entwickelte. Seine Verwirklichung war freilich zunächst nicht möglich. Die Ministerien wechselten in Paris wie die Jahreszeiten. Die wenigen Monate, die dem Ministerium Freycinet in den Jahren 1880 und 1882 geschenkt waren, konnten höchstens zu vorbereitender Tätigkeit genügen. Von 1883 bis 1885 führte Jules Ferry die französische Politik auf ganz andere Bahnen; die großen Kolonialunternehmungen machten die deutsche Freundschaft wichtiger als die russische. Dazu kamen Zwischenfälle in Frankreich, wie die Hartmann-Affäre, und Widerstände verschiedener Art in Petersburg, die sich allen Plänen und Programmen hindernd in den Weg legten.

Aber Ferrys Versuch, der Nation neue Ziele zu zeigen, ihr Vergessen und Entschädigung für die verlorenen Provinzen in einem mächtigen Kolonialreiche zu verheißen, endet mit seinem dramatischen und fast tragischen Sturz im März 1885. Er wird davongefegt von der Welle der Reaktion gegen die Politik des Einvernehmens mit Deutschland, und die gleiche Welle trägt Freycinet wieder empor. Ein neuer Abschnitt in der französischen Geschichte hatte begonnen; denn Ferrys Ende mußte auf lange hinaus eine warnende Mahnung für seine Nachfolger sein. Die Nation hatte den als Verräter und „Preußen" gebrandmarkt, dessen Politik als Anerkennung des Frankfurter Friedens aufgefaßt werden konnte[1]).

[1]) Ein Franzose, der sich bemüht unparteiisch zu urteilen, sagt von dieser Bewegung: „Die Revanche-Idee ist wieder erstanden, breitet sich aus. Es bildet sich eine Strömung, die breiter und breiter, mächtiger und mächtiger wird. Niemand weiß, welche Richtung sie nehmen wird; aber sie ist deshalb um so gefährlicher, und man wird mit ihr rechnen müssen. Die Regierungen, die während der folgenden fünf Jahre einander ablösen, werden die natürlichen Kräfte dieser Strömung einerseits mit den Forderungen der europäischen Lage und andererseits mit den richtig eingeschätzten Eigentümlichkeiten des Landes in Einklang zu bringen haben." S. Pierre Albin, La paix armée. L'Allemagne et la France en Europe (1885—1894), Paris 1913, S. 12.

Die belgischen Gesandtschaftsberichte aus Paris schweigen über die tieferen Ursachen von Ferrys Sturz, aber der Berliner Gesandte weist 1886 auf das Aufsteigen der nationalistischen Strömung in Frankreich hin, als die Wirkungen dieses neuen politischen Elements auch dort so fühlbar wurden, daß er Veranlassung hatte, sich mit ihm zu beschäftigen. Seit dem Frühjahr 1886 spricht er in seinen Berichten von den Gerüchten einer Abberufung des französischen Botschafters Baron de Courcel aus Berlin; im Herbste des Jahres teilt er mit, daß Herbette an de Courcels Stelle getreten ist, und in diesem Personenwechsel sieht er einen Vorgang von Bedeutung, den nur die Aufmachung offiziöser französischer Auslassungen mit Familienrücksichten begründet. Er weiß aus Äußerungen de Courcels selber, daß sein Rücktritt in Wahrheit andere Ursachen hat: „Bei seinem Amtsantritt (1882) war es sein Ehrgeiz, die beiden Nationen miteinander zu versöhnen. Er mußte erkennen, daß dieser Versuch scheiterte. Er sieht sich heute auf dem gleichen Punkt wie im Anfang . . . Der Kaiserliche Hof, die Berliner Gesellschaft, Fürst Bismarck, die Regierung bereiteten ihm die warmherzigste Aufnahme, und diese Gesinnung hat sich immer als echt erwiesen. Auch die Beziehungen der beiden Regierungen sind immer zufriedenstellend gewesen; aber die der beiden Nationen sind und bleiben gespannt. Er sieht es voraus, daß das Anwachsen der deutschfeindlichen Kundgebungen in Frankreich und ihre Rückwirkungen seine Stellung in Berlin unhaltbar machen müssen. Er nimmt ohne Zweifel die Gelegenheit wahr, um sich zu günstiger Stunde zurückzuziehen[1].“ Bei Herbettes Amtsantritt spricht der Gesandte die Befürchtung aus, daß die französische Presse und die Anhänger der Revanche

[1]) «Il est certain qu'il y a en France à l'égard de l'Allemagne une recrudescence de chauvinisme à laquelle les Allemands se montrent fort sensibles . . . Une confidence qui vient de m'être faite me laisse cependant des doutes sur une longue durée du séjour du Baron de Courcel à Berlin. Il y a deux ou trois mois l'Ambassadeur s'est ouvert à un confident sur les déceptions qu'il éprouvait après quatre années de résidence à la Cour Impériale. Son ambition en y arrivant était de parvenir à réconcilier les deux nations. Il devait reconnaître qu'il avait échoué. Il se retrouvait aujourd'hui à son point de départ. Il se fatiguait d'un travail stérile

ihn ebenso in seiner Mission hemmen würden wie seinen Vorgänger de Courcel, den sie schließlich zum Rücktritt veranlaßt hätten[1]). Was man dem Fürsten Hohenlohe im November 1886 von Herbette in Paris erzählte, spricht aber dafür, daß nicht einfach die Personen gewechselt hatten, sondern die Mission selber eine andere geworden war: „Herbette ist ein gefährlicher Mann, der einen gewissen diplomatischen Tatendurst hat. Er soll nach Berlin gegangen sein in der Überzeugung, daß es ihm gelingen werde, das Rapprochement zwischen Rußland und Frankreich als etwas Harmloses, Annehmbares erscheinen zu lassen[2])."

Hohenlohe war ohne Frage gut unterrichtet über Herbettes Aufgabe und die Absichten der französischen Regierung. Im September hatte sich trotz des Zaren Widerspruch auch in Petersburg ein Botschafterwechsel vollzogen, der mit diesen Plänen zusammenhing; der General Appert war durch De Laboulaye ersetzt worden. Es ist Freycinet, der die Figuren austauschte, um die Partie fortzusetzen, die er 1882 hatte abbrechen müssen. Das Programm von 1880 sollte verwirklicht werden; darum mußten die Männer weichen, die Ferrys Politik in Berlin und Petersburg vertreten hatten. Freycinet sagt in seinen

auquel il sacrifiait le soin de ses affaires, les goûts de sa femme et souvent ses sentiments de père de famille. La Cour Impériale, la société de Berlin, le Prince de Bismarck, le Gouvernement lui avaient fait l'accueil le plus sympathique et ces dispositions ne s'étaient jamais démenties. Les rapports entre les deux gouvernements avaient toujours été convenables, mais les deux nations étaient restées et restent en mauvais termes. Le Baron de Courcel peut prévoir le moment où des manifestations croissantes d'antipathies françaises pour l'Allemagne et les représailles qui en seraient la suite lui deviendraient désagréables à Berlin. Il se ménage sans doute l'occasion de se retirer à l'heure opportune.» Berlin, 5. März 1886.

[1]) «Il est donc très possible que la presse française et les partisans de la revanche entravent la mission de pacification de M. Herbette et la politique conciliante de M. de Freycinet en froissant chaque jour les sentiments allemands. Le Baron de Courcel a rencontré de tels obstacles à Berlin. Ils ont été la principale cause de sa retraite.» Berlin, 29. Oktober 1886. — Eine etwas abweichende Darstellung von de Courcels Rücktritt gibt Albin a. a. O., S. 32—34.

[2]) Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 401 (Journal; Paris, 10. November 1886).

Memoiren selbst, daß er die Beziehungen zu Deutschland als „lästige Bande“ gelöst habe, als er 1885 das Ministerium des Äußeren nach dem Sturz Ferrys übernahm. Die Aufgabe, die nun dem Berliner Botschafter zufiel, wurde von Hohenlohes Quelle richtig umschrieben. Frankreich wollte aller Verpflichtungen ledig sein; aber Bismarcks Mißtrauen durfte nicht vorzeitig erregt werden. Denn es schien im Herbst 1886, als wenn die Stunde gekommen war, das Programm von 1880 wieder aufzunehmen. Im Osten waren inzwischen Dinge geschehen, die auf die Beziehungen der Großmächte zueinander die stärkste Rückwirkung ausübten.

Beim Amtsantritt Freycinets im Frühjahr 1885 konnte das Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland noch als so eng und fest gegründet gelten, daß an eine Annäherung zwischen Frankreich und Rußland kaum zu denken war. Während der letzten Jahre waren zwar einige besorgniserregende Erscheinungen in der russischen Öffentlichkeit hervorgetreten, von denen noch zu sprechen sein wird, weil auch die belgischen Gesandten an ihnen nicht vorübergingen. Aber es war auch bekannt, wie sehr Zar Alexander III. seinen Großonkel Kaiser Wilhelm I. verehrte. Ein Jahr nach Alexander III. Thronbesteigung war außerdem an Gortschakoffs Stelle Nikolaus von Giers Minister des Auswärtigen geworden, der als Freund Deutschlands galt. Im März 1884 hatten Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland ein Neutralitätsabkommen geschlossen, das erst 1887 ablaufen sollte. Man durfte glauben, daß auch die Erbitterung gegen Deutschland, mit der Rußland das Ergebnis des Berliner Kongresses hingenommen hatte, vergessen war. Wie wollte unter diesen Umständen Freycinet Mittel und Wege finden, sich Rußland zu nähern?

Da zerriß, sechs Monate nachdem Freycinet das Ministerpräsidium von neuem übernommen hatte, am 18. September 1885 Alexander von Battenberg durch die überraschende Besetzung Philippopels und die Angliederung Ostrumeliens an Bulgarien das künstliche und mühselige Werk der europäischen Diplomatie auf dem Balkan, und mit einem Schlage flammte der schlummernde Widerstreit russisch-österreichischer Orient-

interessen auf. Die Entwicklung der bulgarischen Krise, die sich als roter Faden durch die Vorgeschichte des Zweibundes hindurchzieht, hat die folgenschwerste Rückwirkung auf Rußlands Verhältnis zu Deutschland und Österreich-Ungarn gehabt; mit ihr beginnt eine neue Periode der politischen Voraussetzungen im Osten, ähnlich wie Ferrys Sturz im Frühjahr einen neuen Zeitabschnitt der westlichen Politik eingeleitet hatte. Hier wie dort brechen plötzlich politische Instinkte hervor, denen die Zentralmächte als feindlicher Widerstand erscheinen, der gebrochen werden muß. Revanche-Idee und Panslawismus, nicht erst entstehend, aber wie aus einer Zwischenzeit tatenloser Ruhe erwachend, wachsen seit diesem unheilvollen Jahre 1885 langsam zu zukunftbestimmenden Mächten an. Und sofort äußert sich, zuerst vereinzelt und zaghaft, dann deutlicher und in wachsender Stärke, auf beiden Seiten die Tendenz zum Zusammenschluß.

Die bulgarische Krise in ihren einzelnen Phasen darzustellen, ist hier nicht der Ort. In die Anlagen ist eine Anzahl von belgischen Berichten aufgenommen, in denen sich die Rückwirkung der Balkanvorgänge auf die internationale Politik spiegelt, die Stellungnahme der einzelnen Großmächte und besonders die Rolle Rußlands gekennzeichnet ist[1]).

„Ich glaube darauf hinweisen zu müssen,“ schreibt im Sommer 1886 der belgische Gesandte in Petersburg, Graf Errembault de Dudzeele, der schon mehrfach auf Ausfälle gegen Österreich in der russischen Presse aufmerksam gemacht hatte, in einem seiner Berichte, „daß in der öffentlichen Meinung oder, um einen zutreffenderen Ausdruck zu gebrauchen, in dem kleinen Teil der Nation, der sich mit Politik beschäftigt, sehr große Erbitterung herrscht. Man sieht Tag für Tag eines der Ergebnisse des letzten Krieges nach dem anderen zunichte werden, und da dieser Auflösungsprozeß sich sozusagen unter der

[1]) Anl. 1, S. 137 (Petersburg, 4. Juli 1886). — Anl. 2, S. 140 (Sofia, 6. Juli 1886). — Anl. 3, S. 142 (Petersburg, 27. Juli 1886). — Anl. 5, S. 146 (Wien, 23. August 1886). — Anl. 6, S. 147 (London, 25. August 1886). — Anl. 10, S. 153 (Wien, 25. Oktober 1886).

Flagge des Dreibundes vollzieht[1]), werden die Sympathien der Nation für dieses Bündnis, die übrigens niemals sehr groß gewesen sind, immer geringer und schlagen in offenen Gegensatz um[2]).“

Das Verhängnisvolle der Lage war, daß die Bulgaren selber von der russischen Vormundschaft nichts wissen wollten[3]), sondern mit Festigkeit und Geschick ihre eigene nationale Politik zu treiben entschlossen waren. Mit dem Scheitern aller Versuche, in die Geschicke des Landes wirksam einzugreifen, wuchsen aber naturgemäß Erbitterung und Enttäuschung in Rußland. Am 27. Juli ist die Zuversicht des belgischen Gesandten in Petersburg auf das Überwiegen der gemeinsamen Bedürfnisse der auf dem Balkan interessierten Mächte, auf das er anfangs gebaut hatte, schon viel geringer als in dem erwähnten ersten Bericht: „Bei dem Zustande von Nervosität, in dem sich die russische Nation befindet, ist die Vermutung berechtigt, daß sie weiteren Ungehorsam des Prinzen Alexander nicht ertragen würde. Wenn er sich etwa zum König und unabhängig erklären ließe, würde die Verdrängung des russischen Einflusses zu offenkundig vor aller Augen liegen, das Selbstgefühl Rußlands und

[1]) Gemeint ist der Dreikaiserbund, nicht das seit 1882 bestehende Bündnis zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien.

[2]) Anl. 1, S. 137 (Petersburg, 4. Juli 1886).

[3]) Das wird besonders im Bericht des belgischen Generalkonsuls aus Sofia betont; s. Anl. 2, S. 140 (Sofia, 6. Juli 1886). Ähnlich äußert sich der Gesandte in Wien am 29. August 1886: «La Russie a été trompée par ses Agents qui, ainsi que cela lui est déjà arrivé souvent, se sont plus pour complaire au Czar à représenter la Bulgarie comme étant beaucoup plus favorable à ses désirs qu'elle ne l'est en réalité. Ils ont méconnu les aspirations de ce peuple plus pénétré depuis son émancipation, ainsi que cela arrive d'ordinaire, de la satisfaction de son indépendance que de sentiments de reconnaissance envers son libérateur. Ne doutant pas du succès de leur entreprise ils ont compromis maladroitement leur Gouvernement en conspirant sous main avec des mécontents sans appui réel dans le pays.» Nach den belgischen Berichten aus Petersburg, Sofia und Wien hat England, das 1885 in Persien mit Rußland zusammengestoßen war, der Aufstandsbewegung vermutlich nicht ferngestanden und sich auf jeden Fall bemüht, den Konflikt zwischen Österreich und Rußland zuzuspitzen; s. dazu Anl. 10, S. 153 (Wien, 25. Oktober 1886).

des Zaren zu grausam verletzt sein, als daß nicht eine aktive Einmischung eintreten würde[1])." Im Dezember 1886 hat er keine Hoffnung mehr, daß die Gegensätze zwischen österreichischen und russischen Interessen auf dem Balkan auf friedlichem Wege auszugleichen wären: „Nach meinem persönlichen Empfinden wird in absehbarer Zeit der Krieg unvermeidlich sein ... Dieser Krieg ist nicht gerade bevorstehend, aber nichtsdestoweniger ist zu befürchten, daß er sich als logische Folge aus der Lage notwendig ergeben muß. Deshalb rüstet man sich auf ihn in Rußland ebenso wie in Österreich[2])."

Auch die Berichte aus Wien lauteten ernst genug. „Seit den Ereignissen in Bulgarien", heißt es in einem Schreiben vom 7. August 1886, „sucht Rußland wohl noch nicht offen seine Vormachtstellung in Sofia wiederzuerlangen, aber es ist der Ansicht, daß der Dreibund seine Politik auf der Balkanhalbinsel zunichte macht, und bekundet, ohne sich von ihm loszusagen, daß es nicht gewillt ist, seine traditionelle Orientpolitik ernstlich einschränken zu lassen. Die Beziehungen der drei Kaiserhöfe bleiben scheinbar zufriedenstellend, aber die russische Presse darf ungehemmt ihre panslawistischen Ansprüche und ihre Deutschland und vor allem Österreich wenig sympathischen Gefühle aussprechen ... Sie hält mit ihrer Neigung zu einem französisch-russischen Bündnis nicht zurück[3])."

Konnte sich Freycinet günstigere Gelegenheit wünschen, die Annäherung an Rußland von neuem zu versuchen? Die Antwort gibt er selber: „Wir beschlossen, ohne aus der notwendigen Zurückhaltung herauszutreten, die sich bietenden Gelegenheiten zu benutzen, um uns Rußland angenehm zu erweisen, dem die französischen Sympathien sich immer mehr zuwandten[4])." Wie das geschah, hat Albin nach dem französischen Gelbbuch von 1886 erzählt[5]). Mit Methode und Geschick ordnete Freycinet seine Figuren zu dem von Bismarck freilich sofort durch-

[1]) Anl. 3, S. 142 (Petersburg, 27. Juli 1886).
[2]) Anl. 11, S. 155 (Petersburg, 3. Dezember 1886).
[3]) Anl. 4, S. 144 (Wien, 7. August 1886).
[4]) Freycinet a. a. O., S. 305.
[5]) Albin a. a. O., S. 242.

schauten Spiel: Zusammengehen von Frankreich und Rußland zur Schachansage an Deutschland[1]).

Als Freycinet im Dezember 1886 zurücktreten mußte, war allerdings sein politisches Programm von 1880 äußerlich noch kaum um einen Schritt weitergekommen. Ein Dankbrief des russischen Botschafters in Paris an ihn, für seine Haltung in der bulgarischen Frage, war das greifbarste Ergebnis[2]). Doch war unverkennbar ein Fortschritt gemacht worden. Die politischen Kräfte, die Rußland aus dem Verband der drei Kaiserreiche loszulösen bestrebt waren, hatten einen mächtigen Antrieb bekommen, der Gedanke einer Annäherung Rußlands an Frankreich fand auch dort Boden. Freycinet konnte mit dem Gefühl gehen, daß seine Zeit bald wieder gekommen sein werde. Der belgische Gesandte in Paris erwägt, als er den bevorstehenden Rücktritt Freycinets nach Brüssel meldet, sofort die Rückwirkung auf Petersburg und erwartet, daß er schmerzliches Echo in Petersburg finden werde, wo man wieder einmal einsehen müsse, daß eine allzu enge Verbindung mit einer so unsicheren Regierung und einem Lande, dessen Politik nach den Einfällen des am wenigsten gebildeten Teiles der Bevölkerung die Richtung wechseln könne, gefährlich wäre[3]).

[1]) Der Gesandte in Berlin teilt aus Äußerungen des Kanzlers über innere und äußere Politik mit: «L'idée de se ménager des sympathies russes à l'aide des affaires d'Orient sert sans doute toujours de direction à la politique de M. de Freycinet; mais le caractère des relations qui existent à présent entre St. Pétersbourg et Paris obligent d'ajourner des tentatives d'alliances.» Berlin, 14. Mai 1886. — In einem Bericht aus Berlin vom 19. März 1886 wird von heftigen Angriffen in der deutschen Presse auf Frankreich gesprochen und dazu vom Gesandten bemerkt: «L'insistance des récriminations et des accusations dirigées contre la France doit couvrir quelque dessein. De secrètes tendances de la politique de la France en Orient pour s'y ménager des alliances, paraissent avoir excité le ressentiment du Chancelier.» Ein anderer Bericht aus Berlin vom 7. Mai 1886 teilt einige Äußerungen Bismarcks über die Gefahren der Balkankrise mit; es heißt da: «Mais cet état normal de paix entre l'Allemagne et la Russie exige que d'autres Puissances ne recherchent pas à St. Pétersbourg une alliance préjudiciable à l'Allemagne. Le Chancelier ne dissimule pas que tout indice de cajoleries étrangères faites à la Cour de Russie donnera toujours de l'ombrage à Berlin.»

[2]) Freycinet a. a. O., S. 306.

[3]) Anl. 12, S. 157 (Paris, 4. Dezember 1886).

Gewiß sah niemand klarer als Freycinet, daß diese innere Schwäche das vielleicht wesentlichste Hindernis für die Verwirklichung seines Programmes war. Methodische Arbeit war nötig, um Frankreich bündnisfähig zu machen. Dazu hatten zwei kurze Jahre nicht ausgereicht, aber das Mögliche war geschehen, und schon damals hatte er durch den General Boulanger ein Werk beginnen lassen, das er später selber weiterführen sollte: die Reorganisation der Armee.

Freycinet hat selbst erzählt, wie er dazu gekommen ist, den General Boulanger zum Kriegsminister seines Kabinetts zu machen[1]). Man spürt, daß diese Seiten seiner „Erinnerungen" etwas wie eine Verteidigung, eine Rechtfertigung sind. War er es doch, der diesen Mann, der ihm ein brauchbares Werkzeug für seine Pläne zu sein schien, eigentlich auf Bahnen geführt hat, die für die Republik fast verhängnisvoll geworden sind. Freycinet macht den eigentümlichen Versuch, die Verantwortung für das, was aus dem General wurde, Bismarck zuzuschieben; erst Bismarcks große Reichstagsrede im Januar 1887 habe ihm Einfluß und Geltung gebracht und den „Boulangismus" geschaffen. Seltsame Entstellung der Tatsachen! Sogar die dürftigen Berichte des belgischen Gesandten in Paris sagen schon am 4. Dezember 1886, daß „für das gesamte Frankreich der General Boulanger die Personifikation seiner Träume von zukünftiger Größe geworden ist"[2]). Sein Auftreten hat das Gefüge der Republik bis in die Tiefen erschüttert und durch die Agitation, mit der er für sich und seine politischen Ziele warb, die schon bei Ferrys Sturz zutage getretenen Volksleidenschaften in eine Erregung gebracht, deren Nachwirkungen auf die politischen Vorgänge der folgenden Jahre von bestimmendem Einfluß gewesen sind. Die Revanche-Idee hat er gefördert wie vielleicht kein anderer[3]). Freycinet wird recht haben, wenn

---

[1]) Freycinet a. a. O., S. 329.

[2]) Anl. 12, S. 157 (Paris, 4. Dezember 1886). Ganz damit übereinstimmend ist das Urteil, das Hohenlohe am 10. November 1886 in Paris in sein Journal einträgt (Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 400).

[3]) Nach seinem kläglichen Ende schrieb ein vertrauter Anhänger: „Er war unsere Hoffnung, sein Degen sollte uns Elsaß und Lothringen wieder-

er meint, daß der Kabinettswechsel im Dezember 1886 dem General zum Verderben geworden ist. Denn Boulanger blieb in dem neuen Kabinett Goblet Kriegsminister; aber des ausscheidenden Freycinets kluge Lenkung fehlte ihm von nun ab. So kam es, daß der General durch einen Husarenstreich versuchen konnte, was Freycinets diplomatischer Feinarbeit noch nicht gelungen war: mit Hilfe der Vorgänge auf dem Balkan eine wirkliche Annäherung an Rußland zustande zu bringen.

Der Zwischenfall, der aus diesem Schritte des Kriegsministers entstand, bezeichnet einen ersten Höhepunkt jener internationalen Spannung, die seit dem Herbst 1886 bis tief in das Jahr 1887 hinein den Frieden bedrohte. Daß die aus verschiedenen Ursachen in Bewegung geratenen Wogen des russischen und des französischen Nationalismus in gemeinsamem Anprall den germanischen Damm überfluten könnten, war offenbar die Vorstellung, die Boulanger beherrschte, als er auf ungewöhnliche Art eine Verbindung mit Rußland herzustellen suchte. Belgische Berichte aus Paris und Berlin geben über diese Episode der Vorgeschichte des Zweibundes Auskunft.

An einem Sonntag im Februar 1887 besucht die Frau des damaligen französischen Ministers des Auswärtigen, Flourens, die Gräfin Münster, die Tochter des deutschen Botschafters in Paris, um ihr Herz auszuschütten. Der Kriegsminister Boulanger hat einen Brief an den Zaren geschrieben und dem beurlaubten Petersburger Militärattaché den Befehl gegeben, seinen Aufenthalt in Paris abzubrechen und das Schreiben dem Zaren oder wenigstens dem russischen Kriegsminister — über den Adressaten können die Berichte keine genauen Angaben machen — zu überbringen. „Wenn diese Mission nicht verhindert werden kann," sagt Madame Flourens, „wird mein Gatte seine Demission geben, nicht wegen der Unzulässigkeit des Vorgehens, sondern weil er die Verantwortung für das Sachliche unmöglich übernehmen kann; denn man sollte nicht glauben, was in dem

geben, seine Vorhut uns nach Berlin führen, seine glorreichen Truppen den Vertrag von Frankfurt zerreißen und Frankreichs Ruhm und Ehre wiederherstellen." (Albert Verly, Le Général Boulanger et la conspiration monarchique, Paris 1893, S. 280.) S. auch Anl. 24, S. 190.

Brief steht! General Boulanger wird eine Erklärung geben, auf die man sich nicht verlassen kann; er sagt nie ein Wort, das nicht gelogen ist.“ Da der Attaché dem Minister des Auswärtigen Meldung von dem Auftrag des Kriegsministers macht und nicht abreist, gelangt der Brief nie nach Petersburg. In einer stürmischen Sitzung des Ministerrates droht Flourens mit seiner Demission, der Präsident der Republik vermittelt, Boulanger bleibt, aber verpflichtet sich, in Zukunft dergleichen gefährliche Schritte zu unterlassen[1]). Die Entscheidung des Ministerrates genügte Bismarck, sein nächstliegendes Ziel war erreicht, die Gefahr der Anknüpfung von Beziehungen zwischen den beiden Mächten vorläufig beschworen.

Auf diesen Punkt legt denn auch, wie den belgischen Gesandtschaftsberichten zu entnehmen ist, die amtliche französische Politik allen Nachdruck, als sie sich bemüht, die in der Briefaffäre des Generals Boulanger gipfelnde Krise des Winters 1886/87 Deutschland gegenüber zum Abschluß zu bringen. Der neue französische Botschafter in Berlin, Herbette, versichert, daß das Pariser Kabinett den freundschaftlichen Gefühlen, von denen Rußland es überzeugen möchte, wenig Vertrauen entgegenbringe, und leugnet jedes Einvernehmen zwischen Paris und Petersburg. „Er weiß wohl,“ setzt der belgische Gesandte in seinem Bericht hinzu, „daß das geringste Anzeichen eines solchen Einverständnisses eine Quelle der Empörung für den Kanzler ist. Schon Lord Ampthil hatte festgestellt, daß der Kanzler jedesmal eine Nervenattacke bekam, wenn er nur in einem Zeitungsartikel die Namen Frankreich und Rußland beieinander sah[2]).“ Im März 1887 erscheint Ferdinand von

[1]) Anl. 17, S. 171 (Paris, 8. Februar 1887); Anl. 18, S. 172 (Berlin, 11. Februar 1887); die Angaben beider Berichte stimmen in allen wesentlichen Punkten überein. Andere amtliche Quellen über diesen Zwischenfall sind bisher nicht bekannt geworden; vgl. auch Albin a. a. O., S. 109.

[2]) «M. Herbette affirmait avant-hier à un personnage Allemand que le Cabinet de Paris donnait fort peu de confiance aux dispositions amicales que lui témoignait la Russie. Il s'efforce de faire douter à Berlin d'une entente entre Paris et St. Pétersbourg. Il doit savoir que le moindre indice d'un tel accord est une source d'exaspération pour le Chancelier. Lord Ampthil avait déjà constaté que le chancelier ressentait une attaque

Lesseps, als Abgesandter der französischen Regierung in Berlin, der im Gespräch mit dem belgischen Gesandten den Inhalt seiner Erklärungen vor Kaiser und Kanzler in die Worte zusammenfaßt: „Es gab ein Mißverständnis zwischen uns. Man hat uns nachgesagt, daß wir Bündnisse suchen wollten; das ist nicht wahr. Wir wollen den Frieden." Er habe dann dargelegt, daß ein Bündnis mit Rußland nicht mit den Interessen Frankreichs vereinbar sei[1].

Zwischen der amtlichen Politik Frankreichs und Rußlands bestand in der Tat bis dahin keine Verbindung, wie Baron Beyens in einem ausführlichen Bericht vom 25. Mai auseinandersetzt, als ihm das Brüsseler Ministerium Informationen aus Petersburg zukommen ließ, nach denen die russische Regierung das Neutralitätsabkommen mit Deutschland und Österreich von 1884 nicht erneuern und nötigenfalls eine Zerschmetterung Frankreichs verhindern wolle. Beyens hält diese Politik Rußlands für im Grunde selbstverständlich; doch sei sie bisher noch kaum klar und greifbar zum Ausdruck gekommen. Einige kleine Züge, von denen er berichten könne, sprächen gegen jedes engere Verhältnis: Mohrenheim, der russische Botschafter, mache kein Hehl daraus, daß er wenig Sympathien für Frankreich habe. Er bringe dem Pariser Kabinett den tiefgehenden Gegensatz zwischen beiden Ländern, die Abneigung des Zaren gegen die Republik, und alle peinlichen Zwischenfälle der letzten Jahre bei jeder Gelegenheit in Erinnerung. Bei den Empfängen in der russischen Botschaft sehe man wenige französische Politiker, um so stärker sei das Faubourg St. Germain vertreten. Den General Boulanger habe der Botschafter erst vor drei Monaten zufällig, den Direktor der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes überhaupt noch nicht kennengelernt. Beyens glaubt nicht an eine Änderung, solange Flourens Minister des Auswärtigen bleibt, der mit seinem Übermaß

de nerfs chaque fois qu'il voyait rapprochés dans un article de journal les noms de la France et de la Russie.» Berlin, 25. Februar 1887.

[1]) Anl. 21, S. 179 (Berlin, 18. März 1887). Die gleichen Versicherungen gibt de Lefebure dem Fürsten Hohenlohe (Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 408, Straßburg, 15. Februar 1887).

von Vorsicht und Passivität jeden Schritt vermeiden werde, der Deutschland in den Harnisch bringen könnte um der sehr problematischen Möglichkeit eines Erfolges in Petersburg willen[1]).

Freilich schloß das keineswegs aus, daß auch Flourens, der von Dezember 1886 bis April 1888 die auswärtige Politik Frankreichs leitete, nach Freycinets Programm von 1880 „alle Gelegenheiten wahrnahm, die die Sympathien zwischen Frankreich und Rußland fördern konnten". Am 8. Juli 1887 schreibt van der Straten aus Berlin über den gemeinsamen Protest Frankreichs und Rußlands gegen den englisch-türkischen Ägyptenvertrag: „Die wichtige Seite des Konfliktes, den der englisch-türkische Vertrag in Konstantinopel hervorgerufen hat, ist der Beweis eines Einvernehmens zwischen Rußland und Frankreich. Dieses Einvernehmen von heute ist die Ankündigung eines Bündnisses für die Zukunft. Das ist für Deutschland eine Gefahr, die der Kanzler voraussah und fürchtete; sie hat immer beherrschenden Einfluß auf seine Politik ausgeübt[2])." Als der Sultan die Ratifikation des Vertrages, den Deutschland unterstützt hatte, verweigert, zeigt Herbette offen seine Befriedigung und „trägt den Kopf viel höher, seit das Einvernehmen des Pariser und des Petersburger Kabinetts der Republik aus ihrer Isolierung in Europa heraushilft ... Er erklärt: Durch die Entente mit Rußland ist für Frankreich eine neue Zeit angebrochen, in der es dem Bunde Deutschlands, Österreichs, Italiens und Englands wird widerstehen können"[3]).

Auch an anderen Stellen faßte man das Zusammengehen der beiden Mächte in der ägyptischen Frage als die Ankündigung einer Änderung im politischen System Europas auf. Der Wiener Gesandte sah in dem Vorgang die erste öffentliche Bekundung

---

[1]) Anl. 27, S. 194 (Paris, 25. Mai 1887).

[2]) «Le côté important des conflits dont le traité Anglo-Turc vient d'être l'objet à Constantinople est la preuve d'un accord entre la Russie et la France. Cet accord d'aujourd'hui présage une alliance dans l'avenir. C'est pour l'Allemagne un danger dont la prévision et la crainte n'ont pas cessé d'être l'influence dominante de la politique du Chancelier.» Berlin, 8. Juli 1887.

[3]) Anl. 31, S. 201 (Berlin, 22. Juli 1887).

einer bisher platonisch gebliebenen Intimität zwischen Frankreich und Rußland, die die übrigen Mächte zu engerem Zusammenschluß zwingen würde: „Diese Teilung der Mächte in zwei feindliche Lager muß die ernsteste Besorgnis für die Erhaltung des Friedens erregen. Die fortwährend anwachsende deutsch-feindliche Stimmung in Rußland, die Revanche-Idee, die in Frankreich lärmender denn je sich bemerkbar macht, seit man dort in Petersburg einen Verbündeten gefunden zu haben glaubt, beschäftigen hier wie anderwärts die politischen Kreise und die Geschäftswelt. Man beginnt zu befürchten. daß die Bemühungen der an der Erhaltung des Friedens interessierten Kabinette schließlich ohnmächtig bleiben werden[1]).“

Eine andere Gelegenheit, mit Rußland zusammenzugehen, bot die bulgarische Frage, die von neuem in ein kritisches Stadium trat, als am 7. Juli 1887 Ferdinand von Koburg durch die Sobranje zum Fürsten gewählt wurde. Wenige Tage nach der Wahl sagt Herbette dem belgischen Gesandten in Berlin: „Der Fürst von Koburg und die Bulgaren gehen Frankreich direkt nichts an; Frankreich hat in Bulgarien kein anderes Ziel, als dort im Einvernehmen mit einer Macht zu bleiben, deren Sympathien für Frankreich deutlich werden[2]).“

Nachhaltigere Wirkung auf die russisch-französischen Beziehungen als dieses diplomatische Zusammengehen in Fällen, in denen die Interessen beider Länder sich deckten, haben in dieser Zeit vielleicht Faktoren ausgeübt, die nicht der amt-

[1]) Anl. 30, S. 200 (Wien, 9. Juli 1887). Der belgische Gesandte in London bemerkt bei Übersendung der amtlichen Dokumentensammlung zur ägyptischen Frage am 20. Juli 1887: «L'entente entre les diplomaties russe et française pour susciter des entraves aux arrangements proposés par le Cabinet de Londres apparaît de plus en plus. Si mes informations ne me trompent pas, cet état de choses a profondément irrité le Chef du Foreign-Office. Aussi les partisans d'un rapprochement intime avec l'Allemagne ne négligent-ils pas cette occasion d'en recommander l'urgence et d'en vanter les bienfaits.»

[2]) «Le 11 de ce mois, M. Herbette m'a dit que directement le Prince de Cobourg et les Bulgares n'intéressent en rien la France; elle n'a d'autre but en Bulgarie que d'y rester en accord avec une Puissance dont les sympathies pour la France se manifestent.» Berlin, 15. Juli 1887.

lichen Politik angehörten und in den belgischen Berichten nur angedeutet werden. Die politische Strömung, deren Programm Freycinet 1880 formuliert hatte, suchte und fand in der kurzen Zwischenzeit, in der Freycinet nicht der Regierung angehörte, eben noch andere Wege, um ihrem Ziele näherzukommen. Vor allem wurde die Presse in den Dienst der Zweibund-Idee gestellt.

Ein bezeichnender Vorstoß dieser Art ist die Veröffentlichung der Korrespondenz zwischen dem ehemaligen französischen Botschafter in Petersburg, dem General Le Flo, und dem französischen Minister Duc Decazes aus dem Jahre 1875 im Figaro vom 21. Mai 1887. Sie sollte beweisen, daß Bismarck damals einen Überfall auf Frankreich plante und nur durch das Dazwischentreten des Zaren daran gehindert wurde. Die Veröffentlichung erfolgte in einem höchst kritischen Moment, gleichzeitig mit den von Boulanger angeordneten Maßnahmen zur Mobilmachung: man hoffte wohl ebenso auf die Stimmung in Frankreich wie auf den Zaren zu wirken, dem sein Vater als mahnendes Vorbild hingestellt wurde[1]). Aber es bedurfte in diesem Falle kaum der sehr glücklich auf die Lage berechneten Antwort, die Bismarck in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung gab. Ein Berliner Bericht stellt fest, daß die Wirkung auf den Zaren eine ganz andere war, als die beabsichtigte: die Indiskretionen des ehemaligen Botschafters mißfallen ihm und bestärken ihn nur in seinem Mißtrauen gegen Frankreich[2]).

Ein Agent des russischen Finanzministeriums Elie de Cyon, ein Mann aus der Umgebung des Moskauer Publizisten Katkow,

[1]) Anl. 26, S. 192 (Paris, 21. Mai 1887).

[2]) «De récentes et sûres informations reçues de St. Pétersbourg autorisent à croire que le Czar revient à soutenir M. de Giers et la politique de l'entente avec l'Allemagne contre les entreprises de la politique Panslaviste de M. Katkoff. Ce revirement est expliqué par les preuves irrécusables que la Norddeutsche Allgemeine Zeitung a publiées de l'initiative du Prince Gortschakoff d'abandonner la Bosnie et l'Herzégovine à l'Autriche. La révélation fort irrégulière que le Général Le Flo a faite de ce qui s'est passé à St. Pétersbourg en 1879, lorsqu'il y était ambassadeur, a déplu au Czar et l'a mis en défiance du côté de la France.» Berlin 10. Juni 1887.

von dessen politischer Richtung und Bedeutung noch zu sprechen sein wird, hat später die unwidersprochene Behauptung aufgestellt, er habe den größten Teil der Pariser Presse, voran das „Journal des Débats“, zur Stimmungsmache für Rußland und den russischen Kredit gekauft[1]). Er war in den achtziger Jahren Herausgeber der „Nouvelle Revue“, die mit allen Mitteln daran arbeitete, die deutsche Diplomatie zu verdächtigen und die französische Öffentlichkeit für einen Zusammenschluß mit Rußland zu gewinnen; Cyon war aber gleichzeitig „in den Dienst des russischen Finanzministeriums aufgenommen, um, wie es scheint, ein großes Geschäft in Paris durchzuführen“, wie sich der Petersburger Gesandte ausdrückt, der in einem Augenblick der Reaktion gegen das Anwachsen des panslawistischen Einflusses auf die russische Politik seinen Rücktritt glaubte ankündigen zu können[2]). Es ist wahrscheinlich, daß Cyons Tätigkeit der Vorbereitung der Anleihen galt, die die russische Regierung in Frankreich aufnehmen wollte. Ähnliche dunkle Existenzen müssen ihre Hand bei einem anderen Versuch im Spiel gehabt haben, einen Keil zwischen Rußland und Deutschland zu treiben, der im Sommer 1887 unternommen wurde. Er kann hier nicht übergangen werden, obgleich er in den belgischen Berichten nicht erwähnt wird, weil er wohl nicht ohne Folgen geblieben ist.

Das 1884 abgeschlossene Neutralitätsabkommen zwischen den drei Kaiserreichen lief im Jahre 1887 ab. Von allen äußeren Hindernissen, die einer Verwirklichung des Zweibundprojektes entgegenstanden, war dieses Abkommen das größte. Die Erneuerung des Vertrages galt es in erster Linie zu verhindern, wenn die Bahn neuen politischen Konstellationen geöffnet werden sollte. Die bulgarische Frage, in der französische und russische Politik sich schon wiederholt zusammengefunden hatten und in der des Zaren Eigenliebe, wie man wußte, aufs stärkste interessiert war, gab die Veranlassung. Es entstanden

[1]) Vgl. Le Petit Sou, 9. September 1901 (Paul Lafargue). Cyons Buch «Histoire de l'entente franco-russe. Documents et souvenirs (1886—1894)» ist mir nicht zugänglich. Über Cyon s. La Nouvelle Revue 1889, S. 348 ff.

[2]) Anl. 28, S. 197 (Petersburg, 2. Juni 1887).

die bekannten Fälschungen, deren Geschichte der Figaro am 29. August 1896 erzählt hat[1]). Ein politischer Abenteurer, Foucault de Mondion, beschafft, angeblich aus dem Kabinett König Leopolds von Belgien, unter anderen diplomatischen Akten einen Brief des deutschen Botschafters, Prinzen Reuß, in Wien an den eben gewählten Fürsten Ferdinand von Bulgarien, aus dem hervorgehen würde, daß Bismarck dem russischen Kabinett gegenüber ein Doppelspiel trieb, dem Anschein nach Rußland völlig freie Hand in Bulgarien ließ, in Wahrheit Ferdinand gegen die russische Politik unterstützte. Der frühere französische Minister Lockroy und General Boulanger brachten die Mittel zusammen, um diese „Dokumente“ verfügbar zu machen; sie wurden in Paris photographiert, die Aufnahmen durch den General Appert in den Herbsttagen dem Zaren überbracht, der den gewohnten Sommeraufenthalt in Kopenhagen genommen hatte und auf der Rückreise in Berlin erwartet wurde. Wir wissen aus Bismarcks eigener Darstellung in den „Gedanken und Erinnerungen“, daß es ihm seiner Meinung nach gelang, den Zaren davon zu überzeugen, daß er das Opfer einer „durch ihre unverschämte Dreistigkeit eindrucksvollen Intrige“ sei; auch wurde im Anschluß an des Zaren Aufenthalt in Berlin der Rückversicherungsvertrag erneuert, der Deutschland und Rußland noch einmal auf drei Jahre in ein Verhältnis gegenseitiger Garantie brachte.

Es geht aber, wie wir sehen werden, aus der Entwicklung der russischen Verhältnisse hervor, daß dieser Vorfall beim Zaren unzweifelhaft einen Rest von Mißtrauen gegen Bismarck hinterließ, der auch in der Politik deutlich zum Ausdruck gekommen ist. Man wird mit dieser Änderung der Stimmung am Petersburger Hofe auch in Verbindung bringen dürfen, daß der russische Botschafter in Paris, Baron Mohrenheim, im Februar 1888 einen Schritt tat, der, weil er als Beginn einer

---

[1]) Die Darstellung des Figaro wird in allen wesentlichen Punkten bestätigt, gleichzeitig aber auch das abschließende Urteil über den Charakter der Fälschungen gefällt in dem italienischen Gesandtschaftsbericht aus Wien vom 18. Dezember 1887, der in Crispis Memoiren, a. a. O., S. 276 bis 278, aufgenommen ist.

entschiedenen Zweibundspolitik ausgelegt wurde, so großes Aufsehen erregte, daß auch Baron Beyens über ihn mit einiger Ausführlichkeit nach Brüssel berichtete.

Der Präsident der Kammer, Floquet, hatte einst im Jahre 1867 dem Zaren Alexander II. bei einem Aufenthalt in Paris ins Gesicht geschrien: „Vive la Pologne, Monsieur!“ Das war einer jener Zwischenfälle, mit denen, nach Beyens' Bericht aus dem Vorjahre[1]), Mohrenheim die Unmöglichkeit begründet hatte, mit den maßgebenden französischen Politikern, wie z. B. dem Kammerpräsidenten, in Verbindung zu treten. Von Floquet hieß es nun Anfang 1888, daß er der kommende Mann sein werde, wenn der für die nächste Zeit erwartete Kabinettswechsel eintrete. Und mit diesem Floquet, gegen dessen Person er sich erst vor kurzem einem Kollegen des belgischen Gesandten gegenüber in den stärksten Worten geäußert hatte, knüpfte nun Mohrenheim Beziehungen an, die noch dadurch in der Öffentlichkeit betont wurden, daß die Pariser Presse ausführlich die Frage erörterte, von wem der erste Schritt ausgegangen sei. Beyens bezweifelt, daß darin eine Antwort der russischen Regierung auf die Veröffentlichung des Dreibundvertrages zu sehen sei; aber er meint, „wenn die Lage Rußlands nicht die wäre, die sie schon seit einiger Zeit ist, würde diese so alte Kluft heute nicht überbrückt worden sein, sondern schon in den früheren Jahren, wo die Versuche erfolglos geblieben sind[2])“.

Am 3. April 1888 bildete Floquet in der Tat das neue Kabinett; aber unter den beiden Ministern des Auswärtigen, die nun während der Jahre 1888 und 1889 folgten, Goblet und Spuller, ist eine weitere Annäherung unter den berufenen Vertretern der amtlichen Politik Frankreichs und Rußlands nicht festzustellen. Einen Stillstand dieser Entwicklung

[1]) Anl. 27, S. 194 (Paris, 25. Mai 1887).

[2]) Anl. 35, S. 212 (Paris, 4. Februar 1888). Dazu ist die Darstellung Hansens, „Ambassade à Paris du Baron de Mohrenheim“ (1884—1898), S. 74—77 zu vergleichen; S. 48 berichtet er, daß im April 1887 ein Kabinett Floquet noch am Widerstande Mohrenheims gescheitert sei, worauf auch Beyens hinzuweisen scheint. Dadurch würde der Wechsel in der Haltung des Botschafters, der im Herbst 1887 sich vollzogen haben muß, noch stärker unterstrichen.

bedeutet das freilich keineswegs. Die beiden Jahre gehören im Gegenteil durch zwei Gruppen von Ereignissen zu den wichtigsten aus der Vorgeschichte des Zweibundes.

Im März 1888 war Freycinet im Kabinett Floquet Kriegsminister geworden; fünf Jahre hindurch konnte er an der Reorganisation der französischen Armee und der militärischen Einrichtungen arbeiten. Mit Stolz berichtet er in seinen Lebenserinnerungen von der gewaltigen Leistung, die in der Hauptsache bis 1890 vollendet war. Er hat in dieser Zeit nicht nur durch Stärkung seiner Waffenmacht Frankreich eigentlich erst bündnisfähig gemacht, sondern auch selbst als Kriegsminister einen entscheidenden Schritt für die Verwirklichung seines alten Bündnisprogrammes tun können, wie es ihm nach seiner Darstellung schon bei Übernahme des Amtes vorschwebte[1]. Im November 1888 übermittelt er dem Großfürsten Wladimir auf dessen Bitte das neue französische Armeegewehr, zwei Monate später fragt der russische Militärattaché an, ob in den französischen Werkstätten ein ähnliches Modell für Rußland hergestellt werden könnte; bei den Vorbesprechungen, die der Erteilung des Auftrages vorhergehen, erhält Freycinet vom Militärattaché und dem Botschafter die Zusicherung, daß die Gewehre nie gegen Frankreich gebraucht werden würden. Russische Artilleriegenerale und Ingenieure kommen nach Paris, um sich über französische Pulverherstellung und andere militärische Dinge zu unterrichten. Die Waffenbrüderschaft wurde vorbereitet[2].

Diese Verhandlungen wurden selbstverständlich so geheim geführt, daß in den Gesandtschaftsberichten über sie nichts zu finden ist. Die Berichte erlauben dafür eine gewisse Ergänzung der Darstellung, die Freycinet von den Fortschritten der Zweibund-Idee gibt. In die Jahre 1888 und 1889 fällt auch der Höhepunkt des Boulangismus. Am 27. März 1888 war der General verabschiedet worden, der nun als Volkstribun die Massen um sich und seine Fahne mit der vieldeutigen Devise „révision" scharte. Die Geschichte dieser in vielem noch recht

[1]) Freycinet a. a. O., S. 398.

[2]) Freycinet a. a. O., S. 414—418.

dunklen Bewegung und ihres Ausganges gehört nicht hierher. Aber zwei Berichte von Beyens' Vertreter, dem Legationsrat Maskens, aus Paris, die sich mit ihren Grundlagen und der Stimmung des Volkes in dieser Zeit beschäftigen, sind wohl geeignet, als Folie für jene Verhandlungen zu dienen, die im Kabinett Freycinets mit Großfürsten und russischen Militärs im geheimen geführt wurden, weil sie einen Begriff von der Tiefe und Stärke der Volkskräfte geben, auf die Freycinet rechnete, wenn er unablässig an der Verwirklichung seines Programmes von 1880 arbeitete: „Das, was die Presse sich laut zu sagen hütet, was aber in den Gesprächen immer wiederkehrt, ist folgendes: Die große Mehrheit der Wähler des Generals Boulanger hat weder für einen Diktator noch für einen künftigen Cäsar die Stimme abgegeben, sondern für den Mann, der die Moral der französischen Armee gehoben, der ihr zum Bewußtsein gebracht hat, wessen sie fähig ist, der gegenwärtig die lebendige Verkörperung des Hasses gegen Deutschland ist. Nicht als ob diese Wähler mit ihren Stimmen den Krieg herbeiführen wollten — niemand in Frankreich wünscht ihn; aber vor die Wahl gestellt zwischen drei Namen, deren einer Monarchie oder Kaiserreich bedeutet, der andere Republik und der dritte Haß gegen die Deutschen, haben sie es vorgezogen, dem Gefühl freien Lauf zu lassen, das ihnen am meisten am Herzen liegt. Der Konservative oder der Republikaner ist nur der Gegner; der Deutsche ist der Feind[1]).“

Zwei Tage später äußert sich Maskens in einem ausführlichen Bericht über die Neigung des französischen Volkes zu Rußland und die Haltung der Regierung, der durch die Gegenüberstellung mit dem vorhergehenden Bericht in ein besonderes Licht gerückt wird.

Vorsichtige und verständige Zurückhaltung gegenüber Rußland und etwas wie zunehmende Einsicht in die ganz auf die Erhaltung des europäischen Friedens gerichtete Politik Bismarcks und des Dreibundes wird bei den Abgeordneten und in den Regierungskreisen festgestellt. Aber ganz anders

[1]) Anl. 36, S. 213 (Paris, 2. März 1888).

klingt, was über die Stimmung des Landes gesagt wird: „Die Öffentlichkeit läßt keine Gelegenheit ungenutzt, um ihren Kundgebungen zugunsten Rußlands einen immer enthusiastischeren Charakter zu geben. Das Reich des Zaren ist Mode, wie Aurelian Scholl in einer seiner Chroniken sagt. Im Theater, in der Presse mit einigen wenigen Ausnahmen, selbst auf der Straße wird jeder Vorwand zu Demonstrationen benutzt. In diesem Punkt gibt es keinen Unterschied der Anschauungen bei den Franzosen, ob sie nun die raffinierteste Erziehung genossen oder ihre ganze Kraft verschwendet haben, um in den Volksversammlungen gegen die leitenden Klassen und gegen die Kapitalisten zu wettern. Für sie alle ohne Unterschied ist der Zar selbstlos und großherzig, die Mission, die Rußland sich anmaßt, ein überaus verdienstvolles Werk, und das Volk, das es zu unterjochen bestrebt ist, eine Bande von Wilden und Briganten. Man darf die Franzosen von heute nicht daran erinnern, daß sie einst in einer glorreichen Epoche, mächtig und gefürchtet in Europa, sich für die unterdrückten Völker begeisterten. Es wäre verlorene Mühe, diese Erinnerungen heraufzubeschwören. Unsere Großmut von damals war eine Narrheit, würde man antworten; unser Egoismus von heute ist die Weisheit selber . . . Im Grunde sind die slawophilen Kundgebungen im französischen Volk ein wenig bestellte Arbeit, und man kann mit Fug annehmen, daß die öffentliche Meinung in Frankreich, wenn sie mit solcher Vorliebe allem zujubelt, was in Petersburg geschieht und vorbereitet wird, in erster Linie von dem Bedürfnis geleitet ist, sich einem benachbarten Lande unangenehm zu erweisen. Wie sollte man sonst verstehen, daß eine ultrademokratischen Ideen ergebene und unaufhörlich den Eroberungsgeist bei den Siegern von 1870 verdammende Presse nicht Bedenken trägt, vor der autokratischen Macht des Zaren und seiner Politik ihre Verbeugungen zu machen, die mit allen Mitteln die christlichen Völker der Balkanhalbinsel sich zu assimilieren trachtet[1])?"

---

[1]) Anl. 37, S. 214 (Paris, 4. März 1888).

KAPITEL II.

DER PANSLAWISMUS

(1885—1889).

Die Geschichte der russischen Politik seit 1885 ist nach dem Eindruck, der sich aus den Korrespondenzen der verschiedenen belgischen Gesandtschaften ergibt, die des Kampfes zweier politischer Strömungen um die Person des Zaren. Die eine schwankt zwischen einer Politik der Freundschaft mit Deutschland und einer Politik der freien Hand nach allen Seiten; ihr Vertreter ist der Minister des Auswärtigen, Nikolaus von Giers. Die andere beruht auf einer mächtigen Organisation, deren Führer wechseln, deren Ziele unverrückbar sind, dem Panslawismus. Das Verhältnis beider Parteien zueinander und ihre Ziele werden vom Berliner Gesandten Greindl einmal kurz mit den Worten bezeichnet: „Zwischen Panslawisten und Regierungsanhängern gibt es in Wahrheit keine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit. Die einen genau so gut wie die anderen streben nach der Vorherrschaft im Orient; nur in ihren Anschauungen über die Mittel, die anzuwenden sind, und über die Opportunität weichen sie voneinander ab. Eine abwartende Haltung ist also der einzige Weg, die friedfertigen Absichten des Zaren, der keinen Krieg mit Deutschland will, und die Hoffnungen, auf die die Russen nicht zu verzichten gedenken, miteinander in Einklang zu bringen[1]." Ganz entsprechend

[1]) «La Russie continue la politique de recueillement qui est la seule possible en ce moment. Entre les Panslavistes et les partisans du Gouvernement il n'y a en réalité pas de divergence fondamentale. Les uns et les autres aspirent de même à la domination en Orient; ils ne diffèrent que sur les moyens à employer et sur l'opportunité. Une attitude expectante

heißt es in einem Petersburger Bericht von diesen zwei Strömungen: „Jedem unparteiischen Betrachter muß es klar sein, daß beide Parteien sich eigentlich nur in der Frage der Opportunität voneinander unterscheiden[1]).“

Als von der Idee des russischen Nationalismus erfüllt gilt den Gesandten auch der Zar. Nur darüber sind sie nicht recht im klaren, zu welcher der beiden Parteien er im Grunde neigt. „Seine Gesinnung und Absichten bleiben immer etwas rätselhaft“, sagt der Petersburger Gesandte von ihm[2]). Die wenigen, seine Persönlichkeit charakterisierenden Züge, die mitgeteilt werden, machen diese Unsicherheit begreiflich. „Der Zar ist wie immer gleichzeitig halsstarrig und unentschlossen“, meint der schwedische Thronfolger[3]), und Greindl: „Er macht persönlich seine Außenpolitik und gibt sich nicht immer Rechenschaft über die Tragweite seiner Handlungen; er ist umgeben von Panslawisten und schließt sich häufig der Meinung dessen an, der zuletzt mit ihm spricht[4]).“ In einem Londoner Bericht wird auf seine bekannte Furchtsamkeit hingewiesen und mit ihr die Zuversicht begründet, die man auf seine unbedingte Friedensliebe haben dürfe[5]). Aber auch in diesem Punkt äußert Greindl einmal Zweifel: „Der Zar betont seinen Wunsch, den Frieden zu wahren. Ich zweifle nicht, daß das aufrichtig gemeint ist; seit ich kürzlich in Rußland war, bin ich davon sogar fest überzeugt. Unglücklicherweise hat der Zar widerspruchsvolle

est donc l'unique manière de concilier les intentions pacifiques de l'Empereur qui ne veut pas de guerre avec l'Allemagne et les espérances auxquelles les Russes n'entendent pas renoncer.» Berlin, 16. Februar 1889.

[1]) Anl. 46, S. 234 (Petersburg, 7. August 1888).

[2]) Anl. 48, S. 239 (Petersburg, 13. August 1888).

[3]) Anl. 91, S. 305 (Berlin, 13. Februar 1892).

[4]) Anl. 45, S. 232 (Berlin, 30. Juni 1888). — Über des Zaren Art, Politik zu machen, s. auch Anl. 56, S. 255 (Berlin, 6. Juni 1889).

[5]) «On pense ... qu'effrayé de l'audace des nihilistes, l'Empereur se gardera bien de provoquer de nouvelles complications européennes qui auraient nécessairement pour résultats de passioner les esprits, de fomenter des mécontentements de toute nature, de rendre la détresse plus générale, d'imposer au Czar, dont la timidité est notoire, la nécessité de payer fréquemment de sa personne et de s'exposer ainsi, plus que jamais, aux coups des assassins.» London, 16. März 1887.

Neigungen. Er will den Frieden, aber mit allen den Vorteilen, die er nach einem siegreichen Feldzuge fordern könnte[1]." Es ist erklärlich, daß unter diesen Umständen der Petersburger Gesandte sich einmal zu der Mitteilung berechtigt glaubt, die panslawistische Partei habe triftige Gründe, auf die Unterstützung des Zaren zu rechnen[2]. Mächtige Männer der Partei gehörten zu seinen Beratern; einer von ihnen ist der Prokurator des heiligen Synod Pobedonoszew, „der ehemalige Lehrer des Zaren, jetzt sein vertrauter Ratgeber, die vielleicht mächtigste Persönlichkeit des Reiches"[3], vor allem aber ihr publizistischer Führer Katkoff, der vom Zaren mit dem hohen Wladimirorden ausgezeichnet wird und ein besonders geehrter Gast in Gatschina ist[4]. „Der Einfluß Katkoffs auf den Zaren ist von einem geheimnisvollen Schleier umgeben," heißt es in einem Berliner Bericht, „aller Wahrscheinlichkeit nach haben zwischen dem Zaren Alexander, als er noch junger Großfürst und noch nicht voraussichtlicher Thronerbe war, und Katkoff, dem Panslawisten und ausgesprochenen Feind Deutschlands, sehr enge Beziehungen bestanden. Aus dieser Intimität haben sich wohl Verpflichtungen solcher Art ergeben, daß es gefährlich wäre, durch offenen Bruch mit dem mitwissenden Vertrauten deren Enthüllung herauszufordern[5]".

Es ist gut, sich dieser Züge aus dem Charakterbild des Zaren zu erinnern, wenn man Bismarcks große Reden über die

---

[1]) Anl. 41, S. 225 (Berlin, 9. Juni 1888).

[2]) Anl. 50, S. 244 (Petersburg, 11. September 1888).

[3]) «Je crois oiseux de m'attacher à réfuter un télégramme que je trouve dans le journal de Bruxelles annonçant la disgrâce de M. Pobédonoszew, procureur général du St. Synode, ancien précepteur de l'Empereur, actuellement son confident intime, le personnage peut-être le plus puissant de l'Empire. Autant vaudrait dire que le système autocratique a été aboli et une constitution proclamée.» Petersburg, 22. Mai 1889.

[4]) Anl. 22, S. 184 (Petersburg, 28. März 1887).

[5]) Anl. 23, S. 186 (Berlin, 1. April 1887). — Man wird in der Drohung mit sensationellen Enthüllungen, durch die Katkoff nach einem Petersburger Bericht im Mai 1887 auf den Zaren zu wirken versucht, eine Bestätigung dieses Erklärungsversuches sehen dürfen; s. Anl. 28, S. 197 (Petersburg, 2. Juni 1887).

Beziehungen Deutschlands zu Frankreich und Rußland aus dem Februar 1887 und dem Januar 1888 liest. Man könnte mit vielen Äußerungen des Kanzlers, die in den Berliner Berichten wiedergegeben werden, belegen, daß er im Kreise von Vertrauten eine ganz andere Sprache führte als in der Öffentlichkeit des Parlamentes, und das Betonen seines Vertrauens auf Gesinnung und Festigkeit des Herrschers, in dessen Hand das Schicksal der deutsch-russischen Beziehungen lag, ein dringender und warnender Appell war, der eine Gefahr beschwören sollte.

Die bulgarische Krise war ja nicht die erste Gelegenheit, bei der die im Osten drohende Gefahr erkennbar wurde. In den belgischen Berichten wird auf die Bedeutung des Panslawismus wohl zum erstenmal im Frühjahr 1882 hingewiesen, als die aufreizenden Ansprachen des Generals Skobeleff in Warschau und Paris vor der breiten Öffentlichkeit die Ziele dieser russischen Partei enthüllten. In diesen Berichten wird manches zur Sprache gebracht, was über die Wurzeln der Bewegung Aufschluß gibt; so gibt der belgische Gesandte in Berlin am 23. Februar 1882 wieder, was der General in Berlin gegenüber seinem Freunde, dem Maler Wereschtschagin, äußert, als dieser ihn fragt, wie er sich zu seinen Reden habe hinreißen lassen können, und fügt hinzu: „Unter den Umständen, die aus den vertraulichen Äußerungen des Generals Skobeleff zu entnehmen sind, sind solche Handlungen mehr als Disziplinlosigkeit. Es erhellt aus ihnen der Versuch, dem Panslawismus gleichzeitig die Kraft einer revolutionären Bewegung im Innern und einer Expansionsbewegung nach außen zu geben, unter starker Gefährdung der Beziehungen Rußlands zu seinen Nachbarn und des Friedens Europas[1]."

[1]) «Le général lui confia que l'état actuel de la Russie ne pouvait plus se prolonger. C'était, dit-il, un cataclysme qui se préparait. Une guerre pouvait seule le prévenir. Quels qu'en puissent être les malheurs, il valait mieux les affronter que de se résigner à périr dans un effondrement anarchique. C'est avec cette conviction qu'il est arrivé à Paris et qu'il a répondu aux Serbes . . . Dans les circonstances que font connaître les confidences du Général Skobeleff, de tels actes sont plus que de l'indiscipline. Ils révèlent la tentative de donner à la fois au panslavisme la force d'un mouvement de révolution intérieure et d'expansion extérieure

In einem späteren Bericht faßt er sein Urteil über den Panslawismus in folgenden Bemerkungen zusammen: „Aus der Prüfung der jüngsten Vorgänge und der Auskünfte, die mir gegeben worden sind, geht hervor, daß sich in Rußland eine große Änderung des alten Zustandes vollzieht. Neben der traditionellen absoluten Oberhoheit des Zaren, dessen Ansehen der Nihilismus übrigens gemindert hat, ist der Panslawismus aufgetaucht, der heute mit Energie sich zu einer allmächtigen nationalen Partei zu organisieren strebt. Um darin Erfolg zu haben, greift er zur Verhetzung der Massen, deren religiösen Fanatismus und Rassenvorurteile gegen das Ausland er aufrührt. Graf Ignatieff hat sich zum Führer dieser Partei aufgeworfen, die bestrebt ist, die Herrschaft über die autokratische Macht des Kaisers und die Leitung der Außenpolitik Rußlands zu gewinnen[1])."

Nach den belgischen Berichten hat der Panslawismus schon damals, 1882, versucht, den Zaren für seine Pläne zu gewinnen[2]). Daß das Deutsche Reich seit dem Berliner Kongreß durch den

---

au grand péril des relations de la Russie avec ses voisins et de la paix de l'Europe.» Berlin, 23. Februar 1882.

[1]) «De l'observation des faits récents et des renseignements qui me sont donnés, il résulte qu'en Russie il s'opère une grande altération de l'ancien état de choses. A côté de l'autorité traditionelle absolue du Czar dont le nihilisme a d'ailleurs diminué le prestige, a surgi le panslavisme qui travaille aujourd'hui avec énergie à s'organiser en parti national omnipotent. Pour y réussir il recourt à l'agitation des masses dont il excite le fanatisme religieux et les préjugés de race contre l'étranger. Le Comte Ignatieff s'est posé en Chef de ce parti qui tend à s'imposer au Pouvoir autocratique de l'Empereur et à la direction de la politique extérieure de la Russie.» Berlin, 10. März 1882.

[2]) «L'attention se porte à présent sur le sort qui est réservé au Général (Skobeleff). Il semble probable que l'Empereur usera de ménagements à son égard. Voici l'explication de cette indulgence. Le Comte Ignatieff serait arrivé à convaincre l'Empereur qu'il réussit à trouver dans le panslavisme des moyens soit de donner une diversion au Nihilisme soit de le désorganiser ou d'entraver son action.» Berlin, 3. März 1882. — «Il résulte des derniers renseignements transmis de St. Pétersbourg que le Czar garde le silence le plus absolu sur ses intentions. Il écoute les considérations que lui exposent les adversaires du Général Ignatieff, et il s'abstient de répondre.» Berlin, 22. April 1882.

Panslawismus auch unmittelbar bedroht sei, weil dessen Ausgang von ihm als nationale Schmach hingestellt und Deutschland dafür verantwortlich gemacht wurde, wird in ihnen ausdrücklich festgestellt[1]). Die Bewegung hat schon in diesen Jahren so weite Kreise gezogen, daß 1884 der russische Gesandte in Berlin Saburoff, wie von dort nach Brüssel gemeldet wird, es wagt, panslawistische Politik auf eigene Faust zu treiben[2]). Schon 1882 sah man in Berlin nach den belgischen Zeugnissen in der Verehrung des Zaren für seinen greisen Großonkel die wesentlichste Garantie für den Frieden[3]); daß die Besorgnisse, die in den Be-

[1]) «L'Allemagne ne peut plus se dissimuler que le panslavisme subit comme une défaite le traité de Berlin, qu'il travaille à s'assurer une revanche qu'il lui demande tout à la fois la réparation d'une mortification nationale et les moyens de comprimer à l'aide d'une telle diversion les propensions anarchiques qui menacent la Russie. Le Comte Ignatieff est le représentant de cette politique hostile à l'Allemagne.» Berlin, 17. März 1882.

[2]) «M. de Sabouroff a cru pouvoir se mettre en travers des combinaisons du Prince de Bismarck et de M. de Giers. Tandis que ce dernier personnage était en Suisse, à la veille de se rendre à Vienne, M. de Sabouroff partait pour St. Pétersbourg. Il entreprenait de convaincre le Czar de la nécessité de donner à la politique de la Russie une impulsion toute panslaviste au lieu de la diriger dans les voies traditionelles de l'alliance allemande. La chute de M. de Giers devait être le résultat de cette démarche. M. de Sabouroff se faisait le champion du parti slave, appuyé par le Grand-Duc Constantin, en lutte avec le parti allemand que représente le Grand-Duc Michel.» Berlin, 16. März 1884.

[3]) «Je dois constater qu'à Berlin l'opinion tend à conclure qu'une guerre avec la Russie peut encore se différer, mais qu'elle reste presqu'inévitable. Cette opinion s'explique par les sentiments de vénération et d'affection du Czar pour son grand-oncle âgé de 85 ans et les démonstrations cordiales de la Cour de Russie et de son Gouvernement. Elle ne trouve aucune sécurité pour la paix dans la situation financière de la Russie et dans les embarras de sa politique intérieure. C'est précisément pour soustraire la Russie à tous les effets de la désorganisation financière et de l'anarchie administrative que le panslavisme excite le fanatisme de race et veut provoquer une guerre dont il attend la régénération sociale et politique de l'Empire. Les discours du Général Skobeleff, ratifiés par le Prince Gortschakoff, ont mis ce plan au grand jour. La Russie, ajoute-t-on, trouvera toujours à Constantinople, dans les régions du Bas-Danube et des Balkans l'occasion de provoquer un conflit, dès que le moment lui paraîtra opportun.» Berlin, 22. April 1882.

richten aus Berlin geäußert wurden, die Entwicklung der Dinge auf dem Balkan könne eines Tages dem Panslawismus den willkommenen Anlaß zur Kriegsansage an die verbündeten Mächte Mitteleuropas geben, in den Berichten des belgischen Gesandten in Wien noch stärker zum Ausdruck kommen, ist nach Lage der Dinge begreiflich[1]).

Man muß sich diese Vorgeschichte des Panslawismus vergegenwärtigen, wenn man verstehen will, was es für die gesamte politische Lage in Europa bedeutete, als durch die Vorgänge, die sich, mit dem Rumeliotenaufstand beginnend, seit dem Sommer 1885 in Bulgarien abspielten, das Balkanproblem von neuem aufgerollt wurde und der Riß zwischen den drei Kaiserreichen von neuem auseinanderklaffte, den Bismarcks politische Kunst auf einige Jahre zusammenzuschließen vermocht hatte. — War damit das Zeichen zum Losschlagen für den Panslawismus gegeben, oder fühlte er sich dazu noch nicht mächtig genug? Das war die große Frage, mit der sich auch, ohne es auszusprechen, Bismarcks große Reichstagsrede von 1887 beschäftigte.

„Der Zar", sagt ein Bericht aus Berlin, „wird von der panslawistischen Partei gestoßen, die ihre Bemühungen nicht ruhen lassen wird, bis Rußland notwendig durch die Ereignisse von selbst fortgerissen wird[2])." Die ausgesprochene Abneigung des Zaren gegen Alexander von Battenberg machte die bulgarische Krise noch ganz besonders gefährlich: „Die Reizbarkeit des

---

[1]) «La position prise par l'Autriche-Hongrie dans la Péninsule des Balkans ne laisse prévoir que trop de conflits et de complications entre cet Empire et les Etats slaves qui l'avoisinent. La domination autrichienne en Bosnie ne peut se consolider que si elle exerce une véritable prépondérance sur la Serbie et le Monténégro. Mais la Russie pourrait-elle admettre cette hégémonie austro-hongroise sur des populations slaves sans faillir à sa mission traditionelle? Il semble bien difficile de concevoir qu'un accord durable puisse s'établir entre les deux Empires pour une solution définitive du problème oriental, et l'opinion générale, je parle ici du public viennois et de la presse, incline à penser qu'une guerre entre l'Autriche et la Russie est aussi inévitable à la longue que l'était la guerre franco-allemande.» Wien, 2. März 1882.

[2]) Berlin, 4. September 1886. Dieses Urteil wird als Äußerung „einer an den gegenwärtigen diplomatischen Verhandlungen direkt beteiligten Person" wiedergegeben.

Zaren und seine unversöhnliche Rachsucht sind die Ursachen von Gefahren. Jeden Augenblick können sich daraus extreme Entschließungen ergeben, die fast notwendig zum Kriege führen müssen[1])."

Es konnte nicht fehlen, daß bei dieser Lage die Idee einer Annäherung an Frankreich auch in Rußland eben bei der Partei ihre Anhänger fand, die in der Zerschmetterung der Zentralmächte die Voraussetzung für die Verwirklichung ihrer Balkanpläne sah. Das Entgegenkommen Freycinets war deutlich genug; nach der Seite gab es keine Schwierigkeiten. Aber eine andere Frage war, ob es gelingen würde, den Zaren für diese Politik zu gewinnen. In den Berichten wird immer wieder die natürliche Abneigung des Zaren gegen die republikanische Staatsform und sein durch den ständigen Wechsel der leitenden Männer in Frankreich hervorgerufenes Mißtrauen betont. Es scheint, daß es nach heißen Kämpfen, die in den Berichten wenigstens angedeutet werden, Ende 1887 so weit war, daß der Zar sich innerlich von der Politik mit Deutschland lossagte und zu einer Politik der freien Hand überging. Bis es gelang, ihn zu einer Politik mit Frankreich zu bewegen, das hat freilich noch eine Reihe von Jahren gedauert und ist kaum ohne das Eingreifen besonderer Umstände, von denen noch zu sprechen sein wird, möglich gewesen.

Man erinnere sich dessen, was der Petersburger Gesandte über die Zunahme der deutschfeindlichen Stimmung und das Anwachsen der Kriegsbefürchtungen während des Herbstes 1886 berichtet hatte[2]). In dieser kritischen Zeit bringt die „Moskauer Zeitung", das Organ Katkoffs, eine Korrespondenz aus Paris, die eine Annäherung von Rußland und Frankreich für notwendig erklärt, um durch die Drohung einer frankorussischen Allianz Deutschland in Respekt zu halten[3]). Zwei

---

[1]) Anl. 14, S. 164 (Berlin, 31. Dezember 1886).

[2]) S. o. S. 14 ff.

[3]) «Un autre organe de la presse russe, la Gazette de Moscou, vient de publier une lettre de son correspondant de Paris, insistant sur la nécessité d'une entente entre la Russie et la France, en vue de tenir l'Allemagne en respect par la menace d'une alliance franco-russe. Il faudrait

Monate später heißt es schon: „Der bezeichnende Zug der russischen Presse ist gegenwärtig eine außerordentliche Vorliebe für Frankreich, das als zukünftiger Verbündeter hingestellt wird, der im Falle eines österreichisch-russischen Konfliktes die Kräfte Deutschlands zu binden haben würde[1].“

Schon damals aber ist das nicht etwa der Einfall eines einzelnen Journalisten, sondern ein Gedanke, der seinen Widerhall im Volke findet. Eine Propagandareise Paul Déroulèdes durch Südrußland hatte das schon im Sommer 1886 so deutlich gezeigt, daß der belgische Gesandte besorgt von dieser neuen Erscheinung nach Brüssel berichtete: „Eine Partei von exaltierten und deutschfeindlichen Russen rüstet sich, ihm die begeistertsten Ovationen in Petersburg darzubringen; es ist zu befürchten, daß es antideutsche Kundgebungen gibt, zu deren Echo sich die französische und russische Presse ohne Frage machen werden. Das wäre ganz besonders bedauerlich in einem Augenblick, in dem die Lage bereits so gespannt ist, in dem eine so ausgesprochen deutschfeindliche Strömung ebenso in Rußland wie in Frankreich auftritt[2].“

---

pour cela, dit-il, qu'à Paris se trouvât au plus vite un ambassadeur de Russie sympathique à celle-ci. Une fois que les relations diplomatiques seront rétablies, continue l'organe de M. Katkoff, l'action commune des représentants de la Russie et de la France en Orient se trouvera sensiblement allégée. Il y a en effet beaucoup de points sur lesquels il est possible de s'entendre. L'influence de la France est considérable à Athènes et très forte en ce moment à Constantinople. M. de Freycinet serait très heureux s'il pouvait prendre sa revanche des affaires de Grèce et compliquer en même temps la situation de l'Angleterre en Egypte. Dans cette direction les intérêts de la France se rencontrent avec ceux de la Russie, de la Turquie et de la Grèce sans heurter les intérêts allemands.» Petersburg, 12. Oktober 1886.

[1]) Anl. 11, S. 155 (Petersburg, 3. Dezember 1886).

[2]) «Un incident également désagréable pour les Gouvernements russe et français est à prévoir si M. Paul Déroulède, le fameux patriote, réalise son projet de venir à St. Pétersbourg, car un parti de Russes exaltés et germanophobes se préparent à lui faire les plus chaleureuses ovations et l'on peut craindre qu'il n'y ait des démonstrations anti-allemandes, dont la presse française et russe ne manqueront pas de se faire l'écho. Ce fait serait particulièrement regrettable dans un moment où la situation est

Im Beginn des Jahres 1887, als der Ausbruch eines deutsch-französischen Krieges bevorzustehen schien, gibt der Gesandte von der Stellungnahme der russischen Öffentlichkeit folgendes Bild: „Die Stimmung der Bevölkerung ist nichts weniger als deutschfreundlich und niemals war die Erbitterung über den Berliner Vertrag so zu spüren wie heute . . . Im ganzen würde offenbar das russische Volk den Ausbruch eines deutsch-französischen Krieges recht gerne sehen, und die hiesigen Zeitungen gießen, ohne es sich sehr merken zu lassen, Öl ins Feuer. Ich denke indessen, daß die Öffentlichkeit mehr instinktiven Empfindungen folgt als klaren Überlegungen, und daß am Ende niemand in Rußland eine fest umschriebene Vorstellung davon hat, welchen Vorteil man aus den Ereignissen ziehen könnte. Das einzige, was sich sehr deutlich bemerkbar macht, ist eine Abneigung gegen Deutschland, eine nach Rache verlangende Erinnerung an 1878 und die Meinung, daß man sich einer schweren Gefahr aussetzen würde, wenn man Deutschland noch einmal Frankreich niederschlagen ließe. Das sind, in Kürze, die augenblicklich in der russischen Öffentlichkeit herrschenden Anschauungen — ein noch unbestimmtes Verlangen nach einer neuen Politik und ein Schwanken in der Richtung, die ihr zu geben wäre, aber der entschlossene Wunsch, daß diese Richtung Deutschland nicht günstig sein soll[1].“

Der Petersburger Gesandte hat seinen Mitteilungen viele Auszüge und Übersetzungen aus russischen Tageszeitungen beigegeben, die sich leicht zu einem eindrucksvollen Bild von dem Anwachsen der Gehässigkeit gegen Deutschland und seine Politik in den russischen Blättern seit 1885 zusammenstellen ließen. Man kann sich eine Vorstellung von dieser Tätigkeit der Presse machen, wenn man unter den Anlagen den umfangreichen Bericht über die Nowoje Wremja liest, den der belgische Gesandte in Petersburg auf eine Anfrage des Ministeriums 1886 nach Brüssel schickte[2].

---

déjà si tendue, où un courant si accentué d'animosité contre l'Allemagne se manifeste aussi bien en Russie qu'en France.» Petersburg, 27. Juli 1886.

[1]) Anl. 19, S. 177 (Petersburg, 18. Februar 1887).

[2]) Anl. 7, S. 148 (Petersburg, 5. September 1886).

An die Erörterung der Frage, ob es zweckmäßig sei, politisch mit Österreich und Deutschland zusammenzugehen, an Angriffe gegen Deutschland und Empfehlungen einer Politik der freien Hand mußte, wenn man diese Zeugnisse zusammennimmt, die öffentliche Meinung in Rußland wohl gewöhnt sein, als im März 1887 Katkoff in der „Moskauer Zeitung" auf den Gedanken der Notwendigkeit einer Annäherung an Frankreich zurückkam, den er schon im Herbst 1886 ausgesprochen hatte. Diesmal aber verband er damit einen Angriff auf die deutschfreundliche Politik des Ministers des Äußeren, den der Gesandte in einem Bericht über diese Vorgänge als ohne Vorgang in Rußland bezeichnet. Katkoff unterschied „zwischen einer persönlichen Politik des Zaren, die die russischen Interessen wahrnimmt, und der des Ministers des Auswärtigen, die deutschen Interessen dient". In einem zweiten Artikel trat er noch einmal mit allem Nachdruck für eine französisch gerichtete Politik ein. Man faßte in Petersburg nach dem Urteil des belgischen Gesandten diese Äußerungen als offene Kriegserklärung zwischen den beiden großen politischen Parteien auf, da Katkoffs Organ als Spiegelbild der geheimsten Gedanken des Zaren und seines allmächtigen Ministers des Inneren, des Grafen Tolstoi, galt, und wartete nun mit Spannung darauf, für welche Partei sich die Regierung entscheiden, wer als Sieger aus dem Kampf hervorgehen werde. „Man behauptet, daß Graf Tolstoi sich bemüht, die beiden politischen Strömungen miteinander zu versöhnen; aber man fügt hinzu, daß er vielleicht mehr oder weniger direkt den großen Moskauer Publizisten unterstützt", meint der Belgier und schließt seinen Bericht mit den Worten: „Alle Zeitungen ohne Unterschied der Partei unterstützen diesmal Katkoff in der sehr deutlichen Absicht, die Erneuerung des Bundes der drei Kaiserreiche zu verhindern, der in dieser Zeit abläuft[1])."

In Berlin hat man das Ringen der beiden Parteien sehr empfunden; van der Straten berichtet am 29. April 1887, daß der russische Botschafter Graf Schuwaloff vermutlich Berlin verlassen werde, und bemerkt dazu: „Der Widerstreit

[1]) Anl. 22, S. 184 (Petersburg, 28. März 1887).

der Einflüsse des Herrn von Giers und Katkoffs hat oft zur Folge, daß die Versicherungen, die der russische Botschafter dem Kaiser und dem Kanzler in Berlin gibt, in Widerspruch stehen zu dem, was man in Rußland macht. Das ist eine schiefe Stellung, aus der er herauskommen möchte[1]).“

Am 1. April hatte er geschrieben, daß Schuwaloff gerade nach Petersburg gereist sei: „Er ist überzeugter Anhänger einer Allianz zwischen Rußland und Deutschland; seine Reise erklärt sich aus der Notwendigkeit, diese Allianz vor dem Sturmlauf der Partei, deren Haupt Katkoff ist, in Sicherheit zu bringen[2]).“ Von dem belgischen Gesandten in Petersburg wird später bestätigt, daß Schuwaloff in den Parteienkampf in Petersburg entscheidend eingegriffen habe; auch hier findet man in den belgischen Berichten nicht mehr als Andeutungen der Vorgänge, die sich in der nächsten Umgebung des Zaren abspielten[3]). Auf das Material hin, das Schuwaloff aus Berlin mitbrachte, gab nach dem Petersburger Bericht der Zar den Befehl, den General Bogdanowitsch vom Dienst im Generalstabe auszuschließen, weil er vor kurzem während einer Reise nach Frankreich für die Vorbereitung einer franko-russischen Allianz tätig gewesen war; gleichzeitig wurden andere Bestrafungen hoher Persönlichkeiten in Aussicht gestellt, die mit der deutschfeind-

---

[1]) «Le conflit des influences de M. de Giers et de M. Katkoff a souvent pour résultat à Berlin de mettre les assurances que l'Ambassadeur donne à l'Empereur Guillaume et au Prince de Bismarck en désaccord avec ce qui se fait en Russie. C'est une position fausse, de laquelle il voudrait sortir.» Berlin, 29. April 1887.

[2]) Anl. 23, S. 186 (Berlin, 1. April 1887).

[3]) Eine der seltenen Stellen in den belgischen Berichten, die einen wenigstens flüchtigen Einblick in die menschlich-persönliche Seite dieser Kämpfe gewähren, findet sich in einem Bericht aus Petersburg, in dem der belgische Gesandte nach Mitteilungen eines Kollegen wiedergibt, was Giers ihm über die Schwierigkeiten seiner Stellung mitteilt: «D'un côté la presse qui excite l'opinion publique et nous crée des embarras avec l'Allemagne; de l'autre l'Empereur, dont les influences sont difficiles à combattre. Peut-être suis-je un des seuls qui aient la possibilité de dire à S. M. des choses que d'autres n'oseraient point Lui faire entendre ... Mais le Prince de Bismarck n'est pas commode! Quel terrible homme!» Petersburg, 6. März 1887.

lichen Haltung der russischen Presse zusammenhingen. In Petersburg erzählte man sich, daß Katkoff eine Denkschrift über diese Vorgänge dem Zaren einzureichen beabsichtige, wenn aber auch dieser Versuch, seine Anschauungen noch durchzusetzen, scheitern sollte, in der „Moskauer Zeitung" einen großen Sensationsartikel veröffentlichen und sie dann eingehen lassen wolle[1]).

Dazu ist es nicht gekommen; Katkoff ist Anfang August gestorben, ehe er diesen Plan ausführen konnte. Seine Niederlage war zum Teil das Werk Bismarcks, der durch die bekannte Veröffentlichung von Gortschakoffs Reichstadter Geheimverträgen mit Österreich, durch die er Bosnien und die Herzegowina gegen Handlungsfreiheit in Bulgarien aufgab, Giers im Kampf gegen Katkoff zur Hilfe kam; sie entkräftete dessen Behauptung, daß Giers der Politik des Fürsten Bismarck sklavische Gefolgschaft leiste. Sie unterstütze Giers „gegen die mit dem französischen radikalen Chauvinismus und den Revanchehetzern verbündeten russischen Panslawisten", schreibt am 20. Mai 1887 der belgische Gesandte aus Berlin und stellt am 10. Juni fest, daß der Zar von neuem die Politik des Einvernehmens mit Deutschland gegen die Umtriebe der panslawistischen Politik stützt[2]).

In den belgischen Berichten aus Petersburg spiegelt sich wohl der starke Eindruck, den Giers' Sieg machte, und die wesentliche Besserung in den vorübergehend sehr gespannten Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Trotzdem erklärt der Gesandte, daß die russische Regierung entschlossen sei, das Bündnis mit Deutschland und Österreich nicht zu erneuern, und gegebenenfalls eine Zerschmetterung Frankreichs verhindern werde[3]). Die Politik der freien Hand wäre also damals,

---

[1]) Anl. 28, S. 197 (Petersburg, 2. Juni 1887). Am 17. Juni berichtet der Berliner Gesandte, daß Graf Schuwalow am Tage vorher bei ihm gegessen habe und bestätigt im Anschluß daran die Darstellung des Petersburger Kollegen, die ihm von Brüssel übermittelt war, mit den Worten: «Je ne doute pas que ses deux récentes apparitions à St. Pétersbourg ne se soient rattachées aux circonstances dont vous avez bien voulu me donner connaissance par votre dépêche du 11 juin.»

[2]) s. S. 24, Anm. 2.

[3]) Anl. 25, S. 191 (Petersburg, 13. Mai 1887).

1887, schon zum Regierungsprogramm geworden, Katkoff hätte wenigstens das erreicht, was er im Herbst 1886 als Ziel der neuen „nationalen“ Politik Rußlands hingestellt hatte. Nach einer Unterhaltung über diese Vorgänge mit Personen, „die Beziehungen zur Regierung haben“, glaubt der Petersburger Gesandte auch den Grund angeben zu können, der die russische Regierung von einer entschiedenen Politik zurückhielt: „Frankreich hat die Sympathien Rußlands nicht verloren, aber die häufigen politischen Richtungswechsel haben in letzter Zeit das Vertrauen auf Frankreich erschüttert. Solange Frankreich der Zukunft nicht gewiß ist, muß man den Sympathien Schweigen bieten und kluge Zurückhaltung üben. Wohl oder übel muß man sich der größten Höflichkeit gegenüber Berlin befleißigen, um sich nicht in eine gewagte Situation zu verlieren, in der Rußland plötzlich isoliert wäre. Zar Alexander III. wünscht aufrichtig die Erhaltung des Friedens, und da jeder neue Schritt Rußlands in der Richtung auf Frankreich den Frieden durch Alarmierung und Herausforderung Deutschlands gefährden würde, sieht die russische Regierung davon ab, den neuen Tendenzen einer Annäherung zwischen der russischen und der französischen Nation eine greifbare Form zu geben. Vorsichtig ausgedrückte Sympathien, befriedigendes Einvernehmen in den Anschauungen über die internationale Politik sind alles, was Rußland ohne eigne Gefahr zugunsten Frankreichs vermag[1].“

Im Anschluß an den Besuch des Zaren in Berlin meint der Gesandte in Petersburg im November 1887 etwas wie eine Selbstbesinnung in den höheren Schichten der russischen Gesellschaft feststellen zu können; aber Sympathie für Frankreich, Feindschaft gegen Deutschland — das sei die Stimmung, die „unter dem Einfluß der russischen Preßorgane — alle Parteigänger Frankreichs und Gegner Deutschlands — sich weiterhin in den unteren Schichten deutlich äußert“[2]).

Er konnte damals noch nichts von den bereits erwähnten Dokumenten wissen, die dem Zaren vor seiner Abreise nach

[1]) Anl. 29, S. 198 (Petersburg, 6. Juni 1887).

[2]) Anl. 32, S. 204 (Petersburg, 7. November 1887).

Berlin vom General Appert in Kopenhagen überreicht worden waren und ein angebliches Doppelspiel Bismarcks in der bulgarischen Frage beweisen sollten[1]). Es ist schon gelegentlich der Zweifel ausgesprochen worden, ob Bismarck sich nicht täuschte, wenn er später des Glaubens war, es sei ihm gelungen, des Zaren Zweifel zu zerstreuen und sein Vertrauen wiederzugewinnen. Unter den belgischen Berichten aus Berlin befindet sich ein Schreiben Greindls aus dem Jahre 1896, in dem er den Inhalt einer Unterredung mit Marschall wiedergibt. Dieser gibt dem belgischen Gesandten Kenntnis von dem Bericht über eine Unterredung des Grafen Herbert Bismarck mit dem Großfürsten Wladimir aus dem Jahre 1888, der in den Archiven des Auswärtigen Amtes zu Berlin aufbewahrt werde. Aus ihm würde sich ein ganz anderes Bild vom Verhältnis des Zaren zu Bismarck ergeben; es scheint, daß dieses Aktenstück sehr geeignet wäre, die Wendung in der Haltung des Kaiserlichen Hofes zu erklären. Der Großfürst machte in diesem Gespräche kein Hehl daraus, daß sein Bruder, der Zar, ein unheilbares Mißtrauen gegen den Fürsten Bismarck habe, und daß alle Versuche, es zu zerstreuen, vergeblich gewesen seien[2]). Übrigens hatte der Kanzler nach einer Äußerung, von der ein Berliner Bericht vom 9. Dezember 1887 erzählt, damals selbst wenig Vertrauen, daß der Zar in Petersburg noch ebenso friedfertig denken würde wie in Berlin, wenn er wieder von den Panslawisten und anderen Kriegshetzern umgarnt sei.

---

[1]) S. o. S. 34.

[2]) «Le secrétaire d'état m'a dit posséder dans ses archives le compte-rendu d'une conversation entre le Comte Herbert de Bismarck et le Grand-Duc Vladimir de Russie qui a eu lieu en 1888, c'est-à-dire deux ans avant l'expiration du traité secret (des Rückversicherungsvertrages). Son Altesse Royale avait dit que son frère, l'Empereur Alexandre III, était animé d'une incurable défiance envers le Prince de Bismarck et que tous ses efforts pour la dissiper avaient été inutiles. Il y a loin de là aux bons rapports avec la Russie que le Prince de Bismarck se vante d'avoir conservés pendant toute son administration et qu'il accuse son successeur d'avoir troublés.» Berlin, 5. November 1896. — Dadurch wird Reventlow's Auffassung (Deutschlands Auswärtige Politik, 1914, S. 24) vom Verhältnis zwischen dem Zaren und Bismarck am Ende der achtziger Jahre noch schlagender widerlegt, als durch die von Hammann („Der neue Kurs" S. 40) angeführte Stelle aus Hohenlohes „Denkwürdigkeiten".

Herbert Bismarck sagt dem Gesandten und ebenso einem seiner Kollegen, diese Äußerung des Kanzlers bestätigend: „Der Zar sieht, daß die Macht des Panslawismus überhand nimmt. Er ist es müde, dem Widerstand entgegenzusetzen und läßt sich von der Strömung fortreißen[1]).“

Jedenfalls kann es keinem Zweifel unterliegen, daß bald nach seiner Rückkehr nach Petersburg nicht nur Bismarcks Einfluß, der ihn doch immerhin zur Erneuerung des Rückversicherungsvertrages hatte bewegen können, erloschen ist, sondern auch die Erfolge, die Giers im Kampf gegen Katkoff und seine Partei im Sommer 1887 davongetragen hatte, zunichte wurden. Im Beginn des Jahres 1888 wird der General Bogdanowitsch, der im Juni 1887 wegen seines Versuches, ein Bündnis mit Frankreich vorzubereiten, gemaßregelt worden war, auf einen hohen Verwaltungsposten berufen, und der Panslawist General Ignatieff, der mehrere Jahre in Ungnade gewesen war, zum Vorsitzenden der slawischen Wohltätigkeitsgesellschaft ernannt. Das gilt sowohl dem Berliner wie dem Petersburger Gesandten als Anzeichen für ein Wiedererstarken des Panslawismus[2]).

Mit welcher Kühnheit er nun an die Öffentlichkeit trat, zeigte sich noch im gleichen Sommer. Das neunhundertjährige Jubiläum der Bekehrung Rußlands zum orthodoxen Christentum, das man am 27. Juli 1888 in Kiew mit allem Pomp feierte, wurde zu einer Heerschau des Panslawismus. Der Zar hatte ausdrücklich gewünscht, daß die Feier einen ausschließlich religiösen Charakter haben sollte. Trotzdem hielt der General Ignatieff vor den aus allen Slawenländern herbeigeströmten Teilnehmern eine Rede, deren fanatischer und kriegerischer

---

[1]) Anl. 34, S. 207 (Berlin, 9. Dezember 1887).

[2]) Anl. 40, S. 223 (Petersburg, 28. Mai 1888). — «En terminant mon rapport du 4 mai, No. 453/278 j'ai dit que le Chancelier se montrait très convaincu de la durée de la paix. Il vient de m'être confié qu'aujourd'hui même dans un entretien intime, il a exprimé la même certitude. Les positions faites au Général Ignatieff et au Général Bogdanovitch sont des indices de l'influence des panslavistes et de leur persistance à combattre la politique allemande de M. de Giers. Le Chancelier regrette ces manifestations; elles lui sont désagréables, mais il ne leur reconnait pas une grande portée.» Berlin, 11. Mai 1888.

Charakter den Baron Greindl in Berlin zu sorgenvollen Bemerkungen über die Schwäche des Zaren und der russischen Regierung gegenüber dem Panslawismus veranlaßte[1]). Der belgische Gesandte in Petersburg spricht von der großen Strömung, die die russische Nation unaufhörlich nach Konstantinopel treibe. „Im Grunde ist jedermann," fährt er fort, „selbst bis in die Kreise hinein, die am meisten mit dem westlichen Einfluß sympathisieren, sich der Rolle bewußt, die Rußland seit Jahrhunderten auf Grund einer als historisch betrachteten Mission zu spielen sich berufen glaubt, der sich die gegenwärtige Regierung keineswegs zu entziehen gesonnen ist ... Das Jubiläum hat das alte Slawenblut bis in die fernsten Winkel Rußlands zur Wallung gebracht ... Die Kiewer Festlichkeiten haben Kundgebungen und Reden zur Folge gehabt, die das Trachten der panorthodoxen Bevölkerung recht ins Licht gesetzt haben. Besonders der Prokurator des heiligen Synod, Pobedonoszew, einer der einflußreichsten Ratgeber des Zaren, hat Reden gehalten, die voll waren nicht nur von Religion, sondern auch von Politik, ja mehr von dieser enthielten als von jener. Außerdem hat die Anwesenheit des Grafen Ignatieff und anderer slawophiler Häupter den Festen einen ganz besonders panslawistischen Charakter gegeben. Gewiß werden die schrankenlosen Forderungen, die ich andeutete, nicht allgemein von der Nation geteilt, gewiß nicht innerhalb der Regierungskreise. Daran fehlt viel. Aber für jeden unparteiischen Beobachter ist es klar, daß die beiden Parteien sich eigentlich nur in der Frage der Opportunität voneinander scheiden[2])." „Es wäre schwierig," sagt der gleiche Gesandte wenig später, „die unterirdische Arbeit, die augenblicklich in Rußland und in den orthodoxen Ländern betrieben wird, in bestimmter Form zu präzisieren; aber so viel ist sicher, daß die nationale und religiöse Strömung, die für kurze Zeit im Tempo ihrer Ausbreitung gehemmt war, im Zuge ist, von neuem das Übergewicht zu bekommen[3])." Die Zeiten waren fern, wo unfreundliche Worte des Gesandten Durnowo über Österreich-

---

[1]) Anl. 47, S. 238 (Berlin, 11. August 1888).
[2]) Anl. 46, S. 234 (Petersburg, 7. August 1888).
[3]) Anl. 50, S. 244 (Petersburg, 11. September 1888).

Ungarn bei viel geringfügigerem Anlaß, bei einer einfachen Sitzung derselben slawischen Wohltätigkeitsgesellschaft, die auch in Kiew eine große Rolle spielte, genügt hatten, den Zaren zu einem strengen Verweis für den Redner und den Minister des Auswärtigen zu einer offiziellen Entschuldigung gegenüber dem österreichischen Botschafter zu veranlassen[1]). Der Vergleich ist ganz geeignet zu zeigen, wie die Wasser des Nationalismus seitdem im Osten gestiegen waren.

Der belgische Gesandte beklagt sich 1888 einmal darüber, daß es für die auswärtigen Diplomaten fast unmöglich sei, zu Hof und Gesellschaft in Petersburg engere Beziehungen anzuknüpfen, weil Tendenz oder Mode dahin gingen, Rußland von allen aus dem Ausland kommenden politischen, industriellen und kommerziellen Einflüssen freizumachen: „Wie es einst in Petersburg und in Rußland Mode war, liberal und ganz fortschrittlich zu sein, so gehört es heute zum guten Ton, vor allem national und Panslawist zu sein und nichts dem Westen entlehnen zu wollen.“ Männer wie der frühere Gouverneur der baltischen Provinzen, Graf Peter Schuwaloff, die der alten Generation angehörten und von einer Assimilierung westeuropäischer Errungenschaften die Entwicklung des Landes erwarteten, waren unpopulär und vergessen. Dem Grafen Schuwaloff wurde in den Nachrufen der russischen Presse die milde Behandlung

---

[1]) «Les journaux ont parlé, Mon Prince, d'un incident qui s'est produit pendant la dernière séance de la société Slave de bienfaisance, peu de jours avant mon retour à St. Pétersbourg et dont je crois devoir dire quelques mots, à cause de la sensation qu'il a produite. Le général Dournovo, ancien Gouverneur civil de Moscou et adjoint à l'administration des apanages, homme immensément riche, dévoré d'ambition, et qui, grâce à ses libéralités, s'est placé à la tête du comité Slave dans l'unique but de quêter un portefeuille dans le cas où le général Ignatieff reviendrait au pouvoir, a prononcé un discours dans lequel il s'est servi d'expressions d'une extrême violence contre l'Autriche-Hongrie. Dans les régions officielles, où l'on attache une grande importance au maintien de l'accord entre les trois Empires, cet incident a causé le plus vif mécontentement. Non seulement M. de Giers en a exprimé tous ses regrets au Comte Wolkenstein, mais un blâme très sévère a été infligé publiquement par l'Empereur Lui-même au général Dournovo.» Petersburg, 17. Dezember 1885.

der Deutschen in den Ostseeprovinzen „wie ein Flecken im Leben eines russischen Staatsmannes“ vorgeworfen[1]).

In diesem Punkte freilich hatte sich die russische Verwaltungsmethode seither gründlich geändert, und die Petersburger Berichte verfehlen nicht, auch die Anzeichen des Anwachsens der deutschfeindlichen Bewegung zu verzeichnen, die sich aus der fortschreitenden Russifizierung der baltischen Provinzen ergaben. 1887 wird die vorher schon in Estland vollzogene Einführung der russischen Unterrichtssprache auch auf Livland ausgedehnt; 1888 folgt die Einführung der russischen Friedensgerichte, 1889 die der russischen Amtssprache für die Stadt- und Provinzialverwaltungen. Ähnlich ging man in Polen und seit 1890 auch in Finnland vor. Das war das System des Grafen Tolstoi, dessen Persönlichkeit und Tätigkeit ein Bericht aus Petersburg kennzeichnet[2]). Als nach seinem Tode 1889 der

[1]) «Le Comte Schouwaloff appartenait à cette catégorie de Russes qui deviennent de plus en plus rares aujourd'hui, et qui ne pensaient pas que l'avenir de la Russie consiste à s'éloigner de la civilisation occidentale; il croyait au contraire, comme Pierre le Grand et d'autres grands hommes de la Russie, que son pays n'arriverait à son vrai développement qu'en s'assimilant les progrès de notre civilisation. — Le défunt pour ce motif était devenu impopulaire et oublié. Aussi sauf le Journal officieux de St. Pétersbourg, le journalisme russe, tout en louant les qualités privées du défunt, lui reproche d'avoir suivi une politique antinationale, le traité de Berlin et son gouvernement tolérant dans les provinces baltiques comme des taches dans la vie d'une homme d'état russe. Vous retrouverez un écho de ces jugements dans les journaux de Paris qui s'empresseront de s'atteler à la remorque de la Presse panslaviste.» Petersburg, 28. März 1889.

[2]) «Le Comte Tolstoi quoiqu'il fût d'un caractère sévère et d'opinions très conservatrices pour ne pas dire réactionnaires, et quoiqu'il se fût plutôt attiré comme homme des antipathies que des sympathies, a eu la bonne fortune de se voir plus ou moins unanimement loué après sa mort, même par ceux qui étaient des adversaires politiques. Ce phénomène s'explique par l'esprit de chauvinisme dominant actuellement. Le Ministre de l'Intérieur avait su donner à ses mesures les moins populaires un cachet moscovite; il avait uni son fils unique à la fille du célèbre publiciste Katkoff; et enfin il avait continué en Pologne l'œuvre de russification et entrepris avec une grande énergie et une grande vigueur le même travail dans les provinces baltiques. — Les quelques journaux panslavistes revêtus d'une certaine teinte de libéralisme pouvaient donc lui pardonner beaucoup.» Petersburg, 16. Mai 1889.

belgische Gesandte von der Ernennung seines bisherigen Gehilfen Durnowo zu Tolstois Nachfolger als Minister des Innern berichtet, setzt er die Worte hinzu: „Die Tragweite dieser Ernennung kann nicht besser charakterisiert werden als mit den Ausdrücken des kaiserlichen Ernennungsukases selber: ‚Ich hoffe, daß Sie das von Graf Tolstoi begonnene Werk mit derselben Festigkeit fortführen und sich streng an die Grundsätze halten werden, von denen er nach meinen Angaben sich leiten ließ‘[1]).“

Der Tod des alten Kaisers, die Krankheit Kaiser Friedrichs und die Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II. gaben, wie aus den Petersburger Berichten hervorgeht, den deutsch-feindlichen Kreisen die günstigste Gelegenheit, das Mißtrauen gegen Deutschland zu nähren. Aus Petersburg wird wiederholt nach Brüssel berichtet, daß der junge Kaiser bei den russischen Politikern als Anhänger des äußersten Militarismus gelte[2]). Klarheit über diesen Punkt erwarte man nach dem Thronwechsel, heißt es in einem dieser Berichte; dann werde auch die Zurückhaltung Rußlands in allen politischen Fragen ein Ende nehmen, „wenn die abwartende Haltung, die Rußland einzunehmen vorgab, nicht nur vorgespiegelt wurde, um desto besser die Rüstungen und Truppenbewegungen, die allen gegenteiligen Versicherungen zum Trotz an der österreichischen und deutschen Grenze stattfinden, geheimhalten zu können“[3]). Als die Presse den jungen Kaiser dann auf Geheiß der Regierung mit wohlwollenden

[1]) «La portée de cette nomination ne peut être mieux caractérisée que par les termes mêmes de l'Ukasse du 6/18 mai: ‚A mon grand chagrin,‘ a dit Sa Majesté, ‚le Comte Tolstoi est mort sans avoir pu terminer complètement l'œuvre qui lui était indiquée, et sans avoir réalisé toutes mes indications. Je vous ai choisi et nommé pour être son successeur, vous qui avez été son collaborateur le plus immédiat pendant les premiers temps. J'espère que vous continuerez l'œuvre qu'il a commencé avec la même fermeté et en vous conformant strictement aux principes dont il s'inspirait sur mes indications.‘ L'œuvre dont parle l'Empereur est la réforme administrative de laquelle j'ai déjà eu l'occasion de vous entretenir et la continuation de l'œuvre de russification de la Pologne et surtout des provinces baltiques.» Petersburg, 22. Mai 1889.

[2]) Vgl. Anl. 38, S. 218 (Petersburg, 6. April 1888).

[3]) Anl. 42, S. 227 (Petersburg, 19. Juni 1888).

Worten begrüßt, berichtet der gleiche Gesandte: „Ich habe Grund zur Annahme, daß die Handlungen keineswegs im Einklang mit den Worten stehen; während man direkt den optimistischen Vorstellungen Ausdruck gibt, rüstet sich Rußland mehr als jemals auf die ärgsten Möglichkeiten[1].“

Dieses Mißtrauen gegen den jungen Kaiser in Rußland würde nicht verständlich sein, wenn man nicht aus anderen Berichten des Gesandten erfahren würde, daß bestimmte Kreise die Krisenstimmung planmäßig wach zu halten suchten: „Es gibt in Rußland eine sehr starke Gruppe von Leuten, die für eine europäische Konflagration sind; sie träumen davon, daß Frankreich den Funken in das Pulverfaß schleudern werde. Das ist das Ergebnis, das sie von der Durchführung des vom General Boulanger vertretenen Regimes zu erreichen hoffen, das gezwungen sein würde, die chauvinistischen Ansprüche derer zu befriedigen, die ihn zur Macht gebracht haben[2].“ Ein andermal bezeichnet der Gesandte diese Kreise genauer: „In den panslawistischen Versammlungen macht man kein Hehl daraus, daß man von dem Kampf gegen den Parlamentarismus (in Frankreich) den Triumph der bonapartistischen oder royalistischen Ideen oder aber eine vorübergehende Diktatur des Generals Boulanger erhofft. Zu Unrecht oder nicht erwartet man, daß ein Aufstieg dieses letzteren unbedingt Kriegsmöglichkeiten heraufbeschwören wird, mit deren Hilfe Rußland gewisse Ansprüche verwirklichen könnte, mit denen es zurückhalten muß, solange Deutschland unbeschäftigt ist. Diese Wünsche sind nur in der aktivistischen Partei verbreitet, die immer bereit ist, Rußland auf der Bahn weiterzutreiben, die ihm seine sogenannte historische Mission vorschreibt[3].“

So erklären sich die besonders in den Berichten aus Petersburg und Wien häufig erwähnten umfassenden militärischen Vorbereitungen, die Rußland während des Jahres 1888 traf, die allmählichen Truppenverschiebungen, die die Städte der Wolgagegend und des Kaukasus ganz ihrer Garnisonen entblößten und

[1]) Anl. 43, S. 229 (Petersburg, 22. Juni 1888).
[2]) Anl. 38, S. 218 (Petersburg, 6. April 1888).
[3]) Anl. 49, S. 242 (Petersburg, 27. August 1888), vgl. Anl. 52, S. 248.

zu einer ständig anwachsenden Truppenhäufung an der deutsch-österreichischen Grenze führten.

Man erinnere sich, daß in dieser Zeit die russischen Waffenbestellungen in Paris erfolgten und Verbindungen zwischen den Armeen geknüpft wurden, die als bedeutungsvolle Anzeichen für die Gestaltung der politischen Verhältnisse bei Ausbruch eines Krieges angesehen werden mußten. Der Petersburger Gesandte meint im November 1888, daß es der Stimmung in der russischen Armee wohl entsprechen würde, wenn der General Gurko in Warschau in der Tat bei einem Essen zu Ehren des russischen Botschafters in Berlin in einem Trinkspruch geäußert habe, es würde sich, wenn einmal der Krieg ausbreche, zeigen, daß die russische Armee den Weg nach Berlin und Wien nicht vergessen habe[1]).

Wie sich ein „echter Russe" dieser Zeit diesen Vormarsch denkt, erfährt man aus einem Vorschlage, den das gemäßigt panslawistische Blatt „Graschdanin" im Jahre 1889 machte. Die Zeitung regte an, die mohammedanische und heidnische Bevölkerung Zentralasiens als irreguläre Truppe zu verwenden. „Diese Leute würden nach Überschreitung der Grenze einen Guerillakrieg führen und alles zerstören und vernichten. Durch ihre Massen würden sie die verbündeten Armeen des Gegners erdrücken, deren Strategie und feinste Berechnungen zuschanden machen. Es ist wahr, daß dieser Krieg an die Großstaaten Dschingis-Khans und Tamerlans erinnern würde. Um so besser! Um so schneller würden wir unser Ziel erreichen, aber unter der Bedingung, daß wir uns der Vorurteile einer unzeitgemäßen Sentimentalität entschlagen und uns ganz dessen bewußt sind, daß jedes Volk im Kampf von allen Siegesmitteln, ohne zu wählen, Gebrauch machen muß . . . Rußland ist am reichsten an Hilfsmitteln dieser Art, die irregulären Truppen, d. h. unsere Kosaken, die Bewohner des Kaukasus und die Nomadenvölker

[1]) «Il n'est pas impossible, étant donnés les sentiments de l'armée russe qu'à la fin d'un repas, quand les têtes sont montées par la mousse du vin de Champagne les toasts échangés au banquet donné par le général Gourko n'aient pas été aussi pacifiques que les conversations du Comte Schouvaloff dans les salons de Berlin.» Petersburg, 17. November 1888.

Asiens, die Abkommen jener berühmten Reiter, die im Sattel die halbe Welt erobert haben, haben nichts von ihrer Macht verloren. Europa weiß es und hat Grund zu zittern." Der belgische Gesandte in Petersburg legte den Zeitungsausschnitt als bezeichnende Probe für die Stimmung und Haltung der Presse in einer Übersetzung dem Brüsseler Ministerium mit der Bemerkung vor, daß solche Betrachtungen für Europa wenig beruhigend wären, wenn ein französisch-russisches Bündnis Wirklichkeit würde[1]). „Die slawophile Presse," heißt es ein andermal, „ich könnte sagen, die russische Presse mit wenigen Ausnahmen, läßt gegenüber ihrem Erbfeind, d. h. dem Deutschen, die Waffen niemals ruhen. Unaufhörlich greift sie die Politik des Nachbarn an und trägt so ihre Abneigung gegen die deutsche Nation und deren Regierung zur Schau[2])." Der Gesandte warnt davor, diese Erscheinung leicht zu nehmen: „In normalen Zeiten ist der Einfluß der Presse auf die Volksstimmung nicht groß und auf die Regierung gleich Null. Unter besonderen Umständen, wenn internationale Verwicklungen entstehen sollten, würde diese Presse durch Aufpeitschung des Nationalgefühls genügend Macht haben, um die Regierung zu Entschließungen zu treiben, die sie vielleicht selbständig nicht fassen würde. Ganz gewiß würde die russische Presse ohne Ausnahme im Falle eines deutsch-französischen Konfliktes fordern, daß die zum großen Teil nahe der galizischen und rumänischen Grenze zusammengezogenen Truppen auf Berlin und Wien marschieren[3])."

[1]) Anl. 54, S. 251 (Petersburg, 8. Mai 1889).

[2]) «La presse slavophile, je pourrais dire la presse russe, sauf quelques exceptions, ne désarme jamais devant son adversaire né, c'est-à-dire devant l'Allemand. Elle ne cesse d'attaquer la politique de ses voisins et de faire montre de son aversion pour la nation allemande et pour ceux qui la gouvernent. — La catastrophe qui a si cruellement frappé l'auguste Maison de Habsbourg a été pour elle, à l'instar de la presse revancharde de Paris, l'occasion de donner une nouvelle preuve de ses sentiments germanophobes. La plupart des journaux russes se sont refusés à admettre la version officielle de la mort de l'Archiduc Rodolphe, et ont fait partir ou diriger de Berlin l'arme qui a mis fin à ses jours.» Petersburg, 9. Februar 1889.

[3]) Anl. 53, S. 249 (Petersburg, 1. Mai 1889).

Unruhe und Wechselfälle des innerpolitischen Lebens in Frankreich haben nach Meinung der belgischen Gesandten außerhalb der Regierungskreise in Rußland wenig Eindruck gemacht: „Die stürmische Lage, in der sich die Republik befindet, ist weit davon entfernt, die Stärke der Sympathieströmung zu mindern, die allmählich Rußland zur großen Nachbarnation hinführt, in der es — vielleicht ist es nützlich, es festzustellen — seit jeher immer nur den Verbündeten gesehen hat[1]."

Zu gleicher Zeit wurde von Paris nach Petersburg ein Faden gesponnen, der sich in der Zukunft als ein noch viel zäheres und fesselnderes Band zwischen beiden Mächten erweisen sollte, als es eine noch so starke „Sympathieströmung" sein kann. Die Veranlassung dazu war der Wirtschaftskrieg, der seit 1887 zu allem politischen Gegensatz hinzu die russisch-deutschen Beziehungen noch weiter verschlechterte.

Nach den belgischen Berichten hat Rußland diesen Krieg eröffnet, indem es im Anfang des Jahres die Zölle auf zahlreiche Artikel der Einfuhr erhöhte, deutsche Kaufleute, Handwerker und Angestellte aus den westlichen Provinzen auswies und Ausländern verbot, in diesen Teilen des Reiches Land zu erwerben und zu besitzen. Die Berichte lassen auch erkennen, wie stark Bismarcks Gegenmaßnahmen auf die Stimmung in Rußland eingewirkt haben. In wechselnder Stärke hat sich dieser Krieg durch die folgenden Jahre hingezogen und ohne Frage sein Teil dazu beigetragen, Rußland wirtschaftlich in die Arme Frankreichs zu treiben. Denn aus der Sperrung des deutschen Marktes für die russischen Anleihen ist die finanzielle Abhängigkeit Rußlands von Frankreich erwachsen, deren unheilvolle Folgen schon die nächsten Jahre zeigten. Davon wird weiterhin zu reden sein. Ein belgischer Bericht aus Berlin vom Februar 1888 teilt noch mit, Bismarck glaube nicht, daß der Zar das Angebot der französischen Kapitalisten, eine russische Anleihe in Paris unterzubringen, annehmen werde[2]. Im No-

---

[1]) Anl. 48, S. 239 (Petersburg, 13. August 1888).

[2]) «Le 31 janvier la Bourse de Berlin a été fort agitée par la nouvelle de la conclusion d'un emprunt russe à Paris. Les capitalistes français n'avaient pas réussi à contracter directement avec le Ministre des Finances

vember des gleichen Jahres tauchen die Gerüchte von neuem auf[1]), im Dezember spricht der Gesandte von der Wirkung, die das Gelingen der russischen Anleihe in Berlin ausübt[2]). Der Anleihe von 1888 folgten nun Jahr für Jahr weitere von größerem Umfange.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß diesen finanziellen Beziehungen, so sehr die mächtigen Triebfedern des Zusammenschlusses Frankreichs und Rußlands politischer Natur gewesen sind, von nun ab für die weitere Entwicklung entscheidendes Gewicht zukommt. Auch eine Regierung, die mit mehr Energie sich gegen anders gerichtete Strömungen zu wehren befähigt gewesen wäre als die russische, wäre immer tiefer in dieses Netz der Verpflichtung und Abhängigkeit hineingeraten. Rußland mußte Geld haben, wie der belgische Gesandte schon 1887 einmal, wohl im Anschluß an Äußerungen Bismarcks, sagt: „zur Herstellung seiner völlig verfahrenen finanziellen Lage und wegen der Kriegspläne der Panslawisten[3])". In diesem Punkte also trafen sich die Forderungen der Regierungspartei mit denen der panslawistischen. Paris bot Geld und gab Geld, nachdem die Berliner Quelle für Rußland versiegt war. Daß die Franzosen an ihr Entgegenkommen Hoffnungen und Erwartungen knüpften, die für Rußland zu einer schweren Belastung werden konnten, war freilich klar. Aber zunächst galt es, die günstigen Umstände auszunutzen; und das besorgte die russische Regierung nach Kräften. Bis 1899 war die russische Schuld in Frankreich bei vorsichtiger Schätzung zu einem Betrage von 6 Milliarden Franken angewachsen[4]). Das

---

à St. Pétersbourg. Ils s'étaient adressés au Czar qui avait accepté leurs offres. Il a été bientôt constaté que la nouvelle était au moins prématurée. Le Chancelier ne croit pas que le Czar accueille les propositions des capitalistes français.» Berlin, 3. Februar 1888.

[1]) Anl. 51, S. 247 (Berlin, 17. November 1888).

[2]) «C'est avec un certain dépit que l'on a vu ici le succès de l'emprunt russe à Paris et avec une certaine joie que l'on a constaté la froideur avec laquelle il a été accueilli dans les bourses de Belgique et des Pays-Bas. On continue à malmener les financiers allemands qui ont pris part à l'opération.» Berlin, 15. Dezember 1888.

[3]) Anl. 31, S. 201 (Berlin, 22. Juli 1887).

[4]) Siehe Le Mouvement Socialiste, IIIme année, t. II (1901), p. 268.

war ein Ergebnis, das man auch mit politischen Konzessionen bezahlen konnte. Es kennzeichnet die Lage sehr treffend, wenn Greindl am 27. September 1890 von den sich mehrenden Anzeichen einer Annäherung zwischen Frankreich und Rußland sagt: „Wenn es den Franzosen gefällt, sich selbst zu täuschen, ist das Petersburger Kabinett dann verpflichtet, sie von einer Begeisterung zu kurieren, von der es solche politischen und finanziellen Vorteile hat? Das hieße viel Tugend von ihm verlangen[1]." Daß gleichzeitig mit der ersten russischen Anleihe in Paris noch eine andere bedeutungsvolle Verbindung auf militärischem Gebiet zwischen beiden Ländern angeknüpft wurde, ist schon erwähnt worden. Es ist schwer zu entscheiden, wie weit bei diesen Vorgängen die russische Regierung aktiv beteiligt gewesen ist, wie weit sie sich in einer Zwangslage glaubte und schieben ließ.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1889 häuften sich jedenfalls die beunruhigenden Anzeichen im Osten. Aus Petersburg kamen neue Nachrichten über starke Vermehrungen und Umformungen in der russischen Armee, neue Truppentransporte nach dem Westen und Verstärkungen der Grenzwache an der galizischen und preußischen Grenze[2]. Wie eine Fanfare wirkte des Zaren Trinkspruch auf den Fürsten von Montenegro als den „einzigen wahren und treuen Freund Rußlands", der „im Herzen jedes guten Panslawisten ein Echo findet"[3], und von der panslawistischen Presse als drohende Warnung für Deutschland ausgelegt wurde, „ich denke nicht ganz mit Unrecht", sagt der Petersburger Gesandte[4]. Für den Balkan bedeutete der Trink-

[1]) «S'il plaît aux Français de se tromper eux-mêmes, le Cabinet de St. Pétersbourg est-il tenu de les guérir d'un engouement dont il retire tant d'avantages politiques et financiers? Ce serait exiger de sa part beaucoup de vertu.» Berlin, 27. September 1890.

[2]) Der Gesandte gibt regelmäßig Nachricht über diese Bewegungen.

[3]) «La presse russe a enrégistré avec enthousiasme les paroles du Souverain. Ce ‚fara da se' proclamé par le Souverain déclarant que la Russie n'a de sincère ami que le Chef d'une principauté minuscule est allé droit au cœur de tout bon panslaviste.» Petersburg, 4. Juni 1889.

[4]) «Le toast de l'Empereur au Prince de Monténégro défraie encore la polémique de la presse russe. Les journaux panslavistes, après avoir

spruch das Ende einer Periode verhältnismäßiger Ruhe: „Heute", berichtet der belgische Gesandte aus Wien, „wird die panslawistische Propaganda, die durch den berüchtigten Toast des Zaren zugunsten des Fürsten von Montenegro angespornt ist, mit der mächtigen Unterstützung des Klerus und mehr oder weniger im Einverständnis mit der Regierung Ristitcs in Serbien wie auf der ganzen Balkanhalbinsel ganz offen betrieben. Bei diesem Staatsmann, bei seiner Regierung und bei der liberalen Partei findet der russische Gesandte in Belgrad, Persiani, . . . jedes Entgegenkommen. Alles bereitet sich also auf ernste Vorgänge auf dem Balkan vor." Der Gesandte setzt hinzu, daß ein Belgrader Blatt als Serbiens Neutralitätsbedingung die Herausgabe von Bosnien und der Herzegowina und des slawischen Gebiets Dalmatiens und Ungarns verlange, und glaubt, in diesen Forderungen die geheimen Gedanken der augenblicklichen Regierung Serbiens sehen zu dürfen; Bulgarien und Rumänien würden sich diesen Ansprüchen anschließen. Noch sei Rußland nicht fertig gerüstet; auch das Ende der Pariser Ausstellung wolle es abwarten. Aber das nächste Frühjahr könne schon die Entscheidung bringen[1]).

Der belgische Gesandte in Petersburg macht darauf aufmerksam, daß auch in Rußland die bosnische Frage wieder erörtert werde und die „unterjochten Brüder" in Böhmen in der Presse eine große Rolle spielen: „Alle Sympathien sind natürlich auf seiten der Jungtschechen, deren Umtriebe und Hetzerei, wie man hofft, dazu beitragen werden, im gegebenen Zeitpunkt in den Bestand des Dreibundes Bresche zu schlagen[2])."

---

dit son fait à l'Europe occidentale, finissent par prétendre que l'Allemagne a été spécialement visée par le Czar; ils n'ont pas je pense tout à fait tort.» Berlin, 13. Juni 1889.

[1]) Anl. 58, S. 257 (Wien, 19. Juni 1889). — Ein gutes Bild von dem unaufhaltsamen Vordringen der Russen auf dem Balkan gibt auch ein Bericht des belgischen Geschäftsträgers in Wien, Grafen Lichtervelde: Anl. 55, S. 253 (Wien, 3. Juni 1889).

[2]) «Toutes les sympathies sont naturellement en faveur des jeunes Tschèques dont les menées et l'agitation contribueront, espère-t-on, à faire brèche à un moment donné dans les assises de la triple alliance.» Petersburg, 6. Dezember 1889.

Daß der Wiener Gesandte im Juni 1889 das Losbrechen des Krieges im nächsten Frühjahr nicht für ausgeschlossen hielt, haben wir schon gesehen.

Sein Petersburger Kollege äußert sich zur gleichen Zeit nicht viel optimistischer: „Ich würde es für überflüssig halten, Tag für Tag von den beunruhigenden Gerüchten zu berichten, die auftauchen und das Ergebnis des unnatürlichen Zustandes von Nervosität sind, in dem sich das Europa unserer Tage mit seinen fürchterlichen Rüstungen befindet. Es ist keine unmittelbare Gefahr, daß der Friede gestört wird, man kann ihn für mehrere Monate garantieren, abgesehen von Zwischenfällen, die menschlicher Verstand nicht voraussehen kann; was die Zukunft anbelangt, so gibt es zu viel Wolken am Horizont, als daß man hoffen könnte, das Unwetter werde vorüberziehen[1]."

[1]) «Je croirais superflu de vous écrire au jour le jour les rumeurs inquiétantes qui surgissent et qui sont le résultat de l'état anormal de nervosité dans lequel se trouve l'Europe de nos jours avec ses formidables armements. Il n'y a pas de danger actuel que la paix soit troublée, on peut la garantir pour plusieurs mois, à moins d'incidents que la sagesse humaine ne peut prévoir; quant à l'avenir il y a trop de nuages à l'horizon pour faire espérer que l'orage n'éclate pas un jour.» Petersburg, —. Juni 1889. (Der Tag des Abganges ist auf dem Bericht nicht vermerkt; am 6. Juli traf er in Brüssel ein.)

KAPITEL III.

DER ALTE UND DER NEUE KURS.

Es ist die einmütige Anschauung aller belgischen Gesandten, daß zwei Leitgedanken in Bismarcks gesamter Außenpolitik seit der Reichsgründung deutlich zu erkennen seien: der erste sei die Erhaltung des Friedens, der zweite die Verhinderung des drohenden Zusammenschlusses von Frankreich und Rußland[1]). Anderthalb Jahrzehnte hindurch war es seiner glänzenden Kunst gelungen, diese Politik durchzuführen; ganz Europa paßte sich, teils aus Furcht, teils aus Vertrauen, dem führenden Willen des Riesen an, der in Wahrheit die Geschicke des Erdteils lenkte.

Aber etwa seit dem Jahre 1885 mehrten sich bedenklich die Anzeichen dafür, daß Bismarck bei der Durchführung seiner Leitgedanken auf Widerstände stieß, gegen die auch seine überlegene Kunst machtlos zu bleiben drohte. Das Gesicht Europas bekam innerhalb weniger Jahre neue Züge, die bis dahin nicht hervorgetreten waren. Was die Berichte der belgischen Gesandten darüber zu berichten wissen, ist in den Kapiteln über die Revanche-Idee und den Panslawismus zusammengestellt worden. Sie zeigten, daß in Frankreich einem von den Regierenden nie aus den Augen gelassenen Programm Stütze und Antrieb aus einer von Jahr zu Jahr unverhohlener sich äußernden neuen Gesinnung des Volkes erwuchs, in der sich das Wiedererwachen starken Selbstgefühles und das Bedürfnis, die Niederlage des Jahres 1870 wettzumachen, äußerte; sie zeigten, daß in Rußland

[1]) Es sei hier nur eine Stelle aus einem Bericht des Gesandten in Berlin angeführt: «Sa politique est d'éloigner la guerre en conservant l'entente des trois empires et simultanément d'empêcher à tout prix une alliance de la Russie avec la France.» Berlin, 29. Oktober 1886.

gegenüber einer schwankenden Regierungspolitik sich allmählich eine Nebenpolitik entwickelte, die jene zu vergewaltigen drohte. Es war nach Anschauung der belgischen Gesandten nur eine Frage der Zeit, daß diese Entwicklungen zur gefährlichsten Bedrohung für das zwischen beiden Ländern eingekeilte Deutsche Reich wurden. Denn die Nebenpolitik im Osten hatte die gleiche Tendenz wie die Regierungspolitik im Westen: gegen Deutschland, und durch die Gemeinsamkeit des Ziels wurden beide Strömungen notwendig zueinander geführt. Die auf der Erwägung politischer Vorteile und Nachteile beruhenden Versuche zu einem Zusammenschluß, die von den Regierungen ausgegangen waren, zu vereiteln, hatten politische Mittel ausgereicht. Aber nun schienen den belgischen Gesandten die Unterströmungen und ihre Tendenzen an die Stelle der Regierungen zu treten und ein Bündnis erzwingen zu wollen, das nur als erster Schritt zu einer gewaltsamen Umwälzung des bestehenden politischen Systems aufgefaßt werden konnte. Das etwa ist das Bild, das sich aus einer Durchsicht der belgischen Quellen ergibt. Konnte es selbst der Staatskunst eines Bismarck auf die Dauer gelingen, diese Entwicklung aufzuhalten?

Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß zwei Ereignisse des Jahres 1885, Ferrys Sturz und der Rumeliotenaufstand, wie zwei Marksteine am Beginn einer neuen Phase der politischen Verhältnisse im Westen und Osten des Deutschen Reiches stehen. Seit diesen Ereignissen mehren sich in den Berichten der belgischen Gesandten die Stimmen, die eine Fortsetzung der Bismarckschen Politik mit den bisherigen Mitteln für ausgeschlossen halten. Seit diesem Jahre kommt in ihnen immer häufiger und immer überzeugter die Meinung zum Ausdruck, daß ein Krieg der Mittelmächte mit Rußland und Frankreich unvermeidlich sei.

Ganz im Beginn der bulgarischen Vorgänge, im Winter 1885, schließt der belgische Gesandte in London eine Betrachtung über die Schwierigkeiten, die Bismarck aus ihnen erwachsen würden, noch mit den Worten: „Wird es ihm dadurch, daß er die so entgegengesetzten Interessen seiner beiden Verbündeten in Einklang bringt, gelingen, einen Bund, der für den Frieden

der Welt notwendig ist, vor jeder Schwächung zu bewahren? Es ist ein großes Glück, daß nichts über die Kraft dieses mächtigen Politikers zu gehen scheint!“[1])

Aber ein Jahr später klingt das Urteil seines Kollegen in Berlin über Bismarcks Kampf mit den neuen politischen Mächten im Osten ganz anders, als er von den Rückwirkungen der bulgarischen Vorgänge auf den Zaren berichtet: „Deutschland hat sich an den Glauben gewöhnt, daß der Friede Europas durch den Einfluß des Fürsten Bismarck und durch seine Geschicklichkeit in der Lösung aller Schwierigkeiten der Außenpolitik gesichert ist. In dieser Überzeugung wurzelt das große Ansehen, das ihm die Macht gibt, mit der er das Reich regiert. Was in Petersburg vorgeht, enthüllt aber in Berlin, daß es für den Frieden Gefahren gibt, deren naturnotwendige Ursache sich unbedingt der Einwirkung des Kanzlers entzieht, und daß es nicht mehr in seiner Macht liegt, für die Ruhe Europas einzustehen[2]).“ Mit gespannter Aufmerksamkeit mußten gerade die belgischen Gesandten verfolgen, mit welchen Mitteln Bismarck aus dieser Zwangslage sich zu befreien suchen würde.

Bismarck hat Frankreich gegenüber in den letzten Jahren seiner Amtstätigkeit ein erstaunliches Maß von Geduld bekundet. Man denke nur daran, was allein das Jahr 1887 an Herausforderungen und Konfliktstoff brachte! Aber die Schnäbele-Affäre, die Boulangerschen Mobilisierungspläne, die Demonstrationen für Elsaß-Lothringen in der Madeleine, die unaufhörlichen Preßfehden zwischen deutschen und französischen Blättern gehörten für ihn zu den „Lappalien, um derentwillen einen großen nationalen Krieg zu entzünden oder auch nur wahrscheinlich zu machen“, er in seiner Reichstagsrede ruchlos nannte.

Einen neuen Krieg mit Frankreich hielt er dabei selbst für gewiß; nach einem Bericht aus Berlin äußert er Anfang 1887

---

[1]) «Parviendra-t-il en ménageant les intérêts si opposés de ses deux alliés à préserver de toute atteinte un accord nécessaire à la paix du monde? Fort heureusement rien ne paraît être au-dessus des forces de ce puissant politique.» London, 16. November 1885.

[2]) Anl. 14, S. 164 (Berlin, 31. Dezember 1886).

im vertrauten Kreise: „Ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ist unvermeidlich. Die Verträge von 1815 haben eine Wunde geschlossen und Europa ein halbes Jahrhundert Ruhe gegeben. Der Vertrag von Frankfurt hat nichts geheilt. Der Verlust von Elsaß und Lothringen ist eine blutende Wunde geblieben, aus der seit 16 Jahren das Revanchefieber Nahrung zieht. Frankreich hat nie aufgehört, sich für die Wiedereroberung dieser Provinzen vorzubereiten; es wartet nur auf günstige Umstände, um Deutschland anzugreifen[1]."

Der Gesandte in London weist 1886 darauf hin, daß es einmal eine Zeit gegeben habe, in der Bismarck hoffen konnte, zu einer dauernden Verständigung mit Frankreich zu gelangen; damit sei es nun endgültig vorbei. Mit der unversöhnlichen Feindschaft Frankreichs mußte er sich abfinden. Um so bedeutungsvoller wurde es für ihn, das Verhältnis Rußlands zu Deutschland auf eine Grundlage zu stellen, die Garantien für die Zukunft gab. „Er erkannte bald seinen Irrtum," fährt der Bericht aus London fort, „wechselte den Kurs und dachte nur noch daran, die Verbindung zwischen den drei Kaiserreichen fester zu ziehen. Seither ist die Erhaltung dieses Bundes seine ständige Sorge gewesen, und unaufhörlich hat er daran gearbeitet, ihn durch Beilegung der Schwierigkeiten, die bei jedem Anlaß die Orientfrage zwischen seinen beiden Verbündeten hervorruft, sicherzustellen. Wird es ihm gelingen, dieses Gleichgewicht noch lange aufrechtzuerhalten? Man tut in Petersburg, in Rom und Wien so, als ob man davon überzeugt wäre; in London glaubt man es nicht[2]."

Nach den belgischen Gesandtschaftsberichten hätte Bismarck gleich im Beginn der neuen Verwicklungen auf dem Balkan versucht, die bisherige Politik des Hinhaltens und des Ausgleiches der Gegensätze zwischen Österreich und Rußland, die man nach dem zitierten Bericht aus London auch dort für nicht mehr durchführbar hielt, aufzugeben und für einen der beiden Gegner zu „optieren". Der Gesandte in Wien berichtet im Dezember 1886, daß Bismarck in Gastein, als dort die durch

[1]) Anl. 15, S. 166 (Berlin, 28. Januar 1887).
[2]) Anl. 9, S. 152 (London, 20. Oktober 1886).

den Rumeliotenaufstand geschaffene Lage zwischen den Verbündeten besprochen wurde, „von neuem versucht habe, Österreich-Ungarn militärisch wie wirtschaftlich durch unauflösbare Bande an Deutschland zu fesseln", und erst als dieser Versuch am Widerstand Österreichs gescheitert sei, sich zu der Annäherung an Rußland und zu den Balkanabmachungen mit Giers in Franzensbad entschlossen habe, die die Grundlage für seine Balkanpolitik in der Folgezeit waren[1]). Der Gesandte hat bald darauf die Angaben dieses Berichtes mit Nachdruck bestätigt und dabei hervorgehoben, daß Bismarcks Hauptsorge gewesen sei, das drohende französisch-russische Bündnis zu verhindern; er habe aus dieser Befürchtung heraus Rußland freie Hand auf dem Balkan zugesichert[2]).

Die Anschauungen der Gesandten sind aber geteilt darüber, ob Bismarck erreicht habe, was er anstrebte: die Neutralität Rußlands in dem damals fast unvermeidlich scheinenden deutsch-französischen Kriege. Der Gesandte in Berlin glaubte, daß Deutschland durch Preisgabe des Orients an Rußland volle Bewegungsfreiheit nach Westen erkauft habe[3]). Aber aus Wien wurde berichtet, daß man dort daran zweifele[4]). Und sehr entschieden klingt, was der Gesandte in Petersburg berichtet: das russische Regierungsprogramm sei wohl, gute Beziehungen zu Deutschland zu pflegen, aber man denke nicht an eine Erneuerung der Allianz und werde eine Niederwerfung Frankreichs verhindern[5]); Rußland habe sich zu einer Politik der Selbstständigkeit entschlossen[6]).

Da der Inhalt des von Bismarck 1887 auf drei Jahre erneuten Rückversicherungsvertrages mit Rußland von 1884, auf den sich diese Mutmaßungen beziehen müssen, nicht bekannt ist, lassen sich die Angaben des Berliner Berichts nicht nachprüfen. Alle Möglichkeiten für die Zukunft sich offenzuhalten,

---

1) Anl. 13, S. 161 (Wien, 27. Dezember 1886).
2) Anl. 16, S. 169 (Wien, 30. Januar 1887).
3) Anl. 15, S. 166 (Berlin, 28. Januar 1887).
4) Anl. 20, S. 178 (Wien, 21. Februar 1887).
5) Anl. 25, S. 191 (Petersburg, 13. Mai 1887).
6) Anl. 29, S. 198 (Petersburg, 6. Juni 1887).

so lange es irgend ging, war wohl Bismarcks Ziel. Dazu gehörte, daß er seine eigentlichen Absichten verschleierte, und wie sehr ihm das gelang, geht aus den Gesandtschaftsberichten der Folgezeit deutlich hervor; denn die Mitteilungen über Bismarcks Pläne, die die Gesandten glaubten machen zu können, sind und bleiben unsicher und widersprechen einander häufig genug. Wenn aber eine persönliche Stellungnahme mit diesen Nachrichten verbunden wird, dann sind die Gesandten in dem Urteil einig, daß eine Preisgabe des Orients eine schwere Schädigung der europäischen Interessen sei. Diese Möglichkeit erscheint ihnen so ungeheuerlich, daß sie dem Kanzler einen solchen Plan nicht zutrauen möchten.

Charakteristisch dafür sind zwei Berichte des Gesandten in Berlin aus dem Jahre 1887. In dem ersten ist die Rede davon, wie sehr Bismarck einen Zusammenschluß Frankreichs und Rußlands fürchte; daran wird folgende Betrachtung geknüpft: „Das ist die Erklärung für die beiden politischen Programme, die dem Kanzler zugeschrieben werden. Das erste würde auf dem Balkan und selbst am Bosporus alle Konzessionen machen, die nötig wären, um Rußland von einem Bündnis abzuhalten. Eine solche Abkehr von den Traditionen Westeuropas scheint aber unerhört und macht ein anderes politisches Projekt des Kanzlers glaubhafter, der daran arbeiten würde, eine Liga zu bilden, die ein Gegengewicht zu einem Bündnis Rußlands und Frankreichs bilden würde; in die Liga würden Österreich, England, Italien, Rumänien und die Türkei mit den Balkanstaaten eintreten[1]."

---

[1]) «C'est l'explication des deux politiques qui sont attribuées au chancelier.

La première ferait dans les Balkans et même sur le Bosphore toutes les concessions nécessaires pour détourner la Russie d'une alliance avec la France.

Un tel abandon des traditions de l'Europe Occidentale semble exorbitant et donne plus de vraisemblance à une autre politique du chancelier qui travaillerait à former une ligue d'opposition à l'alliance de la Russie avec la France, ligue dans laquelle entrerait l'Autriche, l'Angleterre, l'Italie, la Roumanie et la Turquie avec les États des Balkans.» Berlin, 25. Februar 1887.

Im Juli 1887 glaubt der gleiche Gesandte in ähnlichem Zusammenhang berichten zu können, daß die Gefahr beschworen sei: „Sehr sichere Informationen gaben mir das Recht, in meinen Berichten oft davon zu sprechen, daß in der Notwendigkeit, in der sich der Kanzler befand, ein Bündnis zwischen Rußland und Frankreich zu verhüten, eine Gefahr lag, da er dazu gezwungen sein konnte, sich Rußlands zu versichern, indem er ihm in Konstantinopel und auf dem Balkan Opfer oder Konzessionen brachte, die mit den Traditionen der alten europäischen Politik unvereinbar sind. Die wachsende Herrschaft der Panslawisten soll den Kanzler davon überzeugt haben, daß er von seiten Petersburgs keine Sicherheit zu erwarten habe, und daß ihm nichts übrig bliebe, als abzuwarten und zu lavieren. Es ist mir versichert worden, daß er augenblicklich mit England im engsten Einvernehmen handelt[1]).“

Der Gesandte spricht noch von den freundschaftlichen Beziehungen des Grafen Herbert Bismarck zu wichtigen englischen Persönlichkeiten und vermutet, daß der Kanzler jetzt vielleicht die Ernennung seines Sohnes zum Botschafter in London plane, durch die die Solidarität der deutschen und der englischen Politik nachdrücklich betont werden würde. Wir wissen aus anderen Quellen, daß Bismarck gegen Ende des Jahres 1887 in der Tat durch Heranziehung Englands die Stellung des Dreibundes zu festigen suchte[2]). In den belgischen Berichten aus London ist eine Äußerung Lord Salisburys in

[1]) «Des informations très sûres m'ont autorisé à dire souvent dans mes rapports qu'il y avait un péril dans la nécessité où était le chancelier de prévenir une entente entre la Russie et la France puisqu'il pouvait être entraîné à s'assurer de la Russie en lui faisant à Constantinople et dans les Balkans des abandons ou des concessions incompatibles avec les traditions de l'ancienne politique Européenne. La domination croissante des panslavistes aurait fini par démontrer au chancelier que du côté de Pétersbourg il ne pouvait être assuré de rien, qu'il avait seulement à attendre et à louvoyer. Il m'est affirmé que pour le moment c'est avec l'Angleterre qu'il agit en concert parfait.» Berlin, 8. Juli 1887. — Dagegen ist zu vergleichen, was sich Crispi am 2. Oktober 1887 über Bismarcks Beurteilung der Orientfrage notierte (a. a. O., Seite 223).

[2]) Der Brief Bismarcks an Salisbury vom 22. November 1887 ist gedruckt bei Hammann, Zur Vorgeschichte des Weltkrieges, 1919, Seite 238—246.

einer Unterhaltung mit dem Botschafter einer anderen Macht wiedergegeben, aus der zu erkennen ist, daß diese Heranziehung nur in sehr beschränktem Maße gelang[1]).

Nach den Gesandtschaftsberichten aus Berlin müßte man annehmen, daß Bismarck schon im Beginn des Jahres 1887 den Versuch einer Annäherung an England gemacht habe[2]). Greindl spricht 1888 ausdrücklich davon, daß England im Winter 1887/88 dem Dreibund hätte beitreten können, es aber vorgezogen habe,

---

[1]) «Dans la situation où nous sommes, a dit Sa Seigneurie, le Gouvernement de la Reine ne peut songer à contracter une alliance quelconque. Notre existence est précaire, car elle dépend de l'appui momentané que nous prête la fraction unioniste de nos adversaires habituels. Il nous est bien permis de chercher à résoudre certaines questions extérieures qui nous ont été léguées par nos devanciers, mais il nous est absolument interdit de poser un acte aussi important que le serait notre accession à la Triple-Alliance. Je dois ajouter toutefois que, si une guerre européenne venait à éclater, il serait de notre devoir, attendu nos intérêts dans la Méditerranée, d'empêcher que les côtes de l'Italie ne fussent exposées à des attaques qui auraient pour effet de paralyser complètement les ressources militaires de la Péninsule.» London, 3. Dezember 1887. — In einem anderen Bericht wiederholt der Gesandte: «Ni verbalement, ni par écrit le Gouvernement anglais ne s'est engagé à protéger par ses forces navales le littoral italien au cas où celui-ci serait menacé par les flottes françaises. Mais si cette éventualité venait à se présenter, l'Angleterre — mes renseignements me permettent de l'affirmer — n'hésiterait pas à intervenir en faveur de la Puissance qu'elle considère aujourd'hui comme sa plus sûre alliée.» London, 26. Februar 1888. — Lord Salisburys Antwort auf Bismarcks Schreiben ist soeben in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 16. Februar 1919 veröffentlicht worden.

[2]) «Le Prince de Bismarck assure que les relations de l'Allemagne avec la Russie sont très amicales. Un des nombreux accidents dont les Balkans et Constantinople ne cessent pas de menacer l'Europe, peut à tout instant rompre la bonne intelligence de Berlin avec St. Pétersbourg.

Il m'a été dit très confidentiellement qu'en prévision d'une telle rupture dont les conséquences s'aggraveraient par la faiblesse de l'organisation militaire de l'Autriche-Hongrie, le Chancelier s'est efforcé d'amener l'Angleterre à conclure une alliance avec l'Allemagne pour la sécurité de leurs intérêts communs.

Le Cabinet de Londres reconnaît cette solidarité d'intérêts. Elle doit diriger sa politique. Il promet le concours le plus efficace, mais il ne peut pas contracter d'engagements que l'opinion nationale désapprouverait.» Berlin, 18. Februar 1887.

„seine Handlungsfreiheit zu bewahren und die Vorteile der Friedensliga zu ernten, ohne dafür Verpflichtungen zu übernehmen". England werde, meint er, diese seine traditionelle Politik schwerlich aufgeben, und führt an, was vom deutschen Standpunkt aus gegen eine enge Verbindung mit England spreche[1]).

Es scheint, als wenn England, das bei dem Beginn der bulgarischen Wirren wohl nicht ganz unbeteiligt gewesen war, wie bereits bemerkt wurde, die Reibungen auf dem Balkan hat benutzen wollen, um Bismarcks politische Absichten zu durchkreuzen. Im Oktober 1886 macht der belgische Minister des Auswärtigen den Gesandten in London darauf aufmerksam, daß England sich bemüht habe, Verbündete für seine gegen Rußland gerichtete Politik zu gewinnen, aber in Wien sowohl, wie in Rom auf Ablehnung gestoßen sei[2]). Das würde nicht schlecht zu der „unverhüllten Billigung" passen, die das Vorgehen Alexanders von Battenberg nach einem Londoner Bericht in London gefunden hatte[3]); auch der Gesandte in Wien bestätigt, daß England vergeblich versucht habe, den Grafen Kalnoky zu einer selbständigen und energischen Politik gegenüber Rußland zu bewegen[4]).

[1]) Anl. 47, S. 238 (Berlin, 11. August 1888). — In dem Bericht wird Bismarcks Mißtrauen gegen England auf seine Abneigung gegen den Parlamentarismus zurückgeführt. Ähnlich heißt es in einem späteren Bericht aus Berlin: «Le chancelier n'aime pas l'Angleterre et n'a pas confiance en elle. Ce n'est un mystère pour personne. Il trouve qu'il n'y a pas moyen de faire de la politique suivie avec un pays dont le Gouvernement change au gré de la majorité parlementaire. Le Prince de Bismarck ne s'est pas gêné pour manifester ses sentiments au grand jour à propos des affaires Geffcken et Morier.» Berlin, 1. Februar 1889. — Dem steht eine andere Stelle in einem Bericht Greindls gegenüber, in der Bismarcks Kühle gegen England auf die „Kastanientheorie" zurückgeführt wird, der später noch eine so bedeutsame Rolle in der deutschen Politik bevorstand: «Il est depuis longtemps d'opinion que l'Angleterre, incapable d'attaquer la Russie, voudrait faire la guerre à cette puissance par personne interposée.» Berlin, 30. Juni 1888.

[2]) Anl. 8, S. 151 (Brüssel, 18. Oktober 1886).

[3]) Anl. 6, S. 147 (London, 25. August 1886).

[4]) Anl. 10, S. 153 (Wien, 25. Oktober 1886). Auch in den Berliner Berichten ist einmal von diesen Bemühungen Englands die Rede: «Il m'a

Sich von Deutschland trennen und mit England ein Bündnis eingehen, wollte man in Wien nicht; aber man hätte in dem Beitritt Englands zum Dreibund die sicherste Garantie für den Frieden gesehen, mußte sich freilich sagen, daß ein solcher Schritt von der englischen Diplomatie nicht zu erwarten war. Man traue Deutschland nicht ganz, seit Bismarck Österreich in der bulgarischen Frage seine Unterstützung versagt habe, meint der Gesandte in Wien in einem Bericht aus dem Mai 1888, der die innerpolitisch durch dreibundfeindliche Umtriebe der panslawistischen Tschechen, außenpolitisch durch die unterirdische Arbeit Rußlands auf dem Balkan schwer bedrängte Lage der Monarchie darlegt. Er betont, daß man in Wien bisher am Bündnis mit Deutschland festhalten wolle; aber bedenkliche Rückwirkungen der deutschen Politik auf Österreich glaubt er doch feststellen zu müssen: „Jedenfalls haben die Zugeständnisse des großen deutschen Kanzlers an Rußland, seine wiederholte Erklärung, daß Deutschland auf dem Balkan völlig uninteressiert sei, in der einzigen Frage, in der das Bündnis wirksam zur Verteidigung von Lebensinteressen der im Osten bedrohten Österreicher beitragen konnte, der moralischen Festigkeit dieses Bündnisses in gewissem Maße Eintrag getan[1]).“

été dit confidentiellement que Lord Salisbury avait fait une ouverture au Cabinet de Vienne sur l'opportunité d'une alliance entre l'Autriche et l'Angleterre pour arrêter la Russie sur le chemin de Constantinople. Dès les premiers mots le Ministre autrichien se mit un doigt sur la bouche en disant: «Il n'est pas nécessaire de parler.» Berlin, 25. Februar 1887.

[1]) Anl. 39, S. 221 (Wien, 4. Mai 1888). Die Hoffnung auf die Unterstützung Deutschlands wird nach den Wiener Berichten erst durch Bismarcks große Reichstagsrede vom Januar 1887 zerstört; über ihre Wirkung berichtet er: «Le discours que vient de prononcer le Prince de Bismarck, a produit ici la plus vive émotion. Il constate de la façon la plus manifeste l'isolement de l'Autriche-Hongrie en face de la Russie dans le conflit oriental . . . On ne voulait pas se convaincre ici que cette alliance intime sur laquelle paraissait se baser la politique des deux grands États de l'Europe Centrale, allait faire si complètement défaut au seul moment où elle pouvait favoriser les intérêts essentiels de l'Autriche.» Wien, 13. Januar 1887. — Im Herbst stellt er fest, daß die Regierung die Notwendigkeit von Bismarcks Politik einsehe, wenn der Frieden erhalten bleiben solle; das Volk denke anders: «L'attitude de l'Allemagne poursuivant vis-à-vis de la

Darin lag ohne Frage eine sehr ernste Gefahr, die abzuwägen war gegen die Vorteile, die die von Bismarck bislang verfolgte Politik eines gewissermaßen verlängerten Provisoriums zu bieten versprach.

In dem Kapitel über den Panslawismus ist bereits darauf hingewiesen worden, daß zu allen übrigen Konfliktstoffen, die sich angesammelt hatten, seit 1887 noch wirtschaftliche Gegensätze kamen und ihr Teil dazu beitrugen, die beiden Völker gegeneinander aufzubringen.

Der Gesandte in Petersburg sah Bismarcks Maßnahmen gegen Rußland als die natürliche Folge des in Rußland eingeführten Absperrungssystems aller ausländischen Produkte an[1]). „Die vernichtenden Maßnahmen und die Erhöhung der Einfuhrzölle auf wichtige und zahlreiche deutsche Erzeugnisse berechtigten ohne Zweifel das Berliner Kabinett zu Vergeltungsmaßnahmen", urteilt ähnlich der Berliner Gesandte, der im gleichen Bericht auf die politischen Absichten hinweist, die Bismarck mit den Gegenmaßnahmen verfolge: „Der Kanzler will in Petersburg zu fühlen geben, daß Rußlands Kredit von Deutschland abhängig ist. Er erteilt dort diese derbe Lehre zu einer Zeit, wo Rußland seine alten deutschen Beziehungen einem Bündnis mit Frankreich zu opfern geneigt ist, wo es in Paris eine Anleihe unterzubringen sucht, zu der eine völlig verfahrene finanzielle Lage und die Kriegspläne der Panslawisten es treiben[2])."

Russie une politique en apparence peu en harmonie avec les liens qui l'unissent à l'Autriche, ne laisse pas que de froisser plus ou moins l'opinion publique ici.» Wien, 7. September 1887.

[1]) Anl. 42, S. 227 (Petersburg, 19. Juni 1888).

[2]) Anl. 31, S. 201 (Berlin, 22. Juli 1887). — Ähnlich heißt es in einem anderen Berliner Bericht über die Beziehungen zu Rußland: «Les rapports entre les deux Gouvernements sont toujours très amicaux. Dans l'opinion du Chancelier ils peuvent et ils doivent conserver ce caractère, indépendamment des mesures économiques et de gouvernement intérieur que chacun des deux états juge devoir prendre pour la protection de ses intérêts. Le chancelier pense qu'il y a trop de valeurs russes en Allemagne et il détourne l'Allemagne d'en recevoir davantage. Du même coup il entrave la conclusion d'un nouvel emprunt russe qui fournirait aux panslavistes les moyens de se jeter dans des aventures.» Berlin, 11. Mai 1888. — «Il y a quatre jours, le Chancelier disait à un confident que l'Allemagne

Es war ein verzweifeltes Spiel aus diesem Wirtschaftskampf geworden. Das nach Rußland strömende Geld drohte der Macht zugute zu kommen, die immer offener ihr deutschfeindliches Wesen zur Schau trug, und andererseits konnte wieder das Geldbedürfnis Rußlands es zwingen, zunächst wirtschaftliche Bindungen mit Frankreich einzugehen, wenn Bismarck ihm den deutschen Markt dauernd sperrte, denen politische zu folgen drohten. Daß gleichzeitig besondere Maßnahmen gegen die Einreise von Franzosen in elsaß-lothringisches Gebiet durchgeführt wurden, die in Frankreich sehr böses Blut machten, erhöhte noch die Bedenklichkeit dieser Vorgänge. Die russische Presse hat gewiß nicht unrecht gehabt, wenn sie, wie ein Bericht aus Petersburg erwähnt, der Meinung war, auf diese Weise würden Franzosen und Russen in der gemeinsamen Empörung über den mächtigen Nachbarn geeint[1]). Das hat sich sehr bald gezeigt, wie bereits oben gesagt worden ist[2]). Schon im Jahre 1888 ist die erste große russische Anleihe in Paris aufgelegt worden. Nun war das bei der russischen Finanzlage sehr bedeutungsvolle Band der wirtschaftlichen Abhängigkeit Rußlands von Deutschland zerrissen; Berlin hatte die Führung und Herrschaft über die russischen Finanzen an Paris abgetreten. Das war die erste große Niederlage Bismarcks, deren folgenschwere Bedeutung erst die Zukunft in ihrem ganzen Umfange erkennen ließ.

So blieb denn von den Fäden, die früher Rußland und Deutschland miteinander verbunden hatten, nichts übrig als die Beziehungen der Herrscher zueinander. Aber wie wenig darauf zu bauen war, das zeigen die Äußerungen des Kanzlers und des Grafen Herbert Bismarck, die der Gesandte in Berlin nach dem Besuch des Zaren am deutschen Kaiserhofe im November 1887, bei dem

---

et la Russie s'égratignent et s'embrassent en même temps. Il maintient le droit pour chacun des deux États de ne tenir compte que de ses intérêts dans son administration intérieure, sans que les relations extérieures doivent en être atteintes.» Berlin, 18. Mai 1888. — Vgl. auch Anl. 51, S. 247, (Berlin, 17. November 1888).

[1]) Anl. 40, S. 223 (Petersburg, 28. Mai 1888).

[2]) s. o. S. 55.

die Erneuerung des Geheimvertrages hatte vollzogen werden können, wiedergibt[1]). „Man müßte jeder Voraussicht bar sein, wenn man nicht zugeben wollte, daß das Deutsche Reich der Gefahr ausgesetzt ist, gleichzeitig von Ost und West angegriffen zu werden“, erklärte Bismarck damals im Vertrauen seiner Umgebung[2]). Was aber sollte werden, wenn der greise Kaiser die Augen schloß und Kaiser Friedrichs Schicksal sich so bald entschied, wie die Eingeweihten es erwarteten?

Mit welchem Mißtrauen man der Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II. in Rußland entgegensah, hat der belgische Gesandte wiederholt von dort berichtet[3]). Er meint, daß die ausgedehnten militärischen Maßnahmen auf russischer Seite sich aus diesen Befürchtungen erklären; man bereite sich auf die schlimmsten Möglichkeiten vor[4]), die Zwischenzeit der scheinbar abwartenden Haltung habe diese Vorkehrungen nur maskieren sollen[5]).

Das war die Lage der deutsch-russischen Beziehungen, als im Juli 1888 der junge Kaiser seinen ersten Besuch in Peterhof machte. Ließen sich, wenn schon eine weitgehende Entfremdung zwischen den beiden Reichen eingetreten war, und in Rußland, wie wir sahen, der Panslawismus anmaßender denn je auftrat, durch die persönlichen Beziehungen der Höfe die auseinanderstrebenden Elemente zusammenhalten?

Von den gleichzeitigen belgischen Berichten werden diese Bemühungen für aussichtslos gehalten. Greindls Urteil — davon wird noch zu sprechen sein — deckt sich darin völlig mit dem des Petersburger Gesandten, der die große Heerschau des Panslawismus in Kiew dem Kaiserbesuch gegenübergestellt hatte, der kaum 14 Tage vorher stattgefunden hatte, und zu dem Ergebnis gekommen war: „Wenn das eine Ereignis Veranlassung zu gegenseitigen Versicherungen von Frieden und Freundschaft

---

[1]) Anl. 34, S. 207 (Berlin, 9. Dezember 1887).

[2]) «Il faudrait être dénué de toute prévoyance pour ne pas reconnaître que l'Empire Allemand est exposé au danger d'être attaqué simultanément à l'Est et à l'Ouest.» Berlin, 16. Dezember 1887, vgl. Anl. 33, S. 206.

[3]) Anl. 38, S. 218 (Petersburg, 6. April 1888).

[4]) Anl. 43, S. 229 (Petersburg, 22. Juni 1888).

[5]) Anl. 42, S. 227 (Petersburg, 19. Juni 1888).

von seiten der Herrscher gab, so kann im Gegenteil das andere den Beweis dafür erbringen, daß Rußland wohl bereit ist, die wohlwollende Haltung Deutschlands auszunutzen, aber auf keinen seiner jahrhundertealten Ansprüche zu verzichten gedenkt[1]". Der Gesandte führt in zwei weiteren Berichten aus, daß es sich um ein Täuschungsmanöver von seiten Rußlands handle; in Wahrheit rechne man auf die stille, von Petersburg ausgehende Arbeit der Revolution in Bulgarien, die Rußland auf dem Balkan wieder einen Schritt weiterführen solle: „Bis dahin", heißt es in einem Bericht vom 27. August 1888, „verschließt sich das moskowitische Kabinett wie immer in der Reserve, die seine abwartende Politik kennzeichnet. Diese Haltung hat ihm bisher viel zu glückliche Erfolge gebracht, als daß es sie ohne Ursache aufgeben sollte. Da seine Ansprüche auf dem Balkan bekannt sind, so überläßt es, bis auf Widerruf, den fremden Mächten die Sorge, sie zu verwirklichen, überzeugt, daß auf die Dauer alles schließlich sich nach seinen Wünschen gestalten wird[2]."

Der Trinkspruch des Zaren auf den Fürsten von Montenegro als den „einzigen wahren Freund Rußlands" im Sommer 1889 zeigte, wie wenig dauernd die Wirkung des Kaiserbesuches auf den Zaren gewesen war. Greindl glaubt, daß auch Enttäuschung über Deutschlands Haltung im Spiele sei: „Ich glaube, daß man sich in Rußland große Illusionen über die Ergebnisse des Besuches des Deutschen Kaisers in Petersburg gemacht hat. Man hat nicht nur auf Deutschlands Enthaltung in den Orientfragen und auf die Erteilung von Ratschlägen zur Mäßigung in Wien, an denen es nicht gefehlt hat, gerechnet, sondern auf einen Druck, auf den zu hoffen töricht war[3]."

Genau so äußert sich ein Jahr später der Gesandte in Petersburg, als er in einem Bericht die politische Bedeutung des Gegen-

[1]) Anl. 46, S. 234 (Petersburg, 7. August 1888).

[2]) Anl. 49, S. 242 (Petersburg, 27. August 1888). — Anl. 48, S. 239 (Petersburg, 13. August 1888). — Ebenso beurteilt Greindl die russische Politik, wie aus der S. 32 angeführten Stelle aus einem Bericht vom 16. Februar 1889 hervorgeht.

[3]) Anl. 56, S. 255 (Berlin, 6. Juni 1889).

besuches in Berlin abschätzt, zu dem der Zar sich im Oktober 1889 nach längerem Schwanken entschloß[1]). Bis zu welch eisiger Kälte die deutsch-russischen Beziehungen gelangt waren, geht aus Greindls Schilderungen der Kaiserbegegnung hervor[2]), von der er genau so wenig Bleibendes sich versprach wie sein Petersburger Kollege: „Alles läuft auf eine persönliche Annäherung der Herrscher hinaus. Das ist schon etwas, aber nicht genug. Ich habe bereits im voraus Ihnen geschrieben, aus welchen Gründen ich diesem Ereignis die allergeringste politische Bedeutung beimesse, und ich glaube nicht, daß das gute Einvernehmen fest und dauernd ist[3]).“ Wie mühselig die Fiktion gegenseitigen Vertrauens zwischen Deutschland und Rußland nur noch aufrechtzuerhalten war, davon gibt einen Begriff, was Greindl kurz nach dem Besuch des Zaren nach Brüssel berichtet: „Der Zar ist mit der Überzeugung hierhergekommen, daß Deutschland einen Angriff gegen ihn vorbereite. Es ist kaum zu verstehen, wie Seine Majestät so falsch informiert sein und sich so völlig über Zweck und Absichten des Dreibundes täuschen kann. Die Unterredung des Zaren mit dem Fürsten Bismarck wird also von großem Nutzen gewesen sein, weil sie zur Beseitigung dieses seltsamen Vorurteils gedient haben wird, wenigstens für eine gewisse Zeit und bis Seine Majestät wieder dem Einfluß der Panslawisten erlegen ist[4]).“

Immerhin kann Greindl bei einer Besprechung der internationalen Lage gegen Ende des Jahres feststellen: „Die Pan-

[1]) «L'entrevue des deux Empereurs n'a pas fait disparaître la défiance qu'on éprouve généralement vis-à-vis de la politique allemande. Si le prince de Bismarck, dit-on, veut sincèrement rétablir les relations sur l'ancien pied d'amitié, il doit le prouver par des actes et non par des paroles. Qu'il emploie son influence à faire exécuter loyalement le traité de Berlin et à faire cesser le régime illégal existant en Bulgarie, nous croirons alors à sa sincérité. Mais nous ne nous laisserons plus leurrer par la prétendue non ingérence ou indifférence du Gouvernement allemand à l'égard de ce qui se passe ou se fait dans la péninsule balkanique, qui n'est autre chose que la liberté d'action garantie à l'Autriche.» Petersburg, 1. November 1889.

[2]) Anl. 60, S. 261 (Berlin, 12. Oktober 1889).

[3]) Anl. 61, S. 264 (Berlin, 15. Oktober 1889).

[4]) Anl. 62, S. 264 (Berlin, 23. Oktober 1889).

slawisten halten sich still und scheinen den Augenblick nicht für günstig zu halten zu einem Versuch, den Einfluß auf den Zaren wiederzugewinnen, den sie seit der Berliner Fürstenbegegnung eingebüßt haben[1])." Greindls Prüfung der politischen Einzelfragen in diesem Bericht, der an eine sehr optimistische Ansprache des Königs von Italien bei der Parlamentseröffnung anschließt, ergibt ein sehr günstiges Gesamtbild. Ein Bündnis zwischen Frankreich und Rußland hält er für unwahrscheinlicher denn je. Und doch warnt er davor, den erkennbaren Fortschritt zu überschätzen, wie auch der König von Italien die Einschränkung gemacht habe, daß nicht alle Fragen gelöst wären. Sie seien in der Tat nur vertagt, meint Greindl, und weist auf die Truppenanhäufungen an der russischen Westgrenze und die Heeresausgaben in Deutschland und Italien hin: „Alles das würde wenigstens überflüssig sein, wenn man den Frieden für endgültig gesichert halten würde. Er ist es in Wahrheit nur durch die Stärke des Dreibundes, aber es ist schon viel, daß dieser einen Erfolg verzeichnen und uns noch für einige Zeit die Fortdauer der Ruhe garantieren kann, deren wir uns erfreuen[2])."

Das dornenvollste von diesen nicht gelösten, sondern nur vertagten Problemen war das Balkanproblem. Unabhängig von allen Schwankungen in den politischen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland und dem Auf und Nieder der Sympathien und Antipathien im Verkehr ihrer Herrscher vollzog sich dort eine langsame Umwälzung der Verhältnisse zu ungunsten der Dreibundmächte. Im Juni 1889 berichtet Greindl, daß auch im Berliner Ministerium des Auswärtigen diese Vorgänge Besorgnis erregen: „Man kann noch die Ränke der Panslawisten in Rußland selbst im Zaume halten, aber in den Balkanstaaten sind sie nahezu die Herren, die sich nach ihrem Gutdünken eine Konfliktursache schaffen können. Wenn die Lage in Bulgarien gut ist und sich in Rumänien gebessert hat,

---

[1]) Anl. 63, S. 265 (Berlin, 30. November 1889).

[2]) Anl. 63, S. 265 (Berlin, 30. November 1889). — Greindl ist nicht müde geworden, auf die Bedeutung des Dreibundes für den Frieden in seinen Berichten hinzuweisen; man vgl. z. B. Anl. 56, S. 255. Berlin, 6. Juni 1889.

so muß man doch erkennen, daß sie in Serbien und Montenegro schlechter und schlechter wird[1]."

Wie Rußland im stillen längst Minen gelegt hatte, die zu günstiger Stunde des Koburgers Regierung in Bulgarien in die Luft sprengen sollten, ist schon erwährt worden[2]. Seit 1888 aber werden in diese gärende politische Unruhe auch Rumänien und Serbien hineingezogen.

In einigen Berichten aus Wien wird dargestellt, wie diese Vorgänge in wachsendem Maße Österreich bedrohten und dort eine tiefgehende Beunruhigung hervorriefen. „Wenn König Milan (von Serbien) und König Karl von Rumänien auch Österreich-Ungarn treu ergeben bleiben, so weiß man doch, daß leider diese Herrscher schwerlich auf Unterstützung ihrer Völker rechnen könnten an dem Tage, wo sie, im Falle ernster Verwicklungen auf dem Balkan, sich mit dem Geschick der österreichisch-ungarischen Monarchie verbinden wollten[3]." Der Regierungswechsel in Serbien und des Zaren Trinkspruch auf den Fürsten von Montenegro mußten diese Besorgnisse in Wien aufs höchste steigern. „Seit der Abdankung König Milans", schreibt der belgische Geschäftsträger in Wien, „hat man hier unablässig mit Unruhe die Sturmwolken beobachtet, die sich allmählich an den Hängen des Balkan ansammeln, und die Ansprache dessen, den die Slawen als den Ersten ihrer Rasse betrachten, hat wie ein Donnerschlag inmitten dieses wolkenverhängten Himmels gedröhnt[4]." Noch ernster ist das Stimmungsbild aus Wien, das der Gesandte wenige Tage später entwirft. Man faßte nach diesem Bericht in Wien alle diese Vorgänge als Vorbereitungen zu einem entscheidenden Kampfe auf, den Rußland für das kommende Frühjahr plane und „dessen Ausgang die Eroberung des Bosporus, diesen Traum aller Russen, sichern würde[5])".

[1]) Anl. 57, S. 256 (Berlin, 14. Juni 1889).

[2]) s. o. S. 72. Vgl. Anl. 46, S. 234 (Petersburg, 7. August 1888). Anl. 48, S. 239 (Petersburg, 13. August 1888). Anl. 49, S. 242 (Petersburg, 27. August 1888). Anl. 50, S. 244 (Petersburg, 11. September 1888).

[3]) Anl. 39, S. 221 (Wien, 4. Mai 1888).

[4]) Anl. 55, S. 253 (Wien, 3. Juni 1889).

[5]) Anl. 58, S. 257 (Wien, 19. Juni 1889).

Baron Greindl, der im Frühjahr 1888 den Posten des belgischen Gesandten in Berlin übernommen hatte, verfolgte die Zuspitzung der Lage auf dem Balkan mit größter Aufmerksamkeit. Daß im Balkanproblem der Angelpunkt der ganzen Bismarckschen Politik dieser Jahre lag, hat er mit großer Klarheit erkannt und sich vom Beginn seiner Berliner Tätigkeit an ein eigenes Urteil über die Lage, in der sich die deutsche Politik befand, zu bilden gesucht. Nach seinen Informationen suchte Bismarck 1888 den für die Zukunft drohenden Konflikt zwischen Rußland und Österreich dadurch aus der Welt zu schaffen, daß er den alten Plan einer Teilung des nahen Orients in Interessensphären zwischen den Nächstbeteiligten wieder empfahl; Serbien würde danach Österreich, Bulgarien Rußland zugewiesen werden. Auch von den Bemühungen des Kanzlers, in Wien Glauben dafür zu finden, daß eine russische Festsetzung in Konstantinopel die Interessen Österreich-Ungarns nicht ernstlich schädigen würde, spricht der Gesandte. Er fand die Begründung wenig stichhaltig, daß Deutschland derartige Zugeständnisse an Rußland machen könne, weil sie doch am Widerstand Englands und Italiens scheitern müßten, glaubte aber diese Mitteilungen nicht anzweifeln zu können, weil sie doch zu bestimmter Natur seien[1]).

Nach seiner Ansicht mußten die Versuche Bismarcks, der „Option“ zwischen Rußland und Österreich zu entgehen, vergeblich bleiben, konnte Deutschland seine Zurückhaltung in den Orientfragen nicht mehr lange durchführen. „Wird die Sicherheit Deutschlands selber“, fragt er in einem Bericht, „es nicht zwingen, sich Bestrebungen entgegenzustellen, deren Ziel es ist, die Macht seines nördlichen Nachbarn durch Eroberung der Türkei kolossal zu vermehren[2])?“

Greindl sah ein starkes Deutschland als Mittelpunkt des Dreibundes, „der Friedensliga“, wie er ihn so oft nennt, als notwendig für den Frieden und für das Wohl seines Vaterlandes an. Deutschland und Österreich-Ungarn erschienen ihm als unlösliche Einheit; die Stärke des einen betrachtete er als die

[1]) Anl. 45, S. 232 (Berlin, 30. Juni 1888).

[2]) Anl. 41, S. 225 (Berlin, 9. Juni 1888).

des anderen Teiles. Was in den Jahren 1888 und 1889 sich auf dem Balkan abspielte, betrachtete er deshalb immer in seinen Rückwirkungen auf den Dreibund; nach einem kurzen Blick auf die Vorgänge in Rumänien und Serbien schreibt er schon im Juli 1889: „Das alles vermag ohne Zweifel den Dreibund, der auf dem Einvernehmen der Herrscher, der Kabinette, der Gesamtheit der Deutschen und der Mehrheit der Völker in Italien und Österreich-Ungarn beruht, nicht zu sprengen, nicht einmal zu erschüttern; keine der angedeuteten Erscheinungen hat an und für sich große Bedeutung; aber in ihrer Gesamtheit betrachtet, lassen sie erkennen, wieviel die Mächte Mitteleuropas in den letzten Monaten eingebüßt haben[1].“

In einem anderen Bericht zählt er das ganze Sündenregister des Panslawismus gegenüber Deutschland auf, weist darauf hin, daß Deutschland durch seine Verträge gebunden sei für den Fall, daß Rußland der Angreifer sei, und daß die panslawistische Partei eine Macht sei, der auch der Zar sich nicht entziehen könne und die Deutschland viel zu sehr hasse, als daß eine enge Verbindung mit Deutschland möglich sei; zu alledem kämen noch andere Erscheinungen hinzu. „Um abzuschätzen, was der Dreibund an Boden verloren hat,“ schließt er, „muß man auch den Widerstand berücksichtigen, den ihm die italienischen und ungarischen Radikalen entgegensetzen, den jüngsten Wahlerfolg der Jungtschechen in Böhmen und das immer deutlicher hervortretende Schmollen des Hofes und der Regierung in Rußland. Also durch die Macht der Verhältnisse, die viel stärker als der Wille der Herrscher und der Kabinette, viel wirksamer als Verträge sind, wird Deutschland gezwungen werden, die zuverlässige Freundschaft Österreichs dem unsicheren Bündnis mit Rußland vorzuziehen, trotz der Vorteile, die Deutschland im Interesse der deutschen Einheit aus der Auflösung des österreichischen Kaiserreiches erwachsen würden[2])“.

Endlich im Sommer 1889 glaubt Greindl Ansätze zu einer entschiedeneren Politik erkennen zu können, die er damals Bismarck zuschrieb. Erst nach dem Ausscheiden des Kanzlers

[1]) Anl. 59, S. 259 (Berlin, 13. Juli 1889).
[2]) Anl. 44, S. 230 (Berlin, 23. Juni 1888).

aus dem Amt wurde ihm klar, daß Bismarcks Pläne ganz andere gewesen waren. Er verzeichnete diese Anzeichen mit dem Gefühl der Befriedigung und Befreiung; denn sie entsprachen genau den Anschauungen, denen er in seinen Berichten nach Brüssel Ausdruck gegeben hatte. Als ihr Ziel sah Greindl die Festigung des mitteleuropäischen Blockes an. Man habe, meint er, in Berlin eingesehen, daß jede Annäherung an Rußland an dessen Forderungen scheitern müsse und knüpfe nun durch den Kaiserbesuch in London Beziehungen zu England an; dadurch werde die Situation von Grund aus geändert, da man, solange Salisbury am Ruder sei, nicht gleichzeitig Rußlands und Englands Freund sein könne[1]). Kaiser Wilhelms Reise nach Konstantinopel faßt er als zweiten Schritt in dieser neuen politischen Richtung auf, die von der Einsicht bestimmt sei, daß die Fortschritte des Panslawismus auf dem Balkan Deutschland vor die lange hinausgeschobene Entscheidung gestellt und die bisher von Bismarck vertretene Teilung in Interessensphären unmöglich gemacht habe. Bulgarien sei wohl als Barriere gegen den Panslawismus auf dem Balkan gedacht; die Türkei solle mit deutscher Unterstützung sich vom russischen Einfluß freimachen[2]).

Hatte Greindl recht, wenn er schon aus diesen Anzeichen auf eine neue Politik, einen neuen Kurs, schloß? Jedenfalls war er im Irrtum, wenn er damals diesen „Neuen Kurs“ auf Bismarck zurückführte. Darüber konnte es bald, nachdem am 20. März 1890 dem Kanzler die Zügel des Reiches aus der Hand genommen waren, keinen Zweifel mehr geben; dafür sorgte der Kampf, den Bismarck nach seinem Rücktritt gegen den neuen Kurs

[1]) Der Wortlaut von Greindls Bericht (Berlin, 23. August 1889) kann nicht mitgeteilt werden, da die Kopie unbrauchbar geworden war.

[2]) Auch dieser Bericht (Berlin, 5. Oktober 1889) kann aus dem gleichen Grunde nur in Inhaltsangabe angeführt werden. Es heißt in ihm, die Erfahrung habe gezeigt, daß die persönlichen Beziehungen zwischen Kaiser Wilhelm I. und Alexander II. nötig waren «pour maintenir l'entente cordiale entre deux États dont l'un, satisfait du partage politique de l'Europe, veut énergiquement la paix et dont l'autre a des aspirations dont la réalisation n'est possible, que le Czar s'en rende compte ou non, que par la guerre et la conquête.»

eröffnete, der sich in der Tat etwa in der Richtung zu bewegen schien, die Greindl schon 1889 glaubte erkennen zu können.

Greindl hat sich anfänglich dagegen gewehrt zu glauben, daß hinter den Angriffen auf die neue Regierung in den „Hamburger Nachrichten“ und an anderen Stellen der Kanzler selbst stände. Als es endlich einen Zweifel nicht mehr geben konnte, hat er in überaus scharfer Weise in seinen Berichten gegen das Vorgehen Bismarcks Stellung genommen, in dem er nichts als Rachsucht und Haß gegen seinen Gegner sah[1]), und immer wieder darauf aufmerksam gemacht, daß durch die Fronde die innere Einheit des Reiches gefährdet und die Außenpolitik der neuen Regierung auf Schritt und Tritt erschwert werde. Er ist bei dieser Kritik wiederholt auf das Balkanproblem zurückgekommen, als den Kernpunkt der Ostfragen, deren völlig abweichende Beurteilung den wesentlichen Unterschied zwischen altem und neuem Kurse ausmachte. Besonders in drei großen Berichten aus den Jahren 1892 und 1893 hat er sich über die Gesamtlage im Osten geäußert, mit der sich die Politik des neuen Kurses abzufinden hatte[2]), und den Zusammenhang mit der inzwischen eingetretenen Annäherung von Rußland und Frankreich erörtert. Die Grundzüge seiner Anschauungen lassen sich in Kürze etwa wie folgt zusammenfassen:

Die Erkaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland geht auf den Berliner Kongreß zurück; Bismarcks Politik ist nicht ganz ohne Verantwortung dafür, daß allmählich eine russische Gefahr für Deutschland entstand[3]). Da

---

[1]) Es wäre von großem, geschichtlichen Interesse gewesen, das belgische Material für die Bismarckepoche auszuwerten. Hier sei nur auf zwei Stellen hingewiesen: «L'agitation provoquée par l'ex-chancelier n'a donc qu'un caractère de mesquine vengeance.» Berlin, 25. Juni 1892. — «Il n'est pas scrupuleux, comme vous l'avez vu, sur le choix des moyens. Il travestit à sa façon l'histoire et va jusqu'à contredire son passé pour nuire à ses adversaires.» Berlin, 3. August 1892. Vgl. Vorwort.

[2]) Anl. 93, S. 308 (Berlin, 30. März 1892. — Anl. 94, S. 310 (Berlin, 27. Juni 1892). — Anl. 97, S. 316 (Berlin, 24. April 1893).

[3]) Zur Ergänzung für diesen Teil seiner Darlegungen sei auf eine Stelle aus einem anderen Bericht Greindls hingewiesen: «A l'époque de la dernière

der Kanzler sich der Option zwischen seinen beiden Verbündeten Österreich und Rußland entziehen wollte, suchte er Deutschland aus dem Spiel zu halten bei dem Ringen, das zwischen ihnen auf dem Balkan anhob. Durch die Fortschritte des Panslawismus in den Balkanstaaten wird nicht nur Ungarn, sondern auch Österreich so unmittelbar in seinem Bestande bedroht, daß die Erhaltung der Selbständigkeit der Balkanstaaten für die Doppelmonarchie eine Existenzfrage ist. An deren Großmachtstellung ist wieder Deutschland aufs unmittelbarste interessiert. Bismarcks Aufschieben der Option wurde außerdem aus zwei Gründen mit der Zeit gefährlich, erstens, weil Österreich sich fragen mußte, ob es Deutschlands sicher war, und zweitens, weil Rußland durch die Haltung Deutschlands in seinen Plänen ermutigt wurde. Darum gab Caprivi das Bismarcksche Doppelspiel auf und stellte sich entschlossen auf die Seite Österreichs. Der Gegensatz zu Österreich, der auch durch eine Preisgabe Konstantinopels nicht zu bannen gewesen wäre, hat die seit 1872 von Frankreich gesuchte Annäherung zwischen Rußland und Frankreich zur Folge gehabt: „Aber weder der Kaiser noch Graf Caprivi tragen

---

guerre d'Orient il a retenu l'Angleterre prête à prendre part au conflit. Le Prince Gortschakow ne lui en a pas été reconnaissant, et c'est alors que le Prince de Bismarck a conclu comme pis aller l'alliance avec l'Autriche.

En 1885, le Prince de Bismarck a de nouveau empêché la guerre entre l'Angleterre et la Russie, lorsqu'elle était sur le point d'éclater à propos de l'Afghanistan. C'est à son instigation que l'Autriche et l'Italie ont déclaré à Constantinople que le passage des Dardanelles accordé à la flotte anglaise serait considéré par elles comme une violation de la neutralité de la Turquie. Elles mettaient ainsi à couvert la Mer Noire, le seul point par où la Russie soit vulnérable.

Il eût été pourtant si simple de laisser saigner à blanc son adversaire éventuel de l'Est par des guerres qu'il n'avait pas provoquées, qui ne concernaient pas l'Allemagne et dont on n'eût pas même pu lui garder rancune à St. Pétersbourg.

Le Prince de Bismarck n'a pas recueilli les fruits des immenses services rendus à la Russie, parce qu'il les entremêlait de taquineries, telles que l'interdiction à la banque de l'Empire de prêter sur fonds russes, édictée la veille de la visite de l'Empereur de Russie à Berlin. Il voulait faire sentir à St. Pétersbourg qu'il était toujours le maître, comme il s'assurait l'obéissance de l'Autriche en laissant entrevoir qu'il pourrait changer de système et s'entendre avec la Russie.» Berlin, 2. Mai 1891.

dafür die Verantwortung. Sie haben nur das Erbe einer Lage übernommen, die schon unter dem alten Regime geschaffen war, und sie haben nichts unterlassen, um sie zu bessern. Wenn ihnen das Gelingen dabei versagt blieb, so ist es deshalb, weil die Verhältnisse stärker sind als die Menschen, und weil der unvermeidliche Gegensatz zwischen Österreich und Rußland im Orient es unmöglich macht, gleichzeitig Verbündeter des einen und Freund des anderen zu sein[1]."

Als Greindl diese Berichte schrieb, wußte er noch nichts davon, daß im Jahre 1890 der Rückversicherungsvertrag, der seit 1887 zwischen Deutschland und Rußland bestand, erloschen und ein Versuch von russischer Seite, ihn zu erneuern, an der Ablehnung der deutschen Regierung gescheitert war. Er hätte vermutlich sich nur noch entschiedener auf die Seite des „neuen Kurses" gestellt. Denn er hat den Rückversicherungsvertrag mit scharfen Worten als illoyal und gefährlich bezeichnet, als er durch

---

[1]) Das Zitat ist dem Bericht aus Berlin vom 27. Juni 1892 (Anl. 94, S. 310) entnommen. Greindls Urteil deckt sich sachlich völlig mit dem des Gesandten in Wien, der in einer Kritik des bekannten Bismarck-Interviews in der „Neuen Freien Presse" beim Wiener Aufenthalt des Altreichskanzlers, nach Brüssel schreibt: »Logiquement il est impossible à un Etat de pratiquer officiellement envers un autre Etat à la fois une politique de confiance et une politique de défiance. Historiquement le lien amical qui unissait l'Allemagne et la Russie, a été rompu par le traité de Berlin, œuvre de M. de Bismarck qui trouvait nécessaire, dès l'année suivante, de conclure l'alliance austro-allemande à laquelle succéda bientôt la ligue italo-germano-autrichienne. C'est M. de Bismarck qui interdit la cote des fonds russes à la Bourse de Berlin. Ces faits sont présents à la mémoire de tous. M. de Bismarck ne fera croire à personne un peu au courant des affaires que, malgré les coquetteries que la Russie lui prodigue aujourd'hui, si une guerre éclate entre ce pays et l'Allemagne, sa retraite en est la cause. Je puis ajouter que les diplomates russes, M. de Nelidow en tête (j'ai eu l'occasion de le constater mainte fois dans ma correspondance de Constantinople), ne cachaient pas depuis des années la défiance de l'Empire moscovite à l'égard de l'Allemagne, et ils accusaient ouvertement M. de Bismarck de duplicité. Mais les confidences faites au journaliste de la Neue Freie Presse révèlent que M. de Bismarck n'a jamais eu qu'un but: la grandeur de l'Allemagne et que, s'il s'entendait à jouer de l'Italie contre la France et de la Russie contre l'Autriche, c'était pour assurer sans conteste la prépondérance de sa patrie.» Wien, 29. Juni 1892.

Bismarcks Veröffentlichung in den Hamburger Nachrichten am 24. Oktober 1896 bekannt wurde[1]).

Den Hinweis darauf, daß das Abkommen in erster Linie gegen England gerichtet gewesen sei, mit dem die Hamburger Nachrichten vom 7. November 1896 Einwendungen dieser Art zu entkräften suchten, hat er nicht gelten lassen. In einem Bericht vom 11. November 1896 glaubt er versichern zu können, der Rückversicherungsvertrag habe Rußland auf dem Balkan so weitgehende Vorrechte eingeräumt, daß Österreich-Ungarn unter allen Umständen durch ihn benachteiligt worden wäre[2]).

---

[1]) «On pourrait soutenir à la rigueur, qu'une entente purement défensive comme la Triple-Alliance n'exclut pas un engagement de même nature avec une autre Puissance. Il y a néanmoins quelque chose de déloyal à le contracter à l'insu d'un allié. Une telle politique pouvait convenir au Prince de Bismarck peu scrupuleux sur le choix des moyens, mais devait répugner à la droiture de l'Empereur Guillaume II et de l'Ex-Chancelier. Ces prétendues finesses ne sont pas même habiles. Elles éveillent la défiance de ceux dont on veut se ménager l'amitié par de pareils compromis. La preuve en est que les relations entre l'Allemagne et la Russie sont beaucoup meilleures aujourd'hui que pendant les dernières années de l'administration du Prince de Bismarck.» Berlin, 28. Oktober 1896.

[2]) «Je suis en mesure de vous donner quelques détails inédits sur le traité secret entre l'Allemagne et la Russie. Comme le Gouvernement Impérial garde au sujet de cette affaire un mutisme absolu, je n'ai pas le moyen de les contrôler, aussi je ne vous les transmets que sous toute réserve, quoiqu'ils m'aient été communiqués par un collègue toujours très circonspect et qui dit les tenir d'une source absolument certaine.

Le Prince de Bismarck n'a pas dit la vérité, lorsqu'il a prétendu que le traité était uniquement dirigé contre l'Angleterre. Ce traité contenait aussi des dispositions laissant à la Russie une très grande liberté d'action dans les Etats des Balkans; ce qui était naturellement un mauvais procédé envers l'Autriche-Hongrie.

Tout était prêt pour le renouvellement du traité secret, lorsqu'est survenue la crise qui a renversé le Prince de Bismarck. Une des raisons alléguées par l'Ex-Chancelier dans la lettre qu'il a adressée à l'Empereur en mars 1890 pour refuser la démission que lui demandait Sa Majesté, était qu'avec un autre que lui, la Russie ne consentirait pas à prolonger l'arrangement qui était à la veille d'être signé.

Le Prince de Bismarck se trompait sur ce point, puisque, peu de mois après, le Comte Schouwalow proposait de reprendre la négociation. Le Comte de Caprivi refusa après avoir consulté le Baron de Marschall. Tous

Greindl hat sich nicht darüber geäußert, wie weit er nachträglich dem Erlöschen des Vertrages Bedeutung für das Zustandekommen des Zweibundes beimaß. In dieser viel erörterten Streitfrage Partei zu nehmen, soll hier nicht unternommen werden[1]). Schon der bisher behandelte Teil des Materials an belgischen Gesandtschaftsberichten sollte nicht unberücksichtigt bleiben, wenn man die Haltung der deutschen Regierung beurteilen will. Er zeigt doch, wie weit die Anfänge des Zusammenschlusses von Frankreich und Rußland zurückreichen, und wie stark die Strömungen waren, die auf ihn hindrängten.

Jedenfalls verschob Bismarcks Enthüllungsartikel in den Hamburger Nachrichten die Zusammenhänge, wenn er Verzicht auf Erneuerung des Rückversicherungsvertrages und daneben die Polenpolitik als Ausgangspunkt des Zweibundes hinstellte und schloß: „So entstand Kronstadt mit der Marseillaise und die erste Annäherung zwischen dem absoluten Zarentum und der französischen Republik, unserer Ansicht nach ausschließlich durch die Mißgriffe der Caprivischen Politik herbeigeführt." So einfach waren die Zusammenhänge nicht. Das wird der Bericht der belgischen Quellen über den französischen Flottenbesuch in Kronstadt noch deutlicher erweisen.

Zunächst wurden politische Wirkungen, die sich aus dem Ablauf des Rückversicherungsvertrages ergeben hätten, nicht erkennbar. Wohl aber hatte die einfache Tatsache von Bismarcks Ausscheiden aus der Reichsregierung Folgen, die in den belgischen Berichten erwähnt werden.

Überragende Macht der Persönlichkeit des einen gewaltigen Menschen und alles, was von einem großen Namen an geheimnisvollen Kräften ausstrahlt, war doch neben allen anderen Faktoren eines der Elemente gewesen, durch die das Gefüge des Dreibundes zusammengehalten wurde und seine Geltung be-

---

deux furent d'avis qu'il ne convenait pas de persévérer dans cette politique à double face.» Berlin, 11. November 1896.

[1]) Es sei vor allem auf die letzte eingehende Darstellung verwiesen, die Otto Hammann in seinen beiden Büchern: Der neue Kurs, 1918, Seite 41 bis 62, und: Zur Vorgeschichte des Weltkrieges, 1919, Seite 47—67, gegeben hat.

kam. Das hatte in gleichem Maße bindend im Innern und als ein schreckendes Gorgonenhaupt auf die Feinde draußen gewirkt. Mußte nicht das Ausscheiden dieses Mannes den Dreibund zu einer Krise führen, zu einer inneren so gut wie zu einer äußeren?

Am 22. März 1890 schrieb Greindl in einem Bericht über den Rücktritt des Kanzlers: „Der Rücktritt des Fürsten Bismarck wird, wenigstens jetzt, keinen Wechsel in der Außenpolitik Deutschlands herbeiführen ... Weniger gewiß ist es, ob die Politik der fremden Mächte gegenüber Deutschland unverändert bleibt. Die Interessen, die den Dreibund geschaffen haben, bestehen weiter; aber es wird jetzt schwieriger sein, die Politik der drei Großmächte einer einheitlichen Leitung zu unterwerfen, seit das Prestige des Fürsten Bismarck niemandem mehr Gefolgschaft auferlegt. Auch werden wohl die Hoffnungen der Feinde Deutschlands von neuem aufleben, wenn sie den Gegner, dessen Überlegenheit unbestreitbar und unbestritten war, nicht mehr vor sich haben[1]).“

Äußerlich zwar ist das Jahr nach Bismarcks Rücktritt, vom Frühjahr 1890 bis zum Frühjahr 1891, von einer Ruhe und Gleichförmigkeit, wie sie Europa in den vorhergehenden Jahren nicht gekannt hatte. Nach Greindls Auffassung lag das wenigstens zum Teil daran, daß Caprivi bei Beibehaltung der Grundzüge von Bismarcks Außenpolitik der letzten Jahre in der Behandlung der Mächte weniger herrisch verfuhr als sein Vorgänger[2]).

---

[1]) «La retraite du Prince de Bismarck n'amènera aucun changement, au moins pour le moment, dans la politique extérieure de l'Allemagne.....
Il est moins certain que la politique des puissances étrangères envers l'Allemagne ne subisse aucune altération. Les intérêts qui ont créé la Triple-Alliance subsistent toujours; mais il ne sera plus aussi facile de soumettre la politique des trois grandes puissances à une direction unique maintenant que le prestige du Prince de Bismarck n'imposera plus l'obéissance.
Les espérances des ennemis de l'Allemagne peuvent aussi se réveiller lorsqu'ils n'auront plus devant eux un adversaire dont la supériorité était incontestable et incontestée.» Berlin, 22. März 1890.

[2]) «Quoique sur certains points la politique du nouveau Chancelier s'écarte de celle de son prédécesseur, on peut dire qu'elle y est conforme dans la plupart des cas, quant aux lignes générales, mais M. de Caprivi

Aber Greindl täuschte sich darüber nicht, daß diese Ruhe eine scheinbare war. Bezeichnend dafür ist eine Stelle aus einem Bericht, der bald nach Bismarcks Rücktritt geschrieben wurde: „Ich halte es für beinah überflüssig, hinzuzufügen, daß trotz dieser Beruhigung keine entschiedene Änderung eingetreten ist. Die Sorge Deutschlands, der Vermehrung der militärischen Kräfte seiner Nachbarn Schritt für Schritt zu folgen, ist ein Beweis dafür. Die Mächte, die mit der politischen Aufteilung Europas nicht zufrieden sind, haben weder auf ihre Rachegelüste, noch auf ihre Ansprüche ausdrücklich verzichtet. Die schwebenden Fragen sind nicht gelöst; sie schlummern. Das ist das Höchstmaß dessen, was man für den Augenblick erreichen kann. Wir leben also in einem Zustande unbeständigen Gleichgewichtes, und die wiederholten Bekundungen des Weiterbestehens des Dreibundes, an denen man es in Berlin, Wien und Rom nicht fehlen läßt, sind keineswegs überflüssig[1]."

Er hatte selbst, wie erwähnt, unmittelbar nach Bismarcks Rücktritt die Befürchtung geäußert, daß der Dreibund dadurch gelockert werden könnte. Im Auslande legte man naturgemäß den zentrifugalen Kräften im Dreibunde, die nun nach Bismarcks Rücktritt größeren Spielraum zur Betätigung gewannen, noch mehr Bedeutung bei. In der Pariser Korrespondenz findet sich leider kein Bericht, der unmittelbar den Eindruck von Bismarcks Abgang spiegeln würde. Daß man in Petersburg bei aller Verschiedenheit der Parteinahme im Kanzlerwechsel den Beginn

---

s'attache à en écarter le côté âpre. L'opposition n'est plus traitée de trahison, et dans les relations avec les Puissances étrangères on épargne les vexations inutiles.» Berlin, 10. Januar 1891.

[1]) «Je crois presque superflu d'ajouter que malgré cette accalmie aucun changement radical n'est survenu. Le soin que prend l'Allemagne de suivre pas à pas l'augmentation des forces militaires de ses voisins, en est une preuve. Les Puissances qui ne sont pas satisfaites du partage politique de l'Europe, n'ont formellement renoncé ni à leurs revendications ni à leurs prétentions. Les questions pendantes ne sont pas résolues; elles sommeillent. C'est le maximum de ce qu'on peut obtenir pour le moment. Nous vivons donc dans un état d'équilibre instable, et les démonstrations répétées du maintien de la Triple-Alliance qu'on nous prodigue à Berlin, à Vienne et à Rome, sont loin d'être superflues.» Berlin, 14. Juni 1890.

der Auflösung des Dreibundes sah, meldete der belgische Gesandte in einem Bericht vom 24. März 1890 nach Brüssel. Wie im Frühjahr 1891 in England der Zusammenhalt im Dreibund beurteilt wurde, schildert ein belgischer Bericht aus London: „Der Sturz des Fürsten Bismarck hat es Österreich gestattet, sich den Banden zu entziehen, die es in seinen Bewegungen und in seinen Versuchen, die Beziehungen zu Rußland zu bessern, hemmten. Andererseits hat Italien, fast am Ende seiner Hilfsmittel angelangt, durch die Möglichkeit einer eventuellen — man versichert, schon vollzogenen — Annäherung zwischen den Kabinetten von Wien und Petersburg beunruhigt, vor allem durch den plötzlichen Richtungswechsel der deutschen Politik erschreckt, mit der Entfremdung, die es von Frankreich trennte, ein Ende machen wollen. Die Verbindung zwischen beiden Ländern hat noch nicht stattgefunden; aber sie ist nicht mehr eine Unmöglichkeit, und manche Anzeichen machen sie sogar sehr wahrscheinlich[1]."

Als dieser Bericht von Brüssel aus der belgischen Gesandtschaft in Berlin mitgeteilt wurde, nahm in Abwesenheit Greindls der Geschäftsträger Graf du Chastel zu ihm mit den Worten Stellung: „Die Mitteilungen, die er enthält, bestätigen in jedem Punkte das, was die Gesandtschaft von der allgemeinen Politik weiß. Obwohl der Dreibund noch besteht, ist es klar, daß der Sturz des Fürsten Bismarck und Crispis einige Ringe der Kette gesprengt haben, die die drei Mächte untereinander verband ... Eine wichtige Tatsache ist erwiesen. Es ist die, die Sie feststellen, d. h. daß der Dreibund durch den Sturz Bismarcks und Crispis von seiner Kraft verloren hat und daß die drei verbündeten Mächte, jede für sich, einige Unabhängigkeit wiedergewonnen haben[2]."

Das Fortschreiten dieses Auflösungsprozesses innerhalb des Dreibundes, dessen Ausgang man für gewiß hielt, wartete man im Auslande ab. Das Ergebnis mußte in absehbarer Zeit die Isolierung Deutschlands sein. Daraus erklärt sich diese kurze Periode der äußeren Ruhe.

---

[1]) Anl. 70, S. 276 (London, 1. März 1891).

[2]) Anl. 71, S. 277 (Berlin, 6. März 1891).

Immerhin fallen in diese Zeit Versuche, die deutsch-französischen Beziehungen zu bessern, die anfangs nicht ohne Wirkung zu bleiben schienen. Greindl sah es als ein Verdienst des jungen Kaisers an, daß er die Gelegenheit der Berliner Sozialistenkonferenz geschickt benutzt habe, viele unbegründete Vorurteile bei den französischen Delegierten zu zerstören[1]).

Freilich wendet er sich in einem Bericht dagegen, daß manche Zeitungen das Wort Wiederversöhnung bei diesem Anlaß gebraucht hätten: „Die Basis“, schreibt er, „für eine Wiederversöhnung fehlt. Sie könnte nur durch Änderungen der Gebietsverhältnisse erreicht werden, denen Deutschland niemals zustimmen würde. Man müßte Elsaß-Lothringen zurückgeben oder eine Kompensation auf unsere Kosten zugestehen... Man hat also Recht, wenn man von Entspannung in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich spricht, aber die Idee der Wiederversöhnung ist zum mindesten verfrüht. Die Zeit allein kann sie bewerkstelligen, indem sie die Franzosen an den Gedanken des Verlustes Elsaß-Lothringens gewöhnt[2]).“

Aber er begrüßt doch auch den Versuch, durch den Besuch der Kaiserin Friedrich in Paris, eine Besserung der Beziehungen zu Frankreich herzustellen; er bestreitet ausdrücklich, daß man in Berlin übermäßige Hoffnungen an ihn, wie an den Austausch anderer Höflichkeiten mit der französischen Regierung, geknüpft habe: „Es wäre naiv, diese Höflichkeiten als Anzeichen einer wirklichen Änderung in der Lage zu nehmen. Sie wissen, Fürst, aus meiner vertraulichen Korrespondenz, daß das Mißtrauen gegenüber Frankreich immer das gleiche ist. Ich vermute, daß

---

[1]) «L'Empereur y a distingué les Délégués français d'une manière toute particulière, et ceux-ci de retour dans leur pays ont rectifié beaucoup de fausses idées qui y avaient cours.» Berlin, 14. Juni 1890.

[2]) «La base manque pour une réconciliation. Elle ne pourrait être acquise que par des remaniements territoriaux auxquels l'Allemagne ne consentirait jamais. Il faudrait ou restituer l'Alsace-Lorraine ou donner une compensation à nos dépens... On est donc dans le vrai quand on parle de détente dans les relations entre l'Allemagne et la France, mais l'idée de la réconciliation est au moins prématurée. Le temps seul peut la produire en habituant les Français à l'idée de la perte de l'Alsace-Lorraine.» Berlin, 15. April 1890.

die Franzosen ihrerseits nicht von ihrem Bedauern und ihren Hoffnungen abgelassen haben. Trotzdem ist es erfreulich, diesen Höflichkeitsaustausch verzeichnen zu können. Wenn er nur in ganz geringem Maße zur Erhaltung des Friedens beitragen kann, so kann er ihr wenigstens nicht schaden[1]."

Selbst dieses zurückhaltende Urteil über die politischen Aussichten des kaiserlichen Besuches in Paris erwies sich als zu optimistisch. Das lehrte sein unglückseliger Ausgang, mit dem die Ruheperiode nach Bismarcks Abgang ein jähes und die französische Gesinnung grell beleuchtendes Ende nahm[2].

Nicht viel glücklicher waren nach den belgischen Berichten die Bemühungen, England in ein näheres Verhältnis zum Dreibund zu bringen, die mit der Begegnung des deutschen Kaisers mit Lord Salisbury in Osborne im August 1890 einsetzen, nachdem kurz vorher der Helgolandvertrag abgeschlossen wor-

---

[1]) «Il serait naïf de prendre ces politesses pour l'indice d'un véritable changement dans la situation. Vous savez, mon Prince, par ma correspondance confidentielle que la défiance envers la France est toujours la même. Je suppose que, de leur côté, les Français n'ont rien rabattu de leurs regrets et de leurs espérances. Néanmoins il est agréable d'avoir à noter cet échange de courtoisie. S'il ne peut contribuer que dans une bien petite mesure au maintien de la paix, au moins il n'y peut pas nuire.» Berlin, 21. Februar 1891. — Greindl hatte erst im Januar von Marschall gehört, wie bedenklich diesem manche Erscheinungen des öffentlichen Lebens in Frankreich erschienen, wenn der Staatssekretär auch nicht an eine Deutschland unmittelbar bedrohende Politik Frankreichs für die nächste Zeit glaubte: «Il (M. de Marschall) constate bien que M. de Freycinet seul parle de guerre et dit que l'état de l'Europe n'est pas fondé en droit, tandis que tous les Souverains ne prononcent que des paroles de paix. La France gagne confiance en elle-même, mais il y a encore loin de là à l'adoption d'une politique agressive qui mènerait à un conflit.» Berlin, 7. Januar 1891.

[2]) Greindl leitet einen Bericht, in dem er es beklagt, daß der Besuch der Kaiserin nicht besser vorbereitet worden sei und die Kaiserin sich nicht genau an das festgesetzte Programm für ihren Aufenthalt gehalten habe, mit den Worten ein:

«Je n'avais que trop de raison de vous écrire samedi dernier qu'il fallait attacher une mince importance à l'accueil qui semblait fait en France aux avances de l'Empereur d'Allemagne et de son gouvernement. On a répondu à des démarches courtoises par des brutalités.» Berlin, 28. Februar 1891. — Die dürftigen Berichte aus Paris enthalten nichts als trockene Tatsachen.

den war.[1]) Denn England war damals offenbar nur zu unverbindlichen Versicherungen des Wohlwollens bereit, wenn auch nach einem Bericht aus London von Salisbury sogar mehr als platonische Freundschaft für den Fall des Abschlusses eines Bündnisses zwischen Rußland und Frankreich zu Zwecken, die England gefährden konnten, in Aussicht gestellt wurde[2]).

Die Vorgänge in Paris im Februar 1891 scheinen zu erneuten Versuchen der deutschen Politik geführt zu haben, England aus seiner kühlen Reserve herauszuziehen. Sie werden schon im Beginn dieser Versuche in einem Bericht aus London für wenig aussichtsreich erklärt. Die Stelle des Berichtes, aus der hervorgeht, wie wenig Vertrauen die englischen Politiker zur Dauer und Festigkeit des Dreibundes hatten, ist bereits zitiert worden. Daneben wird auf Rücksichten auf Handelsinteressen und auf das Mißtrauen gegen den jungen Kaiser verwiesen, um die Haltung Englands zu erklären[3]).

Die Erneuerung des Dreibundvertrages im Juni 1891 hat die Haltung Englands nicht ändern können. Der Gesandte in London stellt fest, daß Regierung und Presse sie mit Genugtuung aufnehmen, daß aber in der öffentlichen Meinung in England kein Bedürfnis nach engerem Anschluß an den Dreibund zu erkennen sei. Wieder wird auf das Mißtrauen gegen den jungen Kaiser hingewiesen[4]) und nach der Wiederholung des kaiserlichen Besuches in England erneut betont, daß Lord Salisbury bei seiner Ablehnung bleiben werde[5]).

[1]) Anl. 64, S. 267 (Berlin, 14. August 1890).

[2]) Anl. 65, S. 268 (London, 28. August 1890).

[3]) Anl. 70, S. 276 (London, 1. März 1891). Zu vergleichen ist das Urteil des belgischen Geschäftsträgers in Berlin: Anl. 71, S. 277 (Berlin, 6. März 1891).

[4]) Anl. 75, S. 282 (London, 8. Juli 1891).

[5]) «L'Empereur Guillaume a été invité à passer la journée de dimanche à Halfield chez Lord Salisbury. Sa Majesté profitera sans aucun doute de cette circonstance pour chercher à obtenir du Chef du Cabinet anglais sinon l'engagement formel, du moins une promesse tant soit peu précise que dans certaines éventualités l'Angleterre se déciderait à seconder les vues qui doivent servir de base à la politique de la Triple-Alliance. Je ne puis que confirmer ce que j'ai eu l'honneur de vous mander hier. Lord Salisbury est décidé à répondre à ces ouvertures en déclarant nettement que le

Aber so wenig sich in Wahrheit im Verhältnis Englands zu Deutschland und dem Dreibund geändert hatte, so wurde doch in Petersburg durch diese Bemühungen der deutschen Politik offenbar ein gewisses Mißtrauen rege.

Gewiß wurde das in Berlin auch erkannt. Aber das Mittel persönlicher, sehr weitgetriebener, auch geschickter Liebenswürdigkeit, mit dem der Kaiser solche Bedenken zerstreuen wollte, sollte sich als ungenügend erweisen. Auf die politischen Beziehungen der beiden Reiche konnte es keinen dauernden Einfluß ausüben, wie schon ein Bericht aus Petersburg über des Kaisers Besuch in Narwa ausführt[1]).

Nirgends antwortet der ausgestreckten deutschen Hand ein Gegendruck; Mißtrauen auf allen Seiten oder ausgesprochene Feindschaft, wie in Paris. Es blieb der Dreibund; aber auch er war in den Augen der Außenstehenden nicht mehr der alte, Vertrauen und Respekt waren gesunken. Das war die Lage des Deutschen Reiches ein Jahr nach Bismarcks Rücktritt.

Inzwischen aber war die französische Politik nicht untätig geblieben. Im geheimen hatte die russisch-französische Verbrüderung weitere Fortschritte gemacht. Es galt nur noch, den günstigen Moment abzuwarten, der unter Ausnutzung der Situation die noch widerstrebende russische Regierung für die französischen Pläne einzufangen gestattete.

---

gouvernement anglais ne saurait ni prendre des engagements ni même promettre d'en prendre, quelles qui puissent être les complications que réserve l'avenir.» London, 9. Juli 1891. — «L'Allemagne a dû se convaincre déjà que l'Angleterre ne s'adjoindra sans aucune condition à la Triple-Alliance, mais est-elle fondée à espérer qu'elle parviendra à obtenir la promesse que, si certaines éventualités se présentaient, l'Angleterre se départirait de son attitude neutre? Sur ce point j'ai entendu exprimer des doutes. Je me permets d'affirmer que je ne les partage pas et de réitérer l'assurance qu'aucun engagement quels qu'en soient les termes ne sera pris.» London, 12. Juli 1891.

[1]) Anl. 67, S. 271 (Petersburg, 2. September 1890).

KAPITEL IV.

KRONSTADT
(1891).

Es ist vielleicht eine der wichtigsten Tatsachen aus der Vorgeschichte des Zweibundes, daß einen Tag, bevor Bismarck die Leitung der deutschen Politik am 18. März 1890 niederlegte, sein alter Gegenspieler Freycinet das Ministerpräsidium in Frankreich übernahm. Mit welchem Geschick hatte er vier Jahre vorher jede Gelegenheit wahrgenommen, um das unverrückbare, damals noch so ferne Ziel seiner Außenpolitik zu erreichen und Frankreich und Rußland einander zu nähern! Seine rastlose und erfolgreiche organisatorische Arbeit als Kriegsminister, über die er selbst in seinen Lebenserinnerungen ausführlich berichtet hat[1]), konnte jetzt durch politische Erfolge gekrönt werden, die der Republik auch nach außen neuen Glanz zu geben versprachen! Es war natürlich, daß er die Verbindungen weiterpflegte, in denen er schon als Kriegsminister zu den Männern Rußlands gestanden hatte, die dort in der Stunde der Entscheidung die Haltung des Zaren und der Regierung bestimmen mußten. Wie 1888 durch Besprechungen zwischen ihm und dem Großfürsten Wladimir die große russische Waffenbestellung in französischen Fabriken eingeleitet worden war, so unterrichtete er 1890 den Großfürsten Nikolaus, der ihn als den „chef de ses frères d'armes“ zu sich bitten ließ, über die Geheimnisse der letzten Heeresreformen, machte ihm genaue Angaben über die Stärkenverhältnisse, die Zahl der Batterien, das Oberkommando und den Zustand der französischen Flotte. „Wenn ich Stimme im Kapitel habe,“

---

[1]) s. Freycinet, a. a. O., S. 396 ff.

sagt der Großfürst mit den üblichen Friedensversicherungen, „werden die beiden Armeen im Kriege nur eine einzige bilden“[1]).

Im Vergleich zu früheren Jahren waren die äußeren Bedingungen auch für eine politische Annäherung der beiden so wesensverschiedenen Staaten um vieles günstiger geworden. Fast konnte man sagen, daß der Zweibund eine reife Frucht geworden war durch alles, was inzwischen in Frankreich sich abgespielt hatte, und den Zustand der Entfremdung und Gereiztheit zwischen Rußland und Deutschland, der von dem Dreikaiserbunde übriggeblieben war. Und welch glänzendes Werkzeug war dadurch gegeben, daß inzwischen Frankreich als unentbehrlicher Geldgeber dem Russenreiche ganz anders gegenüberstand als früher! Es fehlte nur die geschickte Hand, die die letzten Widerstände auf russischer Seite zu überwinden und die Frucht des Zweibundes zu fassen wußte. In Frankreich aber lagen die Dinge so, daß jetzt dem Regierenden die Hand fast gezwungen wurde, nach dieser Frucht zu greifen.

Beyens gibt im Herbst 1890 eine Schilderung der Stimmung in Frankreich, die einen Begriff davon geben kann, wie stark diese treibende Kraft war: „Die Schimäre der russischen Allianz spukt in allen Köpfen in Paris; sie rührt nicht einzig von dem sehr natürlichen Verlangen her, sich auf eine große Nation zu stützen, um nötigenfalls den vereinigten Staaten Mitteleuropas Widerstand leisten zu können, sie ist hier eine Gefühlssache geworden wie viele politische Fragen. Die übertriebene Vorliebe für Rußland hat alle Klassen ergriffen; diese Macht ist heute unter der dritten Republik so volkstümlich, wie Polen es einst unter der zweiten war ... Viele Leute sind von der Existenz einer Art von Entente überzeugt. Wenn Alexander III. vielleicht keinen Vertrag geschlossen hat, so hat er nach ihrer Meinung doch geheime Verpflichtungen übernommen ... Der Kontrast zwischen den Institutionen der beiden Länder wird nicht empfunden, ja nicht einmal bemerkt, in Paris; er macht nur das schrankenlose Verlangen der demokratischen Republikaner, die autokratischeste Regierung Europas zu umwerben,

---

[1]) s. Freycinet, a. a. O., S. 441.

pikanter. Diese hat die größten Vorteile von dieser günstigen Stimmung: sie hat in Paris einen Markt ersten Ranges für ihre in Berlin verschmähten Werte gefunden; sie hat durch Vermittlung des Hauses Rothschild unter vorteilhaften Bedingungen die Konvertierung verschiedener Anleihen zu 4% bis zur Höhe von 2 Milliarden Franken erreicht. Ohne sich zu binden einer Regierung gegenüber, deren Form ihm unsympathisch ist, muß also der Zar wohl mit ihr behutsam umgehen, sie vielleicht in der Hoffnung lassen, daß der Tag einer wirklichen Verbindung kommen kann."

Der alte Beyens hielt es für ganz ausgeschlossen, daß der Zar je wirklich ein Bündnis mit Frankreich eingehen würde. Infolgedessen kümmerten ihn die Erscheinungen wenig, die für ein planmäßiges Hinarbeiten der französischen Politik auf den Zweibund sprechen konnten. Die stille Tätigkeit Freycinets blieb von ihm unbemerkt. Vergeblich sucht man in seinen Berichten ein Urteil über ein Ereignis, das überall das größte Aufsehen erregte, die Aufdeckung des Komplotts gegen das Leben des Zaren, die auf Veranlassung Freycinets mit der Verhaftung und Verurteilung der russischen Anarchisten in Paris im Juni 1890 endete. Dagegen spricht der belgische Gesandte in Petersburg davon, daß dieser Beweis eines energischen Willens auf den Zaren den von Freycinet beabsichtigten tiefen Eindruck mache, und man allgemein nunmehr ein noch engeres Einvernehmen zwischen russischer und französischer Regierung erwarte[1]). Ebenso schweigt Beyens über den Plan einer französischen Ausstellung in Moskau, die mit Unterstützung der russischen Regierung für das Jahr 1891 vorbereitet wurde; auch von ihr berichtet allein der Petersburger Gesandte, der sie lediglich als politisches Propagandamittel ansieht. Letzterer verzeichnet aufmerksam alle Anzeichen wachsender Intimität zwischen den beiden Völkern und meldet z. B. im Frühjahr 1890, daß dem

---

[1]) «Les journaux reconnaissent, tout comme le monde officiel, les services rendus par le Gouvernement français, et ne manquent pas de faire remarquer qu'il s'en suivra une entente et des liens plus intimes encore entre les deux pays.» Petersburg, 6. Juni 1890; vgl. dazu Freycinet, a. a. O., S. 442 und Hansen, Ambassade etc., S. 113.

Kommandanten von Paris, General Saussier, von einem Russen, der sich als Vertreter der slawischen patriotischen Vereine ausgibt, ein Banner aus rotem Samt verehrt wurde, auf dem zwei verschlungene Hände und die Worte: „Sei gesegnet, franko-russische Allianz!“ eingestickt waren[1]), oder macht bei Erwähnung eines internationalen Juristenkongresses in Petersburg im Juni 1890 die Bemerkung: „Die Franzosen wurden ganz auffallend gehätschelt und umschmeichelt. Es ist beinahe zu viel, sagte mir gestern der Vertreter Frankreichs ... Bei jeder Gelegenheit wird die französisch-russische Verbrüderung betont“[2]). Es ist recht bezeichnend, wie er die Gleichgültigkeit begründet, mit der die russische Regierung die deutschen Annäherungsversuche an Frankreich im Beginn des Jahres 1891 beurteilt: „Die Entente de fait zwischen Rußland und Frankreich ruht auf zu festen Grundlagen, als daß sie durch solche Zwischenfälle beeinträchtigt werden könnte“[3]).

Immerhin fiel die eigentümliche Haltung des russischen Botschafters, des Barons von Mohrenheim, auch Beyens auf. Er berichtet 1890, daß die Marktweiber auf der russischen Botschaft

[1]) «Un sieur Nicolas Notowitch, se disant le délégué de sociétés patriotiques slaves, a eu l'idée d'offrir au Général commandant la place de Paris une bannière franco-russe en velours rouge sur laquelle sont brodées deux mains entrelacées avec l'inscription: Sois bénie, Alliance Franco-Russe! Le Général Saussier, en militaire correct, a fait savoir au donataire que les règlements ne lui permettaient d'accepter ce cadeau que sur l'autorisation du Ministre de la Guerre. Monsieur Notowitch aurait immédiatement sollicité une audience de Monsieur de Freycinet ... Monsieur Notowitch avait été déjà, il y a trois ans, le porteur d'une coupe d'honneur (cette fois acceptée) pour le Général Saussier en reconnaissance des paroles sympathiques à la Russie qu'il avait prononcées sur la tombe du Général Pitié (‚A Sebastopol il n'y a eu ni vainqueurs ni vaincus‘, avait-il dit), et, il y a une couple d'années, si je ne me trompe, d'un sabre d'honneur offert au Général Boulanger par les Slavophiles de Moscou.» Petersburg, 31. Januar 1890.

[2]) «Les Français ont été choyés et adulés d'une façon marquée. C'est presque trop, me disait hier le Représentant de la France.» Petersburg, 24. Juni 1890. — «La fraternité franco-russe profite de toutes les occasions pour s'accentuer.» Petersburg, 20. Juni 1890.

[3]) «L'entente de fait entre la Russie et la France repose sur des bases trop solides pour souffrir d'incidents de ce genre.» Petersburg, 2. März 1891.

erscheinen und empfangen werden, um Fräulein von Mohrenheim zur Verlobung mit einem französischen Offizier zu beglückwünschen, die von der ganzen Pariser Gesellschaft als lebendiges Sinnbild der Vereinigung beider Nationen gefeiert werde: „Der Botschafter des Zaren — wie nun auch die persönlichen Empfindungen seines Herrn sein mögen — scheint also Weisung bekommen zu haben, auch recht lärmend sich vordrängende Sympathiebeweise nicht durch laue Aufnahme abzuweisen, sozusagen die Rolle einer koketten Schönen zu spielen, die niemanden entmutigen will. Bei diesem, der französischen Nation eigenen, unüberlegten Enthusiasmus wird es ihr von nun an trotz des Fehlens wirklicher Verpflichtungen recht schwer sein, mit Gewehr bei Fuße zu bleiben, wenn Rußland in einen europäischen Krieg hineingezogen würde"[1]). Als dieser Bericht dem Baron Greindl zugeschickt wurde, antwortet er nach Brüssel: „Der Baron von Mohrenheim ist nicht der einzige russische Diplomat, dessen Haltung nicht in völligem Einklang mit den vom Zaren geäußerten Absichten steht. Andere Diplomaten, Generale, offiziöse Organe handeln und sprechen ständig in einer Weise, die nicht mit den Anschauungen des Zaren übereinstimmt. Immer gibt es einen Mangel an Einheit in der russischen Politik. Diese Inkonsequenz rührt ebenso vom Nationalcharakter wie von der Macht der panslawistischen Partei her, mit der man sehr rechnen muß."[2])

Im Herbst 1890 hatte allerdings der Deutsche Kaiser von seinem Besuch in Rußland den Eindruck zurückgebracht, daß der Zar von einem Bündnis mit Frankreich nichts wissen wolle; eine Republik sei dem Zaren als Bundesgenosse zu wenig

---

[1]) Anl. 69, S. 274 (Paris, 17. September 1890).

[2]) «Le Baron de Mohrenheim n'est pas le seul agent russe dont l'attitude n'est pas en concordance parfaite avec les intentions manifestées par le Tsar. D'autres Diplomates, des Généraux, des journaux officieux sont coutumiers d'actes et de paroles inconciliables avec les vues de S. M. Il y a toujours du décousu dans la politique de la Russie. Cette inconséquence tient au caractère national et aussi à la force du parti panslaviste dont il faut bien tenir compte.» Berlin, 27. September 1890.

vertrauenerweckend, und die Kriecherei, mit der man um seine Freundschaft bettele, sei ihm widerwärtig[1]).

Es ist bemerkenswert, daß Baron Beyens sich dieser Auffassung ausdrücklich anschloß, als ihm Greindls Schreiben aus Berlin, das über die Rußlandreise des Kaisers berichtete, durch das Brüsseler Ministerium zugeschickt wurde. Er antwortet: „Das ist auch der Eindruck, den die aus Petersburg zurückkehrenden Franzosen mitgebracht haben“[2]). Auch der Petersburger Gesandte ist nach der Abreise des Kaisers der Meinung, daß der Zar durch des Kaisers Persönlichkeit von neuem gewonnen sei, und erwartet, daß dadurch wenigstens „die Form des erbitterten Kampfes, der gegen den deutschen Einfluß in Rußland geführt werde, für den Augenblick gemildert sei und damit der allgemeine Friede eine Garantie mehr erhalte“[3]).

Aber der Staatssekretär von Marschall verhehlt Greindl im September auch des Kaisers und seine eigene Befürchtung nicht, daß auf die Haltung des Zaren kein Verlaß sei; mit oder ohne Vertrag mit Rußland werde Frankreich im Falle eines deutsch-russischen Krieges angreifen[4]).

Noch Anfang März 1891 versichert Herr von Holstein dem Baron Greindl, daß die aus Petersburg einlaufenden Berichte die unüberwindliche Abneigung des Zaren gegen ein Bündnis mit der Republik bestätigen[5]). Aber dem entsprach doch wieder wenig, daß Ende März der Zar dem Präsidenten der franzö-

---

[1]) Anl. 66, S. 269 (Berlin, 30. August 1890). — Daß dieser Bericht Eindrücke des Kaisers wiedergibt, sagt Greindl in einem Schreiben vom 27. September des Jahres: „Les impressions relatives aux rapports entre la France et la Russie contenues dans mes lettres du 30 août et du 3 septembre ne sont pas miennes; ce sont celles de l'Empereur d'Allemagne dont M. le Baron de Marschall a bien voulu me faire part.“

[2]) Anl. 69, S. 274 (Paris, 17. September 1890).

[3]) Anl. 67, S. 271 (Petersburg, 2. September 1890).

[4]) Anl. 68, S. 273 (Berlin, 3. September 1890).

[5]) Holstein erklärt: «Il est certain que la majorité des Français ne cherche pas la guerre. Il n'en serait peut-être pas de même, si on était sûr de l'alliance russe; mais les rapports arrivant de Pétersbourg au Département des Affaires Etrangères prouvent que le Tsar éprouve une répugnance invincible à s'allier à la République française. Cette pensée répugne à ses idées monarchiques.» Berlin, 6. März 1891.

sischen Republik den hohen Andreasorden verlieh und, wie der belgische Gesandte in Petersburg berichtet, diese Auszeichnung fast von der gesamten russischen Presse „als glänzendste Kennzeichnung der engen Beziehungen zwischen beiden Ländern, als eine stillschweigende Quasi-Allianz“ gefeiert wurde. Auch der Gesandte selber ist der Meinung, daß die Ordensauszeichnung durch eine Staatsräson veranlaßt sei; sie werde zur Folge haben, daß der Götzendienst für alles Moskowitische in Frankreich, wenn möglich, noch zunehmen werde[1]).

Trotzdem war man in Berlin keineswegs falsch unterrichtet, wenn man dort noch immer an die Abneigung des Zaren gegen ein Bündnis mit der Republik glaubte. Die Ordensverleihung steht aller Wahrscheinlichkeit nach im Zusammenhang mit einer neuen Anleihe, die die russische Regierung im Frühjahr 1891 unterzubringen versuchte, und war nichts anderes als eine der Freundlichkeiten, zu denen sich die russische Regierung bereit finden ließ, wenn sie der französischen Unterstützung bedurfte.

Zum Erstaunen Europas aber nahm plötzlich Anfang Mai das Haus Rothschild die Judenverfolgungen in Rußland zum Vorwand, um sich von der Anleihe zurückzuziehen, und brachte sie dadurch zum Scheitern. Die unmittelbare Folge war zunächst eine Reaktion in der entgegenkommenden Haltung der russischen Regierung gegenüber den französischen Annäherungsversuchen.

Man stand vor der Eröffnung der seit einem Jahr vorbereiteten und mit Pomp angekündigten — der Petersburger Gesandte wiederholt: „ebenso, wenn nicht mehr politischen als

---

[1]) «La presse russe dans sa majorité, je pourrais presque dire dans son unanimité, a salué la distinction accordée à Monsieur Carnot comme le fait qui marque le mieux les rapports amicaux de la Russie et de la France, comme la signification la plus éclatante des relations étroites entre les deux pays, comme une quasi-alliance tacite ... Il a fallu la raison d'Etat pour porter un Souverain autocrat et conservateur à donner le premier de ses ordres au Chef temporaire d'un pays représentant tout le contraire des idées et des principes dominant la Russie. Le Saint-André octroyé à Monsieur Carnot augmentera encore si possible l'idolatrie qui est de mode en France pour tout ce qui est Moscovite.» Petersburg, 2. April 1891.

kommerziellen"[1]) — französischen Ausstellung in Moskau. Am 12. Mai fand sie statt. Nach einem Berichte des Moskauer Konsuls wurde im letzten Moment das geplante Festbankett abgesagt, um politische Tischreden zu vermeiden; der Zar verbot seinem Bruder Sergius, dem Gouverneur von Moskau, der Eröffnung beizuwohnen. Der Empfang der Behörden in Moskau war so kühl, daß das französische Komitee, zu dem der frühere Minister des Äußeren Flourens gehörte, noch am Tage der Eröffnung Moskau verließ und nach Paris zurückkehrte[2]).

Was war geschehen?

Den französischen Darstellungen der Vorgeschichte des Zweibundes ist die Tendenz gemeinsam, die Annäherung beider Länder als eine selbstverständliche, natürliche und glatte Entwicklung erscheinen zu lassen. Mit keinem Worte, keiner Andeutung ist in ihnen von dieser jähen Unterbrechung die Rede. Auch der deutschen Öffentlichkeit ist dieses Zwischenspiel unbekannt geblieben. Den Vorgang in allen Punkten klarzustellen, reichen die belgischen Gesandtschaftsberichte nicht aus. Aber sie leuchten doch in Untergründe des politischen Geschehens hinein, deren Kenntnis für die Beurteilung der Entstehungsgeschichte des Zweibundes und der Ereignisse, die sich in der Öffentlichkeit abspielten, von großem Wert ist.

---

[1]) «. . . exhibition, vous le savez, aussi, si pas plus politique que commerciale . . .» Petersburg, 5. Mai 1891.

[2]) «Le comité de l'exposition avait décidé d'offrir un déjeuner aux autorités sans autres invités, mais ce repas n'a pas eu lieu. Dans le but d'empêcher de porter des toasts qui auraient pu donner lieu à des manifestations politiques, pendant la visite des autorités, il a été interdit aux restaurateurs de débiter du vin de champagne. Les chefs de musique avaient reçu l'ordre de ne pas jouer la Marseillaise. On m'assure que S. M. l'Empereur de Russie n'a pas voulu autoriser son frère, le Grandduc Serge, le nouveau Gouverneur-Général de Moscou, à faire l'ouverture de l'exposition française. En présence de l'accueil peu chaleureux des autorités à Moscou les membres du comité supérieur de l'exposition, au nombre desquels se trouve M. Flourens, ancien Ministre des Affaires Etrangères, ont quitté la ville le 12 mai pour retourner à Paris.» Moskau, 12. Mai 1891. — Die Darstellung, die Flourens in seinem Buche: Alexandre III, sa vie, son œuvre, Paris 1894, S. 319 ff. gegeben hat, ist offenbar ganz gefärbt und unzuverlässig.

Ohne Zustimmung der französischen Regierung, schreibt Greindl am 14. Mai, hätte Rothschild sich nicht von der russischen Anleihe zurückziehen können; es sei ein Anzeichen für eine schwere Verstimmung zwischen dem Pariser und dem Petersburger Kabinett. Ihre Ursache sieht Baron Marschall nach Greindls Bericht in der Antwort, die der französischen Regierung auf eine Sondierung in Petersburg über die Haltung Rußlands im Falle eines deutsch-französischen Krieges gegeben worden ist: wenn Frankreich von Deutschland angegriffen würde, war die Antwort aus Petersburg gewesen, könne es auf russische Unterstützung rechnen; wenn aber Frankreich Deutschland angreifen würde, würde es das auf eigene Gefahr tun[1]).

Am 8. Mai hatte der belgische Gesandte in Bukarest von Äußerungen Giers' gegenüber dem Gesandten Rumäniens in Petersburg berichtet, die Greindls Mitteilungen in den beiden wichtigsten Punkten bestätigten: Frankreich hatte in Petersburg den Abschluß eines Bündnisses vorgeschlagen; der Zar hatte aus Abneigung gegen die republikanische Staatsform und aus Mißtrauen gegen den ständigen Wechsel der regierenden Männer abgelehnt. Die russische Regierung verschmähe französisches Entgegenkommen nicht, aber von da bis zu einer Entente sei ein weiter Weg, hatte Giers hinzugefügt[2]).

Beide Berichte wurden, der Bukarester am 19., der Berliner am 21. Mai, Beyens streng vertraulich mitgeteilt; zum Berliner Bericht sollte er sich äußern. Diese Antwort fehlt, wie jede anderweitige Erörterung der Mitteilung, in den Pariser Gesandtschaftsberichten.

Um dieses Bündnisangebot Frankreichs richtig zu bewerten, muß man wissen, daß ihm ein ähnlicher Versuch nach anderer Seite unmittelbar vorhergegangen war. Erst dadurch werden Ziele und Mittel der damaligen französischen Politik in das rechte Licht gerückt.

Italien stand vor der Entscheidung, ob es den 1891 ablaufenden Dreibundvertrag erneuern oder französischen Lockun-

[1]) Anl. 74, S. 281 (Berlin, 14. Mai 1891).
[2]) Anl. 73, S. 280 (Bukarest, 8. Mai 1891).

gen folgen wollte. Crispis Nachfolger als Ministerpräsident, di Rudini, ließ sich mit dem Pariser Kabinett in Verhandlungen ein, die im Februar stattgefunden haben müssen, da ein oben schon angeführter Londoner Bericht vom 1. März auf sie Bezug nimmt und sie als möglicherweise bereits abgeschlossen bezeichnet; sie fallen also zeitlich fast mit dem Bündnisantrag an Rußland zusammen, der — eine genauere Datierung ist nach den belgischen Berichten allein nicht möglich — in den Monaten Februar oder März, spätestens im April gemacht wurde[1]).

Vom 10. April datiert der Bericht Greindls, der das Ministerium in Brüssel über diese Vorgänge unterrichtete. Er gibt in Kürze folgende Darstellung: Im Verlaufe des von di Rudini begonnenen Gedankenaustausches wird von ihm die Bekanntgabe des Vertrages mit Deutschland und Österreich verlangt, sie wird abgelehnt; darauf wird er um eine Erklärung gebeten, die ihm so ungeheuerlich erscheint, daß er nicht antwortet, die Verhandlungen abgebrochen werden und im Juni der Dreibund auf 6 Jahre verlängert wird. Rudini sollte nach Greindls Bericht „wenigstens erklären, ob Italien verpflichtet wäre, Deutschland mit den Waffen zu unterstützen, wenn Frankreich sich des Elsaß und Lothringens bemächtigen würde“[2]).

Der Sachverhalt war also folgender: Frankreich hielt die Stunde für günstig, einen Vorstoß gegen Deutschland unmittelbar oder mittelbar durch Sprengung des Dreibundes zu machen. Dieser galt, wie die belgischen Gesandtschaftsberichte häufig genug betonten, als so gelockert in seinem Bestande,

---

[1]) Anl. 70, S. 276 (London, 1. März 1891) vgl. oben S. 86. Nach einem Berliner Bericht vom 14. Februar 1891 wird man annehmen dürfen, daß die Verhandlungen zwischen Frankreich und Italien schon in der ersten Februarhälfte stattfanden; es heißt in ihm: «Je n'ai rien appris de nouveau (bei Herrn von Holstein), sinon qu'outre la circulaire aux puissances, dont M. le Baron de Renzio vous aura sans doute donné connaissance. M. le Marquis di Rudini a adressé une autre dépêche au cabinet de Berlin et sans doute aussi au cabinet de Vienne, qui donne l'assurance la plus formelle de la fidélité de l'Italie à la triple alliance.» Diese Verhandlungen liegen also, wie nebenbei bemerkt sei, vor dem Besuch der Kaiserin Friedrich in Paris und seinem unerfreulichen Ende.

[2]) Anl. 72, S. 279 (Berlin, 10. April 1891).

daß die Illusion wohl entstehen mochte, es werde nicht zu einer Erneuerung des Vertrages kommen und Deutschland in Kürze verlassen und isoliert, dazu durch politische und soziale Gegensätze innerlich gespalten, dastehen.

Dafür war das französische Selbstbewußtsein durch die gelegentliche Zusammenarbeit mit der russischen Politik und Freycinets Armeereform stark gestiegen. Der Staatssekretär von Marschall hatte, obwohl er an Kriegsabsichten Frankreichs nicht glaubte, schon im Januar Greindl darauf aufmerksam gemacht, „daß Freycinet ganz allein von Krieg spricht und, während alle anderen Herrscher nur Worte des Friedens äußern, erklärt, der Zustand Europas beruhe nicht auf dem Recht; Frankreichs Selbstvertrauen sei im Wachsen begriffen“[1]). Frankreich fühlte sich fertig und bereit, seit Freycinets Reorganisation der Armee Ende 1890 im wesentlichen abgeschlossen war. Er sagt es in seinen Erinnerungen selber, freilich mit der selbstverständlichen ausdrücklichen Ablehnung kriegerischer Pläne: „In zwei Jahren wurden unsere Arsenale angefüllt, und wir erwarteten seither mit verhältnismäßiger Ruhe die Verwicklungen, von denen wir uns bedroht glauben konnten. Manche Leute waren sogar der Meinung, daß für uns der Augenblick nicht schlecht gewählt gewesen wäre. Ich habe in den Jahren 1890 und 1891, als unsere Bewaffnung vollendet war und unsere neuen Formationen bei den großen Manövern in der Champagne verdientes Lob ernteten, mehr als einmal flüstern hören, da der Krieg unvermeidlich sei, wäre es besser, das Glück sofort zu versuchen. Ich war damals Ministerpräsident und meinte ebenfalls, daß unsere Situation gut war; aber eine ähnliche Versuchung, das wird man mir glauben, hat niemals mein Denken berührt. Wer würde einen Präventivkrieg entfesseln wollen“[2])?

Wer möchte es wagen, die geheimsten Gedanken der französischen Staatsmänner zu erraten, solange nicht andere Quellen

[1]) Der französische Wortlaut der zitierten Stelle aus einem Berliner Bericht vom 7. Januar 1891 ist oben Seite 88, Anmerkung 1, wiedergegeben.

[2]) Freycinet, a. a. O., S. 414.

erschlossen sind? Daß Freycinet kriegerische Projekte nachträglich ableugnet, ist wohl selbstverständlich, nachdem die Haltung Rußlands und Italiens ihre Verwirklichung unmöglich gemacht hatte.

Auf jeden Fall plante Frankreich einen diplomatischen Angriff auf Deutschlands politische Stellung, dessen erste Etappe die Sondierung auf Italiens Verpflichtungen und Bündnistreue war, dessen zweite in dem Versuch bestand, durch Ausnutzung der Lage das lange ersehnte Bündnis mit Rußland vorzubereiten, das Deutschland zwischen französischem Revanchegeist und panslawistischem Haß einzwängen sollte. Das Geldbedürfnis Rußlands gab die willkommene Gelegenheit zu der politischen Pression, über die die belgischen Berichte aus Berlin und Bukarest unterrichten. Nur schien es zunächst, als hätten sich die französischen Staatsmänner bei Rußland ebenso verrechnet wie bei Italien, als würden der Zar und seine Ratgeber dem Druck wie der Verlockung gegenüber fest in ihrer Ablehnung bleiben. Das zeigte das Scheitern der Anleiheverhandlungen und bestätigten die Vorgänge bei der Eröffnung der französischen Ausstellung in Moskau.

Aber es zeigte sich, daß Frankreich nicht leicht zu entmutigen war. Beide Fälle sind für die französischen Staatsmänner mit dem Fehlschlagen der politischen Verhandlungen nicht erledigt. Wie der Ablehnung des Bündnisantrages in Petersburg die Vereitelung der russischen Anleihe folgte, so eröffnete die französische Regierung den Wirtschaftskrieg gegen Italien, nachdem di Rudini die Besprechungen abgebrochen hatte. Da die Mittel der Verlockung versagen, wird das Mittel des Zwanges versucht. „Das Hauptziel des Wirtschaftskrieges, den Frankreich gegen Italien führt, ist das, Italien durch finanzielle Bedrängnis zum Austritt aus der Friedensliga zu zwingen“, sagt Greindl am 27. Juni 1891[1]). Nur der Ausgang ist in den beiden Fällen verschieden. Italien blieb fest, und am 29. Juni erklärt di Rudini, daß der Dreibund erneuert sei.

[1]) «Le but principal de la guerre économique que la France fait à l'Italie est de forcer celle-ci, par la détresse financière, à sortir de la ligue de la paix.» Berlin, 27. Juni 1891.

Rußland aber lenkt ein, und am 23. Juli erscheint eine französische Flotte unter dem Kommando des Admirals Gervais auf der Reede von Kronstadt, ein Taumel der Verbrüderungsbegeisterung packt das Volk in Paris, in Petersburg und Moskau; es schien, als habe Freycinet die Frucht geerntet, die zu fassen seit Jahren das Ziel seiner politischen Pläne, seiner methodischen Arbeit gewesen war, als sei der Zweibund Wirklichkeit geworden.

Wie kam der Zar dazu, mit Pomp, Glanz und schönen Worten die Verbrüderung mit der Republik zu verkünden? Staunend hörte die Welt — auch die belgischen Gesandtschaftsberichte aus aller Herren Ländern spiegeln den Eindruck, den dieser kleine Zug auf die Zeitgenossen machte —, daß der Selbstherrscher aller Reußen stehend und unbedeckten Hauptes die Marseillaise, das verpönte, verfemte Lied der Revolution, angehört hatte!

Die Öffentlichkeit, die nichts von einem französischen Bündnisantrag und seiner Ablehnung, nichts von dem Zusammenhang mit der Vereitelung der russischen Anleihe wußte und die besondere Lage, in der sich die russische Regierung dadurch befand, nicht kannte, mußte glauben, daß der Zar seine Anschauungen innerhalb von wenigen Wochen von Grund aus geändert habe. Aber auch die Politiker Westeuropas waren anfangs ohne Kenntnis davon, daß Rußland unter einem Zwange handelte. Es ist deshalb erklärlich, daß alle belgischen Berichte außer denen der Gesandtschaft in Petersburg, die den Hergang zu erklären versuchen, die Beweggründe zunächst allein auf politischem Gebiete suchten. Wir werden noch sehen, wieweit sie darin im Recht waren.

Greindl erörtert die Frage, wodurch der Zar veranlaßt worden sei, seiner Politik die überraschende neue Richtung zu geben, schon in einem Bericht vom 11. Juli, als der bevorstehende Besuch der französischen Flotte in Kronstadt der Öffentlichkeit bekannt gegeben war: „Die Erneuerung des Dreibundes, die Haltung Englands, das sich ihm genähert hat, soweit es ohne förmlichen Eintritt in ihn möglich ist, die Erklärungen Fergussons über den Gedankenaustausch zwischen England und

Italien über die Aufrechterhaltung des Status quo im Mittelmeer, der Empfang der englischen Flotte bei ihrer Fahrt im Adriatischen Meer, die Kundgebungen, zu denen des Kaisers Englandreise Anlaß gab, haben in Petersburg tiefen Eindruck machen müssen. Es ist leicht, alles das in beunruhigendem Sinne auszulegen, dem Zaren zu zeigen, daß der mitteleuropäische Bund solche Kraft erlangt hat, daß er seinen Willen der übrigen Welt aufzuzwingen vermag, und ihm die Furcht einzureden, daß er sie zum Nachteil der außerhalb des Bundes stehenden Staaten nutzt. Schon einmal war es den Panslawisten gelungen, den Zaren davon zu überzeugen, daß der Deutsche Kaiser den Krieg wollte. Der Augenblick war gut gewählt, um das Manöver noch einmal zu versuchen. Von da bis zur Idee einer Annäherung zwischen Frankreich und Rußland ist nur ein Schritt"[1]).

Die Gesandtschaftsberichte brachten in der nächsten Zeit aus den verschiedensten Quellen Nachrichten, die Greindls Vermutungen durchaus zu bestätigen schienen. Immer wieder wird in ihnen die größte Bedeutung der Erneuerung des Dreibundes beigemessen. Je sicherer man auf seinen Zerfall und seine Nichterneuerung in diesem Jahre gerechnet hatte, um so größer mußte die Enttäuschung sein, als er nun im Juni allen Erwartungen zum Trotz erneuert wurde. Mancher politische Plan mochte dadurch über den Haufen geworfen werden. Als der italienische Botschafter in Petersburg Giers' Vertreter Schischkin Mitteilung von der Erneuerung des Dreibundes machte, hörte ihn dieser mit äußerster Kälte an und verhehlte ihm nicht, daß die Erneuerung auf die russische Regierung einen peinlichen Eindruck mache; am empfindlichsten berühre aber das Einvernehmen mit England[2]). Ebenso erklärte Giers selber im Herbst des Jahres bei seiner Zusammenkunft mit dem italienischen Ministerpräsidenten in Monza, Rußland habe der Nachdruck, den man der Erneuerung des Dreibundes gegeben habe, besorgt gemacht; darum habe der Zar den Besuch der französischen

---

[1]) Anl. 76, S. 283 (Berlin, 11. Juli 1891).

[2]) Anl. 81, S. 290 (Berlin, 9. August 1891).

Flotte in Kronstadt angenommen[1]). Beyens berichtet am 5. August aus Paris: „Die französischen Politiker sind sich klar über die Motive, die den Umschwung in dem Verhältnis Alexanders III. zur Republik hervorgerufen haben: der geräuschvolle Flottenempfang ist das Gegenstück zum feierlichen Empfang Wilhelms II. in London, und die Aufmerksamkeiten, mit denen man den Admiral Gervais und seine Offiziere überhäuft hat, sind die Antwort des russischen Selbstherrschers auf die Sympathiekundgebungen Englands für den Dreibund"[2]).

Etwas tieferen Einblick in die Verhältnisse am russischen Hofe und die Stimmung in Petersburg erhält man durch einen Bericht Greindls über die Eindrücke, die der schwedische Thronfolger im Frühjahr 1892 von dort zurückbrachte. Dieser hat mit einer Großfürstin deutscher Abstammung über innere Verhältnisse des Reiches sprechen können; sie erzählt ihm, „daß die ganze kaiserliche Familie in ewiger Unruhe lebt, als wenn sie am Vorabend einer Katastrophe stände; der Kaiser ist wie immer gleichzeitig halsstarrig und unentschlossen". „Der schwedische Thronfolger", fährt Greindl fort, „fand den russischen Kaiser sehr aufgebracht gegen den Deutschen Kaiser. Ihn hat der Nachdruck, den man der Erneuerung des Dreibundes gegeben hat, sehr verletzt. Das ist der Grund, der den Zaren zu den Kundgebungen von Kronstadt geführt hat. Jedoch hat der Strom der öffentlichen Meinung ihn weiter fortgerissen, als er gehen wollte"[3]).

[1]) «M. de Giers a dit que le bruit fait autour du renouvellement de la triple alliance avait préoccupé la Russie. C'est pourquoi le Tsar a accepté la visite de la flotte française à Cronstadt.» Berlin, 26. Oktober 1891.

[2]) Anl. 79, S. 287 (Paris, 5. August 1891).

[3]) Anl. 91, S. 305 (Berlin, 13. Februar 1892). — Ein Bericht aus Petersburg bestätigt die Angaben des schwedischen Thronfolgers: «Les paroles prononcées par l'Empereur d'Allemagne au sein de la Diète provinciale de Brandenbourg avaient principalement trait à la politique intérieure et auraient tout au plus pu avoir une signification belliqueuse en interprétant dans ce sens la fin de son speach où il promet de mener l'Allemagne vers un avenir brillant. Néanmoins des bruits absurdes ont pendant plusieurs jours circulé à St. Pétersbourg, même dans des sphères qu'on croirait devoir être plus éclairées. On racontait que le jeune Empereur

Das ist ein wegen seiner Quelle sehr beachtenswertes Zeugnis dafür, wie die Kundgebungen von Kronstadt zustande gekommen sind. Diese auf die unmittelbare Umgebung des Zaren zurückgehenden Mitteilungen stellen die Verbindung her mit dem, was in den früheren Kapiteln über die Persönlichkeit des Zaren und die Gefahren, die aus dem wachsenden Drucke des Panslawismus auf die Regierung zu entstehen drohten, aus den belgischen Quellen zusammengestellt worden ist. Sie bestätigen einen Auspruch des Staatssekretärs von Marschall, der schon am 19. August Baron Greindl erklärte: „Der Zar hat erklären lassen, daß er den warmen Empfang veranlaßt habe, der den Franzosen zuteil wurde. Er irrt sich aber; vielmehr ist er der Masse erlegen"[1]). Marschall beurteilte trotzdem die Lage mit großer Ruhe und berief sich Greindl gegenüber auf Berichte aus Petersburg, nach denen eine Reaktion gegen die französische Strömung in Rußland bereits unmittelbar nach dem Flottenbesuch erkennbar gewesen wäre. Einem zweiten Bericht vom 25. August kann sich Greindl nach Wiedergabe von neuen optimistischen Äußerungen Marschalls nicht enthalten, chiffriert die Bemerkung hinzuzufügen: „Trotz meines sehr großen Vertrauens auf das Urteil des Staatssekretärs und die Informationen, über die er verfügt, kann ich mich der Befürchtung nicht erwehren, daß er zu rosig sieht"[2]). Ähnlich wie in Berlin glaubte man auch in Wien nicht an unmittelbar bevorstehende Gefahren, obwohl man die möglichen Wirkungen der nationalistischen Überreizung bei Russen und Franzosen nicht unterschätzte[3]).

---

allait bientôt décréter des mesures indiquant son intention de faire la guerre le printemps prochain ... Ces racontars absurdes sont cependant sympathiques. Les esprits se font peu à peu à l'idée d'une lutte avec l'Allemagne dont l'échéance seule est plus ou moins rapprochée. Je crois superflu d'ajouter que je suis loin de croire à la proximité de la dite échéance à raison de la situation économique de la Russie et surtout parce que la transformation de l'armement des troupes n'est pas assez avancée pour pousser à la guerre.» Petersburg, 17. März 1892.

[1]) Anl. 82, S. 291 (Berlin, 19. August 1891).

[2]) Anl. 83, S. 293 (Berlin, 25. August 1891).

[3]) Anl. 80, S. 289 (Wien, 6. August 1891).

Daß Greindl von den Kronstadter Festlichkeiten ernste Folgen befürchtete, ist nach allem, was von seinen Anschauungen mitgeteilt worden ist, klar: „Auch wenn der Besuch in Kronstadt weder zu einem Bündnis, noch zu einer einfachen Entente führt, wird er nichtsdestoweniger das Üble haben, die Hoffnungen der Exaltierten in beiden Ländern zu nähren. Er häuft Explosivstoffe an, an die Feuer zu legen gewisse Leute sich nichts Besseres wünschen können. **Die Annäherung beruht nur auf dem gemeinsamen Haß Frankreichs und Rußlands gegen Deutschland. Sie kann darum nur einen aggressiven Charakter haben trotz der Bemühungen der russischen und französischen Staatsmänner, die die Welt glauben machen wollen, daß ein französisch-russisches Bündnis nur eine zweite Friedensliga wäre**[1]."

Am selben Tage schrieb der Gesandte in London einen Bericht, der fast die gleichen Gedanken entwickelt: „Die öffentliche Meinung in England gibt sich keiner Täuschung hin über die Bedeutung des Besuches der französischen Flotte in Kronstadt und der Kundgebungen aller Art, die bei dieser Gelegenheit stattgefunden haben. Sie begreift, daß, wenn der dem Admiral Gervais und seinen Offizieren bereitete Empfang nicht eine unmittelbare Gefahr für den Frieden Europas bedeutet, er doch das Vorzeichen einer Sachlage ist, aus der die schwersten Verwicklungen entstehen können. Man urteilt, daß die Entente, die mit solchem Nachdruck zwischen Frankreich und Rußland abgemacht wird, zunächst jedem von ihnen mit größerer Schnelligkeit und Entschiedenheit als bisher zu handeln und ihre Absichten zu verfolgen gestatten wird, ohne sich sehr um die Widerstände zu kümmern, die die anderen Mächte ihnen entgegenzusetzen versuchen könnten. **Dagegen ist der Dreibund von Natur eine untätige Vereinigung, in dem Sinne, daß er sich auf die Defensive beschränkt und sich sorgsam vor gewagten Unternehmungen hütet. Das französisch-russische Bündnis hat einen ganz anderen Charakter; es wird sich nicht darauf beschränken, ein Gegengewicht gegen das**

---

[1]) Anl. 77, S. 285 (Berlin, 1. August 1891).

andere zu bilden; denn wenn es die Hoffnungen nicht enttäuschen will, die es hat entstehen lassen, muß es aggressiv sein. Frankreich und Rußland werden aufhören, sich irgendeine Reserve aufzuerlegen. Jenes wird heftiger denn je in Sachen des Elsaß und Ägyptens Widerspruch erheben; dieses wird von der Hohen Pforte neue Konzessionen verlangen"[1]).

Selbst Beyens wurde ein wenig aus seiner Altersruhe aufgeschreckt, obwohl er sich bemühte, die Bedeutung der Ereignisse abzuschwächen, soweit die offiziellen Kreise in Betracht kamen; die tiefgehende Wirkung auf die Öffentlichkeit muß er zugeben: „In Frankreich sind die Einbildungen natürlich gestiegen, die Sprache der Presse hat unmittelbar die frohe Erregung der Öffentlichkeit widergespiegelt, die Allianz mit Rußland ist vollendete Tatsache geworden, so sicher als wenn sie auf dem Papier stünde . . . Die Strömung, die das französische Volk zu Rußland hinreißt, wird unwiderstehlich. Das ist eine der Folgen der Vorgänge im Baltikum; die anderen werden ohne Zweifel eine große Spannung in den Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland und ein augenblicklicher Zustand des Unbehagens und der Unruhe sein, obwohl im Grunde nichts die Fortdauer des europäischen Friedens gefährdet"[2]).

Alle diese Berichte sind unter dem unmittelbaren Eindruck der Kronstadter Feste geschrieben worden. Sie suchen die wahrscheinlichen Folgen für die Zukunft zu erkennen und die Rückwirkungen auf die Politik der nächstbeteiligten Länder abzuschätzen, indem sie sich an das halten, was die Öffentlichkeit erfahren hatte. Von entscheidender Bedeutung aber für die Beurteilung der Tragweite der demonstrativen Freundschaftsbeteuerungen von beiden Seiten war die Beantwortung der Frage, ob sie von Abmachungen begleitet gewesen waren und welcher Art diese sein konnten.

In erster Linie unter diesem Gesichtspunkte betrachtete der belgische Gesandte in Petersburg den Flottenbesuch und glaubte in mehreren Berichten versichern zu können, daß von Allianz,

---

[1]) Anl. 78, S. 286 (London, 1. August 1891).

[2]) Anl. 79, S. 287 (Paris, 5. August 1891).

Vertrag, neuer Entente keine Rede sein könne. Aus diesem Grunde schien ihm der ganze Vorgang nicht entfernt die Bedeutung zu haben, die ihm beigelegt wurde. Aber er stützte diese Auffassung außerdem durch den Hinweis auf die Vorgeschichte der Kronstadter Festlichkeiten. Er war der Ansicht, daß politische Erwägungen nur eine sekundäre Rolle bei der Entschließung des Zaren gespielt hätten, dem Werben der Republik um einen Schritt entgegenzukommen; der Hauptgrund sei das Scheitern der russischen Finanzoperation im Frühjahr, das den Russen zum Bewußtsein gebracht habe, welch glänzende Geschäfte sie durch das Entgegenkommen der Franzosen gemacht hätten, und welche Gefahr es bedeuten würde, wenn ihnen nach dem Berliner auch dieser Markt gesperrt würde. „Ich denke," schließt de Vinck einen eingehenden Bericht vom 21. September, „ich tue der französischen Nation nicht unrecht, wenn ich sage, daß niemand es besser versteht, Reklame zu organisieren und selbst die geringfügigsten Dinge zum Vorteil der nationalen Eitelkeit auszunützen, als die Franzosen. Auf Grund von schönklingenden Telegrammen hat sich also die ganze französische Presse ans Werk gemacht, die doch sehr harmlosen Zeugnisse kaiserlicher Liebenswürdigkeit maßlos zu übertreiben. Man hat in Rußland nicht widersprochen: und die Legende ist fertig ... Die französische Presse und die Regierung, das ist wahr, haben Sprache und Haltung seit diesen Ereignissen geändert. Frankreich ist offenbar gegenüber Deutschland, wenn nicht aggressiver, so doch selbständiger, stolzer geworden; in Rußland beglückwünscht man sich natürlich dazu, daß dadurch das Ansehen des Dreibundes gemindert ist. Darum läßt man den Redereien ihren Lauf, da man kein Interesse daran hat, Nachrichten in Abrede zu stellen, die ein so glückliches Resultat haben. Man muß auch zugeben, daß die nationale Eitelkeit der Russen, mit der sehr zu rechnen ist, sich nicht wenig dadurch geschmeichelt fühlt, daß ein Land wie Frankreich seine Wiedererstehung und den Beginn einer neuen Periode seiner Geschichte von einem Lächeln des Zaren und dem Beifall einiger Muschiks datiert. Aber wenn man in Paris daraus die äußersten Folgerungen zu ziehen versuchen und in

amtlichen Kreisen Deutschland gegenüber drohend auftreten würde, würde Giers sicherlich an das erinnern, was er noch kürzlich dem Gesandten eines benachbarten Staates sagte: daß Rußland nie mit dem Angreifer gehen würde, und daß man in Frankreich wohl im Falle eines Angriffes auf Rußlands Beistand rechnen könne, aber Rußland bei einer Offensivunternehmung gegen sich haben würde"[1]).

Zu diesem Bericht machte der Minister in Brüssel die Randbemerkung: „Dieser Bericht de Vincks ist sehr anziehend zu lesen; aber ich teile seinen Optimismus nicht" — ein Urteil, das recht bezeichnend für die Auffassung unbefangener und urteilsfähiger Kreise ist[2]). Auf Grund dieser Bemerkung wurde eine Antwort an den Gesandten vorbereitet, die ebenfalls Vorbehalte wegen der Berechtigung seiner Anschauungen machte. Sie wurde aber in dieser Form nicht abgeschickt, sondern so geändert, daß es fast den Anschein hat, als hätte sich das Ministerium inzwischen dem Standpunkte des Gesandten genähert[3]), der in der Wiederaufnahme der Verhandlungen wegen einer neuen russischen Anleihe in Paris, die fast unmittelbar nach dem

---

[1]) Anl. 85, S. 295 (Petersburg, 21. September 1891).

[2]) Daß die Notiz von der Hand des Ministers selber herrührt, ist eine Vermutung; das Signum, das die Unterschrift vertritt, ist nicht zu entziffern. Die Bemerkung lautet: «Ce rapport de de Vinck est d'une lecture très attachante, mais je ne partage pas son optimisme.» (Gesandtschaftsberichte aus Petersburg, unter dem 6. Oktober 1891.)

[3]) Die erste Fassung des Antwortschreibens an de Vinck lautet: «J'ai l'honneur de vous accuser la réception du rapport que vous avez bien voulu m'adresser le 9/21 septembre dernier, no. 203/134. Ce rapport a été placé sous les yeux du roi. J'aurais quelques réserves à faire touchant les considérations dans lesquelles vous entrez. Mais ces réserves ne diminuent pas l'intérêt avec lequel je vous ai lu.» Dieser Entwurf wurde gestrichen und von «j'aurais quelques réserves à faire» an ersetzt durch folgende Fassung: «J'ai pris connaissance avec beaucoup d'intérêt des réflexions que vous suggèrent les événements de Cronstadt; ces réflexions sont présentées d'une manière qui, tout en capturant l'attention, s'écartent cependant quelque peu du style habituel des communications diplomatiques. Mais, à part cette réserve quant à la forme, je ne puis que vous savoir gré de m'avoir fait connaître sans réticence votre opinion sur des faits dont on semble avoir exagéré l'importance.» (Gesandtschaftsberichte aus Petersburg, unter dem 6. Oktober 1891.)

Flottenbesuch begannen und im Oktober zum Abschluß kamen, eine völlige Bestätigung seiner Auffassung sah[1]).

Es äußert sich in der Änderung des Textes dieser Antwort an den Gesandten die gleiche Wendung zu einer gewissen Beruhigung, die sich in den in Brüssel einlaufenden Gesandtschaftsberichten aus dem September und Oktober spiegelt. Auch Greindl wurde zuversichtlicher. Da er die unmittelbare Vorgeschichte des Flottenbesuches kannte, ist es klar, daß es nicht die Haltung der französischen Politik sein konnte, die ihn zu einer ruhigeren Auffassung der politischen Lage bewog. Nach der Seite blieb sein Mißtrauen so wach wie im Anfang. Es machte ihm wenig Eindruck, daß Herbette ihm einen Privatbrief Freycinets zeigte, in dem gesagt war, daß die Entente mit Rußland nur defensiv sei: „Ich messe diesen Mitteilungen, die den Charakter eines Zirkulars tragen, sehr mäßige Bedeutung bei. Selbst wenn alles das nicht wahr ist, kann die französische Regierung keine andere Sprache führen“[2]). Was ihn beruhigte, war vielmehr die Haltung der russischen Regierung: „Rußland will wohl seine Sympathien für Frankreich äußern und ihm behilflich sein, die ihm zukommende Stellung in Europa wiederzugewinnen; aber es hält darauf, die Leitung seiner Politik in Händen zu behalten und sich nicht fortreißen zu lassen, entweder weil die von ihm

---

[1]) Nach einem Hinweis auf das Scheitern der Anleihe im Frühjahr heißt es in einem seiner Berichte. «De là au 3% actuel et aux derniers emprunts souscrits avec une sorte d'enthousiasme à Paris, le chemin ne laissait pas de paraître devoir être long; il aura suffi pourtant, pour amener en grande partie ce changement rapide, de quelques toasts franco-russes et de la Marseillaise ou de l'Hymne russe joués et applaudis à propos. Voilà qui suffirait à donner la clef des quelques politesses plus cordiales qu'auparavant dont la France a pu se trouver l'objet.» Petersburg, 9. Oktober 1891.

[2]) «D'après ce que m'a dit M. le Baron de Marschall, l'Ambassadeur de France à Berlin s'efforce d'expliquer le rapprochement vers la Russie et ce qui s'est passé depuis, dans un sens pacifique. M. Herbette m'en a dit autant, ainsi qu'aux rares Chefs de Mission qui se trouvent en cette saison à Berlin. Il m'a fait voir une lettre particulière de M. de Freycinet où il est dit que l'entente avec la Russie est purement défensive. J'attache à ces communications qui ont les allures d'une circulaire, une très médiocre importance. Même si tout cela n'est pas vrai, il est impossible au Gouvernement français de tenir un autre langage.» Berlin, 9. September 1891.

zur Schau getragenen friedfertigen Absichten aufrichtig gemeint sind, oder weil es nicht bereit ist"[1]).

Vom russischen Standpunkt aus wäre der Moment in der Tat schlecht gewählt gewesen, den Kampf mit den Mittelmächten aufzunehmen. Nachrichten, die allmählich aus dem Innern des Reiches ins Ausland drangen, waren es in erster Linie, die die unmittelbaren Folgen des Kronstadter Flottenbesuches weniger bedrohlich erscheinen ließen. In Brüssel lief übereinstimmend aus verschiedenen Quellen die Meldung ein, daß der Sommer Rußland eine Mißernte von unerhörter Ausdehnung gebracht hatte. Im Spätherbst lastet eine fürchterliche Hungersnot auf weiten Distrikten des Riesenreiches, die mangelnde Nahrung schafft den günstigsten Boden für das Umsichgreifen von Seuchen. Bis Anfang November ist schon mehr als die Hälfte der letzten Anleihe für die Notleidenden verwendet worden[2]), und am 16. Februar 1892 teilt Marschall dem Baron Greindl mit, daß ein hoher Offizier dem Zaren erklärt habe, bei dem trostlosen Zustande des Landes sei die Mobilisation ganz unmöglich[3]).

---

[1]) Anl. 84, S. 294 (Berlin, 19. September 1891).

[2]) Anl. 84, S. 294 (Berlin, 19. September 1891). — «La Russie a d'ailleurs de bonnes raisons de ne pas chercher des aventures. Elle est en présence d'une famine qui menace de décimer le pays. 23 Provinces, environ 30 millions d'habitants, sont à la veille de mourir de faim. Nous savons aujourd'hui au juste quelle était pour les Russes la portée exacte de l'entrevue de Cronstadt. Il leur fallait un emprunt à tout prix. Peu de la moitié de cet emprunt est déjà affecté aux affamés.» Konstantinopel, 25. Oktober 1891 (als Äußerungen von Vertretern der Dreibundsmächte nach Brüssel berichtet). — «Mais si l'on ajoute aux sentiments pacifiques qui dominent dans le caractère de l'Empereur Alexandre, l'affreuse disette qui frappe ses sujets et menace la vie économique de son Empire, l'on se persuade à Vienne que ... le maintien de la paix restera cependant forcément assuré, au moins aussi longtemps que la Russie n'aura pas réparé les calamités intérieures qui paralyseront les velléités de sa politique étrangère.» Wien, 6. November 1891. — s. auch Anl. 86, S. 301 (Brüssel, 11. November 1891; auf Grund eines Gesandtschaftsberichts aus Konstantinopel vom 5. November).

[3]) «Rien ne peut troubler la politique pacifique des puissances de l'Europe centrale, aussi longtemps que la Russie ne sera pas sortie da sa détresse actuelle. Un officier, très haut placé a dit tout dernièrement au Tsar

Die politische Welt freilich war der Anschauung, daß die Gefahr dadurch nur vertagt, nicht beseitigt war. Der Wiener Gesandte berichtet am 6. Oktober, daß der ständige Ausbau der russischen Heere, besonders unaufhörliche Sendungen neuer Truppen und die Einrichtung von Unterkunftsräumen für sie an den Westgrenzen des russischen Reiches weitergingen[1]). Namentlich die Unsicherheit über die zwischen Frankreich und Rußland getroffenen Abmachungen lastete wie ein Alpdruck auf der europäischen Welt. Am 27. November 1891 schrieb der Gesandte aus London: „Wenn man Informationen, die mir kürzlich zugegangen sind, Glauben schenken soll, wäre die Zuversicht auf die Erhaltung des Friedens nicht mehr so fest, wie man vor kurzer Zeit behauptete oder sich den Anschein gab zu behaupten. Sollte das Auswärtige Amt positive Angaben über die zwischen Frankreich und Rußland vereinbarten Abmachungen erhalten haben? Sollte Österreich haben wissen lassen, daß die von Rußland längs der polnischen Grenze getroffenen militärischen Maßnahmen keinen Zweifel über die feste Absicht einer Eröffnung des Krieges im kommenden Frühjahr lassen? **Wird endlich der Revanchegeist, der nicht aufgehört hat, das französische Volk zu beseelen, den aber die Befürchtung vor einem verfrühten Kriege bis jetzt zurückhielt, am Ende einen unwiderstehlichen Druck auf die Regierung ausüben und sie zum Entschluß treiben, einen weniger**

---

qu'il serait impossible de mobiliser l'armée russe. A St. Pétersbourg on s'imagine que l'Allemagne veut profiter des malheurs de la Russie pour provoquer la guerre et qu'elle prépare une campagne pour le printemps. Cela prouve qu'on a mauvaise conscience. L'Allemagne ne fera jamais une guerre prophylactique. Elle n'a du reste rien à gagner à des victoires.» Berlin, 17. Februar 1892.

[1]) «Monsieur le Comte Kalnoky, avec lequel j'avais l'honneur de m'entretenir ces jours-ci à la secrétairerie d'Etat me répétait que rien ne faisait prévoir actuellement les événements que le public européen semble redouter. Son Excellence reconnait le caractère et les dispositions personnelles éminemment pacifiques du Czar; mais le développement continuel de ses armées et surtout l'envoi incessant de nouvelles troupes, ainsi que l'établissement d'abris pour les loger aux frontières occidentales de son Empire et surtout de l'Autriche-Hongrie leur causent, m'a-t-il dit, d'assez sérieuses préoccupations.» Wien, 6. Oktober 1891.

gefährlich gewordenen Feind anzugreifen? Wie dem auch sei — der allgemeine Eindruck in London soll der sein, daß der geringste Zwischenfall plötzlich als Vorwand dienen kann für einen Konflikt, der diesmal ganz Europa in Flammen setzen würde"[1]).

In London sah man seit einiger Zeit die Zukunft schwärzer als in den übrigen Hauptstädten Europas. Schon am 19. November antwortete der Gesandte von dort auf eine oben bereits erwähnte Mitteilung über die inneren Schwierigkeiten Rußlands, die ihm auf Grund eines Berichtes aus Konstantinopel durch das Ministerium zugestellt war, mit Zweifeln, die sich auf Person und Charakterfestigkeit des Zaren bezogen; er gibt die Äußerungen eines Staatsmannes wieder, dessen genaue Kenntnis der russischen[2]) Verhältnisse er rühmt: „Kaiser Alexander — und das ist allen, die ihn gut kennen, klar — ist sich der Lage seines Reiches vollkommen bewußt. Demgemäß wird er, soviel an ihm liegt, es vermeiden, sich in Abenteuer zu stürzen. Niemand weiß besser als er, welche Gefahren seiner Person und seiner Dynastie beim geringsten schlimmen Zwischenfall drohen würden. **Aber der Zar ist nicht sein eigener Herr. Er ist der Sklave der panslawistischen Partei. An dem Tage, an dem diese Partei, deren Führer die beiden Brüder Ignatieff sind, entscheidet, daß zu den Waffen gegriffen werden muß, wird der Kaiser, weil er sich zu schwach fühlt, diesem Druck zu widerstehen, die Augen vor den möglichen Folgen eines neuen Feldzuges schließen und den Leuten gehorchen, deren Einfluß im Lande er kennt und deren verbrecherische Unternehmungen er fürchtet"[3]).** Dieser Bericht wurde Greindl in Abschrift mitgeteilt, der seinen Inhalt in vollem Umfange mit den Worten bestätigte: „Die Lage ist in dem Gespräch, das Sie mir mitzuteilen die Güte hatten, vollständig zutreffend dargestellt. Die Regierungen sind nicht ihrer selbst Herr.

---

[1]) Anl. 89, S. 304 (London, 27. November 1891).

[2]) Im Original steht: „türkischen", die Abschrift, die an Greindl geschickt wurde, hat dagegen die obenstehende Lesung (s. Anl. 88, S. 303).

[3]) Anl. 87, S. 302 (London, 19. November 1891).

Die panslawistische Partei, die stärker ist als der Zar, entscheidet über Krieg oder Frieden."[1])

Durch eine Reise des russischen Ministerpräsidenten von Giers nach Paris im November erhielten Gerüchte und Besorgnisse, die die französisch-russische Annäherung geweckt hatte, neue Nahrung. Als Giers auf der Rückreise in Berlin versichert, daß Rußland und Frankreich ganz friedfertig seien, schreibt Greindl am 6. Dezember: „Es scheint mir, daß man recht oft wiederholt, der Friede sei gesichert. Man würde nicht das Bedürfnis haben, alle acht Tage auf dasselbe Thema zurückzukommen, wenn man ganz sicher wäre, daß es wahr ist"[2]). Selbst der optimistische de Vinck, der folgerichtig in Giers' Reise nur einen Versuch sieht, die russische Anleihe in Paris zu fördern, gibt jetzt doch Bedenken Ausdruck: „Immerhin könnte der Besuch des russischen Ministers des Äußeren eines schönen Tages einen dunklen Punkt entstehen lassen. Wird die große Masse des französischen Volkes nicht glauben, daß Frankreich diesmal die Allianz in Händen hält, nach der es verlangt? Wird die öffentliche Meinung nicht infolge irgendeines Zwischenfalles dazu getrieben werden, die Regierung auf den Weg von Abenteuern zu stoßen?"[3])

Ein Belgier, der dem eigentlichen Leiter der belgischen Politik, dem Baron Lambermont, als Mitarbeiter sehr nahestand, Emil Banning, schrieb damals (Ende Oktober 1891) ein Urteil über Kronstadt nieder, das mit den Gesandtschaftsberichten zu vergleichen nicht ohne Interesse ist: „Die Verbindung von Frankreich und Rußland, im Jubiläumsjahr der Revolution von 1789, ist eines der beunruhigendsten Rätsel dieses Jahrhundertendes. Ist das eine Allianz? Wie soll man

---

[1]) Anl. 90, S. 304 (Berlin, 6. Dezember 1891).

[2]) Anl. 90, S. 304 (Berlin, 6. Dezember 1891).

[3]) «Il se pourrait toutefois que la visite du Ministre des Affaires Etrangères de l'Empereur Alexandre fasse surgir un jour ou l'autre un point noir. La grande masse du peuple français ne croira-t-elle pas que cette fois la France tient cette alliance à laquelle elle aspire? L'opinion publique à la suite d'un incident quelconque ne sera-t-elle pas portée à pousser ses gouvernants dans la voie des aventures?» Petersburg, 18. November 1891.

diesen Widerspruch unter der Form der Vereinigung verstehen? Hier eine Staatsform parlamentarischer Demokratie, die fast zur demagogischen Anarchie und religiösen Verneinung wird; dort eine autokratische, auf orthodoxe Theokratie gegründete Staatsform mit Knute und Sibirien als Sanktionierung. Mangel an Autorität und Übermaß von Autorität, gesteigertste Kultur und reinste Barbarei, intellektuelle Verfeinerung und schlimmste Unwissenheit, gallische Skepsis und slawische Gläubigkeit, Pariser Ungestüm und bäurische Schwerfälligkeit, alle diese Gegensätze sich die Hand reichend, sich hemmungslos vereinigend, im Rausch erhitzend: welche Schande und welche Lehre! Drei Leidenschaften haben zu dieser Verbindung geführt: der Geist der Überhebung, der Geist der Rache, der Geist der Eroberung. Die Panslawisten in Petersburg und Moskau geben den Chauvinisten Frankreichs an krankhafter Selbstüberschätzung, an törichtem Eigendünkel, an Mißachtung anderer Nationen nichts nach. Der Berliner Vertrag hat auf der einen Seite dieselbe Wunde geschlagen wie auf der anderen der Vertrag von Frankfurt. Frankreich träumt nicht allein vom Wiedererwerb des Elsaß und Lothringens, sondern von der Eroberung der Rheingrenze: erst vor wenigen Tagen hat ein Mann von Wissen und Wert, ein Greis von 83 Jahren, ein Gegner der russischen Allianz, Barthélemy-Saint-Hilaire, erklärt, daß Frankreich ohne die Rheingrenze Europa nicht in Frieden lassen könne (Times vom 22. Oktober 1891). Und wo sind die Grenzen für den moskowitischen Ehrgeiz? ... Rußland starrt wie versessen auf Bulgarien, auf Konstantinopel, Kleinasien, Persien, Indien. Das sind die Begehrlichkeiten und Träume, die Europa in eine Rüstung zwingen, deren Gewicht es erdrückt. Beide Nationen tun in dieser verhängnisvollen Verbindung nur ihre Fehler zusammen. Die französisch-russische Allianz kann, wenn sie in den internationalen Beziehungen feste Form annimmt, nur eine Verschwörung gegen die Kultur sein, ihr Triumph würde Europa den Barbaren preisgeben"[1]).

Zuversicht und Vertrauen auf ruhige Entwicklung und friedliche Zukunft waren überall tief erschüttert — das war die

[1]) Banning, Réflexions morales et politiques. Brüssel 1899. S. 81.

nächste Wirkung dessen, was in Kronstadt geschehen war, das war das Ergebnis der französischen Politik. Diese Wirkung wurde allgemein empfunden, auch dort, wo man den beruhigenden Symptomen eine größere Bedeutung glaubte beimessen zu können.

Sucht man aus der Gesamtheit der belgischen Quellen sich ein Bild von der Entstehungsgeschichte der Kronstadter Festlichkeiten und ihrer Bedeutung zu machen, so wird man zu folgendem Ergebnis kommen:

Nach allem, was von den verschiedensten Gesandtschaften über Anwachsen, Macht und Ziele des Panslawismus berichtet wurde, muß man es als erwiesen ansehen, daß die französische Regierung von dieser Seite auf die weitgehendste Unterstützung rechnen konnte, als sie im Frühjahr den Bündnisantrag machte, von dem über Berlin und Bukarest nach Brüssel berichtet wurde. Ein heißer Kampf der Anschauungen und Einflüsse in der Umgebung des Zaren muß damals eingesetzt haben. Aber erst die Zukunft wird Quellen zutage fördern, die über die Vorgänge klares Licht verbreiten werden; dazu reichen die belgischen Berichte nicht aus. Aus ihnen scheint immerhin hervorzugehen, daß der Zar nicht leicht für den französischen Plan zu gewinnen gewesen ist und auch dem panslawistischen Drängen mindestens anfänglich Widerstand entgegengesetzt hat. Ob diese Festigkeit von Dauer gewesen wäre, ist nicht zu sagen; nach dem Zeugnis der belgischen Quellen ist es erlaubt, daran zu zweifeln.

Als der Zar einlenkte, wich er jedenfalls nicht nur diesem politischen Druck des Panslawismus, der in der Erneuerung des Dreibundes und Kaiser Wilhelms Englandreise wohl willkommene neue Waffen gegen Deutschland begrüßen mochte, vielleicht auch durch das Erlöschen des Rückversicherungsvertrages unterstützt wurde, sondern auch dem Zwange äußerer Umstände. Das drohende Gespenst der Mißernte und der Hungersnot nahmen dem Zaren endgültig die Freiheit des Entschlusses; sie trieben ihn in die Richtung, die Revanche-Idee und Panslawismus seit langem der russischen Politik vorschreiben wollten. Er mußte Abneigung und Widerwillen gegen die Republik überwinden, um französisches Geld zu erhalten.

Das wird die Vorgeschichte der Kronstadter Feste sein, des ersten Marksteines im Werden des Zweibundes. So wird es verständlich, daß es wie eine Welle des Schreckens durch die europäischen Hauptstädte ging, schon als der bevorstehende Besuch der französischen Flotte nur bekannt gegeben wurde, und noch viel mehr, als die Festlichkeiten einen demonstrativen Charakter erhielten, der die schlimmsten Erwartungen übertraf. Es schien, daß der Sieg der panslawistischen Partei am russischen Hofe durch sie die weithin sichtbare und nachdrücklichste Bestätigung erhielt. So erklärt es sich andererseits, daß die Folgen ausblieben, die jene von den Kronstadter Ereignissen erwarteten, die in ihnen allein das Werk von seit Jahren wirkenden, den europäischen Frieden bedrohenden Kräften sehen mußten. Sie hatten nur zum Teil recht, wie auch de Vinck nur zum Teil recht hatte, wenn er mit einer gewissen Kurzsichtigkeit die äußere Veranlassung in den Vordergrund rückte und darauf seine optimistische Geringschätzung der Verbrüderungskundgebungen gründete.

Um einiges klarer als die belgischen Gesandtschaftsberichte jener Jahre erkennen wir heute die politische Bedeutung des Flottenbesuches für die Entstehungsgeschichte des Zweibundes. Wir wissen genau, daß de Vinck im Irrtum war, wenn er ihm politische Bedeutung nur in seiner Rückwirkung auf die Stimmung in Frankreich einräumen wollte. Wir wissen, daß jene Festlichkeiten in der Tat von Abmachungen begleitet waren, und wenn man lange auf die Angaben Hansens angewiesen war, deren Berechtigung nicht nachgeprüft werden konnte, so haben wir heute dafür das unbedenkliche Zeugnis Freycinets selber. Klingt es nicht, wie wenn ein Raubtier seine Beute gepackt hält, wenn Freycinet schreibt: „Als das Geschwader am 4. August die Anker lichtete, war die Annäherung vollzogen. Es handelte sich nur noch darum, sie in die Sprache der Diplomatie zu übertragen. Der Zar hatte sich öffentlich bloßgestellt, er hätte nicht mehr zurückgekonnt." Am 24. Juli hatte Ribot[1]) nach

[1]) Französisches Gelbbuch Nr. 5. Weitere Schreiben aus Paris ergingen am 29. Juli, 6., 7. und 11. August. Vgl. im übrigen S. 134, Anm. 1. (Anmerkung des Herausgebers.)

Beratung mit dem Präsidenten Carnot und mit Freycinet dem französischen Botschafter die nötigen Grundlagen für die Verhandlungen nach Petersburg geschickt, die vom 20. August an in Paris fortgesetzt wurden[1]); am 27. August wurden die endgültigen Erklärungen ausgetauscht. „Sie entsprachen, das kann man sagen, einem Verlangen, das sich seit langen Jahren gezeigt hatte, und dem allein die Gelegenheit gefehlt hatte, um seinen Niederschlag in einem amtlichen Aktenstück zu finden. Aus einem tiefen Instinkt waren die Völker den Ämtern vorausgegangen“[2]).

Wir wissen auch heute noch nicht, was im Sommer 1891 zwischen der französischen und der russischen Regierung abgemacht worden ist. Die knappen Worte und nichtssagenden Versicherungen, die in Freycinets Erinnerungen zu finden sind, haben ebenso sehr beschränkten Wert wie die umständlichen Konjekturen Albins[3]). Vermutlich decken sich diese Abmachungen nicht mit dem Bündnisantrag, den die französische Regierung im Frühjahr gemacht hatte. Man hatte damals den Zaren und die Stellung der russischen Politik doch falsch eingeschätzt; Bescheidung war am Platze, wenn man von der Zeit, von geduldiger Weiterarbeit die Verwirklichung der Träume erwarten mußte, die das Ziel von Freycinets Politik waren. Es ist wohl ein nur wenig verhülltes Eingeständnis dieses notgedrungenen Verzichtes auf das eigentliche weitgesteckte Ziel, wenn Freycinet schreibt: „Wenn manche Leute bedauern, daß man nicht weitergegangen ist, daß man nicht Ausblicke auf die ‚immanente Gerechtigkeit‘ eröffnet hat — mögen sie sich trösten mit dem Gedanken, daß Rußland diesen Weg nicht betreten hätte, wenn wir ihn in Vorschlag gebracht hätten. Alexander III. war ein durchaus friedfertiger Herrscher. Er hatte es 1886 beim Konflikt mit England in Afghanistan

[1]) Sie wurden in Paris durch den soeben zurückgekehrten Mohrenheim geführt. (Anmerkung des Herausgebers.)

[2]) Freycinet, a. a. O., S. 466—467.

[3]) Albin, a. a. O., S. 318—323. Vgl. S. 134, Anm. 1.

bewiesen; er würde seine Vergangenheit nicht verleugnet haben"[1]).

Das eigentliche Ziel also war nicht erreicht, trotz der Abmachungen vom 27. August. „Sie setzten gemeinsames Handeln fest, aber regelten nicht deren Art und Bedingungen. Sie verlangten nach einer logischen Ergänzung: einer Militärkonvention, deren Notwendigkeit ich vom ersten Tage an betont, und deren Prinzip Ribot zur Anerkennung gebracht hatte. Aber bei den Arbeitsgewohnheiten Alexanders III., seiner wohlbekannten Bedachtsamkeit, war es angebracht, langsam vorzugehen. Dieser neue Vertrag wurde also vertagt und fand die Zustimmung des Kaisers erst im folgenden Jahr"[2]).

[1]) Freycinet, a. a. O., S. 467—468.
[2]) Freycinet, a. a. O., S. 468—469.

KAPITEL V.

TOULON UND DER ABSCHLUSS DES ZWEIBUNDES.

(1892–94).

Von dem Fortschreiten der mit größter Sorgfalt geheimgehaltenen Verhandlungen haben die belgischen Gesandten sehr wenig erfahren, und das Buch Hansens und die Erinnerungen Freycinets geben natürlicherweise wenig mehr als die äußeren Hergänge. Immerhin geht aus ihren Darstellungen hervor, daß es sehr schwer gewesen ist, den Zaren zu weiteren Schritten auf der Bahn zu bewegen, die er mit Kronstadt betreten hatte. Es hat aller Geschicklichkeit Freycinets bedurft, um die Hemmungen auf russischer Seite und die Ungunst innerpolitischer Krisen — das Jahr 1892 brachte den Panamaskandal, in den auch der russische Botschafter durch die Presse hineingezogen wurde — zu überwinden. Ein wertvoller Helfer war Hansen, der in Frankreich naturalisierte Däne, dessen Verbindungen zu Vertrauten des Zaren von Freycinet und Mohrenheim jedesmal genützt wurden, wenn der Zar den gewohnten Aufenthalt in Kopenhagen nahm. Dort war er in der Umgebung, die einer Beeinflussung in französischem und deutschfeindlichem Sinne am günstigsten war. Die Königin von Dänemark, die Mutter der Zarin, wird in einem Bericht Greindls einmal die unversöhnlichste Feindin Deutschlands genannt, die seit 30 Jahren keine Gelegenheit ungenützt ließe, dem Reiche, soviel in ihrer Macht liege, zu schaden[1]). Persön-

[1]) In dem Bericht wird von den Ehrungen gesprochen, die der französischen Mission bei den Bestattungsfeierlichkeiten Alexanders III. in Petersburg zuteil geworden sind: »M. le Baron de Marschall croit que cette mise en scène n'est pas le fait de l'Empereur Nicolas. Elle provient

liche Einwirkungen dieser Art müssen eine große Rolle bei den französischen Versuchen, den Zaren in der einmal eingeschlagenen Richtung weiter und weiter zu treiben, gespielt haben. Nur treten diese, dem Historiker, der hinter den Vorgängen die Menschen sucht, wichtigen Züge in den diplomatischen Berichten völlig zurück; mit Andeutungen muß sich begnügen, wer über anderes zuverlässiges Quellenmaterial nicht verfügt.

Währenddem wuchs in der russischen Öffentlichkeit das Mißtrauen gegen Deutschland, das den günstigsten Boden für jede politische Propaganda bildete. Dafür ist sehr bezeichnend, was der schwedische Thronfolger im Frühjahr 1892 auf der Rückreise von Petersburg erzählt. Er fand „jedermann in Petersburg davon überzeugt, daß Deutschland den Krieg mit Rußland wolle und nach einem Anlaß für ihn suche; die durch die Sprache der Tatsachen erwiesene Tollheit dieser Idee hindere nicht, daß sie geglaubt werde"[1]). Auch in einem Bericht aus Petersburg wird diese Krisenstimmung in Rußland erwähnt; man kann ihm entnehmen, welcher Art die Gerüchte waren, die auf diese Weise verbreitet wurden und die Spannung zwischen beiden Ländern verstärken mußten. Der Gesandte schließt ihn mit den wenig hoffnungsvollen Worten: „Diese törichten Redereien sind aber symptomatisch. Die Gemüter gewöhnen sich allmählich an den Gedanken eines Kampfes mit Deutschland, bei dem es sich nur darum handelt, ob er früher oder später kommt"[2]).

Als am 18. Februar 1892 das Kabinett Freycinet gestürzt wurde und Loubet das Ministerpräsidium übernahm, blieben Freycinet Kriegsminister, Ribot Minister des Äußeren. „Die Bedenken, die mich in jeder anderen Lage zurückgehalten

de l'Impératrice douairière dont les sentiments sont conformes à ceux de sa mère la Reine de Danemark. Celle-ci est, depuis trente ans, l'ennemie la plus implorable de l'Allemagne et ne laisse jamais passer une occasion de nuire à l'Empire, autant qu'il est en son pouvoir.« Berlin, 27. November 1894.

[1]) Anl. 91, S. 305 (Berlin, 13. Februar 1892).

[2]) Anl. 92, S. 306 (Petersburg, 17. März 1892).

hätten," sagt Freycinet, „mußten vor der Notwendigkeit, die Militärkonvention zum Abschluß zu bringen, zurücktreten[1])." Schon im September 1891 hatte er durch Vermittlung Hansens einen Einwirkungsversuch auf den Zaren gemacht und ihn von der Notwendigkeit, das Übereinkommen vom 27. August durch militärische Abmachungen zu ergänzen, überzeugen wollen. Der Zar hatte die Entscheidung hinausgeschoben. Giers' Aufenthalt in Paris im November führte zu einer persönlichen Annäherung, blieb aber ohne greifbares Ergebnis. Zwei Tage vor dem Sturz des Kabinetts Freycinet ging eine Note, die die Grundzüge der Konvention festlegte, an den französischen Botschafter in Petersburg ab, die vom Zaren dem Generalstabe zur weiteren Bearbeitung übergeben wurde. In Paris fürchtete man ein neues Stocken der Verhandlungen. Deshalb überreichte General de Boisdeffre als Gast bei den großen russischen Kaisermanövern im August den ausgearbeiteten Entwurf. Er erhielt am 17. August vom russischen Kriegsminister Wannowski den Bescheid, daß der Zar „im Prinzip die Gesamtheit des Projektes gutgeheißen habe", das bereits von den beiden Generalstabschefs unterzeichnet war; der einzige Vorbehalt war, daß Giers möglicherweise noch geringfügige Änderungen im Wortlaut vornehmen würde. Aber dieser Vorbehalt hatte einen neuen und langen Aufschub zur Folge. Denn die Versuche, auf den greisen und schwerkranken Minister einzuwirken, gelangen nicht, auch nicht, als er im Herbst in Aix-les-Bains Heilung suchte, und Freycinet und Ribot gemeinsam von ihm bindende Zusagen erlangen wollten. Im Januar 1893 legte Freycinet das Amt des Kriegsministers, im März Ribot das des Ministers des Äußeren nieder; die Militärkonvention bestand zwar als Abmachung zwischen dem französischen und dem russischen Kriegsministerium, aber noch fehlte die formelle Bindung durch die Unterschrift des Zaren, die in Verbindung mit einem Ausbau der politischen Abmachungen von 1891 erfolgen sollte.

Ganz ohne Widerhall in der Öffentlichkeit waren diese

[1]) Freycinet a. a. O., S. 497.

Vorgänge nicht geblieben. Im Juli 1892 legte ein „Alliance ou flirt“ überschriebener Artikel des Figaro der Regierung des Zaren nahe, durch ein formelles Bündnis die Hoffnungen zu verwirklichen, die sie durch Kronstadt bei den Franzosen habe groß werden lassen. Im November berichtete der Matin, daß die Präliminarien eines Bündnisvertrages zwischen Frankreich und Rußland in Petersburg unterzeichnet worden seien, im Januar 1893 das Wiener Tagblatt, daß im vergangenen November zwischen Rußland und Frankreich Verhandlungen über den Abschluß einer Militärkonvention stattgefunden hätten.

An diese Presseäußerungen anschließend erörtern Berliner und Petersburger Berichte die Wahrscheinlichkeit einer weiteren Annäherung der beiden Reiche. In der Petersburger Gesandtschaft war man so ungläubig wie früher und hielt die Behauptungen der Zeitungen für gänzlich unbegründet. Man berief sich auf die Erklärungen amtlicher Stellen: „Im Ministerium des Äußeren behandelt man die Matinmitteilung als Ente, deren Ursprung man sehr wohl nicht der Einbildungskraft eines französischen Journalisten, sondern gewissen, von Berlin gekommenen oder bezahlten Angaben zuschreiben könnte[1].“ In Berlin faßte man nach Greindls Berichten die Zeitungsnachrichten anders auf. Man hatte im August 1892 im Auswärtigen Amt Kenntnis von einem vergeblichen Versuch des französischen Botschafters, Giers zur Unterzeichnung eines Bündnisvertrages zu bewegen[2]). Im November fürchtete man, daß der als Panslawist bekannte Stellvertreter des kranken Giers, Schischkin, den Franzosen ihren Willen tun könnte, um eine neue, sehr notwendige Anleihe vorzubereiten.

---

[1]) »Le ballon d'essai lancé par le Matin en publiant un soi-disant traité d'alliance franco-russe ne rencontre ici que du scepticisme. Au Ministère des Affaires Etrangères on traite la publication du Matin comme un canard dont on pourrait bien attribuer l'origine non à l'imagination d'un journaliste français, mais à certaines indications venues ou payées de Berlin dans le but d'exercer une pression sur le Reichstag; celui-ci, à raison d'une soi-disant alliance formelle entre la Russie et la France, serait peut-être, plus disposé à adopter les projets de loi renforçant l'armée allemande.« Petersburg, 17. November 1892.

[2]) Anl. 95, S. 313 (Berlin, 13. August 1892).

Erst die Ankündigung eines Gegenbesuches der russischen Flotte in Toulon im August 1893 gibt den Vermutungen und Befürchtungen, die vor und nach den Kronstadter Festlichkeiten laut geworden waren, neue Nahrung. Nach Hansens Darstellung war es die französische Regierung, die die russische an ihr früheres Versprechen eines Gegenbesuches erinnerte; wie früher war auch diesmal Hansen der Vermittler. Nirgends werden in den belgischen Berichten politische Gründe dafür angeführt, daß der Zar nach zweijährigem Zögern endlich dem französischen Drängen nachgab. Man sah den Gegenbesuch offenbar allgemein als selbstverständliche Pflicht internationaler Höflichkeit an. Nur zwei, aber dafür gewichtige Stimmen geben eine greifbarere Motivierung für die neue Kundgebung russisch-französischer Freundschaft. Greindl vermutet, daß durch den Flottenbesuch eine neue Anleihe vorbereitet werden solle, und Beyens, der 1891 bei der Beurteilung der Vorgänge in Kronstadt vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte mit keinem Wort gesprochen hatte, ist diesmal um so entschiedener in der Betonung der sehr wesentlichen Vorteile, die Rußland aus der französischen Freundschaft ziehe: „Seit 1888 hat die Kaiserliche Regierung 4 Milliarden 800 Millionen französisches Geld leihen können, fast den Betrag der an Deutschland gezahlten Kriegsentschädigung, und wenn ihre letzte, einen Monat nach Kronstadt vollzogene Finanzoperation durch Schuld der Bankiers, an die sie sich gewendet hatte, nicht gelang, so hat sie diesmal ein Meisterwerk zustande gebracht. Sie hat, was noch nicht dagewesen ist, auf Unterhändler verzichten können und weder der Presse, noch den Maklern, die die Plage der Pariser Börse sind, einen Heller gegeben, indem sie die Konvertierung einer 1883 zu 6% ausgegebenen Anleihe von 200 Millionen in eine vierprozentige mit dem Besuch des Admirals Avelane in Toulon zusammenfallen ließ[1].“

Man wird eine Bestätigung dieser Anschauungen darin sehen dürfen, daß in Petersburger und Berliner Berichten schon vor Bekanntgabe des Flottenbesuches von Toulon auf die Geldnot

[1]) Anl. 99, S. 319 (Paris, 7. Oktober 1893).

des russischen Reiches aufmerksam gemacht wird. Es würde sich daraus ergeben, daß die unmittelbare Veranlassung zu den Festen von Toulon genau so wirtschaftlicher Natur war, wie die zu den Festen von Kronstadt.

Die politischen Umstände aber waren ganz andere. Der gewissenlosesten Intrige mußte es schwer fallen, im Herbst 1893 Deutschland oder den Dreibund als Bedrohung für den Frieden hinzustellen; die schweren Kämpfe um das neue deutsche Wehrgesetz hatten bewiesen, wie wenig das deutsche Volk an Krieg dachte[1]). Die russische Politik hatte inzwischen weitreichende asiatische Pläne aufgenommen und die Lösung der Balkanfragen vertagt. Dafür waren Konflikte zwischen anderen Mächten stärker hervorgetreten: Rußland und England stießen im fernen Osten, Frankreich und England in Afrika aufeinander. Es schien, als wenn Deutschland mit verhältnismäßiger Ruhe der Zukunft entgegengehen durfte, die unvermeidliche Konflikte kaum bringen konnte.

Die belgischen Gesandten waren anderer Anschauung. Sie berichteten einstimmig nach Brüssel, daß der Flottenbesuch in Toulon zunächst England angehe, und konnten sich darauf berufen, daß die Staatsmänner, mit denen sie zu sprechen Gelegenheit hatten, ebenso einstimmig der gleichen Ansicht waren. Aber eine andere Seite des Ereignisses schien ihnen wesentlicher. Die Befürchtung, daß schwere Erschütterungen auf dem Kontinent die Folge von Toulon sein würden, spricht aus ihren Berichten noch deutlicher, noch eindringlicher als aus denen, die sich mit dem Flottenbesuch in Kronstadt beschäftigt hatten. Es ist Deutschland, das sie von diesen Folgen bedroht sahen, weil klarer als 1891 die Revanche-Idee als der treibende politische Faktor erschien, der die bestehenden internationalen Beziehungen umzugestalten bemüht war.

---

[1]) Greindl verfolgte diese Vorgänge mit großer Sorge; er schrieb am 14. Januar 1893: „Die Annahme des Wehrgesetzes ist nicht nur für Deutschland unerläßlich, sondern für ganz Europa. Deutschland muß nach innen und nach außen stark sein im Interesse der Erhaltung des Friedens, dessen stärkste, wenn nicht einzige Stütze es ist." (Anl. 96, S. 314). — Vgl. Anl. 98, S. 317 (Wien, 12. Juni 1893).

Das ist nicht so zu verstehen, als wenn der Panslawismus in dieser Zeit aufgehört hätte, in der politischen Welt eine Rolle zu spielen. Er hatte seine im Gegensatz zur Regierungspolitik noch immer nach Westen gerichteten Pläne keineswegs aufgegeben; aber er machte, man möchte sagen, kleine Politik, nachdem die Regierungspolitik sich 1891 stärker erwiesen hatte, als man wohl geglaubt hatte, und zwei Jahre Mißernte und bittere Not zur Einschränkung in Planungen und Mitteln gezwungen hatten. Was davon in den belgischen Dokumenten berichtet wird, ist hier übergangen worden, weil es nicht in unmittelbarer Verbindung mit der Vorgeschichte des Zweibundes steht. Nur ein Bericht Greindls vom 14. Oktober 1893 mag als Beleg hier angeführt werden, der die Feste von Toulon mit der panslawistischen Agitation in Serbien, Böhmen und Kroatien in Verbindung bringt: „Ich glaube sagen zu können, daß die Panslawisten in Moskau ihre Hand im Spiel haben bei dem, was in Böhmen vorgeht; aber es ist wahrscheinlich, ist fast gewiß, daß sie an den Ereignissen in Serbien und Kroatien beteiligt sind. Ich sage: die Panslawisten und nicht Rußland. In der Tat kann man die Verantwortung für diese Umtriebe nicht dem Zaren und seinen Ratgebern zuschieben. Der Wunsch des Kaisers, den Frieden zu erhalten, ist offenbar. Er hat es eben durch seine korrekte Haltung in der Angelegenheit des Besuches der russischen Flotte in Toulon bewiesen. Der loyale Charakter des Zaren ist eine sichere Bürgschaft dafür, daß er sich zu einem doppelten Spiel nicht hergeben würde ... Aber diese Vorgänge beweisen wieder einmal, daß es zwei Regierungen in Rußland gibt, die des Kaisers und die okkulte Regierung der Wohltätigkeitsgesellschaft von Moskau. Jene ist nicht immer die stärkere. Deshalb können die amtlichen und, wie ich nicht zweifle, aufrichtigen Friedlichkeitsbeteuerungen der Regierung des Zaren immer nur mit einer gewissen Zurückhaltung aufgenommen werden. Darum muß denn auch der Besuch in Toulon einige Besorgnis erregen, trotz der Bemühungen des russischen Kaisers und eines Teiles der französischen Presse, ihm seinen gefährlichen Charakter zu nehmen[1]."

[1]) Anl. 100, S. 321 (Berlin, 14. Oktober 1893).

Von den Bemühungen der russischen Regierung, Ausschreitungen nach Möglichkeit durch dringende Vorstellungen in Paris vorzubauen, berichten sowohl Beyens von dort wie de Vinck aus Petersburg. Daß die amtliche russische Politik jede Herausforderung vermeiden wollte, ist die Überzeugung aller Gesandten. Aber zweifelhaft erschien ihnen, ob alle Vorsichtsmaßnahmen nicht wirkungslos bleiben würden. Denn daß die Franzosen mit dieser Annäherung Rußlands Hoffnungen und Pläne verbanden, die über kurz oder lang zum Kriege führen mußten, wurde so erschreckend deutlich, daß auch Männer wie de Vinck und Beyens, die 1891 sich bemüht hatten, die Bedeutung der Kundgebungen abzuschwächen, deren Schauplatz Kronstadt, Petersburg und Moskau gewesen waren, diesmal nicht weniger schwarz sahen als ihre Kollegen in den anderen Hauptstädten. „Die leidenschaftliche Begeisterung, die der Besuch der Flotte des Zaren in Frankreich hervorrufen mußte," schreibt de Vinck am 30. Oktober 1893, „wurde von aller Welt vorausgesehen. Es ist deshalb nicht leichter, sie zu erklären oder zu rechtfertigen. Daß gewisse Möglichkeiten sich ergeben könnten, bei denen Rußland ein Interesse daran haben würde, das Schwert zur Unterstützung Frankreichs zu ziehen, das ist nach der Lage in Europa klar. Aber daß Rußland, das eine neue Vergrößerung Deutschlands nicht zulassen wird, den französischen Ansprüchen auf Elsaß-Lothringen, der Revanche für 1870 usw., das geringste Interesse entgegenbringt, ist eine Selbsttäuschung, über deren Fortdauer in Paris man staunen muß. Wenn das deutschfreundliche Rußland Alexanders II. verschwunden ist, so hat es doch nicht einem franzosenfreundlichen Reiche Platz gemacht. Das Rußland Alexanders III. ist russisch ohne Zusatz; seine Politik ist ausschließlich und radikal ‚national'; es tut sogar so, als wenn es die Augen von dem abwendete, was außerhalb seiner Grenzen vor sich geht, und sich einzig und allein der Erneuerung seiner slawischen Kultur widme, die in der Zeit von Peter dem Großen bis auf Alexander II. fast verkümmert war. Der Zar ist die lebendige Verkörperung dieser Anschauung, die seiner Regierung bis in die tiefsten Schichten der Nation in wenigen Jahren eine ungeheure Volkstümlichkeit

verschafft hat. Das Entgegenkommen Frankreichs ist also verlorene Mühe. An dem Tage, an dem die Interessen des Panslawismus Rußland zu einem bewaffneten Einschreiten in Europa treiben würden, würden die Kundgebungen von Kronstadt, von Toulon oder Paris dabei nichts bedeuten. Wenn man sich auf manchen Punkten des Erdballes und in relativ nebensächlichen Fragen, wie in Ägypten und Bulgarien, im Mittelmeer, in Madagaskar oder dem italienischen Abessinien, gegenseitig sichert und stützt, so kommt eben jedes der beiden Länder dabei auf seine Rechnung: auf dem Gebiete praktischer Interessen ist wahrhaftig kein Platz für brüderliche Sympathien und ritterliche Aufopferung, auf die sich die französischen Heißsporne wieder einmal berufen haben. Allianzverträge, mündliche Abmachungen, geheime Pakte oder geheime Ermutigungen — alles das hat immer nur in der Einbildungskraft der Pariser bestanden: das sind Luftbilder, an denen sich der französische Chauvinismus berauscht. Es schien mir nicht unangebracht zu sein, diese Lage in Kürze in Erinnerung zu rufen in einem Augenblick, in dem die russophilen Kundgebungen in Frankreich eine ganz übertriebene Ausdehnung und Stärke annehmen[1])."

So ganz einseitig, wie es nach diesem Bericht scheinen könnte, war freilich nach dem Urteil eines Augenzeugen das Einvernehmen zwischen beiden Nationen nicht. Beyens machte während des russischen Besuches Beobachtungen, die Greindls ständigen Hinweis auf die Notwendigkeit einer Unterscheidung zwischen amtlichen Kundgebungen der russischen Regierung und den Äußerungen russischer Volksinstinkte auch bei dieser Gelegenheit bestätigten: „Wenn das Nichtbestehen irgendeiner geheimen Verpflichtung als fast gewiß gelten kann, darf man mit Recht darüber erstaunt sein, daß allen Befehlshabern der russischen Armee nicht größere Vorsicht befohlen worden ist; manche von ihnen haben den französischen Generalen und Obersten Drahtungen geschickt, die geeignet waren, ein falsches Bild von den Absichten ihrer Regierung zu geben, und

---

[1]) Anl. 102, S. 326 (Petersburg, 30. Oktober 1893).

an eine nichts weniger als friedliche Verbrüderung appellierten. Die jungen Marineoffiziere nahmen sich vor den Augen ihrer Vorgesetzten in den Straßen von Paris allzu deutliche Äußerungen und Gebärden heraus[1])."

Die ernstere Gefahr schien ihm aber doch von der französischen Seite zu drohen, und in diesem Punkte ist es besonders interessant, seine Berichte über Toulon mit denen über Kronstadt zu vergleichen. Man denke daran, mit welch gelassener Ruhe 1891 Beyens von der Stimmung der französischen Bevölkerung vor dem Flottenbesuch von Kronstadt berichtete, und vergleiche damit, was er am 7. Oktober vor dem Eintreffen der russischen Flotte in Toulon schrieb:

„Unter den dithyrambischen Artikeln, die seit einem Monat zu Ehren der französisch-russischen Allianz erscheinen, gibt es einige, in denen verständige oder weniger überhitzte Geister versuchen, einen angemesseneren und gemäßigteren Ton anzuschlagen ... Es ist zu befürchten, daß trotz der Besonnenheit ihrer Worte kein Damm den wütenden Strom von Sympathie aufhalten kann, der die Bevölkerung von Paris zu Ausschreitungen von Begeisterung fortreißen wird: die Mehrheit gibt sich dabei nur einem achtungswerten, durch das Lesen einer toll gewordenen Presse aufgehetzten Chauvinismus hin; aber die niederen Schichten der großen Stadt, in denen sich eine ungezählte Menge von Zuhältern und Camelots, alten Spießgesellen Boulangers birgt, das ständige Personal jedes Aufruhrs, werden den Kundgebungen der Straße ihre tobende Unterstützung zuwenden... Mit der Möglichkeit eines unvorhergesehenen Zwischenfalles während der bevorstehenden Feste muß man unbedingt rechnen. Ein Zustand noch ausgesprocheneren Unbehagens, eine noch umwölktere politische Gesamtlage — das ist die deutlichste Folge des Einvernehmens zwischen Frankreich und Rußland[2])!"

Aber einen noch bezeichnenderen Einblick in die französische Stimmung jener Tage gibt Beyens in einem Bericht vom

[1]) Anl. 103, S. 327 (Paris, 30. Oktober 1893).
[2]) Anl. 99, S. 319 (Paris, 7. Oktober 1893).

30. Oktober, der geschrieben wurde, als die „rauschenden und ununterbrochenen Feste und Kundgebungen einer überströmenden Freundschaft, die herzlich sein sollenden, aber oft lächerlichen Demonstrationen" vorüber waren. Wie de Vinck, hält auch er noch mit Entschiedenheit daran fest, daß Abmachungen zwischen Rußland und Frankreich nicht beständen; hätte er gewußt, was im stillen seit Jahren teils geschehen, teils in Vorbereitung war, so hätte er seinen Beobachtungen vielleicht noch mehr Nachdruck gegeben, als er es ohnehin schon tat. Er stellt wohl fest, daß kein Ruf des Hasses gegen den Dreibund zu hören gewesen ist und die von der Regierung und den großen Zeitungen auf Wunsch des russischen Hofes erteilten Mahnungen befolgt worden sind. Und trotzdem ist er voll Sorge über die Folgen dieser Verbrüderungsfeste für die Zukunft: „Die Gefahr des Schauspiels, dem wir beigewohnt haben, kann in der Tat späterhin zum Ausbruch kommen; dieser unvergeßliche Empfang hat die Franzosen unter dem Eindruck gelassen, daß das Bündnis, dessen erstes Anzeichen der in Kronstadt ausgetauschte Händedruck war, durch die ungestümen Umarmungen von Toulon besiegelt wurde. **Sehr wenige von ihnen zweifeln heute noch an der Einigung beider Völker und vor allem der beiden Armeen zum Zweck gemeinsamen Handelns gegen Deutschland und seine Verbündeten. Es ist zu befürchten, daß der Zar gegen seinen Willen nur das erreicht hat, daß in Frankreich Empfindungen zum Sieden gebracht worden sind, die nicht überhitzt werden durften.** In dem Nervenzustand, in dem sich diese leicht erregbare Nation augenblicklich befindet, würden die Regierenden mit viel mehr Mühe als vor einigen Wochen erreichen, daß sie kaltes Blut behält, wenn irgendein Zwischenfall eintreten sollte. Das ist das sicherlich bedauerliche Ergebnis der glänzenden Freudenfeste der letzten Tage[1])!"

Nachdrücklicher als in dieser Form konnte kaum ein Bericht Greindls bestätigt werden, der wenige Tage vorher in Brüssel eingegangen war und mit der Anerkennung der korrekten Haltung der Regierungen Gedankengänge verband, die sich mit

[1]) Anl. 103, S. 327 (Paris, 30. Oktober 1893).

Beyens' Äußerungen nahe berührten: „Ich glaube nicht, daß das amtliche Frankreich den Hintergedanken gehabt hätte, den Festen von Toulon und Paris eine andere Bedeutung zu geben als die, die man in Petersburg ihnen beilegen wollte. Aber ist das nicht amtliche Frankreich der gleichen Ansicht? **Gibt es einen einzigen Franzosen, der nicht die Revanche ersehnt?** Die einen, die Besessenen, wollen sie sofort. Es sind die weniger zahlreichen. Übrigens gibt es dabei viel theatralische Zurschaustellung und Sorge, sich durch Prahlen mit Patriotismus ein Piedestal zu schaffen. Die anderen, die Verständigen, planen sie für später, wenn die Umstände günstig sind. **Dieses Gefühl wird noch mehr durch die Erniedrigung der Niederlage als durch das Bedauern über die verlorenen Provinzen wachgehalten.** In dem weder durch Sympathie für russische Verhältnisse, noch durch gemeinsame Traditionen erklärbaren Delirium der Aufnahme, die die russischen Seeleute fanden, ist dieses Gefühl zum Ausdruck gekommen. **Es gibt nichts Gemeinsames als den Haß gegen Deutschland, dem man es nicht verzeihen kann, daß es die Vormacht in der Welt geworden ist, wie Frankreich es war und Rußland es zu werden träumt. Im Munde des Pariser Volkes hat der Ruf: ‚Hoch Rußland!' die gleiche Bedeutung wie der Ruf: ‚Nach Berlin!' von 1870. Das französische Volk hat die Hoffnung, daß der Zar, freiwillig oder gezwungen, ihm eines Tages helfen wird, die verlorene Stellung wiedereinzunehmen. Der Besuch von Toulon hat also die Sicherheit Europas vermindert, indem er das Selbstvertrauen des französischen Volkes erhöhte**[1]**.**"

Ein paar Monate später, Ende Februar 1894, erfuhr die Welt durch einen Artikel des Figaro, daß der französische Militärattaché in Kopenhagen ohne Wissen des Ministers des Äußeren, aber im Auftrage des Generalsekretärs des Präsidenten Carnot, des Generals Borius, als die russische Flotte in Toulon einlief, einen Versuch gemacht hatte, durch Vermittlung der Prinzessin Waldemar von Dänemark vom Zaren bindende Zusagen

---

[1]) Anl. 101, S. 322 (Berlin, 25. Oktober 1893). — Man vergleiche dazu die pessimistische Stimme aus London: Anl. 104, S. 329 (London, 3. Dezember 1893).

über die Unterstützung zu erhalten, die Frankreich im Kriegsfalle von Rußland erwarten könnte. Die Prinzessin hatte Bedenken gehabt, sich ohne Wissen des amtlichen Vertreters Frankreichs zu diesem Schritt herzugeben, und das Schriftstück, das dem Zaren vorgelegt werden sollte, dem französischen Geschäftsträger übergeben, der die ganze Intrige Casimir-Périer aufdeckte. Einem heftigen Auftritt zwischen Minister des Äußeren und Präsident wäre nach diesem Figaro-Artikel die Abberufung des Militärattachés gefolgt.

Es war in Paris bald bekannt, daß die Veröffentlichung dieses geheimnisvollen Vorganges ein persönlicher Racheakt des französischen Gesandten in Kopenhagen, eines unfähigen Schützlings Clémenceaus, gegen Carnot war. Die Quelle war also trübe. Aber trotzdem zweifelt Beyens nicht an der Richtigkeit dieser Darstellung, und ebenso glaubt der Petersburger Gesandte, sie nach Äußerungen des Personals der dänischen Gesandtschaft bestätigen zu können[1]). Man ist versucht, an diese Erzählung — vorausgesetzt, daß sie in allen Punkten wahr ist — Vermutungen über die Rolle Carnots und seine Absichten zu knüpfen. Aber auch dies ist wieder einer jener Vorgänge im politischen Geschehen, die aufzuhellen unser Material nicht ausreicht. Wenn der belgische Gesandte an seine Bestätigung der Figaro-Enthüllung von neuem die Versicherung knüpfte, daß die Nachricht anderer französischer Blätter, im vergangenen Herbst sei in Paris durch den russischen Generalstabschef eine Militärkonvention unterzeichnet worden, jeder Begründung entbehre, und hinzufügte, daß man von dem Abschluß einer Konvention von dieser Bedeutung noch weit entfernt sei — dann täuschte er sich sehr. Die Militärkonvention war

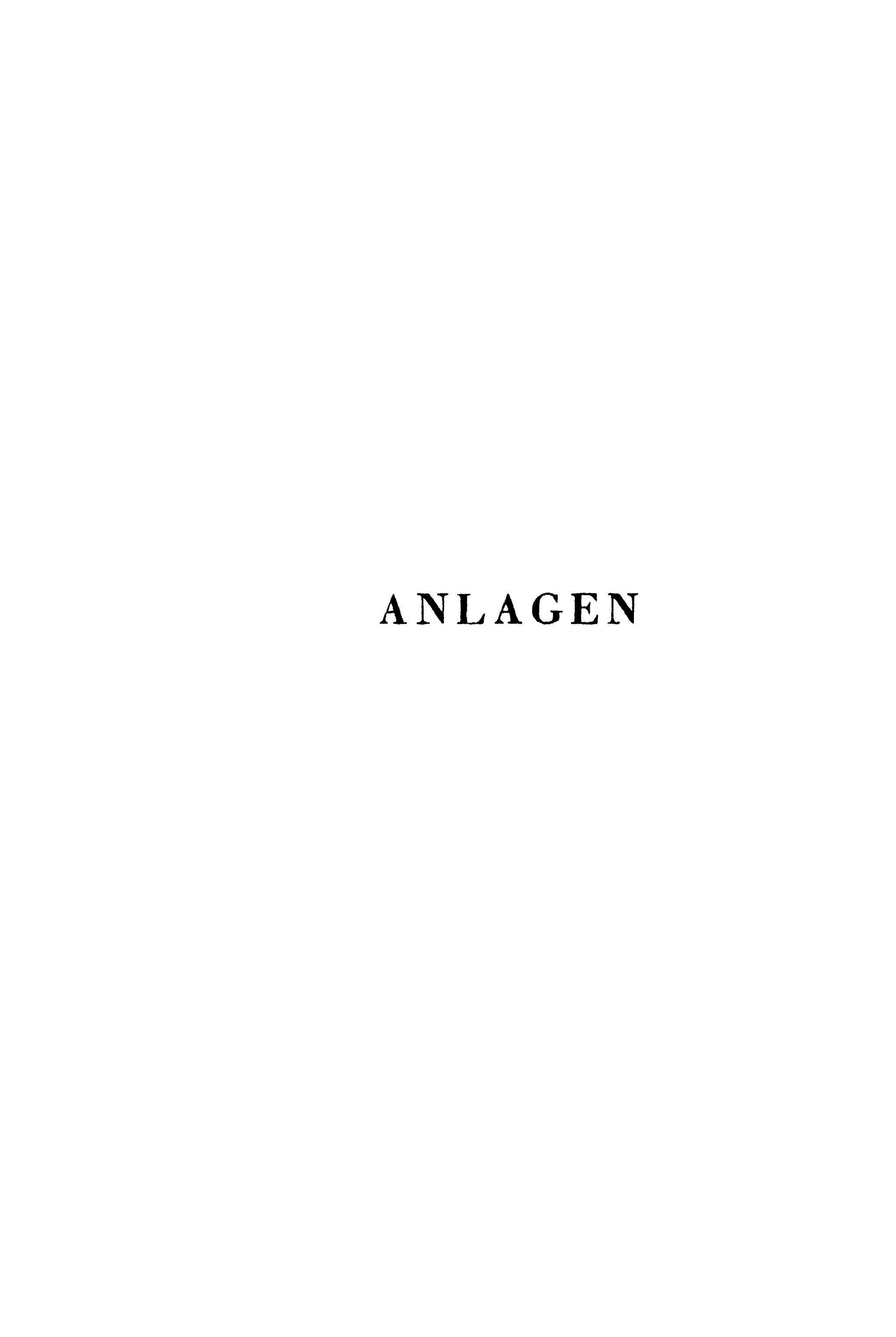
[1]) «Quant au plus ou moins de fondement à attribuer aux racontars du Figaro, je ne suis pas à même de les juger. Si je dois en croire ce que j'ai appris dans mes conversations avec le personnel de la Légation de Danemark, il pourrait y avoir quelque vraisemblance dans le récit du journal parisien.» (Petersburg, 6. März 1894). — Das Urteil dieser belgischen Quellen ist nicht ohne Wert für die Beurteilung der Rolle, die die Prinzessin, eine Orléans, bei der russisch-französischen Annäherung gespielt haben soll; vgl. die zurückhaltenden Andeutungen bei Albin, S. 367, Anm.

zwar in der Tat nicht im Herbst 1893, aber sie war schon ein Jahr vorher, nämlich 1892, abgeschlossen worden. Und durch Hansen und Freycinet, deren Angaben von ungenannten Gewährsmännern Albins bestätigt werden[1]), wissen wir, daß am 6. März 1894, am gleichen Tage, an dem der belgische Gesandte in Petersburg seinen Bericht schrieb, Mohrenheim eine Audienz beim Zaren hatte, auf Grund deren einige Tage später Giers in Petersburg, Casimir Périer in Paris einen Vertrag unterzeichneten, der die Abmachungen von 1891 erweiterte und ihnen bestimmtere Form gab, der Militärkonvention von 1892 im diplomatischen Sinne Rechtsgültigkeit verlieh und als urkundliche Festlegung des Zweibundes anzusehen ist[2]).

---

[1]) Siehe Albin a. a. O., S. 374.

[2]) Albin fügt hinzu, er habe nichts über die Form des 1894 abgeschlossenen Vertrages in Erfahrung bringen können; aller Wahrscheinlichkeit nach sei er in der Form von Briefen (sous forme de lettres) der beiden Minister des Äußeren zustande gekommen. — Zu dieser Darstellung ist das im Vorwort Gesagte zu vergleichen. (Anmerkung des Herausgebers).



ANLAGEN

VORBEMERKUNG

Sämtliche Berichte sind, wo es nicht ausdrücklich anders bemerkt ist, an den Fürsten von Chimay, belgischen Minister des Äußeren zu Brüssel, vom 31. Oktober 1892 ab an seinen Nachfolger, den Grafen H. de Merode Westerloo gerichtet.

Der Raumersparnis wegen werden am Kopfe jedes Berichtes nur Stellung und Name des Absenders genannt, alle Eingangs- und Schlußformeln fortgelassen.

1.

Graf Errembault de Dudzeele, Gesandter in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 4 juillet 1886.

Quoique la situation des affaires d'Orient ne puisse pas être considérée comme désespérée, elle est au moins fort critique et réclame de la part des puissances, en faveur du maintien de la paix, des mesures d'une extrême énergie.

Pour ce qui concerne en particulier la Russie, je crois devoir signaler qu'il existe dans l'opinion publique ou, pour m'exprimer plus justement, dans la partie restreinte de la nation qui se préoccupe de politique une assez grande irritation.

On voit s'évanouir chaque jour l'un après l'autre les résultats de la dernière guerre et comme cet anéantissement a lieu pour ainsi dire sous le pavillon de la triple alliance les sympathies de la nation pour cette alliance, qui n'ont du reste jamais été très vives, s'affaiblissent de plus en plus tournant à l'antagonisme. On le sent bien en Allemagne et en Autriche; aussi ces deux puissances mettent-elles actuellement une certaine complaisance à satisfaire la Russie dans la question bulgare, afin de ne pas tout compromettre. Leur désir de paix n'est assurément pas moindre que celui du gouvernement russe, car chacun se rend compte des terribles proportions que prendrait une guerre entre de pareils géants et des graves conséquences qu'elle aurait pour le vaincu. Or, comme la Russie continue à protester de ses sentiments pacifiques, en déclarant toutefois que ceux-ci dépendent de l'attitude des autres puissances et qu'elle ne saurait aller plus loin dans la voie des sacrifices ni se laisser expulser définitivement de la péninsule des Balkans,

qu'en d'autres termes elle ne peut renoncer à la mission historique qui incombe en Orient, il en résulte une visible communauté d'efforts de sa part et de celle des deux autres Empires pour lui conserver au moins une apparence et influence dans la susdite péninsule. Les trois Empires s'appliquent à maintenir aujourd'hui le principe du respect des traités et conventions comme étant le seul bouclier dont ils disposent contre le danger d'un conflit et, par conséquent, leur effort doit principalement peser sur la Turquie, bien que par suite de considérations respectivement différentes, car c'est elle en réalité qui tient les clefs de la situation. Ils sentent, en effet, qu'une pression commune sur cette puissance est nécessaire pour lui ôter toute illusion, empêcher qu'elle ne risque quelque aventure et ne s'expose par là à un démembrement, qui serait le signe de la grande guerre que l'on veut éviter. La séparation déf nitive de la Roumélie Orientale de l'Empire Ottoman serait un commencement d'exécution de ce démembrement; c'est pourquoi l'on s'efforce de retenir le Prince Alexandre d'une démarche qui ôterait à cette province son apparence de vasselage. Au fond, nul ne tient à l'intégrité de la Turquie, mais chacun veut la garantir par précaution contre le voisin, et la Russie en particulier parce qu'elle s'aperçoit que toute dépouille arrachée à cet Empire n'ayant jusqu'à présent profité qu'à ses rivales, le plus sage est de conjurer le partage de la Turquie jusqu'au moment propice pour le faire tourner à l'avantage de la Russie, mais en se gardant néanmoins d'une alliance turco-russe, car les peuples slaves des Balkans en concevraient de l'ombrage, se croiraient abandonnés par elle, tourneraient ailleurs leurs espérances et lui feraient perdre, avec leur sympathie, l'appui dont elle a besoin de leur part pour faire force aux éventualités.

En conséquence de ce qui précède, il faut s'attendre à voir les cabinets de St. Pétersbourg, de Vienne et de Berlin agir avec assez d'ensemble pour imposer le maintien du *status quo* à la Porte et au Gouvernement bulgare; il faut aussi espérer que ces derniers reculeront devant les responsabilités d'une résistance à leurs injonctions, mais on ne saurait prévoir en

aucune manière un compromis définitif, une combinaison qui arrange les choses tout en pouvant grâce à un replâtrage plus ou moins artificiel, rester quelque temps sans produire d'explosion; la poudrière des Balkans doit fatalement continuer à voir une mèche allumée, plusieurs même suspendues sur elle. Je puis certifier que la Russie est arrivée au bout de sa patience et qu'elle ne voudra pas tolérer un pas de plus dans la voie de son effacement d'influence dans les Balkans, car elle sent bien que ce pas équivaudrait à son expulsion définitive de l'Orient et qu'à la première nouvelle velléité du Prince Alexandre aucune considération ne pourra plus empêcher le gouvernement russe de céder au sentiment général de la nation en prenant des mesures actives pour la réprimer; or, de cette répression peut surgir la guerre et voilà pourquoi j'ai dit en commençant cet aperçu que le danger n'est pas immédiat, mais qu'il existe réellement et que la sincère unanimité des puissances peut seule parvenir à le conjurer. Il faut qu'elles obtiennent avant tout la soumission complète du Prince Alexandre et le désarmement de la Turquie, qui sont les deux principaux éléments actuels d'explosion.

Un des avantages relatifs de la présente situation, une des chances qui s'offrent à la diplomatie pour conjurer l'orage consiste, ce me semble, dans l'abstention d'une politique très active qu'imposent à l'Angleterre comme à la France leurs embarras intérieurs actuels, car cette circonstance diminue l'ardeur des compétitions et laisse la triple alliance plus libre d'exercer son action en Orient.

La famille impériale fait en ce moment un petit voyage d'agrément en Finlande.

La reine de Grèce doit arriver dans quelques jours.

P. S. Mr. Ternaux-Compans, chargé d'affaires de France à St. Pétersbourg, et Mr. de Voize, secrétaire de cette ambassade, ont envoyé leur démission à leur gouvernement par suite de l'expulsion des Princes.

2.

Der belgische Generalkonsul (Name unleserlich) in Sofia.

Sophia, le 6 juillet 1886.

Tout le monde à Sophia dans les derniers jours s'est étonné et a fini par s'inquiéter des appréhensions qui se manifestent en Europe au sujet de la Bulgarie.

Le pays des deux côtés des Balkans est absolument tranquille. Le Parlement poursuit dans le même calme ses travaux et ses résolutions ont été empreintes d'un grand esprit de sagesse. Si le discours du trône a mentionné d'une façon caractéristique que l'Union bulgare est faite, il a omis de donner à la constatation de ce fait des commentaires de nature à attirer l'attention de la Turquie et de l'Europe, et c'est même dans le but d'éviter que le Parlement alla plus loin qu'il a constaté l'accomplissement de l'Union. C'était une tactique.

La Chambre, dans l'adresse vôtée à la presqu'unanimité en réponse au discours du trône est restée également dans des généralités qui ne peuvent éveiller aucune susceptibilité.

En ce moment donc le calme absolu règne à l'intérieur, dans les esprits comme dans l'attitude de tous et l'on se demande quel danger latent en Bulgarie peut bien menacer la paix de l'Europe.

Evidemment si un danger menace la Bulgarie il ne peut venir que de l'étranger, et de la Russie seule. Les menées des Russes tendant à amener une révolution en Roumélie à l'occasion des élections ont totalement échoué. La majorité de hasard ou de coalition que la Russie attendait au Parlement n'a été qu'une déception; les motions anarchiques ou panslavistes qu'elle espérait en voir sortir ont été évitées ou déjouées par le bon sens pratique du peuple Bulgare, l'influence du Prince et du Gouvernement, les conseils des Puissances amies.

Les visées ambitieuses du Prince et l'imminence «d'un nouveau coup de tête du Battenberg», comme s'expriment les journaux officieux russes, n'existent que dans l'imagination des rédacteurs et de leurs inspirateurs. Le Prince, quoique le résultat de l'Union n'ait pas complètement répondu à ses espé-

rances, a trop de sens politique pour aller en ce moment à l'encontre des désirs de l'Europe et tous ses efforts tendent au contraire à maintenir le calme dans la Bulgarie, la Roumélie, et, comme j'ai eu l'honneur de Vous le rapporter, il a radicalement empêché le mouvement en Macédoine que la Russie a tenté d'y fomenter.

La Bulgarie est tout entière à sa politique intérieure, à ses questions de finances et de chemins de fer, aux difficultés de douanes et autres qu'amène forcément le nouveau régime appliquée à la Roumélie.

Le Prince continue à jouir de la plus légitime popularité et ses relations avec Constantinople sont des plus satisfaisantes.

La Russie voyant toutes ses intrigues déjouées, ses menaces parées, sent que l'abîme se creuse de plus en plus entre elle et la Bulgarie et que son influence perd de jour en jour du terrain.

Elle ne peut plus la reconquérir que par la force.

Ira-t-elle jusque là? Se décidera-t-elle à occuper militairement la Bulgarie sans un prétexte plausible qu'elle ne parvient pas à faire naître; et l'Europe assistera-t-elle impassible, à cette intervention qui deviendrait une occupation définitive?

La Russie qui se pose en champion de la paix en Orient et dans le monde déchaînera-t-elle impunément la guerre générale, inévitable si elle entre en Bulgarie? Voilà les questions que l'on se pose ici, comme ailleurs, et que l'on ne peut résoudre.

En attendant les représentants des Puissances affirment à leurs gouvernements la tranquillité actuelle de la Bulgarie et l'absence totale de visées belliqueuses ou insurrectionnelles de sa part. Cette constatation et cette affirmation réitérées de l'inanité des reproches qui lui sont journellement adressés par la Russie, auront promptement réduit à leur juste valeur les injustes attaques de celle-ci.

La plupart de mes collègues partagent entièrement à cet égard les idées que je viens de développer, et l'agent anglais, Sir Frank Lascelles, dont la position politique ici est certes des plus importantes, n'a pas hésité à demander un congé à son gouvernement.

Sophia, 6. 7. 1886.

La chambre bulgare n'a plus à tenir que quelques séances, mais elle ne se séparera pas avant d'avoir eu connaissance du discours du trône et de l'adresse de la Skouptchina serbe dont la réunion à Nisch est imminente. Le gouvernement veut pouvoir répondre, par la voix d'une motion parlementaire, aux affirmations ou aux aspirations qui pourraient se produire de l'autre côté de la frontière.

Il est probable qu'il n'aura pas à s'en préoccuper, car les Puissances ont donné à Belgrade comme à Sophia les mêmes conseils de modération.

3.

Graf Errembault de Dudzeele, Gesandter in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 27 juillet 1886.

J'ai reçu les dépêches confidentielles que Vous m'avez fait l'honneur de m'adresser les 15 et 17 de ce mois, Nos. 80 et 81.

La manière dont notre agent consulaire à Sophia envisage les affaires de Bulgarie n'a rien qui puisse surprendre, étant donné le talent que possède le Prince Alexandre d'exercer autour de lui un rare prestige et de convertir avec une extrême souplesse ceux qu'il entreprend de catéchiser. Si donc il veut montrer sous un jour favorable la situation de la Bulgarie, il doit parvenir facilement à représenter comme venant de la Russie le danger de l'opposition nationale, d'autant plus que celle-ci, ne sachant à quel Saint se vouer, tourne les yeux vers la Russie en lui demandant de se prononcer, ce qui a été constaté il y a quelques jours par le correspondant à Sophia de la Gazette de Moscou.

Qu'il n'y ait point imminence d'un nouveau coup d'Etat, c'est assez probable, mais non pas apparemment à cause d'une soudaine modération intervenue dans les visées du Prince. S'il s'est arrêté dans la voie des empiétements sur l'ordre de choses établi par les traités, c'est plutôt parce que les puissances, voyant la Russie réclamer sur un ton passablement ferme contre ce qui se passe en Bulgarie et ne voulant pas risquer des complications

en la poussant à bout, ont prescrit au Prince Alexandre de ne pas aller plus loin, et cela précisément, paraît-il, au moment où il comptait se faire proclamer Roi et indépendant. Arrêté de la sorte, il doit naturellement désirer à présent la tranquillité pour affermir les résultats obtenus et l'on suppose même ici qu'il ne se refusera pas d'une manière définitive à la révision du statut organique de la Roumélie Orientale, mais qu'il ne la laissera effectuer que sous ses rapports financiers (construction de chemins de fer, capitalisation du tribut bulgare etc.) afin de désintéresser matériellement l'Angleterre, la France, l'Autriche et la Turquie et espérant arriver ainsi à ce que nul n'insiste sur la modification des côtés administratifs, judiciaires et militaires, autrement dit sur ce qui constitue précisément la fusion roumélo-bulgare.

Que la Russie soit seule à faire opposition au Prince, cela s'explique bien simplement par cette double considération que les autres puissances n'ont guère à se plaindre de lui, puisqu'il a agi d'après leurs inspirations, tandis que la Russie a essuyé, elle, de grands préjudices par la perte de son influence en Bulgarie. La Turquie a sans doute aussi perdu beaucoup au revirement bulgare, mais il faut convenir que l'abandon de ses droits a été volontaire et que, par conséquent, il n'y a eu de partie véritablement lésée dans ses intérêts que la Russie.

Quant à la question de savoir si celle-ci emploiera la force pour reconquérir le terrain perdu, il est au moins permis d'en douter, car elle sait parfaitement qu'un coup de fusil tiré par elle dans les Balkans suffirait peut-être à provoquer la guerre; mais, dans l'état de nervosité où se trouve la nation russe, on peut supposer qu'elle ne souffrirait pas une infraction de plus commise par le Prince Alexandre, et si, par exemple, il se faisait proclamer Roi et indépendant, l'évincement de l'influence russe éclaterait d'une manière trop palpable aux yeux de tous, l'amour propre de la Russie et du Tsar serait trop cruellement blessé pour ne point amener une intervention active.

C'est par suite de cette prévision que les cabinets de Vienne et de Berlin se sont employés à retenir le Prince dans ses limites de conduite actuelle. Néanmoins, comme il est homme à

profiter des circonstances et qu'il ne voudra pas être pris au dépourvu, tout en protestant de ses idées pacifiques et de l'accalmie prétendument survenue dans la principauté, il poursuit activement des préparatifs militaires, dont on verra peut-être l'effet s'il se produit des complications en Macédoine.

Mes renseignements, puisés aux meilleures sources, ne confirment pas, Prince, les bruits relatifs à un partage territorial que méditeraient la Perse et la Russie. Il paraît même que les autorités russes de Tiflis auraient refusé de laisser passer une députation qui voulait se rendre à St. Pétersbourg pour y déposer aux pieds du Tsar la demande de sujétion des habitants du Khorassan. Or, comme cette députation se trouvait probablement envoyée par un groupe de mécontents, les autorités russes ont donné une preuve de leurs intentions pacifiques en ne pas tolérant une démarche de nature à blesser et alarmer le Shah, avec lequel l'Empereur est en trop bons rapports pour songer à le dépouiller d'une province. Par contre il est exact que Nusret Pacha a échoué dans sa mission de proposer une alliance turco-persane.

4.

Graf de Jonghe d'Ardoye, Gesandter in Wien.

Vienne, le 7 août 1886.

L'Empereur François-Joseph arrivera d'Ischl demain dans l'après-midi à Gastein. Il sera accompagné du Grand Maître de la Cour, le Prince Constantin Hohenlohe, et de deux aides-de-camp.

Le Comte Kalnoky quitte Vienne demain matin avec son secrétaire le Baron d'Aehrenthal pour l'y rejoindre dans la soirée. Le Prince Guillaume de Prusse, petit-fils de l'Empereur Guillaume, ainsi que l'ambassadeur d'Allemagne, le Prince de Reuss, et son attaché militaire, le Comte Wedel, se trouvent déjà à Gastein, avec le Prince et la Princesse de Bismarck.

Les journaux ont annoncé aussi l'arrivée du Comte de Robilant, mais à l'ambassade d'Italie on assure ignorer complète-

ment qu'il soit question d'un voyage du Ministre des Affaires Etrangères d'Italie en Autriche ou en Allemagne.

C'est lundi que commenceront les pourparlers politiques entre les deux Monarques et leurs Ministres dirigeants.

On ne saurait méconnaître l'importance de l'entrevue de Gastein. Malgré les assurances rassurantes des hommes d'Etat qui dirigent la politique des Cours de Vienne et de Berlin et St. Pétersbourg, au sujet du maintien de l'alliance des trois Empereurs, de nombreux symptômes prouvent que les rapports des Empires ne sont plus exactement les mêmes qu'à l'époque des entrevues de Skiernewice et de Kremsier. Depuis les événements de Bulgarie la Russie tout en ne cherchant pas à reprendre ouvertement encore sa position prépondérante à Sofia, trouve que la triple alliance paralyse sa politique dans la presqu'île des Balkans, et sans s'en détacher déjà témoigne qu'elle n'est pas disposée à laisser porter atteinte sérieusement à sa politique traditionnelle en Orient.

Les rapports des trois Cours Impériales restent en apparence satisfaisants, mais la presse russe a libre carrière pour exprimer ses aspirations panslavistes et ses sentiments peu sympathiques à l'Allemagne et surtout à l'Autriche, malgré la présence de l'Archiduc Charles-Louis à Péterhof. Elle ne cache pas son inclination pour une alliance franco-russe.

Tous ces symptômes réunis ont fait sentir à Berlin comme à Vienne le besoin d'affirmer plus haut que jamais l'intimité austro-allemande. De là le grand apparat donné cette année à l'entrevue de Gastein. Les deux grandes Puissances de l'Europe centrale ont voulu prouver qu'en présence des aspirations et des mécontentements russes et peut-être de certaines illusions françaises elles étaient plus unies que jamais pour maintenir la paix européenne et pour repousser au besoin les combinaisons qui la pourraient troubler.

L'entrevue de Gastein n'est dirigée contre aucune Puissance; toutes peuvent s'associer à la politique des Souverains qui s'y trouvent réunis, et qui n'a qu'un but essentiellement pacifique.

5.

Graf de Jonghe d'Ardoye, Gesandter in Wien.

Vienne, le 23 août 1886.

Des télégrammes de Constantinople et de Bucarest ont apporté ici comme dans toute l'Europe, hier au soir, la nouvelle tout à fait inattendue sinon des hauts facteurs de la politique, du moins du monde qui s'y intéresse, et du public, de la déposition du Prince Alexandre de Bulgarie. Sauf le fait même de la déposition les nouvelles de ce pays sont vagues et sujettes à caution dans leurs détails, les communications télégraphiques et postales ainsi que l'entrée et la sortie des voyageurs y ayant été empêchées par le Gouvernement provisoire de Sophia.

Il n'est personne qui ne soit persuadé que cette révolution n'ait été organisée et subsidiée par la Russie, assuré que l'Allemagne et l'Autriche lui laissaient sa liberté d'action en Bulgarie. Les sentiments personnels de l'Empereur Alexandre si contraires au Prince destitué étaient connus d'ancienne date et se manifestaient chaque jour davantage. L'opinion publique russe était surexcitée de plus en plus par la presse contre l'Allemagne, l'Autriche et la triple alliance qui ne présentait, disait-elle, que des résultats négatifs pour la Russie. L'on entrevoyait le moment où n'écoutant plus que les exigences de sa politique traditionnelle le Cabinet de St. Pétersbourg s'en retirerait pour aller reprendre son influence prépondérante à Sophia et dans la Péninsule des Balkans. C'est alors qu'en présence des dangers que présenterait la rupture de l'alliance, ont eu lieu les entrevues de Kissingen et de Gastein. Après un mûr examen de la situation l'on a reconnu que mieux valait laisser reprendre à la Russie son rôle dominant en Bulgarie que d'exposer l'Europe aux dangers d'une nouvelle conflagration en Orient. Ce serait ainsi à Gastein que le Prince Alexandre aurait été sacrifié au maintien de la paix. Les Cabinets de Vienne et de Berlin pouvaient donc s'attendre dès lors à sa chute prochaine qui tranche pour le moment sans conflits européens les difficultés de la question bulgare. Ils acceptent donc cette solution; l'Angleterre qu'elle atteint d'une façon si sensible, est trop occupée chez

elle pour protester d'une façon efficace, et la Porte affaiblie, comme elle l'est, ne peut que s'incliner devant les faits accomplis. On ne peut se dissimuler que les concessions faites aux exigences de la Russie favorables au maintien actuel de la paix assurent d'une façon singulière sa prépondérance dans les Balkans et favorisent à son avantage la solution du problème oriental.

L'Empereur est arrivé ici hier matin de Gastein, ainsi qu'il l'avait décidé depuis longtemps. Le Comte Kalnoky qui était allé dans ses terres en Moravie, n'est rentré à Vienne que ce matin.

6.

Baron Solvyns, Gesandter in London.

Londres, le 25 août 1886.

J'ai recueilli sur les événements dont la Bulgarie vient d'être le théâtre, des appréciations que je vais avoir l'honneur de reproduire aussi succinctement que possible. Elles concordent, je pense, avec celles qui vous sont adressées d'autres parts.

L'attitude indépendante prise par le Prince Alexandre causait curiosité sympathique à Berlin, des inquiétudes à Vienne, une approbation non déguisée à Londres; à Saint-Pétersbourg elle soulevait l'irritation la plus vive. Tel était le ressentiment du Czar contre son cousin qu'il en voulait à ceux qui ne le partageait pas. Il aurait même déclaré qu'il se détacherait ouvertement des Empereurs d'Allemagne et d'Autriche, s'ils continuaient à tolérer par leur indifférence, l'état de choses créé par l'arrogance du parvenu. La Triple Alliance établie avec une si haute sagesse et maintenue avec tant d'efforts par le Prince de Bismarck était sérieusement menacée.

D'un autre côté le Prince ne réussissant pas à conclure un arrangement avec la Porte se voyait dans l'impossibilité de satisfaire aux aspirations de ses sujets. Le Sultan sur l'esprit duquel l'Ambassadeur russe semble avoir acquis une influence incontestée, ne voulait à aucun prix consentir à la fusion des deux Bulgaries, et les meneurs du parti national qui, eux aussi, obéissaient au mot d'ordre venu de Saint-Pétersbourg,

mettaient journellement le jeune Souverain en demeure d'achever l'œuvre commencée au mois de septembre de l'année dernière. De là une alternative qui ne laissait pas de milieu, et un terrain bien préparé pour une intrigue hostile. La mine était chargée, il suffisait d'un signe du Consul de Russie pour la faire jouer.

Cette situation, ignorée à Londres, à Paris et à Rome était connue à Vienne et à Berlin et a fait l'objet principal des entretiens qu'ont eus à Gastein le Prince de Bismarck et le Comte Kalnoky. Le Chancelier d'Allemagne avec la netteté de vues et de langage qui le caractérise, aurait posé la question en ces termes: «Quelle est pour nous deux la chose qui en ce moment nous importe le plus?» C'est le maintien de la Triple Alliance. Le Czar veut un succès en Bulgarie où il prétend avoir été insulté par le Prince et joué par l'Angleterre. N'entravons pas l'événement qui se prépare. Satisfait du résultat obtenu le Czar reprendra avec nous ses anciennes relations et ne cherchera pas à en nouer avec d'autres. Il aura culbuté son cousin et un peu humilié l'Angleterre qui voulait du bien à ce jeune homme. C'est pour lui une question de prestige plus encore qu'une question politique. La chute du Prince Alexandre sera considérée comme un événement capital à St. Pétersbourg et à Londres. Nous n'avons pas à nous en inquiéter puisqu'il nous ramène une alliance indispensable.

7.

Graf Errembault de Dudzeele, Gesandter in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 5 septembre 1886.

Par votre lettre du 28 Août dernier, Direction A No. 3414, No. d'ordre 101, Vous m'avez fait l'honneur de me demander quelques renseignements concernant la *Nowoje Wremja* (le nouveau temps). Je ne crois pas, Prince, pouvoir mieux satisfaire à votre désir qu'en Vous soumettant un aperçu historique et caractéristique de ce journal.

Avec plus d'esprit et moins de grossièreté dans son langage,

le *Nouveau temps* serait un véritable *Figaro* exerçant une influence autrement sérieuse que celle de la feuille parisienne. Le fait est qu'en s'efforçant de suivre constamment le courant des idées générales au lieu de s'en tenir à un programme invariable il n'abandonne pas néanmoins l'élément fondamental de son activité, qui consiste à flatter l'amour propre national et c'est par là qu'il tient ses lecteurs en laisse, qu'il parvient à les grouper en masse considérable et impose pour ainsi dire ses volontés et ses caprices même à la minorité plus raisonnable qui ne partage point son chauvinisme. Le *Nouveau temps* est d'ailleurs redevable à ses origines du caractère qu'il porte actuellement, car ce journal n'était il y a quelques dix ans qu'un organe sans conséquence, ayant peu d'abonnés et végétant péniblement au jour le jour. Sur ces entrefaites éclatèrent les complications balcaniques, le réveil du slavophilisme, un soudain élan de la nation russe en faveur des chrétiens d'Orient. Il saisit alors la balle au bond, souffla sur le feu, contribua beaucoup à le transformer en incendie et devient du jour au lendemain une puissance. Ceci se passait à l'époque de la guerre serbo-turque et grâce à de rapides informations, au lyrisme de son langage politique, à la propagande des slavophiles enchantés d'avoir un organe qui favorisait leur agitation, le *Nouveau temps* ne tarda pas à prendre la tête de la presse russe. Voyant que le procédé mis en œuvre au début avait si bien réussi, il l'adopta comme un moyen d'action permanent et il s'est toujours appliqué depuis lors à caresser le sentiment du public russe, à soulever ses mauvaises passions, à faire du nationalisme à outrance, si bien qu'en fin de compte il a considérablement accru l'antagonisme existant entre les divers éléments de population qui s'agitent dans les limites de la Russie. Ce sont à chaque instant de sa part les plus virulentes, les plus grossières attaques contre les Allemands, les Polonais, les Israélites, les Finlandais, contre tout enfin ce qui n'est pas russe pur sang. Il pousse si loin son opposition vis-à-vis des éléments étrangers qu'on le voit tomber parfois à coups redoublés sur la diplomatie Impériale en faisant ressortir ce qu'elle et son personnel ont de trop peu national, en soulignant ses fautes, en critiquant ses buts. Or, il existe

depuis le nouveau règne un tel mouvement de nationalisme que loin de lui en vouloir, le clan gouvernemental auquel est subordonnée la presse c'est à dire le Ministre de l'intérieur, la censure, etc. ne font que l'encourager par leur indulgence à son égard et, tandis que tous les journaux sont frappés de peines disciplinaires, le *Nouveau temps* n'a pas reçu depuis longues années même un *avertissement.* Peut-être se mêle-t-il à cette indulgence un peu d'intérêt car le nationalisme du dit journal fait la contre partie du cosmopolisme de certains autres et constitue, — principal souci actuel du Gouvernement — un rempart contre les idées constitutionnelles, et beaucoup aussi de crainte, car le *Nouveau temps* est lu par trop de monde, affiche trop ses sentiments ultra russes, pour que sa suppression, succédant à celle du *Goloss* (la voix) ne produisît une fâcheuse impression. Les fonctionnaires en ont du reste peur parcequ'il ne se gêne nullement pour lancer des attaques contre leurs abus. Le chauvinisme du *Nouveau temps* est poussé si loin qu'il se manifeste jusque dans les plus petites choses, dans une hostilité systématique, par exemple, contre les œuvres littéraires et artistiques du dehors, contre les artistes étrangers venant en Russie, contre tout ce qui se passe en Europe. Il ne ménage en somme rien ni personne et cherche parfois en parlant de politique étrangère à propager les idées les plus saugrenues, comme le prouve son article reproduit le 20 août par la *Neue freie Presse.* L'homme d'Etat qui représenterait le mieux l'idéal du *Nouveau temps* serait le Général Comte Ignatieff. Aussi ne lui a-t-il pas ménagé l'encens et la réclame lors de son dernier passage aux affaires et comme il recevait en échange ses coudées franches, on l'entendait chaque matin prêcher l'écrasement des Allemands de Russie et de l'étranger, l'extermination et le pillage des Juifs, la répression des idées séparatistes de la Finlande. Puis, quand le Comte Tolstoy prit le pouvoir, comme l'organe en question est au fond opportuniste et tient surtout à ne pas s'attirer les rigueurs administratives, il a mis aussitôt une sourdine à cette campagne perturbatrice que n'aurait point tolérée le nouveau Ministre.

Le *Nouveau temps* est un journal indépendant, mais merce-

naire, particularité qui fait quelquefois paraître dans ses colonnes des articles se contredisant réciproquement. D'ailleurs, la pénurie de talents littéraires dont il souffre — car beaucoup d'hommes de lettres répugnent à y collaborer — l'oblige à recevoir des articles d'amateurs. La chronique locale, traitée par des reporters de bas étage, y frise le langage ordurier des petits journaux; la critique n'y est jamais impartiale et rarement éclairée, le ton du journal manque absolument de noblesse, d'harmonie, d'agrément, mais il abonde, par contre, en venin et satisfait par là les mauvais instincts. Malgré ses défauts, le *Nouveau temps* jouit d'une situation prospère, a de nombreux abonnés, énormément d'annonces et fait rapidement la fortune de son rédacteur en chef, M. Souvorine, homme d'instruction très restreinte aux manières très peu distinguées, mais pratique en affaires. L'un de ses collaborateurs, M. Féodorow, est un bon gros vivant fréquentant plus la mauvaise société que le monde des lettres. Le journal possède encore comme collaborateur marquant le correspondant Moltekanow, qu'on envoit partout où éclate quelque gros évènement et dont les lettres font quelquefois sensation.

Je compte vous adresser prochainement, Prince, dès que j'aurai pu rassembler les renseignements nécessaires, une esquisse des autres journaux russes les plus en vogue, de leurs tenants et aboutissants.

8.

Fürst von Chimay, Minister des Äußeren in Brüssel, an Baron Solvyns, Gesandten in London.

Confidentielle. Bruxelles, le 18 octobre 1886.

On m'assure que toutes les démarches faites par l'Angleterre pour trouver des alliés dans sa politique anti-russe ont échoué. Aux ouvertures de Sir Augustus Paget le Comte Kalnoky a répondu que les rapports de l'Autriche-Hongrie avec la Russie étaient excellents et qu'il ne voyait pas de raison pour compromettre les bonnes relations qui existent entre les deux Empires.

Sir John Lumley aurait aussi fait de vains efforts à Rome pour prouver que la situation faite aux Bulgares est le scandale des temps modernes et qu'il faut réagir contre les tendances de la Russie. Le Gouv. italien se serait borné à prendre acte de la démarche de l'Ambassadeur de la Reine.

J'ajouterai cependant que l'agent italien à Sophia aurait reçu pour instruction de se confirmer à l'attitude des agents allemands et autrichiens.

J'attacherais le plus grand prix, M. le Baron, à connaître vos appréciations *sur la situation politique actuelle de l'Europe.* La position particulière que vous vous êtes faites à Londres, devrait vous mettre en mesure de me fournir des informations très intéressantes aussi bien *sur la mission du Général Kaulbars en Bulgarie* que sur la politique des grandes Puissances touchant les éventualités qui, d'un moment à l'autre, peuvent surgir en Orient.

9.

Baron Solvyns, Gesandter in London.

Londres, le 20 octobre 1886.

J'ai recueilli d'excellente source quelques informations sur la situation politique en Europe, et j'ai l'honneur de vous en faire part bien qu'elles ne concordent pas exactement avec celles qui vous sont parvenues d'autres Capitales.

Il y a quelques années, à l'époque où s'ouvraient à Berlin les Conférences relatives au Congo, le Prince de Bismarck, mal renseigné en cette circonstance, se croyait fondé à supposer que la France acceptant le résultat de la guerre de 1870 comme un fait irrémédiablement accompli ne tarderait pas à renoncer à l'idée de revanche et pourrait même être amenée à s'arranger avec l'Allemagne sur des questions de frontières et d'acquisitions coloniales. Il reconnut bientôt son erreur, vira de bord et ne songea plus qu'à resserrer l'entente entre les trois Empires. Depuis lors, le maintien de cette entente a été son constant objectif, et il n'a cessé de travailler à l'assurer en aplanissant les

difficultés que suscite à tout propos, entre ses deux alliés, la question d'Orient. Réussira-t-il à maintenir longtemps encore cet équilibre? A Saint-Pétersbourg, à Vienne et à Rome on affecte d'en être convaincu; à Londres on ne le croit pas. La manière dont le Gouvernement Kaulbars s'est acquitté de sa mission en Bulgarie, ayant accru les doutes à cet égard, on s'est préoccupé des complications qui éclateraient tout à coup, si les liens qui grâce au Prince de Bismarck ont entravé jusqu'à présent la liberté d'action de la Russie et de l'Autriche, venaient à se rompre. Tous les Ambassadeurs anglais ont été chargés de pressentir les Gouvernements auprès desquels ils sont accrédités. Il leur a été enjoint notamment d'appeler l'attention sur les événements qui peuvent se produire, et en usant de toutes les précautions nécessaires, de chercher à découvrir quelle serait dans telle ou telle éventualité l'attitude probable des hommes d'Etat dont ils avaient à sonder les dispositions. Loin d'avoir été inutiles, ces démarches auxquelles la mission Kaulbars servait de prétexte, et qui à St. Pétersbourg étaient qualifiées d'intrigues anglaises, ont produit d'excellents résultats en ce qu'elles ont jeté une lumière inattendue sur les projets et les espérances des différents Cabinets de l'Europe. Si le maintien de l'entente entre les trois Empires était jugé impossible, peut-être verrons-nous le Prince de Bismarck proposer le partage de l'Empire ottoman; et cette fois ce ne seraient pas seulement la Russie et l'Autriche, ce seraient la France, l'Italie et l'Angleterre elle-même que l'on convierait à cette œuvre de spoliation.

10.

Graf de Jonghe d'Ardoye, Gesandter in Wien.

Vienne, le 25 octobre 1886.

Aucun changement notable n'est venu modifier sensiblement la situation de la question bulgare qui préoccupe à un si haut degré le Gouvernement austro-hongrois. Entre la nécessité de maintenir son alliance intime avec l'Allemagne qui doit plus ou moins laisser la main libre à la Russie pour éviter une alliance

franco-russe, l'Autriche-Hongrie voit avec inquiétude l'avenir de ses intérêts les plus sérieux compromis en Orient sans pouvoir les défendre. Réduite à louvoyer entre les écueils elle n'ose et ne peut agir seule avec cette décision et cette énergie qui pourraient arrêter la marche de la Russie et sa domination dans la Péninsule des Balkans.

L'Angleterre a bien cherché à l'entraîner à entrer dans cette voie, mais l'on savait trop bien ici à quoi s'en tenir sur la valeur des conseils platoniques du Gouvernement britannique pour les accueillir; aussi à toutes les démarches de Sir Augustus Paget le Comte Kalnoky s'est-il contenté de répondre qu'il croyait préférable de laisser la Russie aux prises avec les difficultés qu'elle rencontre et qu'elle continuerait à rencontrer en Bulgarie.

Cela a été une désillusion pour beaucoup et avant tout pour la Hongrie de ne pas trouver l'appui de Berlin que l'on croyait assuré par l'alliance austro-allemande au moment où la Russie menaçait de nouveau les intérêts de la Monarchie en Orient, mais le Cabinet I. et R. a bien compris que l'Allemagne ne s'exposerait pas pour la Bulgarie à favoriser l'alliance franco-russe qu'elle redoute par dessus tout, et il a cru préférable d'attendre pacifiquement le cours des événements. Il a conservé ses bons rapports avec Berlin et St. Pétersbourg. D'accord avec l'Allemagne il a cherché avant tout à amener la Russie à ne pas se laisser entraîner à intervenir militairement en Bulgarie, ne lui contestant pas du reste le droit de chercher à reconquérir pacifiquement son influence dans ce pays et lui laissant le choix du candidat qu'elle préférerait voir établi sur le trône de Sofia.

Il n'y a pas eu de convention formelle pour établir cette situation, mais seulement un échange de communications qui semble avoir amené une détente en permettant d'espérer une solution pacifique du conflit oriental. On croirait même pouvoir en être entièrement assuré, si l'on avait toujours à compter avec la politique personnelle du Czar qui a les nerfs très excités, se laisse guider par les idées de M. Katkow, le violent publiciste de Moscou, et fait toujours craindre qu'il ne se laisse entraîner dans un moment d'irritation à des mesures extrêmes dont les conséquences seraient fatales pour le maintien de la paix du monde.

Quoi qu'il en soit, l'on s'attend à de sérieux débats politiques dans les prochaines Délégations qui se réuniront le 4 novembre. Le Comte Kalnoky aura à y fournir de longues et minutieuses explications sur la politique qu'il dirige, à ces Délégués qui surtout dans la Délégation hongroise ne seront guère disposés à les accueillir avec bienveillance.

11.

Graf Errembault de Dudzeele, Gesandter in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 3 décembre 1886.

Le trait caractéristique actuel de la presse russe est une extrême amabilité pour la France, qu'elle s'efforce de représenter comme une alliée future destinée à paralyser les forces de l'Allemagne en cas de conflit austro-russe. Elle se félicite également de ce que la Russie paraît avoir trouvé dans la France un utile contrepoids à l'Angleterre, qui devra se comporter dorénavant avec moins d'hostilité dans la question bulgare en considération de l'attitude que la Russie peut prendre par rapport aux affaires d'Egypte.

Le discours que M. de Freycinet a prononcé samedi dernier à la chambre des députés pour exposer la politique de la France dans les questions internationales a donc été très favorablement commenté par les journaux russes, qui se sont, au contraire, jetés avec un acharnement tout particulier sur celui du Comte Robilant. Néanmoins, tout en l'attaquant avec vigueur et en qualifiant la politique italienne de pusillanimes ces journaux s'accordent à dire que les déclarations du Ministre italien n'ont rien de redoutable, personne en Europe ne voulant faire la guerre pour la Bulgarie et tout le monde ayant compris que le seul moyen d'en écarter définitivement l'éventualité consiste à faire droit aux réclamations légitimes de la Russie malgré le désir secret qu'on éprouve de différentes parts d'empêcher le rétablissement de l'influence russe en Bulgarie.

Tel est aujourd'hui, Prince, le langage presque unanime de la presse russe.

St. Pétersbourg, 3. 12. 1886.

On attend ici avec impatience et peut-être non sans une certaine inquiétude le discours que le Prince de Bismarck ne tardera pas, sans doute, à prononcer au parlement allemand. Comme le Chancelier n'a pas l'habitude d'exprimer son opinion et de manifester ses intentions en termes ambigus, il ne pourra que difficilement manquer d'accorder ou de refuser son approbation à la manière dont le cabinet de Vienne a, par l'organe du Comte Kalnoky, caractérisé sa politique dans la question bulgare. On comprend facilement toute l'importance qui s'y rattache pour le maintien de ce qu'il reste de l'accord entre les trois Empires. Quant à l'entente de la Russie avec l'Autriche, elle ne saurait plus guère être considérée comme valide. Au reste, ce n'est pas d'aujourd'hui qu'elle ne l'est plus. Pour s'en convaincre, il suffit de se reporter à l'entrevue de Reichstadt et de jeter un regard rétrospectif sur les événements survenus depuis lors. En effet, n'avait-il pas été convenu en principe, à Reichstadt que l'on n'empêcherait pas le développement des petits Etats dans la presqu'île des Balkans, que l'Autriche pourrait étendre son influence et son action dans la partie occidentale de ces petits états, à condition de laisser les mains libres à la Russie dans la partie orientale? Comment ces engagements ont-ils été tenus? La Serbie reçoit des ordres de Vienne, la Bosnie et l'Herzégovine sont occupées par l'Autriche, tandis que celle-ci s'efforce d'affranchir la Bulgarie de l'étreinte et de l'influence de la Russie; triste récompense, il faut le reconnaître, de millions dépensés et de cent mille hommes tués pour délivrer la Bulgarie du joug ottoman. Il est vrai que le Prince Nicolas de Monténégro accepte avec le même empressement les instructions et les roubles qui, régulièrement lui sont envoyés par le gouvernement russe; c'est ainsi qu'on lui a donné dans le courant de cette année l'argent nécessaire à l'achat des canons Krupp, que le Gouvernement serbe avait commandés il y a quelque temps et qui ne lui ont pas été livrés, faute de paiement, mais le rôle du Monténégro est relativement insignifiant et ne peut avoir d'importance réelle pour la Russie qu'en cas de conflagration générale dans les Etats balkaniques.

Mon sentiment personnel, Prince, je crois l'avoir déjà dit,

est que, dans un temps donné la guerre sera devenue inévitable et, cela va sans dire, c'est la Turquie qui, en premier lieu, aura à payer les pots cassés. Cette guerre n'est pas précisément imminente, mais il n'en est pas moins à craindre qu'elle ne s'impose comme conséquence logique de la situation. Aussi s'y prépare-t-on tant en Russie qu'en Autriche. Je dois dire cependant que les informations que j'ai recueillies de différents côtés m'ont laissé l'impression que l'on ne met ici aucun empressement extraordinaire à ces préparatifs.

D'après ce qui me revient, on paraît craindre ici que, suivant le conseil de l'Angleterre, la Sobranié n'élise de nouveau le Prince Alexandre de Battenberg et que la régence sur le refus plus que probable de ce Prince de revenir dans le pays, ne continue à gouverner en son nom. Il pourrait arriver, en ce cas, que l'on assistât au spectacle étrange du détrônement d'un souverain qui n'est pas sur le trône. On ne peut, en vérité, que s'associer à ce que disait hier M. de Giers: «Le gâchis est complet.»

P.S. M. de Staal, Ambassadeur de Russie à Londres, vient d'arriver à St. Pétersbourg en vertu d'un congé, qui lui a été accordé il y a déjà quelque temps, mais dont les circonstances l'avaient empêché jusqu'à présent de profiter.

12.

Léon Maskens, Geschäftsträger in Paris.

Paris, le 4 décembre 1886.

Il n'y a, et il ne peut y avoir qu'une seule opinion sur la situation créée par le vote de la Chambre des Députés. Cette situation est déplorable; et le sentiment qui prédomine dans la presse presque entière c'est celui d'une tristesse profonde.

Le Ministère démissionnaire, étant données les circonstances dans lesquelles il était appelé à gouverner, s'est acquitté de sa tâche avec une correction, un dévouement et même une habilité indiscutables: Mr. de Freycinet a développé il y a huit jours un programme de politique antérieur auquel l'opinion unanime a rendu hommage, *le Général Boulanger dans lequel la France*

entière personnifie ses rêves de grandeur pour l'avenir, a été acclamé avant-hier à la Chambre, Mr. Lockroy a communiqué aux commerçants et aux industriels une partie de l'ardeur et de l'esprit d'initiative qui l'animent, Mr. Goblet a réalisé dans l'enseignement des réformes peut-être funestes, mais que le parti républicain a acclamées avec enthousiasme, Mr. Sadi-Carnot à l'honnêteté et à la sincérité duquel tout le monde rend hommage, a cherché à apporter de l'ordre dans les finances, Mr. Sarrien, à défaut d'un grand prestige, a fait preuve d'énergie au Ministère de l'Intérieur, et il faut que ces Ministres Cattus en Créche par une commission du budget qui s'est égarée dans ces utopies, et harcelée par une minorité radicale dépourvue de tout esprit pratique aillent se heurter et se criser contre des obstacles secondaires après avoir triomphé de difficultés beaucoup plus graves. Tout a réussi à Mr. de Freycinet contre ses ennemis, et il n'a échoué que vis-à-vis de ceux qui étaient considérés comme ses amis politiques.

S'il n'y avait un dissentiment entre l'Extrême Gauche et le Ministère que sur le maintien des Sous-Préfectures, Mr. de Freycinet n'hésiterait certes pas à retirer sa démission, car la majorité républicaine toute entière se féliciterait vivement aujourd'hui de pouvoir affirmer sa confiance dans la politique générale du Ministère, mais malheureusement le Président du Conseil est fatigué, on pourrait dire écœuré, du rôle qu'on lui fait jouer depuis 2 mois et au Ministère des Affaires Etrangères, des personnages de son entourage immédiat m'ont assuré qu'il ne consentira à rester au pouvoir que s'il lui est démontré que sa santé, son repos et son bonheur doivent céder le pas devant les intérêts de la France et de la République.

L'événement qui préoccupe tous les esprits en France depuis 24 heures, n'était certainement pas absolument inattendu; — on parlait ouvertement il y a 2 ou 3 semaines de la chute du Ministère, mais on espérait ces jours derniers que la crise était surmontée par suite de l'autorité que M. de Freycinet avait paru reprendre sur la majorité républicaine de la Chambre.

On estimait généralement, quand les premiers symptômes de l'hostilité systématique de l'Extrême Gauche se sont manifestés,

que le seul remède au désarroi ou au parlementaire, pour employer l'expression qui est répétée partout, serait la dissolution; mais la situation était aujourd'hui qu'en cas de renouvellement intégrale de la Chambre des Députés, le pays paraîtrait être appelé à choisir entre ceux qui veulent des économies et ceux qui n'en veulent pas. Le Gouvernement aurait beau chercher à prouver que lui aussi est partisan des réformes budgétaires, mais qu'il entend les effectuer progressivement de façon à ne pas désorganiser l'administration, le corps électoral ignorant et inapte comme il l'est dans tout pays de suffrage universel, ne se montrerait pas accessible à des considérations trop sensées pour produire quelque effet sur lui, et il se prononcerait très probablement en faveur de ceux qui par calcul plutôt que par conviction, inscriraient en tête de leur programme: «Ni emprunts, ni impôts nouveaux; réduction immédiate des appointements et des emplois.»

Il paraît donc difficile dans les circonstances actuelles que le Président de la République et le Sénat prennent la résolution de consulter le corps électoral. L'Extrême Gauche seule serait à peu près certaine de profiter de la dissolution. Le parti conservateur a perdu du terrain depuis un an. Pendant quelque temps on a pu se faire illusion sur la portée de ses succès lors des dernières élections générales; mais l'accalmie qui a suivi l'expulsion des Princes a bien prouvé que les prétendants n'ont de puissants appuis que dans les hautes classes de la société et que l'évolution qui s'est produite le 4 Octobre 1885 était une protestation contre la politique d'aventures du parti opportuniste et non contre la République.

En ce moment Mr. Clémenceau ne peut espérer rallier une majorité compacte et homogène, et si Mr. Floquet n'est pas absolument forcé de recueillir la succession de Mr. de Freycinet, il n'ira pas risquer de gaieté de cœur de se discréditer à la tête du Ministère comme l'ont fait ses prédécesseurs au fauteuil présidentiel, M. Gambetta et Brisson. La situation paraît donc presque inextricable et la seule issue qui se présente pour en sortir, serait un replâtrage ministériel auquel M. de Freycinet ne se refusera peut-être pas, si tout le monde s'accorde pour faire appel à son patriotisme.

Paris, 4. 12. 1886.

Comment expliquer les hésitations des uns, l'impuissance des autres et l'instabilité générale dans les hautes sphères du pouvoir, sinon par l'effet dissolvant du parlementarisme à outrance tel qu'il est compris et pratiqué en France; ce qu'aujourd'hui l'on appelle le parlementarisme dans ce pays, c'est une succession continue de tentatives d'empiétements des élus du peuple sur les attributions du pouvoir exécutif. En présence de pareilles ambitions et de prétentions aussi anormales, il n'y a plus de Gouvernement possible, a dit avec raison Mr. de Freycinet; on aboutit à l'anarchie.

La «Liberté» publie ce soir les lignes suivantes: «Comme on doit rire de nous à l'étranger! et quelle figure pouvons-nous faire dans les conseils de l'Europe quand nous en faisons une si piteuse chez nous.»

Cette réflexion me paraît très juste: Mr. de Bismarck ne pourra guère s'affliger en voyant que le Ministère Freycinet qui avait relevé le prestige de la France depuis un an disparaît par suite d'une coalition que le hasard a formée hier et qu'il déférait demain. Ce n'est pas Mr. de Bismarck qui se laisserait ainsi écarter de la voie qu'il s'est tracée mais la perfection est rare en ce monde, et il n'est pas facile de trouver un juste milieu entre le régime autoritaire allemand et le parlementarisme à outrance français.

Si la retraite de Mr. de Freycinet n'est pas destinée à assombrir les esprits ni à Berlin ni à Londres, elle aura probablement un douloureux retentissement à St. Pétersbourg où l'on acquerra une fois de plus la preuve qu'il serait dangereux de conclure une alliance trop étroite avec un gouvernement qui n'est jamais sûr du lendemain, et avec un pays dont la politique peut changer d'orientation selon les caprices de la partie la moins éclairée de la population.

A un point de vue pour ainsi dire anecdotique, l'intervention dans la séance d'hier du membre, du seul, de l'unique membre de la droite républicaine, mérite de ne pas passer inaperçue. Pendant des semaines entières la presse a court de copie à l'époque des canicules, s'est étendue sur les résultats probables de l'évolution de Mr. Raoul Duval; il y a un mois le député de d'Eure

opérant un mouvement de conversion vers la République, a par le charme et par la vigueur de sa parole éloquente, produit à la Chambre des Députés une impression qualifiée de durable; et hier c'est lui qui a porté les coups les plus sensibles à Mr. de Freycinet, c'est lui qui d'accord avec Mr. le Cte. de Douville Maillefeu le député «renégat» de l'Extrême Gauche, a réussi à battre en brèche la République gouvernementale et modérée!

13.

Graf de Jonghe d'Ardoye, Gesandter in Wien.

Vienne, le 27 décembre 1886.

La Députation bulgare a échoué dans sa mission, tant à Vienne qu'à Berlin. Elle n'atteindra pas davantage le but réel qu'elle se propose, à Paris qu'à Londres. La situation politique est telle en Europe qu'aucune Puissance ne veut ou ne peut en présence de l'attitude de l'Allemagne vis-à-vis de la Russie se mettre en opposition directe avec St. Pétersbourg dans la question bulgare.

La Bulgarie se refusant à accepter le candidat de la Russie, les Délégués ont demandé et demandent avec insistance aux Puissances de désigner le Prince appelé à succéder au Prince Alexandre. Mais aucune n'a voulu assumer la responsabilité d'opposer un candidat au candidat du Czar. Aux conseils qui leur ont été donnés de chercher à s'entendre avec la Russie, les Délégués répondent qu'ils ne demanderaient pas mieux, mais que c'est à St. Pétersbourg que l'on rend tout accomodément impossible en refusant d'entrer même en pourparlers avec la Régence et de reconnaître autant son existence légale que celle de la «Sobranje».

En présence de l'impasse dans laquelle se trouve le Gouvernement de Sofia, il est resté en rapports secrets avec le Prince Alexandre, m'assure-t-on de très bonne source, et voudrait, pour le décider à reprendre sa couronne dont il ne semble plus guère se soucier, faire miroiter à ses yeux la possibilité d'un soulèvement en Macédoine qui, unie à la Bulgarie, formerait un

Royaume bulgare. C'est dans ce sens que M. Grecow s'est exprimé confidentiellement pendant son séjour à Vienne vis-à-vis d'une personne qui m'a répété sa conversation où les illusions paraissent faire négliger les complications que présenterait l'exécution de semblables projets.

De quelque côté que l'on se retourne, on n'entrevoit guère de solution favorable de la question bulgare. La Régence ne peut se retirer sans arrangement préalable avec la Russie qu'avec la certitude de laisser tout le pays dans l'anarchie — et le retour du Prince Alexandre serait une provocation directe au Czar. Dans l'une et l'autre alternative l'occupation russe redoutée à Vienne serait inévitable.

Quoi qu'il en soit, on est en Autriche-Hongrie extrêmement inquiet des événements qui menacent encore la Bulgarie. On voudrait tant dans les régions gouvernementales que dans toutes les classes de la population éviter un conflit avec la Russie, mais à ceux qui se rapportant aux déclarations du Comte Kalnoky aux dernières Délégations croyant que l'Autriche-Hongrie ne supporterait pas l'occupation russe de la Bulgarie, on répond que, si les Puissances signataires du traité de Berlin y donnaient leur assentiment sous certaines conditions, le Ministre I. et R. des Affaires Etrangères finirait par y consentir également, ne voulant pas, ainsi qu'il l'a laissé entendre aux Délégués autrichiens et hongrois, agir isolément contre la Russie en Bulgarie.

Ce serait un moyen d'éviter une guerre dont on n'attend pas d'heureux résultats pour la Monarchie dès à présent. Il soulèverait un profond sentiment d'indignation en Hongrie, mais là aussi on finirait probablement par reconnaître qu'en présence de l'attitude de l'Allemagne qui laisserait l'Autriche-Hongrie seule avec un adversaire redoutable, les conseils de la prudence ne devraient point être méconnus.

Le rapprochement intime de l'Allemagne avec la Russie ne laisse pas, en effet, que d'inspirer d'amères réflexions au Cabinet de Vienne. Ce rapprochement, opéré dans la crainte d'une alliance franco-russe, a pris son origine, semble-t-il, à la suite de l'entrevue de Gastein où le Prince de Bismarck aurait cherché

de nouveau à lier l'Autriche-Hongrie par des liens indissolubles à l'Allemagne, tant au point de vue militaire que commercial.

L'armée Imp. et Roy. aurait dû recevoir la même organisation que l'armée allemande et être placée en quelque sorte sous une seule direction; et une commission mixte aurait été chargée d'étudier la question de l'établissement du Zollverein entre les deux Empires.

Ce serait, après avoir vu rejeter ces propositions qui auraient placé la Monarchie I. et R. en quelque sorte sous le vasselage de l'Allemagne, que le Prince de Bismarck se serait rendu à Franzensbad et aurait conclu avec M. de Giers le rapprochement entre Berlin et Pétersbourg. C'est alors aussi qu'ont paru dans la Gazette de Cologne et dans les journaux officieux de Berlin les articles à sensation sur les rapports politiques avec l'Autriche ainsi que les déclarations réitérées que l'Allemagne n'avait aucun intérêt à défendre en Bulgarie qui ont mis en doute ici la validité de l'alliance austro-allemande, ont fait naître ici tant d'amères réflexions et paraissent avoir été inspirées par la pensée de faire sentir à Vienne le poids de l'isolement dans lequel l'Allemagne laissait l'Autriche en Orient. La situation de ce pays est d'autant plus sérieuse que la lutte des nationalités y est plus intense. Le Gouvernement a cherché à les apaiser, mais il n'y a pas réussi. Sans parvenir à satisfaire les Slaves il a cherché à obtenir leur concours par des concessions qui ont soulévé les Allemands au point qu'ils viennent de se retirer de la Diète de Prague, et à Agram les ultra-Croates irrités contre la Hongrie ont déclaré que c'est de la Russie qu'ils attendent leur délivrance.

La Russie profite de ces divisions intérieures pour travailler la presse slave austro-hongroise dans un sens favorable à ses vues, et le Consul russe à Vienne a à cet effet des fonds à sa disposition déposés à la maison Rothschild.

L'armée elle-même n'inspire pas une confiance absolue au point de vue de sa vigueur physique et des ressources dont elle dispose. A l'exception de la cavalerie on semble porté à croire qu'elle supporterait moins bien que les troupes russes les fatigues d'une campagne un peu prolongée.

14.

Graf van der Straten Ponthoz, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 31 décembre 1886.

Le 28 de ce mois, les six ambassadeurs accrédités à la Cour Impériale ont dîné au Palais avec leurs attachés militaires. C'est un repas traditionnel qui précède toujours la nouvelle année.

L'Empereur a charmé ses convives par l'animation et la gaîté de sa conversation. L'un d'eux a dit en rentrant de cette soirée que Sa Majesté lui avait semblé n'avoir pas plus de soixante ans.

L'Impératrice a paru à ce dîner.

Comme j'ai eu l'honneur de vous en informer dans mon rapport du 24 de ce mois n° 1125, le jubilé de 80 ans de service militaire de l'Empereur Guillaume, qui coïncide avec le 1er jour de l'an sera célébré très simplement au Palais. La ville sera illuminée.

En ce moment la principale préoccupation de l'Empereur et du Prince de Bismarck est causée par l'aversion toute personnelle dont le Czar s'est pris pour le Comte Kalnoky.

Il ne s'agit pas, m'est-il assuré, du conflit des intérêts russes et des intérêts autrichiens en Orient, mais d'une antipathie individuelle de la nature de celle qui s'est attachée au Prince de Battenberg et dont l'animosité est telle que le Czar voudrait voir disparaître le Comte Kalnoky dût-il être remplacé par le Comte Andrassy, l'adversaire de la Russie.

Le grief du Czar est que dans ses discours aux délégations hongroises le Comte Kalnoky a jeté par dessus bord les arrangements faits à Skierniewice du 15 au 17 Septembre 1884, et par lesquels la Russie abandonnait la Serbie à la politique autrichienne en échange de l'abandon par l'Autriche de la Bulgarie à la politique russe.

D'accord avec le Cabinet de Vienne, le Prince de Bismarck emploie ses bons offices à St. Pétersbourg.

Il s'efforce d'y faire comprendre que dans les Etats à parlement les discours des ministres doivent répondre à des exigences de politique intérieure et qu'ils se tempèrent dès qu'il s'agit d'en faire une application à la politique extérieure.

Berlin, 31. 12. 1886.

Hier soir il m'a été confié de bonne part que l'irritation du Czar ne se calmait pas.

La «Post» de ce matin constate qu'après une courte suspension des hostilités à l'égard de l'Allemagne les journaux russes panslavistes ont recommencé leurs attaques avec autant d'acrimonie qu'avant la trève.

L'irritabilité du Czar et ses rancunes implacables sont des causes de dangers. Il peut en résulter à tout instant des déterminations extrêmes dont la guerre serait une conséquence presque inévitable.

L'Allemagne s'est habituée à croire que la paix de l'Europe est assurée par l'ascendant du Prince de Bismarck et par son habileté à résoudre toutes les difficultés de la politique extérieure. Il trouve dans cette conviction un prestige qui lui donne la puissance avec laquelle il gouverne l'Empire.

Ce qui se passe à St. Pétersbourg révèle à Berlin qu'il y a pour la paix des périls dont la cause phénomènale échappe nécessairement à l'action du Chancelier, et qu'il n'est plus en son pouvoir de répondre du repos de l'Europe.

Il nait de ces circonstances de l'inquiétude et du malaise que les partis politiques adversaires du Chancelier s'efforceront d'exploiter contre la prépondérance de son prestige et contre sa domination à l'intérieur.

Jusqu'au départ de Berlin des députés bulgares, le 21 de ce mois, leur voyage ne paraissait ne pouvoir ni avancer ni entraver l'arrangement des affaires de leur pays. L'opinion est qu'ils ont nui à leur cause en s'arrêtant à Cologne pour y rencontrer le Prince Alexandre de Battenberg.

Après avoir conféré avec leur ancien souverain, ils l'ont escorté jusqu'à Francfort et l'un d'eux s'est rendu à Darmstadt.

Ces faits impliquent une espèce de défi porté au Czar et la plus complète insouciance pour les avis du Comte de Bismarck d'avoir à chercher les moyens de se réconcilier avec la Russie.

Le Comte Schouvaloff, qui ne pense pas à se rendre à St. Pétersbourg, comme l'annoncent des journaux, disait avant-hier de la Bulgarie que la Russie n'est nullement pressée.

Elle peut attendre que la Régence et la Sobranié disparaissent par leur propre faiblesse sans nécessité d'y aider.

Le Prince de Bismarck a l'intention de venir de Friedrichsruhe entre le 10 et le 15 de janvier. La durée de son séjour à Berlin dépendra du sort du projet de loi militaire dans le Reichstag.

Le Gouvernement incline à se contenter d'un budget quinquennal pour le Département de la Guerre. Mais l'Empereur persiste à réclamer le budget septennal.

Dans la discussion de son projet de loi, le Ministre de la Guerre, Général Bronsart de Schellendorf a donné à la réorganisation de l'armée française et aux demandes de crédit des ministres de la Guerre et de la Marine une importance qui lui paraissait un argument péremptoire pour convaincre le Reichstag de la nécessité de la loi militaire.

Le discours tout pacifique adressé par le Général Boulanger à la Société des sauvetages, le 26 Décembre, et le retrait ou l'ajournement des demandes des crédits d'armement doivent seconder dans le Reichstag l'opposition faite au projet de loi militaire.

La Norddeutsche Allgemeine Zeitung affirme que le discours du Général Boulanger n'a pas d'autre signification.

15.

Graf van der Straten Ponthoz, Gesandter in Berlin.

Berlin, 28 janvier 1887.

Je dois à une très sûre confidence de savoir qu'il y a cinq jours, dans un entretien intime, le Prince de Bismarck a fait une appréciation de la situation politique du moment. Suivant les renseignements qui m'ont été donnés, je crois que les pensées exprimées dans cette conversation par le Chancelier sont rapportées avec exactitude dans ce résumé:

Les conjonctures présentes ont beaucoup de gravité. Le Chancelier se défend d'en exagérer les périls pour intimider les électeurs.

Comme il l'a dit dans ses récents discours au Reichstag, il prévoit qu'une guerre entre l'Allemagne et la France est inévitable.

Les traités de 1815 ont fermé une plaie et ils ont donné un demi siècle de repos à l'Europe.

Le traité de Francfort n'a rien guéri. La perte de l'Alsace et de la Lorraine est restée une plaie saignante qui, depuis seize ans, entretient la fièvre de la revanche.

La France n'a pas cessé de se préparer à reconquérir ses provinces; elle attend seulement des circonstances propices pour attaquer l'Allemagne.

Devant cette certitude d'une nouvelle guerre le parti militaire demande avec énergie qu'elle soit entreprise sans tarder, lorsque la France n'a pas complété encore la réorganisation de son armée.

Du vivant de l'Empereur Guillaume la Russie ne fera rien contre l'Allemagne. Plus tard ses dispositions pourront changer.

L'ajournement de la guerre qui n'empêchera pas la guerre, diminue les chances de succès de l'Allemagne.

Il y a pour le Chancelier une très grande responsabilité a résister aux généraux qui poussent à une guerre immédiate.

Quand la guerre ajournée éclatera, tout échec, toute défaite de l'armée allemande sera imputé à la temporisation du Chancelier.

Les dangers auxquels l'Empire pourrait être exposé, lui seraient imputables.

Après avoir eu la gloire de fonder l'unité allemande il aurait à subir l'humiliation d'en avoir compromis la durée ou la sécurité.

Ces opinions du Chancelier expliquent comment il a pu dire en plein Reichstag que la guerre contre la France pouvait aussi bien éclater dans dix jours que dans dix ans. S'il l'ajourne, ce n'est pas qu'il manque de raisons suffisantes pour la commencer sans délai. Ces raisons il les a, et à tout instant il pourra les faire prévaloir.

L'insistance du parti militaire pour une guerre immédiate révèle aussi la signification des paroles du Maréchal de Moltke, lorsque dans le Reichstag il a déclaré aux adversaires du projet de loi militaire que le rejet du budget septennal c'était la guerre. La pensée du Maréchal et des Généraux est que l'Allemagne

devra se hâter d'entreprendre la guerre avec son armée encore fortement organisée, plutôt que de s'exposer à devoir faire plus tard cette même guerre avec une armée affaiblie par l'abandon de son budget septennal.

J'ai constaté que depuis la consolidation de l'entente de l'Allemagne avec la Russie le Comte de Bismarck ne parle plus de la tâche des Puissances d'assurer la durée de la paix de l'Europe en réglant les affaires des Balkans. C'était auparavant le thème du Cabinet de Berlin.

Pour la première fois, le 25 de ce mois, jour de conférence diplomatique, le Comte de Bismarck a laissé entrevoir des appréhensions de guerre.

Il paraît bien évident que le Prince de Bismarck, en abandonnant l'Orient à la prépondérance de la Russie, s'est assuré l'inaction du Czar, si l'Allemagne devait agir du côté du Rhin.

Il serait téméraire d'affirmer que le Chancelier est décidé à faire la guerre à la France, mais tout annonce qu'il prévoit des circonstances qui l'obligeraient à l'entreprendre.

C'est une éventualité qui peut se réaliser à chaque instant. Il y est préparé et il y prépare aussi l'opinion publique.

C'est la tâche dont se charge le journal officieux la «Post» de ce matin dont le No. est ci-joint. . . . . . .

L'Ambassadeur de France est venu chez moi, il y a peu de jours. Il se montre très content de sa position. La Cour, le monde des salons et le monde officiel lui ont fait le meilleur accueil. M. Herbette croit à la durée de la paix. Il proteste hautement et avec conviction des intentions pacifiques de la France.

Personne ici ne doute du désir du Gouvernement français de rester en bonnes relations avec l'Allemagne. Mais il y a en France d'autres courants que celui de la politique du Président et de ses Ministres.

C'est la réponse que faisait, il y a peu de jours, un personnage allemand aux affirmations pacifiques de M. Herbette:

«Nous sommes bien persuadés que vous voulez rester en bons termes avec nous, mais sans abandonner l'espoir de la revanche. Vous ne pouvez pas renoncer à l'Alsace et à la Lorraine, et voilà ce qui mettra toujours nos rapports en péril.»

16.

Graf de Jonghe d'Ardoye, Gesandter in Wien.

Vienne, le 30 janvier 1887.

J'ai eu l'honneur de recevoir la lettre que vous m'avez adressée, sous la date du 27 courant (A 2115, d'ordre 21).

Les renseignements que j'ai reçus ici sur l'entente entre l'Allemagne et la Russie, concordent dans leur ensemble avec ceux que vous voulez bien me communiquer, en ce sens que l'on est convaincu ici que le Cabinet de Berlin a basé sur elle toute sa politique actuelle. C'est à l'entrevue de Franzensbad, ainsi que j'ai déjà eu l'honneur de vous le dire, que cette entente s'est établie.

Prévoyant les complications européennes qu'allait entraîner la question bulgare, et voulant à tout prix assurer sa liberté d'action vis-à-vis de la France, le Prince de Bismarck a employé tous ses efforts à empêcher l'alliance franco-russe dont il était menacé. C'est alors qu'il a donné carte blanche au Cabinet de St. Pétersbourg en Orient. Le Cabinet de Berlin ne négligera rien pour conserver les avantages que lui ont procuré les concessions qu'il a faites et qu'il fera peut-être encore à la Russie.

Ces concessions ont étrangement déçu l'Autriche, mais si elles paraissent être en contradiction avec l'esprit de l'accord établi en 1879 entre l'Allemagne et l'Autriche, elles ne violent cependant pas la lettre de la Convention qui n'a pas la forme d'un traité d'alliance véritable, mais qui ne consiste, à ce qu'on m'assure, qu'en un échange de déclarations simplement paraphées. L'Autriche et l'Allemagne ne se sont engagées réciproquement à unir leurs forces que si l'une ou l'autre de ces Puissances avait à repousser l'attaque de deux adversaires coalisés pour la combattre. Il n'en serait pas de même dans l'éventualité d'une lutte avec un ennemi isolé, tel que serait le cas d'une guerre entre la Russie et l'Autriche ou de l'Allemagne avec la France.

L'Allemagne peut donc, sans violer la lettre de la Convention dont il s'agit, ne pas contrarier l'action de la Russie en Bulgarie. Mais, ci cette façon d'agir est peu conforme aux inté-

rêts de l'Autriche et ne répond pas à une partie des avantages que l'on s'y promettait de l'alliance avec l'Allemagne, la Convention n'en subsiste pas moins dans son ensemble et assure toujours ainsi le maintien de l'engagement qu'ont pris les deux parties contractantes, de se garantir réciproquement l'intégrité de leurs possessions territoriales.

Quelles que soient les concessions que l'Allemagne se trouve obligée de faire à la Russie, elle a un intérêt permanent de premier ordre à maintenir les liens qui l'unissent à l'Autriche-Hongrie, et à lui conserver sa puissance.

Aussi le Cabinet de Berlin, tout en cherchant à satisfaire celui de St. Pétersbourg, ne néglige rien pour obtenir la solution pacifique de la question bulgare et écarter les dangers d'une guerre entre la Russie et l'Autriche qui, en cas de défaite, serait en droit de lui réclamer l'application de l'article de la Convention concernant la garantie de l'intégrité territoriale des deux Pays.

Quant aux appréhensions que font naître les éventualités d'une guerre entre l'Allemagne et la France, elles donnent toujours lieu à des appréciations diverses. Si beaucoup n'attribuent l'attitude actuelle de l'Allemagne qu'aux exigences passagères de la question électorale, il ne manque pas non plus cependant de personnages politiques qui considèrent la guerre entre cette Puissance et la France comme inévitable dans un prochain avenir.

Un homme politique des plus hauts placés et des mieux à même d'apprécier la situation européenne avec lequel j'avais l'honneur de m'entretenir aujourd'hui de cette grosse question, me disait qu'à son avis le Prince de Bismarck n'hésiterait plus longtemps à chercher à régler ses comptes avec la France d'une façon définitive.

Prévoyant que cette lutte doit s'engager fatalement à un moment donné, il ne voudrait plus la différer davantage. Jamais probablement il ne se trouverait dans des circonstances plus avantageuses pour l'entamer. Sûr de l'abstention de la Russie, de l'Angleterre et de l'Italie, confiant dans les liens qui l'unissent à l'Autriche, l'Allemagne en avance sur la France au point

de vue de l'armement militaire, il rencontrerait rarement des circonstances plus favorables à l'accomplissement de ses desseins et verrait dans une guerre heureuse le seul moyen de mettre un terme aux armements formidables qui, en se prolongeant, ruinent le pays.

17.

Baron Beyens, Gesandter in Paris.

Paris, le 8 février 1887.

Un incident, qui n'est peut-être pas complètement clos a failli amener une crise ministérielle.

J'en ai été informé d'abord par l'ambassadeur d'Allemagne dans les circonstances suivantes: sa fille indisposée, avait reçu dimanche la visite de Mme. Flourens qui lui avait dit que le Général Boulanger avait adressé une lettre au Czar, et que pareil fait entraînait nécessairement la retraite de son mari. Le Comte de Münster fort intrigué, mais tenu dans sa position à une extrême réserve, s'est borné à tâcher de rencontrer M. et Mme. Flourens sans avoir l'air de les chercher: mais il ne les avait pas encore vus hier pas plus que l'ambassadeur, je n'étais en situation d'interroger directement toutefois, nous avons appris que, comme nous l'avions présumé il ne s'agissait point d'une lettre au Czar, mais seulement au Ministre de la Guerre de Russie, et, à ce que l'on affirmait à propos d'un objet secondaire.

Cette explication semble trop optimiste, si l'on considère que le Ministre des Affaires Etrangères est allé soumettre la question de sa démission au Président de la République.

Mais quelle que soit la vérité encore insuffisamment connue, sur le caractère et les détails de l'incident, il est un fait acquis c'est qu'à son occasion la question du maintien de la personnalité encombrante et compromettante du Général Boulanger, question encore plus ou moins latente s'est posée, cette fois dans des conditions effectives. — Le Président s'est trouvé pratiquement devant les deux faces, également embarrassantes de la situation, les inconvénients du maintien du Ministre de

la Guerre et la difficulté de le sacrifier sans être accusé d'obéir à l'Allemagne.

Mais après tout, comme on a pour sortir momentanément d'embarras, la ressource de concilier, de replâtrer et d'étouffer l'affaire, il est probable que les choses resteront en l'état, si même ce n'est décidé déjà.

18.

Graf van der Straten Ponthoz, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 11 février 1887.

Depuis six jours, les espérances de paix prévalent à Berlin sur les prévisions de guerre.

Le 8 de ce mois, le Comte de Bismarck a dit que le Gouvernement est assuré d'avoir dans le futur Reichstag une majorité favorable au projet de loi militaire.

Le Prince de Bismarck et le Maréchal de Moltke ont affirmé dans les débats du Reichstag dissous, que le rejet du budget septennal conduisait à la guerre. — La certitude du vote de ce budget doit donc faire croire à la prolongation de la paix.

Dans mon rapport du 4 de ce mois No. 114/80 j'ai constaté qu'au milieu des inquiétudes générales, le chancelier avait la confiance que l'Europe resterait en repos «L'Empereur et moi, avait-il dit, nous sommes seuls à croire à la paix.»

Mais cette confidence n'empêchait pas le chancelier de découvrir beaucoup de dangers dans la situation actuelle des affaires.

Je sais que le 5 et le 6 de ce mois, dans des entretiens intimes, le chancelier s'est montré beaucoup plus rassuré. Il ne lui fallait plus la démission ou la retraite du Général Boulanger à bref délai. — Il suffisait que le Ministère dont il faisait partie fut porté à la paix, comme il arrive avec M. M. Flourens et Goblet. — M. de Freycinet donnerait la même sécurité.

Quant à un Général Boulanger dictateur ou Président de la République, et même Président du Conseil, le Chancelier a dit que c'est incompatible avec la sécurité de l'Empire. Le Général

Boulanger s'est montré circonspect depuis le commencement de l'effervescence belliqueuse de l'Allemagne. Il n'inspire cependant aucune confiance.

Une information reçue de Paris mande que le Général a provoqué un orage dans le Conseil, en chargeant un officier de porter à St. Pétersbourg une lettre écrite à l'Empereur, ou tout au moins au Ministre de la guerre. — L'officier a fait part à M. Flourens de l'objet de son voyage. Le Ministre s'est plaint à ses collègues et à M. Grévy: il ne pouvait pas assumer la responsabilité de la direction des affaires si elle était exposée à être compromise par de semblables irrégularités. — Le Président a réussi à calmer M. Flourens, en faisant prendre au Général l'engagement de s'abstenir de toute démarche aventureuse.

L'Ambassade Britannique à Berlin n'a pas varié dans ses appréciations depuis la discussion de la loi militaire au Reichstag, suivie de la dissolution de cette Assemblée. — Sir Edward Malet n'a pas cru à la guerre. Il a pensé que les craintes excitées par les journaux officieux étaient une tactique électorale, et que les conversations très alarmantes des généraux et des militaires s'inspiraient d'un mot d'ordre qui avait le même but.

L'Ambassade d'Italie a eu la même opinion jusqu'au 3 février, jour de la panique dont la Bourse de Berlin gardera le souvenir. — Après cette journée, le comte de Launay a mandé à son Gouvernement que la guerre lui paraissait très à craindre.

C'est que la secousse de la Bourse n'était pas seulement le résultat de puissantes manœuvres d'agiotage, secondées par les inquiétudes dont le public était troublé depuis les débats du Reichstag, et le commencement de la Campagne électorale.

La Bourse avait été bouleversée par la sourde rumeur de la résolution prise par le gouvernement de demander aux Chambres prussiennes un emprunt de 300 Millions de marcs.

Il était difficile de ne pas voir dans cette mesure la révélation d'une guerre imminente.

Le gouvernement s'est empressé de publier qu'il n'avait pas l'intention de demander un tel emprunt aux Chambres prussiennes. — La vérité est qu'il y a renoué.

Berlin, 11. 2. 1887.

Il m'a été assuré très confidentiellement que le projet de loi de cet emprunt a été formulé et signé. Le Chancelier l'a mis de côté, après que son attention eut été appelée à considérer l'effet financier et politique de cette mesure. Il était ajouté que la certitude du Gouvernement d'avoir la majorité dans le futur Reichstag permettrait de lui demander cet emprunt quand le public ne serait plus dans les appréhensions qui l'agitaient en ce moment.

Les dispositions pacifiques du chancelier ne modifient pas ses prévisions à l'égard de la France. Dans sa récente visite à l'Ambassade d'Angleterre, il a renouvelé à Sir Edward Malet ses déclarations faites au Reichstag, de ne pas attaquer la France. Il en prenait l'engagement en homme d'honneur, et cependant il était certain, a-t-il dit, que le Général Boulanger déclarerait la guerre à l'Allemagne, aussitôt que le pouvoir serait entre ses mains.

Le chancelier se montre pacifique, mais il ne désarme pas complètement.

Des journaux ont publié le résumé d'une conversation du Prince Impérial avec le Banquier Mendelsohn, et dont la conclusion était que la Bourse avait eu tort de s'alarmer: «l'Allemagne n'attaquera pas la France, et la France n'attaquera pas l'Allemagne» avait dit le Prince.

Dans la «Norddeutsche Allgemeine Zeitung» du 6 février, le chancelier a fait paraître ce démenti:

«Le «Berliner Tageblatt» a rapporté une affirmation que le Prince Impérial aurait donnée à M. le Conseiller privé de Commerce Mendelsohn.

Nous savons de bonne source que, dans ces derniers mois, il n'y a eu aucun entretien entre le Prince Impérial et M. Mendelsohn. L'incident en question ne peut donc se rapporter qu'à une conversation avec le Prince Impérial dont a été honoré, au dernier bal de Cour, un autre chef de la Maison Mendelsohn.

Dans cette conversation, il n'y a pas eu d'assertion, ni telle qu'elle a été rapportée, ni même analogue.»

La «Kölnische Zeitung» du 5 février avait déjà reçu de Berlin, sur ce même fait, une énergique réfutation qui s'appliquait

aussi à des paroles et à des opinions attribuées à l'Empereur et au Prince Impérial. — Elle s'exprime ainsi:

«Depuis quelque temps les feuilles progressistes se complaisent dans les nouvelles les plus extraordinaires, comme de mettre en contradiction le Prince Impérial avec l'Empereur, et de représenter le Prince Impérial, notre plus ancien Feldmaréchal, comme un adversaire du septennal.

Eugène Richter a donné le signal de cette campagne dans son journal, puis L'indépendance et le Matin se sont fait l'écho de ces nouvelles, enfin le Tagblatt de Berlin les a dépassés tous en publiant une nouvelle de Bourse d'après laquelle le Conseiller de Commerce Mendelsohn aurait raconté que le Prince Impérial lui aurait dit:

Je m'étonne de l'agitation de la Bourse: la France ne nous attaquera pas, et nous n'attaquerons pas la France.» — La même feuille ajoute à cette invention: aussitôt que cette nouvelle se fut répandue, un calme sensible s'est produit à la Bourse.

Nous sommes en mesure de déclarer ce bruit absolument sans fondement. Le Prince Impérial n'a fait aucune déclaration de ce genre, ni à M. Mendelsohn qu'il n'a pas vu depuis longtemps ni à aucune autre personne.

Nous sommes également en mesure de déclarer que le Prince Impérial est complètement pour le septennal et pour le développement de l'armée.

Un Correspondant du Standart a mis également dans la bouche de l'Empereur ces mots: «nous n'aurons pas de guerre.» Naturellement la presse progressiste a mis à profit cette assertion en l'opposant au projet militaire. — La «Post» s'est chargée de dire que non seulement l'Empereur n'avait point dit ces paroles, mais qu'elles étaient de la pure invention du correspondant susnommé.

Dans une réunion électorale, le Maréchal de Moltke a dit que l'état des choses était toujours très grave, et qu'il autorisait les assistants à faire connaître son opinion.

La «Norddeutsche Allgemeine Zeitung» du 7 février a rapporté cet incident.

Berlin, 11. 2. 1887.

La «Post» de Berlin du 8 février ramène encore l'attention sur la popularité que le général Boulanger s'est acquise par ses projets de revanche.

Le même journal publie le discours, que le Prince de Hohenlohe a prononcé le 9 février dans un dîner qu'il donnait au comité des Etats, à Strasbourg. — Il a dit:

«La situation, sans que, pour cela la guerre soit imminente restera critique aussi longtemps qu'en France l'opinion publique ne sera pas telle qu'on acceptera sans réserve l'état de choses créé par les traités internationaux. — Les populations d'Alsace-Lorraine ont, dans les élections, la meilleure occasion de se prononcer contre la guerre.

Aussi longtemps que les gouvernements confédérés et le peuple Allemand n'auront pas la conviction bien fondée que l'Alsace-Lorraine reconnait entièrement les stipulations du traité de Francfort, le pays ne peut espérer être mis sur le même pied que les autres Etats Allemands.»

Dans un récent numéro de la Gazette de Moscou, journal du Panslaviste Katkoff que l'Empereur protège, l'entente de l'Autriche avec l'Allemagne, et la politique du Prince de Bismarck ont été l'objet d'attaques très vives.

L'article a été transmis par le télégraphe à Vienne, où il a fait sensation. L'agence Wolf n'a pas été autorisée à le publier à Berlin, où il a été connu par les journaux.

Cette attaque de la gazette de Moscou pouvait faire croire que les amicales relations de St. Pétersbourg avec Berlin s'étaient refroidies.

Dans l'un de ses entretiens du 5 et du 6 de ce mois, dont j'ai déjà fait mention le chancelier a dit que l'Allemagne est toujours dans les meilleurs termes avec la Russie.

Le Czar venait d'écrire une lettre très affectueuse à l'Empereur Guillaume, en le félicitant du succès de ses efforts pour conserver la paix.

Il lui donnait l'assurance qu'il ne cesserait pas de seconder cette politique pacifique.

Le rejet de la loi militaire par le Reichstag, la dissolution de cette assemblée, l'agitation dont elle a été suivie, et les pré-

occupations de la politique extérieure ont été une succession d'épreuves pour la santé de l'Empereur Guillaume. — Elle s'est affaiblie. — Sa Majesté a dû s'épargner les fatigues du Bal de Cour du 4 février: Elle n'est pas rendue, le 7 de ce mois au bal de l'Ambassade d'Italie, et ce soir elle n'est pas venue au second Bal du Schloss.

Les ménagements permettent à l'Empereur de vaquer chaque jour à ses travaux et de faire une promenade en voiture.

19.

Graf Errembault de Dudzeele, Gesandter in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 18 février 1887.

La situation politique ne s'est pas sensiblement modifiée au point de vue russe depuis ma dernière communication.

De l'avis unanime du public russe, si les élections parlementaires de l'Allemagne sont favorables au Prince de Bismarck, l'éventualité d'une guerre franco-allemande n'aura pas disparue pour cela de l'horizon, mais si le Chancelier au contraire éprouve un échec, elle deviendra certaine. Du reste, le public croit ici tellement à la proximité de cette guerre, qu'on s'y préoccupe très sérieusement de l'attitude que la Russie devra observer si elle éclata. Or, les dispositions qui dominent dans le public ne sont rien moins que favorables à l'Allemagne et jamais la rancune du traité de Berlin ne s'est autant fait sentir qu'aujourd'hui.

Le *Nouveau temps* a si justement traduit le sentiment public dans son récent article à sensation sur les affaires franco-allemandes, que la teneur de cet article est devenue comme un mot d'ordre pour les autres journaux russes et leurs lecteurs. Surveiller attentivement les évènements qui se préparent sur le Rhin, ne s'en laisser distraire par quoi que ce soit et ne s'embarquer dans aucune aventure politique qui pourrait priver la Russie de sa liberté d'action quand viendra l'heure du conflit franco-allemand, — tel est le programme que s'est tracé l'opinion publique russe et qui paraît rencontrer un accueil

approbateur jusque dans les plus hautes sphères de la société. Les idées sont poussées à tel point dans cette direction qu'on juge devoir au besoin, ajourner même le règlement de la question bulgare et plutôt laisser celle-ci dans le *statu quo* que de s'engager à ce propos dans des complications avec l'Autriche-Hongrie et l'Angleterre. Il sera toujours temps, se dit-on, de revenir à la question bulgare, qui ne saurait être réglée d'une manière *définitive* sans le concours de la Russie, tandis qu'il importe avant tout pour celle-ci de ne pas se trouver prise au dépourvu par des évènements venant à se produire en Occident.

En somme, le public russe semble assez désireux de voir éclater la guerre franco-allemande et les journaux d'ici jettent, sans en avoir trop l'air, de l'huile sur le feu. Je crois cependant que le public obéit à des sentiments instinctifs plutôt qu'à des considérations raisonnées et qu'en définitive personne en Russie n'a une idée bien arrêtée du parti que l'on pourrait tirer des évènements. La seule chose qui se dessine bien nettement, c'est une antipathie pour l'Allemagne, un souvenir rancunier de 1878 et la compréhension de ce qu'on s'exposerait à un grave danger en permettant à l'Allemagne d'écraser de nouveau la France.

Telles sont, en résumé, les principales impressions du public russe en ce moment des aspirations, encore vagues, à une nouvelle politique et des hésitations sur la direction à lui imprimer, mais le ferme désir que cette direction ne soit pas favorable à l'Allemagne.

20.

Graf de Jonghe d'Ardoye, Gesandter in Wien.

Vienne, le 21 février 1887.

La situation de la question bulgare ne s'est pas modifiée dans ces derniers temps. Les pourparlers de la Porte avec M. Zankoff et les délégués bulgares n'ont produit aucun résultat appréciable. La Russie attend avant de s'engager plus sérieusement en Orient la tournure que vont prendre les événements

en Occident. L'on avait généralement cru qu'en lui laissant la main libre en Bulgarie et dans la Péninsule des Balkans l'Allemagne avait reçu en échange l'assurance qu'elle pouvait compter sur la passivité du Cabinet de St. Pétersbourg dans le cas d'une guerre franco-allemande. On commence à en douter, du moins en ce sens que, si le Czar ne chercherait pas à empêcher positivement le conflit, l'on croit qu'il serait décidé à le circonscrire dans d'étroites limites afin d'empêcher l'écrasement de la France qui menacerait aussi sa propre puissance et sa politique orientale.

Une correspondance de St. Pétersbourg adressée à la correspondance politique et reproduite par toute la presse, les articles du «Nord» de Bruxelles ainsi que le peu d'empressement que l'on témoigne sur les bords de la Neva à résoudre la question bulgare, comme aussi la conversation chiffrée que j'ai eu l'honneur de vous télégraphier, le 19 courant, montrent qu'en effet l'attention de la Russie est surtout dirigée en ce moment vers l'Occident et que, s'il y a des arrangements entre M. de Giers et le Prince de Bismarck, ces arrangements n'ont pas la portée qu'on avait cru devoir leur attribuer d'abord, et ne seraient point de nature à accorder à l'Allemagne cette entière liberté d'action sans laquelle on hésiterait peut-être à Berlin à se laisser entraîner par le parti militaire dans une guerre inévitable à ses yeux et qui pourrait, croit-il, se faire dans des conditions favorables qui ne se reproduiraient plus à l'avenir.

21.

Graf van der Straten Ponthoz, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 18 mars 1887.

Le séjour de M. de Lesseps à Berlin peut certainement avoir de bons résultats, mais il ne faut pas en exagérer l'importance.

Les relations que divers journaux ont publiées de ce voyage, et les révélations qu'ils attribuent à M. de Lesseps lui-même font croire que ce personnage est venu empêcher la guerre d'éclater

entre l'Allemagne et la France en trouvant la solution finale des différends qui ne cessaient pas de les exposer à s'attaquer.

En réalité la situation de la France vis-à-vis de l'Allemagne, et de l'Allemagne vis-à-vis de la France n'a pas changé.

La perte de l'Alsace et de la Lorraine est une cause permanente de danger pour les rapports pacifiques entre les deux Etats. Le chancelier l'a déclaré hautement dans le Reichstag. Il faudra peut-être un siècle pour que la France se résigne à sa mutilation, et pour que l'Allemagne s'assimile ses nouvelles provinces.

Cette agitation de la France excite les partis et donne accès à des influences étrangères.

L'Allemagne s'en est inquiétée tout récemment à l'occasion de la discussion du budget septennal de l'armée, et, pendant les élections des membres du nouveau Reichstag elle a donné à ses griefs contre la France un caractère dont toute l'Europe s'est alarmée.

Par un concours de circonstances qui ne sont pas encore bien connues, il est entré dans les convenances des cabinets de Berlin et de Paris, d'avoir une trève à la politique de récriminations et de menaces qui unisait aux deux Etats.

Du côté de la France, M. de Lesseps était la personne qualifiée tout spécialement pour accompter cette tâche. Etranger à tous les partis, il avait une notoriété qui l'autorisait à parler au nom de la France, sans mission spéciale de son Gouvernement. Pour être écouté à Berlin il lui suffisait des pleins pouvoirs dont il est investi par les grands intérêts de civilisation qui se rattachent à ses vastes entreprises et dont la paix est une condition de succès.

L'Empereur et le chancelier n'ont jamais mis en doute les dispositions pacifiques de M. Grévy et de son Gouvernement, dispositions dont M. de Lesseps est venu se porter garant. C'est du parti de la revanche qu'on se défie à Berlin. Si le Chauvinisme vient à démentir M. de Lesseps, sa visite à Berlin aura empiré la situation.

Je dois à une information très sûre la première confidence que M. de Lesseps a faite ici du résultat de ses démarches: «Je ne

serais pas venu à Berlin,» a-t-il dit, «moi, homme pacifique, si je n'avais pas été certain d'y trouver les mêmes dispositions. — J'ai dit à l'Empereur et au Prince de Bismarck: il y a eu un malentendu entre nous. On nous a attribué la pensée de rechercher des alliances; c'est faux. Nous voulons la paix. M. Grévy a encore sept années de présidence. C'est son septennal à lui. Il ne laissera pas dévier le gouvernement de la direction suivie jusqu'à présent.»

«L'Empereur et le Chancelier ont parfaitement reçu ces assurances. Ils m'ont dit que l'Allemagne ne voulait pas la guerre. Puisque la France ne la voulait pas non plus, une longue paix s'assurait entre elles.«

«J'ai encore démontré que l'alliance avec la Russie ne convenait pas aux intérêts de la France. J'avais mon armée d'ouvriers à Panama. Pendant leurs travaux les armées de la France resteront en repos.»

Les affaires d'Egypte ont toujours passé pour être la partie la plus importante de la tâche de M. Herbette à Berlin. Il était donc à croire que M. de Lesseps s'en occuperait dans ses entretiens avec le chancelier.

Je sais qu'il en a fait la tentative. Il m'a été confié qu'elle n'a pas réussi. Chaque fois que M. de Lesseps a touché à la question de l'occupation, le chancelier a éludé la réponse et il a rompu la conversation sur ce sujet. Il avait été très empressé d'échanger avec M. de Lesseps des assurances pacifiques, et des appréciations de politique générale. Quant à la discussion d'affaires spéciales, telles que l'occupation de l'Egypte, c'était, a dit le chancelier à l'un de ses confidents, avec l'Ambassadeur de France qu'il avait à les traiter, et non avec M. de Lesseps qui, après tout, venait sans mission du Gouvernement Français. Les affaires Egyptiennes se lient, pour la France à ses rapports avec l'Italie.

Dans ses épanchements intimes M. Herbette se plaint du Quirinal qu'il accuse de dispositions malveillantes et tracassières envers la France. Il lui fait un grief d'appuyer à Constantinople les négociations de Sir Henry Drummond Wolf.

Il est propable que le renouvellement du traité d'alliance

entre l'Italie et l'Allemagne aggrave les torts dont l'ambassadeur fait le reproche au Cabinet Italien.

Je ne puis pas encore affirmer la conclusion de ce traité. L'octroi de l'Aigle Noir au Comte de Robilant annoncé par le journal de l'Empire du 16 mars autorise à croire qu'il a été signé.

Il est vrai que le même journal du 17 mars semble vouloir prévenir cette induction à l'égard du traité en disant que le Comte de Robilant doit recevoir l'Aigle Noir le 22 mars, à l'occasion de l'anniversaire de la naissance de l'Empereur, et que la mention du journal du 16 mars est prématurée.

Il vient de m'être confié que M. de Keuddel, ambassadeur d'Allemagne au Quirinal s'est blessé de n'avoir pas été chargé de négocier le renouvellement de l'alliance. Ce serait la cause de sa demande de démission annoncée depuis trois jours. On parle aussi d'outrages que la populace de Rome a faits à l'Ambassadeur à sa sortie du palais du Roi.

Le nouveau traité dont les clauses ne seront sans doute pas publiées, excitera des soupçons qui alimenteront une polémique de rancune et de menaces dans la presse Allemande, Française et Italienne.

Les assurances de M. de Lesseps n'ont pas étouffé la disposition des journaux à fomenter les rancunes internationales. Elle se manifeste dans un article de la «National-Zeitung» du 17 mars dont voici la traduction.

«Cette partie de la presse parisienne qui excite systématiquement l'animosité contre l'Allemagne, n'a pas manqué d'expliquer avec perfidie l'accueil si chaleureux que M. de Lesseps a reçu à Berlin. Son but était d'affaiblir la bonne impression que cette visite a dû faire, et d'empêcher le rapprochement, pourtant si désirable pour les deux pays, qui pourrait en être la conséquence.

Cette attitude n'aurait rien d'étonnant et il ne vaudrait pas même la peine de s'y arrêter, s'il n'était pas à remarquer que les exaltés de Paris sont soutenus dans cette circonstance par leurs dignes collègues de Pétersbourg et de Moscou.»

Au moment où le départ de M. de Lesseps pour Berlin fut connu, le Figaro publia une «correspondance» émanant d'un

haut personnage Russe». L'on dévoilait les noirs projets de l'Allemagne contre la France, et l'on mettait les Français en garde contre les semblants d'amabilité qui, venant de l'Allemagne devaient être considérés comme les avant-coureurs de la guerre.

Plusieurs de journaux n'ont pas manqué de rappeler cette correspondance en publiant les détails de l'accueil si aimable que M. de Lesseps a reçu dans la capitale de l'Empire.

Il est certain que dans les sphères gouvernementales Françaises, on ne s'est expliqué cet accueil si chaleureux qu'en supposant que l'Allemagne avait pour but d'enlever à la Russie l'alliance de la France.

On a reproché doucement à M. de Lesseps de s'être prêté à cette manœuvre, et M. Herbette a été pris vivement à partie comme organisateur du voyage. En même temps les journaux exprimaient l'espoir que le Czar ne retirerait pas son appui à la France à cause de cet incident.

Mais, ce qui est le couronnement de tout ceci, c'est la nouvelle publiée par l'agence havas dans une dépêche datée de Moscou, et rédigée comme suit:

«Nous apprenons de bonne source que le Prince de Bismarck, cherche à séparer la France de la Russie afin de réduire les deux Puissances à l'isolement. Dans ce but, le chancelier aurait adopté le plan suivant: pendant que l'on soumettrait à Berlin à M. de Lesseps des projets plus ou moins séduisants l'Autriche se chargerait, sur un signe de l'Allemagne de sonder le terrain à Pétersbourg afin d'arriver à une délimitation des sphères d'action Russes et Autrichiennes dans la presqu'île des Balkans. — La Bulgarie rentrerait dans la sphère Russe et la Serbie dans celle de l'Autriche.

On est persuadé que la Russie ne se prêtera pas à cette combinaison.

L'on est d'avis que la France fera bien de montrer également la plus grande réserve si on lui donnait des espérances à Berlin — ainsi qu'on l'assure — au sujet d'un remaniement de la carte de l'Europe Centrale.»

Dans un entretien que j'ai eu le 19 de ce mois avec le Comte de Bismarck, je me suis inspiré de votre dépêche du 12 mars,

Nr. 77, d'ordre A, 3414 pour lui rappeler comment le Gouvernement du Roi comprend les obligations et les droits inhérents à la neutralité de la Belgique. Le Comte de Bismarck a reconnu que c'était parfaitement correct.

Mon rapport du 4 mars Nr. 183/126 vous a mandé «que le Prince de Bismarck voyait avec satisfaction les mesures prises par le Gouvernement Belge pour renforcer son état militaire et le projet de fortifier les passages de la Meuse.»

Il vient de m'être affirmé que tout récemment le Prince a exprimé de nouveau cette approbation des moyens par lesquels la Belgique entend assurer le respect de sa neutralité.

22.

Graf Errembault de Dudzeele, Gesandter in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 28 mars 1887.

La Gazette de Moscou vient d'attaquer avec une violence sans précédent en Russie la politique germanophile du Ministre des Affaires Etrangères et de blâmer hautement la publication du récent communiqué relatif à la conduite des consuls d'Allemagne en Bulgarie. Non seulement M. Katkow critique ce document comme compromettant la dignité nationale, mais il déclare encore qu'il était contraire à la politique personnelle du Czar, qu'il y avait divergence entre cette politique, ayant souci des intérêts russes, et celle du Ministre des Affaires Etrangères, qui sert les intérêts allemands. Or, comme l'organe de M. Katkow passe pour refléter la pensée intime de l'Empereur et du tout puissant Comte Tolstoi, Ministre de l'Intérieur, l'opinion publique est dans une extrême perplexité en l'entendant contredire ouvertement le *Messager Officiel*; elle est en partie déroutée dans ses suppositions sur la conduite politique du Gouvernement russe et ne sait plus à quoi conclure. Va-t-il abonder dans le sens germanophile ou francophile? Renouvellera-t-il ou non la triple alliance qui est sur le point d'expirer? Se propose-t-il d'agir prochainement sur le terrain international ou veut-il conserver longtemps encore son impassibilité

actuelle? Ce sont là autant de questions qu'il restera impossible de résoudre tant qu'on ne saura pas lequel doit l'emporter des deux courants représentés par M. M. de Giers et Katkow. Cette perplexité s'augmente encore du fait que le comte Tolstoi se trouve actuellement à Moscou qu'il y voit M. Katkow, homme de son bord, et que la *Gazette de Moscou* vient de publier, après son grand article demeuré sans démenti, un second article réitérant les mêmes conclusions et conçu dans des termes très favorables à la France, très hostiles à l'Allemagne, article qui persiste à déclarer la politique du Czar différente de celle de sa diplomatie. On prétend que le Comte Tolstoi s'efforcerait de concilier les deux courants, mais on ajoute qu'il soutient peut-être plus ou moins directement l'éminent publiciste moscovite. On parle aussi beaucoup à St. Pétersbourg d'un communiqué que M. de Giers aurait obtenu la promesse de voir publier dans le *Messager Officiel* pour condamner le langage de M. Katkow, mais les partisans de celui-ci emploient tout leur crédit à conjurer l'apparition de ce désaveu. Peut-être se bornera-t-on par conséquent, à un avertissement personnel et secret. On ne saurait se dissimuler d'ailleurs qu'il serait assez risqué, au point de vue politique d'infliger un blâme public à M. Katkow après la campagne qu'il vient de faire en faveur de la France contre l'Allemagne, car, en donnant satisfaction à cette dernière, on s'expose à mécontenter sérieusement la première et cela sans être bien sûr de produire l'effet pacifiant voulu, grâce au souvenir encore présent dans tous les esprits de l'approbation que M. Katkow a constamment rencontrée en haut lieu et qui s'est tour à tour traduite par une grande tolérance à l'égard des sorties de la Gazette de Moscou, par des réceptions particulièrement flatteuses à Gatchina et récemment encore par l'octroi de l'ordre supérieur de St. Wladimir, que M. Katkow a reçu à titre de publiciste. Tous les journaux russes, sans distinction de partis soutiennent cette fois M. Katkow dans l'intention bien évidente d'empêcher le renouvellement de l'alliance des trois Empires qui est sur le point d'expirer.

23.

Graf van der Straten Ponthoz, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 1er avril 1887.

Depuis deux jours l'Empereur est convalescent d'une assez forte attaque de l'affection néphrétique dont il souffre périodiquement. Un rhume, l'inflammation d'un œil et les fatigues de la célébration de l'anniversaire du 22 mars aggravaient l'état de santé de Sa Majesté. Hier déjà, l'Empereur a pu travailler avec le chef de son Cabinet militaire. Il a reçu divers rapports et il y a eu un dîner de 24 Couverts au Palais.

Une conférence du Grand-Duc Wladimir de Russie avec le Prince de Bismarck est probablement le fait le plus important de ce qui s'est passé à Berlin pendant la réunion des Notes reçues par l'Empereur à l'occasion du 90e anniversaire de sa naissance.

Cette conférence a duré plusieurs heures. Il m'a été confié que le Grand-Duc a donné au chancelier l'assurance que la politique du Czar est toute pacifique et qu'elle restera dans cette voie. La cordialité des relations entre les deux Cours ne doit pas être atteinte par les attaques que certains journaux russes dirigent contre l'Allemagne.

L'influence de M. Katkoff sur le Czar est enveloppée de mystère. Il semble probable que l'Empereur Alexandre, encore jeune Grand-Duc, et avant d'être l'héritier présomptif de la Couronne, s'est lié très étroitement avec M. Katkoff, le panslaviste et l'ennemi déclaré de l'Allemagne. Dans cette intimité il a pu être pris des engagements d'une nature telle qu'il serait dangereux d'en provoquer la révélation en rompant ouvertement avec le Confident qui en est le dépositaire.

Quelle que soit la valeur de cette explication de l'ascendant de M. Katkoff sur le Czar et de son arrogance vis-à-vis du parti Allemand de l'Allemagne, il est certain qu'il se trouve engagé contre M. de Giers dans une lettre qui touche à sa cride.

Le Comte Schouwaloff, ambassadeur de Russie, est parti hier soir de Berlin pour St. Pétersbourg. — Il possède la confiance de son Souverain. Il est dévoué à l'alliance de la Russie avec

l'Allemagne. Son voyage paraît motivé par la nécessité de mettre cette alliance à l'abri des veinérités(?) du parti dont M. Katkoff est le chef.

Des dépêches de Bulgarie annoncent depuis quelques jours le projet de ramener le Prince de Battenberg à Sofia. Peu d'attention était donnée à cette idée de restauration. — Il m'a été assuré que la Reine d'Angleterre ne l'a pas abandonnée et qu'à Berlin, la Princesse Impériale a profité de la présence de l'archiduc Rodolphe pour intéresser le Cabinet de Vienne au rappel du Prince.

Il ne restera bientôt plus que le souvenir des bonnes impressions faites à Berlin par les assurances pacifiques de M. de Lesseps.

L'administration de l'Alsace-Lorraine rencontre des obstacles dont le Chauvinisme français est responsable. Les récentes élections des députés au Reichstag ont engagé la presse de Paris dans le conflit des autorités allemandes en Alsace et en Lorraine avec le corps électoral. — Ces provinces vont être soumises à un plus rigoureux système d'assimilation germanique. Les mesures de ce régime ne manqueront pas de provoquer à Paris une recrudescence des attaques de la presse de la Revanche.

C'est dans ces circonstances que le journal «la France» a publié vu l'anniversaire de la naissance de l'Empereur Guillaume un article dont la «Norddeutsche Allgemeine Zeitung» a fait la mention qui suit:

«On peut juger par l'extrait suivant d'un article de «La France» de l'esprit qui règne dans les cercles français soi-disant «patriotiques»:

«Nous n'oublierons jamais que c'est à nos dépens que l'Allemagne s'est élevée à sa puissance actuelle.

Nous songeons à la catastrophe de 1871, aux menaces perpétuelles que l'Allemagne adresse à la France, aux persécutions honteuses dont nos Compatriotes Alsaciens-Lorrains sont l'objet.

C'est ce qui nous inspire les sentiments sous l'empire desquels nous assistons comme spectateurs à la représentation que l'Allemagne donne au monde à l'occasion du 90e jour de nais-

sance de son Empereur. — Pour nous, le nom de l'Empereur Guillaume est synonyme de sang, de vol et de meurtre; il ne nous rappelle d'autres souvenirs que la défaite de notre parti, l'immolation de nos soldats, le vol brutal de 2 de nos provinces.» — «Ces souvenirs suffisent pour remplir notre cœur; nous n'infligerons donc pas à nos lecteurs les descriptions des festivités par lesquelles l'Allemagne a célébré le 22 mars 1887.«

«En signalant ces insolences du journal français, nous n'avons point l'intention de les critiquer, mais seulement de les ajouter aux documents nombreux qui porteront un jour témoignage du calme et de la patience avec lesquels l'Allemagne a supporté de longues années de la part de la France, les outrages et les provocations les plus éhontés.»

Le 28 mars, je le sais confidentiellement de très bonne part, le Prince de Bismarck a exprimé la répulsion que lui causaient de telles indignités publiées contre l'Empereur. «C'était intolérable», a-t-il dit; «il avait fallu y répondre pour empêcher qu'en France on ne crut intimider l'Allemagne avec de semblables insolences.»

De son côté, M. Herbette s'est plaint à des confidents Allemands de la qualité de l'admonestation du journal officieux. Il juge qu'au lieu de cette publicité il eut même valu s'adresser à lui. Mais il lui a été répondu qu'il reconnaissait lui-même l'impuissance de son gouvernement à empêcher de telles attaques. C'était donc ailleurs qu'avait dû aller l'avertissement de la réponse.

Des journaux étrangers, entre autres «L'Etoile» de Bruxelles et «La Meuse» de Liége ont emprunté au «Berliner Tageblatt» des paroles que le chancelier devait avoir prononcées à son dîner diplomatique du 22 mars, en répondant au Comte de Launay, ambassadeur d'Italie. Le Chancelier aurait dit: «La paix est complètement assurée.»

«L'Allemagne poursuit une politique absolument pacifique. L'année 1887 sera une année de paix; il n'y a aucune cause d'inquiétude, ni à l'Est, ni à l'Ouest.»

Le «Tageblatt» a été mal informé.

Comme le constate mon rapport du 25 mars N°s. 257/179, en buvant à la santé des Chefs d'Etats, le Chancelier leur a sou-

haité la longévité de l'Empereur Guillaume, et il n'a fait aucune allusion à la politique.

En ce moment, la meilleure garantie de la durée de la paix se trouve dans le renouvellement de l'alliance entre l'Allemagne, l'Italie et l'Autriche.

L'octroi de L'Aigle Noir au Comte de Robilant a été une première révélation de la conclusion de ce traité, destiné comme son prédécesseur à rester secret. Le Duc d'Aoste semble avoir voulu en confirmer l'existence. . . .

En retournant en Italie, S. A. R. s'est rendue de Berlin à Cassel pour dîner dans cette garnison avec les officiers du régiment de Hussards dont l'Empereur l'a nommé Commandant. Le Prince, en répondant à la santé que lui avait portée le Colonel a bu à l'Empereur Guillaume, *l'ami et l'allié* de l'Italie.

Le Gouvernement Italien avait demandé que le renouvellement du traité fût négocié à Berlin. C'était sans doute un désir du Chancelier et du Comte de Bismarck. Il en résulta quelque froideur dans les rapports de M. de Keudell, ambassadeur d'Allemagne, au Quirinal, et le Département Impérial des Affaires Etrangères.

Pendant les dernières élections, M. de Keudell fit une apparition à Berlin. Il avait pu s'assurer que le Cte de Bismarck avait à son égard des dispositions d'indifférence très marquées. Il crut que sa position à Rome se raffermirait par une demande de démission qui ne serait pas acceptée.

Il s'est trompé et ses amis regrettent la précipitation de sa démarche. Suivant le désir qu'il en a exprimé, il pourra rester à son ambassade jusqu'au mois de mai son successeur n'est pas encore désigné.

En même temps qu'il traitait avec le Quirinal, le Chancelier travaillait à conclure une pacification religieuse avec le vatican.

MG^{r} Galimberti, envoyé à Berlin par le St. Père pour l'anniversaire du 22 mars, fut comblé d'attentions à la Cour Impériale.

Le Chancelier, MG^{r} Galimberti et MG^{r} Kopp ont conféré pour arriver à une entente sur les amendements . . . .[1]) subir au

---

[1]) Unleserlich.

projet de loi ecclésiastique soumis alors à la Chambre des Seigneurs.

Quoique les votes de cette Chambre n'aient pas réalisé tous les désirs des Catholiques, les deux prélats ont jugé qu'il fallait recevoir les Concessions du Gouvernement et de la Chambre comme préliminaires d'une pacification complète.

MG^r Galimberti a dit qu'il retournait à Rome avec cette confiance.

Le projet de loi voté dans la Chambre des Seigneurs a été transmis à la Chambre des Députés. C'est après les résultats de la discussion de cette Chambre que la loi pourra être jugé en même temps que la position faite au Centre et à M. Windthorst, son chef, par la liberté d'action qu'ils se sont réservée vis-à-vis du . . . . .[1])

Lord Roseberry, de retour des Indes, est arrivé de Vienne à Berlin. Il a été reçu en ami par le Comte de Bismarck et chez le Chancelier. Il est déjà parti pour Londres.

24.

Baron Solvyns, Gesandter in London.

Londres, le 24 avril 1887.

J'ai l'honneur de vous faire part des appréciations que j'ai entendu énoncer, sur les conséquences auxquelles pourrait donner lieu l'arrestation du commissaire de police Schnaebele par les agents de l'Autorité allemande.

«Cette difficulté ne tardera pas à être aplanie, mais l'émotion qu'elle a produite, montre combien les relations entre la France et l'Allemagne laissent encore à désirer. Tant que le Général Boulanger sera au pouvoir ou plutôt, tant que le public français ne renoncera pas à faire parade de sentiments dont le Général est, en quelque sorte, l'expression, des bruits de rupture entre les deux pays éclateront au moindre incident. Les Français n'ont aucune intention sérieuse d'attaquer, et cela par suite

---

[1]) Unleserlich.

de leur conviction intime que, s'ils attaquaient, ils seraient vaincus, et qu'une nouvelle défaite serait bien plus désastreuse que la catastrophe de 1870. D'un autre côté un amour-propre fort naturel leur commande de chercher à se persuader et surtout de faire croire aux autres qu'ils sont prêts à la lutte et sûrs de la victoire. Si le Général Boulanger est l'idole du jour, c'est qu'il encourage cette tendance dont s'accomode si bien la vanité nationale. Ce jeu pourrait à la longue devenir dangereux, n'était la ferme volonté du peuple français d'éviter la guerre à tout prix, s'il était sérieusement mis en demeure de se prononcer.»

25.

Graf Errembault de Dudzeele, Gesandter in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 13 mai 1887.

Je crois savoir que le gouvernement russe, quoique regrettant l'incident soulevé par la polémique de la *Norddeutsche Zeitung* avec les organes officieux Austro-hongrois au sujet de la prétendue entente Austro-russe concernant la Bosnie et l'Herzégovine, est résolu à laisser les partis se quereller entre elles sans intervenir dans le débat.

Les rapports avec l'Allemagne, un moment assez tendus, se sont améliorés dans ces derniers temps aussi bien par suite de l'attitude observée par le cabinet de Berlin vis-à-vis de la Russie que par la conviction réciproque qu'une bonne intelligence entre les deux pays est le meilleur moyen de garantir la paix européenne. Ces bonnes relations n'empêcheront toutefois pas le Gouvernement russe de persister dans sa résolution de ne plus renouveler l'alliance avec l'Allemagne et l'Autriche, ainsi que de s'opposer, le cas échéant, à tout écrasement de la France, considérant cette puissance comme un contrepoids indispensable en Europe.

Les journaux russes avaient trouvé que les déclarations pacifiques du premier discours de M. Goblet étaient poussées à l'extrême et manquaient de dignité, mais ils se sont montrés

satisfaits de l'entendre dire ensuite dans son second discours du Havre que les sentiments pacifiques de la France n'ont nullement pour cause la conscience d'une faiblesse militaire de ce pays. Les feuilles russes félicitent d'ailleurs la France de sa prudente politique, qui seule peut lui garantir, disent-elles, la continuation des sympathies de l'Europe.

26.

Baron Beyens, belgischer Gesandter in Paris.

Paris, le 21 mai 1887.

Il peut n'être pas sans intérêt, ne fût-ce qu'à titre de curiosité d'appeler votre attention sur la publication dans Le Figaro de dépêches échangées, en 1875, entre le Duc Decaze et le Général Le Flo.

Il est inutile d'insister sur l'inconvenance de ces révélations: voilà un ancien Ambassadeur qui se permet de divulguer «des pièces que l'Etat» comme le fait maladroitement remarquer le Journal, «a le droit de réclamer, après sa mort et de garder secrètes» — et le journal, qui ne cesse de prêcher une extrême circonspection choisit le moment actuel pour une publication de nature à encourager précisément les imprudents, en accentuant les dispositions amicales de la Russie, déjà trop exploitées et contre lesquelles lui-même a souvent mis en garde ses lecteurs: mais il faut, à tout prix, servir de nouveau à la clientèle et rendre le plus de numéros possible — c'est invariablement le premier mobile de la presse: peu importe que les documents puissent amener des polémiques fâcheuses, et en tout cas montrer à Pétersbourg l'inconvénient de la manifestation de sympathies pour la France.

Quant aux négociations en elles-mêmes, leur importance et leur résultat semblent assez exagérés — le Duc Decaze, le Prince Gortschakow et le Général Le Flo se font valoir à qui mieux dans les correspondances; et, aujourd'hui encore l'ancien Ambassadeur consacre son propre éloge en terminant puérilement ses confidences par la lettre d'envoi de l'Ordre

de St. André: en ce qui concerne le Ministre des Affaires Etrangères de France, il a rempli un devoir en invoquant l'appui de la Russie, mais il ne lui serait jamais venu à l'idée d'initier le public à des pourparlers qui, en fin, constituent, légitimement au fond, mais trop explicitement dans la forme, une «demande de secours»: il s'est borné à laisser entrevoir les choses et à s'en assurer, en termes généraux, le mérite dans le monde politique. Je crois pouvoir ajouter qu'en réalité le Duc Decaze ne s'est pas exagéré la portée des démarches de la Russie et qu'il a attribué à la seule volonté de l'Empereur de l'Allemagne le maintien de la paix — l'Angleterre et la Russie ont assurément exercé une action morale contre les velléités — réelles ou présumées — du Prince de Bismarck: mais le Duc Decaze a toujours, à part lui, paru croire que les résolutions pacifiques du Souverain n'avaient pas besoin d'être stimulées: ce qui, plus que toute intervention a été de nature à faire impression, c'est l'attitude du Ministre des Affaires Etrangères déclarant, dans ses entretiens avec les diplomates, que, devant une agression brutale, la France renoncerait à une lutte matériellement impossible, que l'armée se retirerait sur la Loire et qu'on laisserait l'Europe juge d'une monstrueuse atteinte au droit des gens.

Si le Grand Chancelier a réellement formé, en 1875 le projet d'une agression contre la France, il a dû regretter plus d'une fois, et il doit surtout regretter aujourd'hui, de n'avoir pas le réalisé. Aucune Puissance n'était, sinon désireuse, du moins prête à s'y opposer par la force; et pour la Russie en particulier, on peut remarquer une extrême réserve au fond des sympathies qu'elle exprimait. Quant au procédé, sa brutalité eût été colorée par la déclaration qu'il ne s'agissait pas d'une guerre, mais de sûretés à prendre contre la revanche, ainsi que le constate le Général Le Flo: assurément, la réprobation eût été unanime et l'hostilité se fût accrue de plus d'un côté, mais il ne semble pas que cette pensée puisse contrebalancer chez le Prince de Bismarck le relèvement de la France et la gravité de la situation générale actuelle.

27.

Baron Beyens, Gesandter in Paris.

Paris, le 25 mai 1887.

J'ai l'honneur de vous accuser réception de votre dépêche du 21 de ce mois D^{tion} A. No. 2470 d'ordre 591[1]).

Si comme vous le faites observer l'appréciation des discours de M. Goblet n'a plus d'intérêt, il n'en est pas de même de l'information d'une attitude décidée de la Russie qui montrerait la résolution de s'opposer à l'écrasement de la France: Non pas que cette politique ne doit naturellement indiquer au fond, mais, parce que jusqu'ici on n'a guère pu en constater une expression assez nette — vous signalez d'ailleurs, que la presse russe n'en continue pas moins à recommander la prudence: et c'est de quoi il semble que par moment on tende à se départir ici.

Je dois dire qu'à l'Ambassade de Russie rien n'a jamais justifié une suffisante confiance dans une entente: non seulement la resérve était extrême: mais le langage de l'Ambassadeur était même emprunt de peu de sympathie: dès son arrivée il a affecté, en toute occasion, de rapporter au Cabinet de Paris l'antagonisme des principes, la répulsion du Czar pour toutes les faiblesses envers les révolutionnaires et ses griefs résultant de tant d'incidents depuis l'insulte de M. Floquet jusqu'au rappel du Général Appert en passant par l'attentat de Béré-sovski et la grâce de Kapotkin — il insistait toujours sur la difficulté d'un accord sérieux entre le Czar et une république trop avancée — cette attitude était si marquée qu'à la grande réception de l'Ambassade c'est à peine si l'on voyait quelques rares hommes politiques français: le Faubourg St. Germain y tenait toute la place: deux détails sont d'ailleurs caractéristiques: l'Ambassadeur n'a connu le Général Boulanger qu'il

[1]) In diesem als vertraulich bezeichneten Schreiben hatte der belgische Minister den Baron Beyens von dem Inhalt des Berichtes aus Petersburg vom 13. Mai 1887 (Anl. 25, S. 191) in Kenntnis gesetzt und hinzugefügt: «Je n'ai pas cru devoir vous laisser ignorer les appréciations bien qu'elles aient perdu de leur intérêt depuis la chute du Ministère français.»

y a trois mois environ.par hasard, sans présentation officielle, et à point nommé pour qu'il pût être convié au dîner diplomatique du Ministère de la Guerre; d'autre part le Baron de Mohrenheim n'a pu invité chez lui à la fin de mars, le Directeur politique des Affaires Etrangères, parce qu'il ne s'était jamais fait présenter; et il est probable qu'il ne le connaît pas encore à l'heure qu'il est il s'en plaignait vivement.

Sans doute ce sont là des faits secondaires: mais leur ensemble implique de part et d'autre l'absence d'un étroit rapprochement: il n'est pas besoin d'ajouter que, dans ces temps, pendant le passage aux affaires de M. Flourens il n'a pu être question de rien sérieusement: sa prudence excessive, sa passivité en sont garantes; il aurait redouté la moindre démarche de nature à effaroucher l'Allemagne fort problématiquement d'un succès à Pétersbourg.

C'est là pourtant qu'est le nœud de la situation générale; et l'on comprend l'importance que l'on attache au point de vue à l'avènement d'un Cabinet Floquet: si sa formation déjà douteuse — se réalisait, elle serait assez significative: il faudrait, en effet, de sérieux motif pour que le Czar permit à son ambassade de nouer avec cette personnalité politique des rapports qui lui ont été interdits jusqu'ici: il est bien vrai que le Baron de Mohrenheim a laissé entendre à l'occasion, qu'un cabinet, dans lequel M. Floquet aurait un portefeuille autre que celui des affaires étrangères, ne serait pas une gêne: mais cette sorte de pis aller ne saurait s'appliquer au cas de M. Floquet, président du conseil avec lequel les relations seraient formées: quoi qu'il en soit, si le Président de la Chambre échoue, comme on l'annonce, dans la formation d'un ministère, on ne saura peut-être jamais bien la vérité sur un point que l'ambassadeur de Russie n'aura pas à aborder.

Cette lettre, déjà assez dépourvue d'intérêt, n'en aura plus aucun, si M. Floquet ainsi qu'on l'assure renonce à sa mission après tant d'autres depuis huit jours.

De cette mêlée confuse et de cet affolement générale il n'y a pas grand'chose à dire: sans se perdre dans les discussions de groupes et de sous-groupes dans la question des ambitions

de plusieurs, de l'irrésolution des chefs et de l'incohérence de tous, il faut, je crois, s'en tenir à ce que l'on est fondé à croire résolu dans l'esprit du Président de la république: pas d'expériences avec M. Clémenceau vaines devant la Chambre actuelle, et ne pouvant être tentées qu'en essayant d'une dissolution dont M. Grévy ne veut pas et le Sénat non plus sans doute; dissolution qui, d'ailleurs tout en condamnant M. Clémenceau, ne donnerait de majorité à aucun parti — pas de risque de froisser l'Allemagne par le maintien du Général Boulanger donc ne courir aucun avantage et vivoter à l'Elysée, avec le moins de secousses possibles — il est donc permis d'augurer un cabinet panaché et incolore genre Duclerc auquel, de guerre lasse on accorderait d'avance une certaine durée — comme on l'a fait pour le Ministre Goblet — et qui s'efforcerait de réaliser des économies et des réformes, les unes et les autres, dans une mesure modérée: on viserait — à sa chute — la possibilité d'une rentrée de M. de Freycinet qui reste toujours le favori de la Présidence.

Il faut bien reconnaître pourtant cette contradiction du Président d'avoir mis en campagne M. Floquet qui gardait le Ministre de la Guerre: mais on veut n'y voir qu'un jeu de M. Grevit qui est infiniment plus retors qu'on ne crois — si au contraire, il a eu réellement la velléité de changer de résolution sur le point capital on ne saurait sans rendre compte: vouloir le mardi un cabinet avec le Général Boulanger et chercher le mercredi à en former une sans lui, c'est chose qui défie toute explication.

Le renvoi du Ministre de la Guerre, personnalité très surfaite mais armée d'une popularité factice malsaine, pourra provoquer de fâcheux incidents de second ordre déterminer les attaques violentes des pires journaux et les cris de quelques milliers de braillards, dont on aurait aisément raison mais son maintien sera un danger du côté de l'Allemagne, une force énorme pour lui, un encouragement à la populace et la certitude d'ovations sans cesse répétées qui, en des occasions comme celles de la revue du 14 juillet, par exemple, parvinrent avoir de périlleuses conséquences pour l'Intérieur et l'Extérieur: entre ces deux alternatives, on persiste à croire que le Président n'hésitera pas.

Mais ce sont toutes réflexions en l'air — ce qui sortira finalement de ce gâchis, il est impossible de le prévoir.»

28.

Graf Errembault de Dudzeele, Gesandter in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 2 juin 1887.

M. de Giers est parti hier avec sa famille pour aller passer l'été en Finlande, à la campagne, à dix heures de chemin de fer de St. Pétersbourg. S. E. viendra tous les mardis à Péterhof, où l'Empereur établira prochainement sa résidence, et y restera jusqu'au jeudi. Le Ministre des Affaires Etrangères de Russie, quoique ne s'exprimant qu'avec circonspection au sujet de la convention Anglo-turque, donne suffisamment à entendre qu'elle ne rencontrera pas l'adhésion unanime des puissances et que la Russie n'est pas disposée à l'accepter. La presse russe ne se fait pas faute de s'en montrer également très mécontente et la *Gazette* (russe) de *St. Pétersbourg* disait hier que si la Porte n'est plus en état de repousser les exigences de l'Angleterre, il est à craindre qu'elle n'en arrive à confier un jour à cette puissance la garde même des Dardanelles et que, par conséquent, la Russie doit chercher des compensations à semblables concessions de la Turquie. Le même journal disait encore que les victoires des Ghilzais sur les troupes Afghanes devraient inspirer au gouvernement russe la pensée d'utiliser la sympathie dont le Prince Dolgorouky paraît jouir auprès de la Cour Persane pour obtenir que celle-ci facilite le renversement de l'Emir Abdourrahman par Egoub-Khan.

Il paraît, d'après ce qu'on me dit, Prince, que le véritable motif de l'arrivée à St. Pétersbourg du Comte Paul Schouvalow commence à se dessiner. On m'assure confidentiellement qu'à la suite de communications qu'il aurait faites et de documents apportés par lui de Berlin, ordre a été donné par l'Empereur d'exclure immédiatement du service le général major Bogdanovitch et de destituer le Sénateur Labourow, ancien Ambassadeur de Russie près la cour d'Allemagne. Le général Bogdano-

vitch, qui a appris sa destitution tout à coup par la seule voie du journal, aurait été l'objet de cette mesure parce qu'on l'accuse d'avoir travaillé pendant son récent voyage à Paris à la conclusion d'une alliance franco-russe et M. Labourow se trouverait compromis pour avoir, dit-on, fourni à M. Tatistchew les documents que celui-ci a publiés dans la gazette de Moscou sur les affaires de Bosnie et d'Herzégovine. Sa destitution néanmoins n'est pas encore officielle et peut-être pourra-t-on la conjurer mais c'est très douteux.

On raconte que M. Katkow, qui est en ce moment à St. Pétersbourg, veut adresser au sujet de ces évènements un mémoire à l'Empereur et, si sa démarche échoue, publier dans la gazette de Moscou un grand article à sensation et fermer ensuite son journal.

On parle aussi de la prochaine retraite de M. Cyon, *directeur de la Nouvelle revue*, qui venait d'être admis au service du ministère des finances pour traiter, parait-il une grosse affaire à Paris.

Tout cela ne serait-il pas le prélude peut-être d'un rapprochement plus intime entre la Russie et l'Allemagne.

P. S. Le projet du ministre des Finances, que j'ai mentionné dans un précédent rapport, concernant les taxes énormes à établir sur les passeports a été rejeté par le conseil de l'Empire. Les Russes se rendant à l'étranger paieront simplement un passeport semestriel dix roubles au lieu de cinq.

29.

Graf Errembault de Dudzeele, Gesandter in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 6 juin 1887.

On parle beaucoup en ce moment du projet qu'aurait formé le général Boulanger de faire un prochain voyage à St. Pétersbourg.

Ce projet, s'il existe réellement, est certainement de nature à flatter les amis de la France, à réjouir les ennemis de l'Allemagne et à séduire en général tous les gens à l'affût de complications quelconques. Les uns comme les autres voudraient,

sans doute, faire à l'ex-Ministre de la guerre une réception chaleureuse, organiser un banquet en son honneur avec force discours, mais il est plusque probable que cet élan rencontrerait des entraves de la part du gouvernement.

L'élément militaire en tout cas ne prendrait aucune part à ces démonstrations éventuelles, car l'administration compétente ne manquerait pas de donner des ordres en conséquence, comme on l'a fait l'année dernière à l'égard de M. Paul Deroulède en interdisant aux officiers d'assister au banquet que lui offrait la presse russe. Les journaux aussi seraient sans doute mis en demeure de modérer leur langage et quant aux personnages officiels, ils seraient apparamment rendus prudents par la mésaventure que vient de coûter au Général Bogdanovitch sa trop bruyante campagne en faveur de l'alliance franco-russe.

J'ai causé de tout cela, Prince, avec des personnes ayant des attaches avec le gouvernement et je les ai trouvées dans l'idée que si la France n'a pas perdu les sympathies de la Russie elle a du moins ébranlé dans ces derniers temps sa confiance par de trop fréquents revirements politiques. Ne se sentant pas sûr avec elle du lendemain, on est naturellement obligé d'imposer silence aux sympathies et d'observer une prudente réserve. Bon gré, malgré, on doit conserver la plus grande courtoisie vis-à-vis de Berlin pour ne pas s'aventurer dans quelque situation risquée où la Russie pourrait se trouver inopinément isolée. D'autre part, l'Empereur Alexandre III veut sincèrement le maintien de la paix et comme tout nouveau pas de la Russie vers la France, compromettrait cette paix en alarmant et irritant l'Allemagne, le gouvernement russe s'abstient de donner une forme concrète aux tendances actuelles de rapprochement des nations russes et françaises. Des sympathies exprimées avec réserve, une concordance satisfaisante dans les vues de politique internationale sont tout ce que la Russie peut sans danger pour elle-même en faveur de la France. Aussi faut-il prévoir que si le Général Boulanger mettait à exécution son projet de voyage en Russie, il n'y rencontrerait qu'un accueil de sympathique voyageur de la part des journaux russes et de quelques

autres de ses partisans, mais qu'il manquerait absolument son but au point de vue politique par suite des mesures qui seraient sans doute prises pour éviter que son arrivée ne se transformât en incident diplomatique.

A plus forte raison n'aurait-il guère de chance de se faire agréer ici comme Ambassadeur, si une combinaison de ce genre venait à surgir, comme l'avaient un instant supposé bien à tort ou du moins fait semblant de le supposer certains journaux parisiens.

30.

Graf de Jonghe d'Ardoye, Gesandter in Wien.

Vienne, le 9 juillet 1887.

La question de la ratification par la Porte de la Convention Anglo-Turque reste toujours indécise. Le Sultan hésite entrer les exigences opposées de la France et de la Russie, d'une part, de l'Angleterre, de l'Allemagne, de l'Autriche et de l'Italie, de l'autre. J'entends cependant émettre à la Chancellerie d'Etat la supposition qu'il finira par céder aux conseils de ces dernières puissances. Mais ce sont de simples suppositions individuelles.

Quoiqu'il en soit, le fait le plus important, et le plus sérieux de la convention, c'est qu'elle a fait sortir la France de son isolement et qu'elle a fait constater avec ostentation l'union politique intime Franco-russe, restée jusqu'à ces derniers temps à l'état d'aspirations réciproques, plus ou moins platoniques, et qu'elle a resserré les liens qui unissent les quatre autres Puissances dont l'action est commune aujourd'hui à Constantinople, comme elle le resterait probablement ailleurs si la paix devait être troublée en Europe.

Ce partage des Puissances en deux camps opposés, ne laisse pas que de faire naître les plus sérieuses inquiétudes pour le maintien de la paix. Les sentiments d'hostilité contre l'Allemagne en Russie, toujours grandissants, les idées de revanche plus bruyantes que jamais en France depuis que l'on y croit

avoir trouvé un allié à St. Pétersbourg, préoccupent ici comme ailleurs les cercles politiques et le monde des affaires. L'on commence à redouter que les efforts des cabinets intéressés au maintien de la paix, finissent par devenir impuissants.

31.

Graf van der Straten Ponthoz, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 22 juillet 1887.

Plusieurs journaux marquants de Berlin ont ouvert, il y a deux ou trois semaines, contre les fonds russes, une attaque qui s'est expliquée au début comme une affaire d'agiotage. La persistance et l'énergie de cette hostilité lui ont donné une portée politique. Jusqu'à présent, il est vrai, la Norddeutsche Allgemeine Zeitung ne s'est pas engagé dans cette campagne. Son abstention prouve seulement que le Chancelier se réserve le moyen de désavouer à sa convenance les autres journaux.

Il est bien certain que leurs articles n'auraient pas été publiés, ou qu'ils auraient été immédiatement censurés ou refusés s'ils n'avaient pas servi les projets du Chancelier.

La Bourse de Berlin s'est inquiétée de ces attaques. Toutes les affaires ont été troublées. La dépréciation des fonds Russes s'est élevée à 6%. — Il n'est donc pas contestable qu'un très grand préjudice a déjà été causé à l'Allemagne par l'abaissement du Cours de cette dette Russe, pendant les 19 derniers jours, et que ce discrédit est l'œuvre de journaux Allemands soumis de fait à une discipline qui leur a laissé au moins toute la liberté, s'ils n'en ont pas reçu quelque mot d'ordre.

Cependant les rapports officiels de l'Allemagne avec la Russie sont toujours très amicaux.

Les Allemands sont spécialement atteints par l'Ukase qui enlève aux étrangers le droit d'être propriétaires dans la province de la frontière occidentale, et par l'expulsion des industriels, des artisans et des employés de nationalité Allemande qui s'y trouvent établis.

Les mesures désastreuses, et l'élévation des droits d'entrée

Berlin, 22. 7. 1887.

sur d'importants et nombreux produits Allemands autorisaient sans doute des représailles de la part du Cabinet de Berlin.

Les actes dont il peut se plaindre à St. Pétersbourg comme de griefs très sérieux datent de plusieurs mois, et ils n'ont pas modifié la politique d'extrême ménagement suivie par le Chancelier dans toutes les questions où les intérêts Russes étaient engagés.

L'agression dirigée contre les fonds russes est récente et inopinée. Il doit donc y avoir d'autres explications à joindre à celle d'une représaille.

Mes investigations m'amènent à ces conjectures:

Le chancelier veut faire sentir à Pétersbourg que le crédit de la Russie est au pouvoir de l'Allemagne. Il y fait arriver ce rude avertissement lorsque la Russie tend à sacrifier ses anciennes relations Allemandes à une entente avec la France, lorsqu'elle cherche à constater à Paris l'emprunt que lui imposent une situation financière complètement obérée, et les projets de guerre des panslavistes.

Le Chancelier ne peut pas se dissimuler qu'il est atteint à Constantinople par l'échec que l'accord de la Russie avec la France vient d'y infliger à l'Angleterre. Cet accord, en se continuant et en se consolidant peut avoir des résultats plus importants que celui du refus par le Sultan de ratifier la convention Anglo-Turque.

C'est à les prévenir que doit s'attacher la politique du Chancelier, et c'est d'abord du côté de la Russie qu'il agit.

Des opinions émises il y a peu de jours par l'Ambassadeur de France, peuvent servir à révéler quelles doivent être en ce moment les pensées du Chancelier.

M. Herbette rélève beaucoup la tête depuis qu'une entente entre les cabinets de Paris et de Pétersbourg a fait sortir la République de son isolement Européen. — Il n'a pas cherché à dissimuler la satisfaction que lui donnait le refus de ratification du Sultan.

Après la retraite du Général Boulanger et la chute des intransigeants radicaux, il ne faut plus à la France, dit-il, qu'un Ministre capable d'unir les fractions modérées du parti républicain. Alors elle se conciliera la confiance et la considération.

Par l'entente avec la Russie, il s'ouvrira pour la France une nouvelle phase dans laquelle il lui sera possible de résister à la coalition de l'Allemagne, de l'Autriche, de l'Italie et de l'Angleterre.

M. Herbette ne s'occupe ni de l'Alsace ni de la Lorraine. La France n'a pas à penser en ce moment à les reconquérir, elle se confie, pour leur sort, aux évènements et aux chances de l'avenir.

Il convient qu'il reste à la République assez d'obstacles à surmonter; mais il ne s'en présente pas de moindres en Allemagne pour l'Oeuvre du Prince de Bismarck. L'Empire touche à une ère d'épreuves. — Il constate que l'empereur s'affaiblit visiblement en avançant dans sa 91e année. Le Prince Impérial se guérit avec peine d'une affection dangereuse dont les retours sont à craindre. Le Chancelier, aussi fatigué que valétudinaire, et le maréchal de Moltke âgé de 87 ans ne seront pas remplacés.

La confiance de M. Herbette dans les destinées de la France se fonde donc sur des raisons qui doivent être autant de causes d'excitation pour le Prince de Bismarck.

Le 14 juillet, M. Herbette ne s'est pas borné comme ses prédécesseurs à faire arborer le drapeau de l'Ambassade. Il a voulu recevoir la Société Française de bienfaisance, composée d'une trentaine de ses nationaux. Il les a assurés de son dévouement aux intérêts de leur société et de chacun de ses membres individuellement. — Il leur a affirmé que la France est vouée au maintien de la paix. — Ils sont allés dîner ensuite aux frais de l'Ambassadeur qui les avait engagés à boire sa santé après avoir bu à la République.

Le Comte de Berchem qui remplace le Comte de Bismarck, parti en congé, m'a dit le 19 de ce mois que la note Turque concernant l'élection du Prince de Cobourg par les Bulgares n'avait pas encore été remise à Berlin. Il ne croyait même plus la recevoir, puisque le Gouvernement Allemand avait déconseillé à Constantinople l'envoi de cette note aux grandes Puissances en avertissant en même temps qu'il n'avait pas à se prononcer sur l'élection faite par la Sobranje.

Des renseignements reçus de Sofia au Département Impérial des Affaires Etrangères, autorisent à croire que les Bulgares

eux-mêmes ne tiennent pas à voir arriver le Prince qu'ils ont élu.

La candidature, l'élection et les démarches qui s'ensuivent, le conflit d'influences qui en résulterait, devaient prolonger un état de choses provisoire très profitable à ceux qui sont en possession de l'exploiter.

L'Empereur est arrivé le 19 de ce mois à Gastein; son voyage a été très heureux. Le 18 juillet, Sa Majesté est partie de l'île de Mainau dans un bâteau à vapeur pour Bregenz où l'attendait le Prince Régent de Bavière.

Après une entrevue de trois quarts d'heure à bord du bâteau qui avait amené Sa Majesté avec le Grand Duc et la Grande Duchesse de Bade, le Prince Régent et leurs Altesses Royales prirent congé de l'Empereur qui partit en chemin de fer pour Innsbruck où il passa la nuit.

Le lendemain Sa Majesté arrivait à Gastein. Elle prend chaque matin un bain qui est suivi d'une promenade de plusieurs heures.

Le début de la crise autorise à croire qu'elle aura les meilleurs résultats.

32.

Graf Errembault de Dudzeele, Gesandter in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 7 novembre 1887.

Le *Grazdanine*, organe du Prince Mestchersky, publie des renseignements très pessimistes — qu'il assure tenir de bonne source —, sur l'état de l'Empereur Guillaume qui, paraît-il, offrirait cette fois fort peu de chances de rétablissement.

A propos de ce journal, dont le but conservateur et les attaches semi-officielles ne sont un secret pour personne, je crois devoir vous signaler, Prince, que depuis sa récente apparition sous forme d'organe quotidien, il a déjà publié toute une série d'articles qui constituent dans leur ensemble une véritable campagne en faveur de la politique de pleine liberté d'action pour la Russie. Point d'alliance pas plus avec la France qu'avec

l'Allemagne, telle est sa devise, mais au contraire un certain opportunisme ayant pour but de laisser les autres régler leurs comptes entre eux, afin de mettre ensuite à profit la situation pour le mieux des intérêts russes. Ces articles ont une assez grande importance, car ils paraissent opérer un commencement de réaction dans les sphères supérieures de la société russe contre les entraînements trop vifs de sympathie envers la France et d'hostilité trop marquée envers l'Allemagne, qui, cependant, continuent à se manifester dans les couches inférieures sous l'influence des autres organes de la presse russe, tous favorables à la France et adversaires de l'Allemagne.

Des informations venant de Paris disent, qu'il y a tout lieu d'espérer un dénouement plus heureux qu'on ne le suppose généralement de la situation intérieure actuelle; que cependant quoi qu'il arrive, les dispositions du Gouvernement français envers la Russie ne seront point modifiées et que le maintien de M. Flourens dans un nouveau cabinet éventuel est assuré.

De Turquie, au contraire, une lettre que j'ai lue, parle de la situation très embrouillée ainsi que de la résolution de la Porte de ne rien faire dans la question bulgare et de la comédie qu'elle joue simplement vis-à-vis de la Russie depuis surtout que l'Allemagne ne lui conseille plus l'accord avec cette puissance. Cette lettre signale aussi un rapprochement du Sultan avec l'Autriche, provoqué tout à la fois par son éloignement d'avec la Russie et par le pressentiment que l'Allemagne et l'Italie songent à créer une grande Bulgarie, augmentée de la Macédoine et de Salonique. Quant à l'Angleterre, depuis l'échec de la convention avec la Turquie concernant l'Egypte, elle boude et s'abstient de toutes choses.

Le départ de la famille Impériale russe de Copenhague est fixé, dit-on, au 12 novembre (nouveau style). Le retour de M. de Laboulaye à St. Pétersbourg est ajourné jusqu'au 13/25 novembre.

33.

Graf de Jonghe d'Ardoye, Gesandter in Wien.

Vienne, le 6 décembre 1887.

Les espérances pacifiques qui se manifestaient pendant la réunion des dernières Délégations, semblent assez ébranlées en ce moment. Déjà le message Impérial adressé au Parlament allemand était moins rassurant que l'exposé de la situation politique du Comte Kalnoky aux Délégués et, si depuis la visite du Czar à Berlin la presse russe se montre moins violente contre l'Allemagne, l'on ne voit pas que dans l'ensemble des choses l'horizon politique se soit sensiblement éclairci. Au contraire, malgré les déclarations pacifiques du Monarque russe, la concentration de ses forces militaires aux frontières de l'ouest de son Empire s'accentue tous les jours davantage, et l'on serait tenté de croire que les manœuvres du parti de la guerre dénoncées par le Prince de Bismarck ont exercé sur ce Souverain une impression durable au point qu'on se demande, s'il ne se laissera pas entraîner par les passions surexcitées et toujours grandissantes de son peuple, à entamer la lutte qu'il voudrait peut-être éviter.

L'opinion publique commence à s'y inquiéter ici de cette situation, et le Gouvernement I. et R. ne saurait rester longtemps encore entièrement passif en présence de cette agglomération de forces russes à ses frontières.

M. le Comte Kalnoky que j'ai vu ce matin, ne m'a pas caché les préoccupations que faisaient naître la surexcitation des esprits en Russie contre l'Allemagne et l'Autriche. Il y voit un danger sérieux pour le maintien de la paix et redoute, tout en conservant l'espoir que les causes de conflit pourront être écartées, que le moment n'arrive où le Czar qui n'est pas guerrier de sa nature, ne puisse résister au courant qui l'entraîne à la guerre.

M. le Ministre I. et R. des Affaires Etrangères ne voit pas avec indifférence ces symptômes peu rassurants pour la Monarchie et il entrevoit le moment où l'Autriche-Hongrie se verra forcée, à son grand regret, à augmenter également l'effectif de ses troupes en Galicie et en Bukovine.

Vienne, 6. 12. 1887.

L'Archiduc Albert est revenu d'Arco où il passe généralement l'automne, et l'on prétend, mais je ne le sais pas de source officielle, que son retour ne serait pas étranger aux mesures militaires à prendre.

En appelant votre attention sur cette situation sérieuse je crois devoir ajouter que les dispositions militaires de la Russie ne sont pas interprétées par tout le monde d'une façon aussi alarmante. Une autorité des plus compétentes m'assurait, il y a deux jours encore, que l'agglomération des troupes russes aux frontières de l'Ouest parvenait de plans militaires arrêtés depuis un certain temps déjà en vertu desquels le Centre de la Russie, à l'abri de toute attaque étrangère, devait être dégarnie de troupes pour renforcer d'une manière permanente l'armée russe sur les frontières des deux Empires avec lesquels elle est en contact immédiat, et afin d'être promptement prête en cas de conflits avec eux.

34.

Graf van der Straten Ponthoz, Gesandter in Berlin.

Confidentiel. Berlin, le 9 décembre 1887.

Depuis plusieurs mois des régiments Russes se rassemblaient du côté de la frontière autrichienne. C'était, paraissait-il des mouvements de garnisons.

Aujourd'hui cette agglomération de troupes, qui n'a pas discontinuée, ne semble pas régulière. Elle excite une inquiétude générale que ressent la bourse de Berlin.

La «Post» de Berlin du 7 de ce mois, dont le numéro est ci-joint, a pris à tâche de justifier cette inquiétude. Après avoir constaté l'importance de l'audience demandée par le Prince de Bismarck au Czar, et le retour de la Presse Russe à ses violentes attaques contre l'Allemagne, la «Post» ajoute:

«Rétablir les termes de bon voisinage plus que séculaire entre la Russie et l'Allemagne est un évènement dont plus que tous les autres politiciens de l'Europe, le Chancelier mesure les énormes conséquences.

C'est la raison pour laquelle il a jugé qu'il valait la peine d'exposer au Czar et cela de vive voix, toutes les données de la politique Allemande. Que son but ait été atteint, c'est ce dont le langage actuel des journaux Russes permet de douter.

Si outre des nouvelles nous arrivent de toutes parts, nous annonçant des agglomérations de troupes sur la frontière autrichienne et nous disant que les garnisons de la Galicie ont été triplées, il est certain qu'on doit craindre ici qu'un coup ne soit frappé contre notre voisine et alliée.

Si ce coup, qui n'a pas pour cause des évènements dans lesquels l'Allemagne n'a jamais contrecarré la Russie, mais bien des raisons qui visent beaucoup plus loin, c'est-à-dire le trop long repos de l'Allemagne, c'est une chose sur laquelle on doit être depuis longtemps fixé en Russie, de même que l'on est persuadé dans ce pays d'avoir dans un pareil cas à partager et si possible à paralyser les forces de l'Allemagne.»

Selon des informations reçues ici aux Ambassades d'Autriche et d'Angleterre, il s'est opéré dans le voisinage de la Galicie une concentration de troupes russes qui pourraient être promptement mobilisées.

Je sais que le Comte Széchenyi dès son retour de congé à la fin du mois de novembre, a parlé de cet état de choses au Comte de Bismarck. Il a eu avec lui un nouvel entretien avant-hier. Ce même jour Sir Edward Malet a conféré très longtemps avec le Comte de Bismarck.

La récente consolidation de la Triple Alliance, les embarras financiers de la Russie et la situation de la France, sa seule alliée, ne permettent pas de croire à une résolution du Cabinet de Saint Pétersbourg de provoquer une guerre Européenne.

L'impossibilité d'expliquer une entreprise aussi hasardée fait rechercher si le mouvement des troupes russes n'a pas d'autres causes qu'un dessein d'entrer prochainement en campagne.

Comme j'ai eu l'honneur de vous le mander dans mon rapport du 2 décembre, n°s. 1029/660, la Russie est supposée vouloir tenir l'Autriche en continuel échec. Elle l'affaiblira par d'excessives dépenses militaires et elle l'empêchera d'agir dans les

Balkans. La Russie se mettait en outre dans une position très avantageuse de temporisation et d'observation en face des nombreuses éventualités de Commotions en Europe.

Au moment où l'effondrement de l'Entreprise du Prince Ferdinand de Cobourg semble devoir résulter des embarras même du Prince en Bulgarie et d'une entente entre les Cabinets de Berlin et de St. Pétersbourg le Czar veut sans doute que ce résultat paraisse l'effet de ses armements.

Les démonstrations belliqueuses s'expliquent aussi comme une satisfaction accordée à l'effervescence du parti panslaviste.

Il faut aussi faire, dans les alarmes de la presse, une grande part aux manœuvres de bourse, et aux demandes de crédits pour complément d'armement en Allemagne et en Autriche.

Dans l'audience qu'il lui a donnée le 18 novembre le Czar avait inspiré au Prince de Bismarck la plus entière certitude qu'il voulait la paix. Mais cette confiance qu'il donnait à Berlin aux assurances pacifiques du Czar, le Chancelier n'était pas convaincu que le Czar la justifierait encore lorsque rentré à Pétersbourg, il se retrouverait circonvenu par les panslavistes et les autres instigateurs de la guerre. Cette prévision semble se vérifier.

«Le Czar, a dit tout récemment le Comte de Bismarck à l'un de mes collègues, voit que la prépondérance panslaviste déborde. Il est fatigué de lui opposer de la résistance et il se laisse entraîner par le Courant.»

Le 6 de ce mois, j'ai demandé au Comte de Bismarck si la confiance qu'il m'a souvent exprimée dans la prolongation de la paix ne s'était pas affermie par la visite du Czar à la Cour Impériale.

Il résulte de sa réponse que les dispositions pacifiques du Czar à Berlin sont en danger de se modifier à Pétersbourg. Le Gouvernement de son Empire paraît devenir à charge au Czar. Il ne jouit de quelque repos qu'en Danemark, où il se plait à prolonger ses séjours. Il se lasse de s'opposer à l'agitation et à la puissance des panslavistes.

Après avoir reçu pendant ces derniers jours les informations dont le résumé précède, j'en obtiens d'autres en cet instant même et de très bonne part.

Elles m'autorisent à dire que dans l'opinion du Prince de Bismarck le Czar ne veut pas la guerre et qu'il ne fera pas la guerre.

Le prince pense que le Cabinet de Vienne ne doit pas interroger Monsieur de Giers sur l'agglomération de troupes dans le voisinage de la Galicie puisqu'une réponse discourtoise ferait surgir le danger que la demande d'explication aurait pour but d'écarter. Silencieusement et sans manifestations de méfiance, l'Autriche devait aussi envoyer des troupes en Galicie pour répondre à l'intimidation de la Russie et pour se préparer à n'être pas prise au dépourvu.

Le Prince de Bismarck, suivant mon rapport du 26 novembre avait déclaré au Czar, qu'aux termes du traité de la triple Alliance si l'Autriche était attaquée par la Russie, l'Allemagne marcherait à son secours, tandis que si la Russie était attaquée par l'Autriche, celle-ci agirait à ses risques et périls.

Je sais que dans un entretien récent et confidentiel le Chancelier a dit qu'en aucun cas l'Autriche en guerre avec la Russie ne serait abandonnée par l'Allemagne, puisque l'affaiblissement de l'Autriche affaiblirait l'Allemagne du côté de la Russie.

La complicité des autorités françaises dans la propagande démocratique en Espagne, m'a donné souvent l'occasion de constater que la Politique du Prince de Bismarck ne cessait pas de défendre la monarchie au delà des Pyrénées. C'était de fait une alliance qui s'assurait à l'Allemagne contre la France intéressée à avoir des républiques pour voisines dans la Péninsule.

L'Empereur Guillaume en témoignage de son dévouement, s'était montré disposé à accréditer un ambassadeur à la Cour d'Alphonse XIII. L'exécution de ce projet est en ce moment l'objet d'une entente entre les Grandes Puissances qui toutes, ainsi que l'Allemagne auraient des Ambassadeurs à Madrid, avec réciprocité du côté de l'Espagne.

Je sais que le Chancelier seconde activement la réalisation d'un désir du Gouvernement Espagnol.

C'est en accord avec la politique de l'Allemagne et avec les vives sympathies de la Cour Impériale pour la Reine Régente.

Berlin, 9. 12. 1887.

L'élection de Monsieur Carnot à la présidence de la République Française a été approuvée par l'officieuse «Norddeutsche Allgemeine Zeitung» en ces termes:

«Les Journaux de Paris, de Vienne, de St. Pétersbourg, manifestent leur satisfaction de l'issue qu'a eue l'imbroglio parisien. Si les suppositions sur lesquelles repose cette appréciation se justifient par les faits, il n'y a pas de raison pour que le reste de l'Europe n'envisage pas également avec plaisir l'élection de Monsieur Carnot.»

Il m'est affirmé qu'à St. Pétersbourg, le Candidat de prédilection pour remplacer Monsieur Grévy, qui avait fini par déplaire, était le Général Saussier.

Des dépêches particulières reçues hier de Paris, mandaient que le Général Boulanger aurait le commandement de Paris, s'il n'entrait pas dans le Ministère. La Bourse de Berlin, inquiétée par les nouvelles d'Autriche, l'est donc aussi par celles de Paris.

L'Ambassadeur de Russie, Comte Schouwaloff, a été reçu hier par l'Empereur. Il était chargé par le Czar de féliciter le plus ancien Chevalier de l'ordre de St. Georges dont le Chapitre célébrait la fête. La veille Sa Majesté s'est rendue à l'Opéra; elle sort tous les jours en voiture.

L'Impératrice a pu aussi faire des promenades. Au thé du soir Sa Majesté paraît ordinairement et quelques personnes y sont invitées.

Le Grand Duc et la Grande Duchesse de Bade viennent d'arriver à Berlin pour y passer les fêtes de Noël avec leurs Majestés.

Les Bulletins de San Remo constatent une intermittence dans les souffrances du Prince Impérial. C'est, paraît-il, un des phénomènes de son affection. Un renouvellement des accidents avec aggravation se fait craindre pour la fin du mois, terme marqué par les médecins à la période d'intermittence.

35.

Baron Beyens, Gesandter in Paris.

Paris, le 4 février 1888.

La presse a annoncé, en exagérant la portée, la présentation du Président de la Chambre à l'Ambassadeur de Russie; il faut reconnaître, toutefois, qu'on est en droit d'attribuer à ce fait une certaine importance en raison des circonstances politiques actuelles; non point qu'il y ait la corrélation avec la publication du traité Austro-Allemand — il n'y a que coïncidence de nouvelles — mais parcequ'il est permis, à titre plus général, de croire que si la situation de la Russie n'était pas ce qu'elle est depuis un certain temps déjà, cette rupture si ancienne n'aurait pas cessé aujourd'hui plutôt que les années précédentes où la question a été posée sans succès. Cette réconciliation est significative surtout pour les collègues de l'Ambassadeur jusque dans les derniers temps il n'avait pas modifié l'attitude hostile que j'ai eu l'occasion de vous signaler; au moment du congrés il me témoignait sa vive appréhension d'une Présidence Floquet avec laquelle tous rapports lui seraient interdits; et, tout récemment, il parlait en termes violents à un Ambassadeur de l'impossibilité d'un rapprochement avec le Président de la Chambre; il faut donc bien admettre que le revirement est de fraîche date, depuis l'annonce d'un Cabinet Floquet, et que l'on a considéré comme un sérieux circonvénient l'absence éventuelle de relations. M. Floquet a fait preuve d'habileté en profitant de la gravité des circonstances pour accentuer son désir de racommodement et réitérer des anciennes démarches. M. de Mohrenheim a été moins habile en ne prévoyant, à aucun moment, cette possibilité de réconciliation, et surtout en en parlant sans cesse fort inutilement. — Il n'en a que plus vivement témoigné sa mauvaise humeur, d'ailleurs fort légitime, de certaines insinuations qui attribuaient l'initiative à la Russie; et il les a démenties par un «communiqué». Mais c'est bien en vue du gros public, car personne dans les sphères politiques n'aurait cru un instant que le Czar avait fait des avances; il n'eût manqué que cela — c'est assez et

peut-être trop de pardonner l'injure faite à son père et qui ne comportait pas de prescriptions et c'est précisément parce que très excessif en soi qu'on est autorisé à chercher l'explication et l'excuse dans la gravité de la situation.

36.

Léon Maskens, Geschäftsträger in Paris.

Paris, le 2 mars 1888.

Dans les cercles parlementaires on continue à se préoccuper beaucoup de la manifestation électorale dont le Général Boulanger a été le héros.

L'organisation de cette sorte de plébiscite est un Bonapartiste avéré. Mais le but qu'il avait en vue n'a qu'une importance minime; ce qu'il y a de grade, c'est que sans comités électoraux, sans propagande suivie, et presque sans distribution de bulletins, la candidature d'un personnage inéligible, candidature plus ou moins désavouée par ce dernier, a pu recueillir dans quatre départements sur lui une moyenne de 12 000 voix. Ce succès relatif a beaucoup étonné ceux qui sont initiés aux mille démarches que nécessite un appel au suffrage universel.

D'où provient l'engouement du corps électoral pour l'ancien Ministre de la Guerre? D'aucun sentiment que la France est lasse du parlementarisme, des rivalités des politiciens et de cette incertitude du lendemain, conséquence de l'instabilité ministérielle. L'histoire de la France prouverait que les périodes où les ressorts de l'appareil gouvernemental ont été trop détendus, ne sont pas de longue durée, et qu'un vent de réaction ne tarde pas alors à souffler à travers le pays. Ce sont les bonapartistes qui s'expriment de la sorte; ils ne paraissent pas en général s'affliger outre mesure de ce qui s'est passé dimanche dernier, et il est probable qu'une certaine partie des bulletins portant le nom du Général Boulanger a été déposée dans les urnes électorales par les adhérents du parti de l'appel au peuple. Hier, un des principaux chefs de ce parti ne m'a pas fait mystère de sa sympathie pour l'ancien Ministre de la Guerre. «Ne vous y

trompez pas,» m'a-t-il déclaré; «dans un pays de suffrage universel, on ne peut arriver que par les gens de rien; mais une fois parvenue au but, on ne peut se maintenir que par les conservateurs.»

Le parti est manifestement inquiet de ce qu'il appelle le réveil de l'esprit césarien. «Les républicains qui ont voté en faveur du Général, dit M. Ranc, sont mûrs pour la servitude; faire appel au sabre pour toucher le nœud gordien, c'est vouloir se donner un maître, c'est déserter la République, c'est trahir la liberté.»

En réalité ce que la presse se garde de proclamer, mais ce qui se répète dans toutes les conversations, c'est que la grande majorité des cinquante ou soixante mille électeurs du G[l] Boulanger n'a prétendu voter ni pour un dictateur ni pour un futur César, mais bien pour l'homme qui a relevé le moral de l'armée française, qui lui a fait sentir ce dont elle est capable, et qui est actuellement la personnification vivante de la haine contre l'Allemagne. Non pas que ces électeurs appellent de leurs vœux la guerre; personne ne la désire en France; mais placés en présence de trois noms dont l'un signifie monarchie ou empire, le second république, et le troisième haine aux Allemands, ils ont préféré donner libre carrière au sentiment qui leur tient le plus à cœur. Le conservateur ou le républicain n'est que l'adversaire; l'Allemand c'est l'ennemi.

Le Gouvernement se trouvera dans une situation très difficile si de nouvelles candidatures Boulanger viennent à se produire, ce qui paraît fort probable. S'en prendre au Général lui-même, s'il désavoue ceux qui abusent de son nom, ce serait faire de lui une victime, augmenter sa popularité, et peut-être même le déterminer à sortir bruyamment de la réserve qu'il s'est imposée depuis quelques mois.

37.

Léon Maskens, Geschäftsträger in Paris.

Paris, le 4 mars 1888.

Les incertitudes de la situation extérieure, les rivalités des chefs de parti, les tentatives d'empiétement de la Chambre

des Députés sur les prérogatives du Sénat et du pouvoir éxécutif, l'impossibilité de diminuer les dépenses ou d'augmenter les recettes du budget, en un mot les difficultés sans nombre contre lesquelles se débat le Gouvernement impuissant à calmer les impatiences des uns et à désarmer l'opposition systématique des autres, tout a déterminé l'opinion en France à reléguer au second plan les questions de politique extérieure, depuis qu'un apaisement relatif s'est produit dans les relations avec l'Allemagne.

Il n'en est pas moins intéressant de rechercher quel rôle la République est appelée à jouer au milieu des compétitions et des rivalités qui divisent les puissances en Orient.

La question peut être envisagée au double point de vue des sympathies du peuple français, et de l'attitude du Gouvernement.

Le public ne laisse échapper aucune occasion de donner à ses manifestations en faveur de la Russie un caractère de plus en plus enthousiaste. L'Empire des Czars est à la mode, comme dit Aurélien Scholl dans une de ses chroniques. Au théatre, dans la presse sauf quelques rares exceptions, dans la rue même, tout est prétexte à démonstrations. Sur ce point il n'existe aucune divergence de vues entre les Français, qu'ils aient reçu l'éducation la plus raffinée ou qu'ils aient dépensé toute leur activité à fulminer dans les meetings contre les classes dirigeantes et contre les capitalistes. A tous indistinctement le Czar paraît être désintéressé et magnanime, la mission que la Russie s'est assignée une œuvre des plus méritoires, et le peuple qu'elle prétend asservir, un ramassis de sauvages et de brigands. Ne cherchez pas à rappeler aux Français d'aujourd'hui qu'il fut une époque glorieuse pour eux où, puissants et craints en Europe, ils s'enthousiasmaient en faveur des peuples opprimés. Ce serait peine perdue que d'évoquer ces souvenirs. Notre générosité d'autrefois était une duperie, répondrait-on; notre égoïsme d'aujourd'hui est la sagesse même.

En ce qui concerne notamment la question bulgare, aucun journal français n'a encore fait observer que le traité de Berlin n'eût pas été violé, si le Czar avait accepté naguère les excuses du Prince de Battenberg, s'il avait adhéré à la candidature de

son beau-frère le Prince Waldemar de Danemark, ou s'il consentait sous certaines conditions, en ce moment, à reconnaître le Prince de Cobourg. La presse française semble ignorer que l'Europe est menacée d'une conflagration générale parce que l'amour-propre du Czar a été froissé, et parce que l'on feint à Pétersbourg de vouloir rétablir l'ordre dans un pays où l'on s'efforce en vain depuis des mois à provoquer le désordre. On paraît s'imaginer à Paris qu'en vertu du traité de Berlin, les panslavistes ont le droit de fomenter des révoltes en Bulgarie, et d'exiger que l'Europe approuve l'installation d'un proconsul russe à Sofia.

Au fond, les démonstrations slavophiles du peuple français sont un peu de commande; et il est permis de supposer qu'en affectant autant d'applaudir à tout ce qui se fait ou se prépare à Pétersbourg, l'opinion en France est guidée surtout par le désir de se montrer désagréable à l'égard d'un pays voisin. Sinon, comment comprendre qu'une presse dévouée aux idées ultradémocratiques, et stigmatisant sans relâche l'esprit de conquête chez les vainqueurs de 1870, n'hésite pas à se prosterner devant le pouvoir autocratique du Czar et devant sa politique tendant à s'assimiler par tous les moyens les populations chrétiennes de la presqu'île des Balkans.

Par contre, les quelques journaux et publications périodiques, tels que la Revue des Deux Mondes, le Temps, les Débats, qui n'entendent pas perdre l'autorité dont ils jouissent à l'étranger et dans les cercles diplomatiques, s'expriment sur la situation extérieure en des termes pleins de réserve et de mesure. C'est dans ces journaux que l'on doit rechercher les opinions prédominants dans les sphères gouvernementales.

Un Article publié dans la Revue des Deux Mondes, et dont l'auteur anonyme est M. Anatole Leroy-Beaulieu, parent du Ministre des Affaires Etrangères, a démontré avec beaucoup de bon sens pourquoi l'alliance franco-russe n'existe pas, pourquoi elle serait dangereuse si elle existait, pourquoi elle n'a nul besoin d'exister un rapprochement ou une entente tacite s'imposant aux deux pays par la force même des choses et par l'équivalence de leurs intérêts.

Dans un article inspiré, le Journal des Débats, après avoir approuvé en général la thèse de M. Leroy-Beaulieu, en ce qui concerne la Russie, ajoute: «En tous cas, dans les pourparlers pacifiques auxquels la question bulgare donne lieu, notre situation diplomatique, nos préférences instructives et le souci raisonné de nos intérêts nous portent à ne pas envisager avec indifférence les efforts que tente la Russie pour rétablir en Bulgarie son influence et le respect dû aux traités.»

Dans un discours applaudi par la Chambre entière, le Marquis de Bréteuil s'est exprimé récemment dans le même sens: «Non pas,» a dit l'orateur, «que je crois une alliance avec la Russie réalisable à l'heure où nous sommes. Je vais même plus loin; malgré des sympathies que je ne cache pas, je crois que le moment de la désirer n'est pas venu. Elle pourrait trop précipiter les évènements. Il me suffit d'être fermement convaincu que la Russie a un intérêt capital à notre existence . . . Nous devons saisir chaque occasion de témoigner au Czar notre véritable sympathie, et lui faire comprendre que nous sommes des amis solides mais discrets.»

Autant donc le public, c'est-à-dire un ensemble d'individualités sans mandat, et les journaux à sensation qui sont malheureusement beaucoup trop nombreux en France, se montrent prodigues de démonstrations ardentes de sympathie envers la Russie et l'alliance russe, autant la Chambre n'ayant pas marchandé ses éloges à M. de Bréteuil, et les publications reflétant l'opinion du Gouvernement, ont l'air de reculer devant l'idée d'une union plus étroite avec l'Empire des Czars.

En ce qui concerne les rapports avec l'Allemagne, un fait est intéressant à signaler: Pendant très longtemps tous les Français ont été convaincus que M. de Bismarck cherchait un prétexte pour déclarer la guerre à la République. Cette opinion était notamment très accréditée l'année dernière à l'époque où divers incidents grossis outre mesure par la presse française, ont provoqué une polémique ardente entre les journaux des deux pays.

La faculté avec laquelle ces incidents ont été aplanis, le dernier discours de M. de Bismarck, et les efforts qu'il fait

actuellement pour procurer une satisfaction à la Russie, tout concourt à modifier chez les Français qui comprennent la situation extérieure, les impressions pessimistes qui prédominaient l'année dernière dans toutes les classes de la société.

C'est ainsi que M. de Bréteuil a pu déclarer à la Chambre, sans être interrompu, que l'Allemagne n'a aucun désir de voir éclater la guerre, et que le but de la triple alliance doit être pacifique puisque le Prince de Bismarck l'affirme. — Il y a quelques mois, un orateur prononçant de pareilles paroles à la tribune française aurait eu de la difficulté à terminer son discours.

C'est ainsi également qu'on a pu lire récemment la phrase suivante dans «le Temps», journal faisant autorité en matière de politique étrangère: «On se condamne à ne rien comprendre à la politique de M. de Bismarck lorsqu'on se refuse à reconnaître qu'elle a pour objet le maintien de la paix européenne.»

38.

Eygermont, Gesandter(?) in Petersburg[1]).

St. Pétersbourg, le 6 avril 1888.

Depuis quelque temps, l'attention publique s'est détournée de la Bulgarie, à cause des évènements qui se sont passés successivement en Allemagne et en France. Elle se concentre principalement, aujourd'hui, sur les affaires de France, à l'égard desquelles la presse a pris une attitude assez inattendue. A peu d'exceptions près, les journaux russes prennent la défense du général Boulanger. Les uns appuient M. Boulanger sans aucune réserve, les autres, avec certaines restrictions, trouvent à blâmer, mais assez mollement, les manquements à la discipline qui lui sont imputés. Le «Nouveau Temps» se distingue parmi les défenseurs les plus convaincus du général. Au nombre des organes qui lui sont, au contraire, défavorables, il convient de citer «les Nouvelles». La majeure partie du public russe, très accessible à l'engouement est portée, par suite de son ignorance

---

[1]) Vgl. S. 4, Anm. 1.

politique, à suivre assez docilement l'impulsion des journaux, partage le «boulangisme» de la presse. Il existe, d'ailleurs en Russie, un groupe assez considérable d'individus, partisans d'une conflagration européenne, qui rêvent de voir la France mettre le feu aux poudres. Or, c'est ce résultat qu'ils espèrent obtenir par l'application du régime préconisé par le général Boulanger, forcé de satisfaire les aspirations chauvines de ceux qui l'auraient porté au pouvoir.

Quant au nouveau cabinet français, il est généralement bien accueilli. On regrette toutefois que le Général Boulanger n'y ait pas trouvé place. La presse est, du reste, favorable à M. Floquet.

Les opinions que je viens d'esquisser, concernant le général Boulanger, sont loin d'être partagées par le gouvernement impérial, qui est plutôt porté à condamner l'agitation actuelle. On m'assure même que l'Empereur voit, personnellement, de fort mauvais œil l'auteur de cette situation.

Les sentiments de la Russie envers l'Allemagne continuent à demeurer assez vagues. Chacun sent que l'optimisme, affiché volontiers depuis un certain temps à l'égard des relations russo-allemandes, se rattache trop exclusivement à la prolongation des jours de l'Empereur Frédéric III. On croit, en effet, avoir tout à craindre d'un changement de règne. Aussi les faits et gestes du Prince-héritier sont-ils observés de près. C'est ainsi que son refus de recevoir la députation d'un régiment russe et le toast qu'il a prononcé à un récent dîner chez le Prince de Bismarck, ont été fort commentés dans les cercles russes. Cependant, quoique ces incidents soient de nature à raviver les pressentiments pessimistes, la presse est fort sobre dans ses appréciations. Elle a reçu pour instruction d'interrompre sa campagne contre l'Empire allemand, que le gouvernement juge à propos de ménager. En revanche, elle se rattrape sur un autre terrain. Le Ministre des Finances ayant conçu l'idée de conclure avec l'Allemagne un nouveau traité de commerce, les journaux se récrient en prétextant que la convention ne saurait que favoriser les intérêts allemands au profond détriment du commerce national.

St. Pétersbourg, 6. 4. 1888.

Les évènements qui se déroulent en Roumanie occupent davantage l'attention publique. Ils sont représentés comme une réaction du slavisme contre le germanisme imposé aux nations balkaniques par les rois Charles et Milan. Peu s'en faut qu'on ne se félicite de cette situation embrouillée comme d'une victoire remportée sur l'Autriche. Quant à la Bulgarie, on persiste à croire dans les cercles politiques que la solution de la crise sera déterminée par un revirement intérieur de cette principauté. Les personnes les mieux informées deviennent de plus en plus sceptiques dans l'efficacité de l'intervention diplomatique.

Dans un autre ordre d'idées, le voyage à Rome de M. Isvolsky, gentilhomme de la chambre russe, ne peut manquer d'amener un nouveau rapprochement entre le vatican et la cour de St. Pétersbourg, bien que ce voyage n'ait d'autre objet que de porter la réponse de l'Empereur à la récente lettre de remerciment du Saint Père. Toutefois, il ne faudrait pas déduire de cette démarche la reprise des négociations proprement dites. Le gouvernement russe est loin de vouloir se départir de la sévérité avec laquelle il n'a cessé de traiter les religions étrangères à l'orthodoxie. Mais il pouvait y avoir entente sur certains points d'ordre secondaire. En tout cas, si ce léger rapprochement se réalise il sera plutôt l'œuvre du Comte Tolstoi que du Ministère des affaires étrangères.

Pour terminer cette courte revue des questions du jour, je crois devoir vous signaler, Prince, l'ombrage que la Russie semble prendre de l'envoi de Sir Drummond Wolff à Téhéran. L'influence moscovite est actuellement toute puissante en Perse. Aussi les organes les plus autorisés de la presse viennent-ils de se mettre en campagne pour conseiller au gouvernement de veiller au grain et de réagir énergiquement contre les démarches de Sir Drummond Wolff, surtout dans la question de la construction des chemins de fer, que la négociation anglaise doit, paraît-il, traiter auprès du Shah. Il y aurait là, à leur avis, un gros danger pour la Russie.

39.

Graf de Jonghe d'Ardoye, Gesandter in Wien.

Vienne, le 4 mai 1888.

Il règne une stagnation complète dans la politique européenne; on semble s'être donné le mot en présence de la santé si précaire de l'Empereur d'Allemagne, de suspendre jusqu'après la catastrophe prévue à Berlin, la solution de toutes les questions qui préoccupent depuis trop longtemps les Cabinets et les peuples. Toutefois les évènements qui ont surgi en Roumanie et en Serbie, les agitations qui se manifestent en Macédoine, prouvent qu'il se fait dans la péninsule des Balkans un travail souterrain, qui ne peut manquer d'amener dans ces pays les perturbations à l'aide desquelles la Russie compte reconquérir son influence compromise dans ces contrées par les fautes qu'elle a commises en Bulgarie. Ses efforts pour renverser directement le Prince Ferdinand de Cobourg ayant échoué jusqu'à présent et, la crainte des complications qu'entraînerait une intervention armée paraissent avoir engagé les Russes à changer leurs batteries, ce serait en Macédoine qu'ils croiraient avoir trouvé le moyen d'atteindre leur but, en faisant miroiter aux yeux des Bulgares que s'ils favorisaient en ce moment les vues de la Grèce sur cette province l'objet des convoitises bulgares, c'est à la présence du Prince Ferdinand à Sofia qu'ils le doivent.

L'Autriche suit de près ces agissements et les évènements qui se préparent dans ce pays. En attendant que l'orage éclate, la position du Prince Ferdinand semble plus se consolider qu'on ne l'aurait cru, il y a une année. L'on envisage avec satisfaction cette consolidation même apparente du Prince Ferdinand en Bulgarie. Si l'on ne croit guère au succès définitif de cette entreprise, l'on voit avec satisfaction la prolongation de son maintien à Sofia, qui habitue ce pays à son indépendance au détriment de l'influence moscovite. Toutefois les avances du grand Chancelier allemand à la Russie, sa déclaration réitérée concernant le complet désintéressement de l'Allemagne dans les Balkans, la seule question où l'alliance pouvait puissamment contribuer à défendre les intérêts vitaux de l'Autriche, menacée

en Orient, ne laissent pas que de porter dans une certaine mesure, atteinte à la solidité morale de cette alliance. Jusqu'à présent les liens, qui unissent les deux Empires subsistent dans leur intégrité; l'on reste à Vienne sincèrement attaché à l'alliance de ce pays, pour des motifs supérieurs qui en assurent le maintien. Mais si les Tchèques panslavistes proclament ouvertement cette union contraire aux intérêts de l'Autriche, sacrifiés à ceux de l'Allemagne, et demandent l'entente avec la Russie, il ne manque pas non plus de ses nombreux partisans qui commencent, à voix basse et discrètement, à contester les avantages qu'elle procure à la monarchie, du moment que son puissant allié favorise au détriment de l'Autriche les aspirations de son adversaire en Orient.

Le voyage de la Reine Victoria en Allemagne, et l'empressement que l'Empereur François Joseph a mis à aller saluer cette Auguste Souveraine à son passage à travers ses Etats, ont ravivé ici les anciennes sympathies pour l'Angleterre. La Presse a insisté pour les justifier sur l'identité des intérêts de l'Autriche avec ceux de la Grande Bretagne et de l'Italie, en Orient et dans la Méditerranée.

L'entente intime de ces deux Puissances maritimes existe de fait, et l'on peut se convaincre, que, tout en demeurant fermement attaché aux liens avec l'Allemagne, l'on désire en même temps ici marcher d'accord en Orient avec le Gouvernement britannique. Le développement des évènements en Europe laisse difficilement prévoir si le groupement actuel des puissances se maintiendra, si l'ancienne intimité entre l'Allemagne et la Russie parviendra à se rétablir et si elle sera compatible alors avec les alliances actuelles. Toutefois, jusqu'à présent l'alliance de la paix n'est pas modifiée, et reste la base de la politique des Puissances, qui l'ont signée, l'Autriche-Hongrie venait dans l'adhésion de l'Angleterre à ce pacte de la paix la plus sûre garantie du but qu'il poursuit, mais il serait contraire aux habitudes de la diplomatie anglaise de s'engager d'avance avec des Puissances continentales en vue d'éventualités indéfinies.

L'on est nullement rassuré ici sur ce qui s'est passé en Serbie. L'on ne s'attendait pas à la durée du Gouvernement

qui vient de tomber, mais on eut préféré, à Vienne, que sa chute fut retardée pour démontrer plus complètement la totale incapacité gouvernementale du parti radical. Malheureusement si le Roi Milan et le Roi Charles de Roumanie restent fidèlement attachés à l'Autriche-Hongrie, l'on sait que ces Souverains ne pourraient guère compter sur l'appui de leurs peuples le jour où dans le cas de conflagrations sérieuses dans les Balkans, ils voudraient s'associer à la fortune de la monarchie austro-hongroise.

L'on a prêté à la Russie l'intention de sortir de sa réserve sur la question Bulgare et de faire connaître après les fêtes de Pâques russes, ses vues sur les arrangements à prendre pour les résoudre. Le Prince Lobanoff, l'Ambassadeur de Russie à cette cour, qui, après son congé habituel de carême est revenu hier soir à son poste, apporte-t-il avec lui quelques décisions nouvelles de son Gouvernement? C'est ce qui ne tardera pas à se manifester.

40.

Eygermont, Gesandter(?) in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 28 mai 1888.

Dans la lettre que j'ai eu l'honneur de Vous adresser, le 9 mai dernier, sous le numéro 65, je faisais ressortir le calme absolu de la situation politique actuelle. Les incertitudes où l'on se trouve, par rapport aux évènements de l'extérieur, maintiennent la presse et l'opinion russe dans une réserve qui leur ôte provisoirement tout intérêt. Les articles de journaux ne sont guère que la reproduction de ce que contiennent les principaux organes étrangers, avec accompagnement de récriminations contre les Etats de l'Europe centrale pour leur politique prétenduement hostile à la Russie, ainsi que de perpétuelles prédictions de prochains revirements en Bulgarie, en Serbie et en Roumanie. En revanche la presse s'applique à laisser envisager l'entrée de l'Angleterre dans la ligue de la paix comme un fait, sinon accompli, du moins déjà résolu et très prochain. Les

armements, auxquels se prépare le gouvernement britannique, sont considérés comme un symptôme convainquant de ce nouveau groupement international.

Les mesures prises récemment par le gouvernement allemand, à l'égard des étrangers venant de France pour pénétrer en Alsace-Lorraine, sont sévèrement appréciées par la presse russe. Celle-ci les juge comme susceptibles d'engendrer des incidents dangereux pour le maintien de la paix en entretenant l'antagonisme et l'irritation dans l'esprit public des deux pays. Ce qui grossit d'ailleurs l'importance de ces mesures aux yeux de la Russie, c'est qu'elles sont édictées juste au moment où l'Allemagne se dispose à établir de nouveaux droits d'entrée sur le blé. Or, l'exhaussement de ces droits porterait aux propriétaires fonciers du pays un coup au moins aussi sensible que la baisse du cours l'est pour les capitalistes. La France et la Russie se trouveraient donc, pour ainsi dire, associées dans un même esprit d'hostilité de la part de leur puissante voisine.

Cependant, malgré les inquiétudes provoquées par cette manière d'agir de l'Allemagne, on ne croit pas que l'Autriche-Hongrie doive rencontrer l'appui de son alliée dans les menées agressives attribuées aux Madgyars contre la Russie. A ce propos, j'ajouterai, qu'à tort apparemment, l'Autriche passe pour vouloir tirer parti des troubles qui agitent, depuis un certain temps, la péninsule balkanique. Cette opinion est surtout accréditée dans les cercles gouvernementaux. Ces derniers, d'ailleurs, tiennent pour exagérés les bruits de prochaines insurrections en Macédoine, bruits auxquels donne lieu la présence des bandes isolées de mécontents parcourant le pays. Il y a cependant un certain nombre de gens qui prévoient sérieusement ce soulèvement et supposent que ce sera l'allumette devant bientôt mettre l'Orient en feu.

Quant au réveil de la prédominance actuelle du parti panslaviste en Russie provoqué par la nomination du général Bogdanovitch à un nouveau poste administratif, par l'élection du Comte Ignatiew en qualité de président de la société slave de bienfaisance et par la publication des articles de M. Tati-

schew sur les affaires de Bulgarie, il a fait l'objet d'appréciations exagérées de la part de la presse étrangère. Tout au plus, peut-on constater l'accentuation du simple slavophisme résultant de l'effervescence qui règne dans les pays balkaniques. Il est vrai — ce renseignement je le tiens de la meilleure de toutes les sources — que la plus grande circonspection a été recommandée en cette matière à la presse gouvernementale, priée de faire ressortir par tous les moyens le caractère purement privé de ce triple fait et l'attitude expectante et pacifique de l'Empire russe.

41.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 9 juin 1888.

La réponse de M. Goblet à M. Laur prouve que la France ne se laissera pas entraîner à des représailles contre l'arrêté du gouvernement alsacien lorrain relatif aux passeports. On ne parle plus de la Bulgarie. Les rapports avec la Russie sont tels que l'Ambassadeur d'Allemagne à Saint Pétersbourg et l'Ambassadeur de Russie à Berlin ont tous deux pris des congés. La presse officieuse allemande a été si occupée de la crise ministérielle prussienne qu'il lui reste à peine l'espace nécessaire pour médire de ses voisins.

Malgré cette accalmie, la situation de la politique extérieure n'a pas changé.

Les Allemands restent persuadés que les Français se divisent en deux classes, ceux qui veulent la revanche à terme et ceux qui la veulent tout de suite. Une paix durable sur la base du statu quo n'est donc pas dans les probabilités.

Du côté de la Russie, le danger est aussi grand quoique cet empire ait toutes sortes de bonnes raisons de ne pas faire la guerre. Les finances sont déplorables et la bourse de Berlin les domine. En cas de conflit ses ennemis pourraient, comme dernière ressource trouver une arme terrible dans l'insurrection polonaise. Déjà des journaux allemands se sont demandés au

mois d'octobre dernier, si le jour ne viendra pas où il faudra rendre le duché de Posen à la Pologne, reconstituée pour créer une barrière entre l'Allemagne et la Russie. De plus le Czar est, dit-on, moins disposé que jamais à tendre la main aux révolutionnaires français et manifeste son désir de conserver la paix. Je ne doute pas qu'il ne soit sincère; j'en ai même acquis la conviction absolue lors de mon récent séjour en Russie. Malheureusement le Czar a des aspirations contradictoires. Il veut la paix, mais avec tous les avantages qu'il pourrait exiger après une campagne victorieuse. Il n'a jamais renoncé à réclamer une influence dominante en Bulgarie et la presse panslaviste ne cache pas que si elle s'intéresse aussi vivement à ce pays fort insignifiant par lui-même, c'est parcequ'il se trouve sur le chemin de Constantinople. Fort peu importe à l'Europe que la Bulgarie soit bien ou mal gouvernée, que tel ou tel Prince règne à Sofia. La question de Bulgarie n'existerait pas si la Russie ne s'obstinait pas à la tenir ouverte.

On ne s'en occupe pas en Allemagne, il est vrai et on ne veut pas s'en occuper; mais combien de temps durera cette indifférence? L'Allemagne pourra-t-elle continuer à se désintéresser des affaires d'Orient lorsque son alliée l'Autriche sera menacée d'être entourée de trois côtés par l'Empire Russe ou ses vassaux? La sécurité de l'Allemagne elle-même ne l'obligera-t-elle pas s'opposer à des entreprises dont le but est d'augmenter colossalement la puissance de son voisin du Nord par la conquête de la Turquie? Les dangers de guerre ne proviennent donc pas des dispositions des cabinets, mais de circonstances qu'il n'est pas en leur pouvoir de modifier. Malgré la forme autocratique de son gouvernement le Czar n'a pas plus de prise sur l'opinion publique dans son pays que M. Carnot dans le sien.

On commence à se demander en Allemagne s'il ne vaudrait pas mieux puisque le conflit semble inévitable, le provoquer avant que les adversaires que l'Empire rencontrera certainement réunis aient terminé leurs préparatifs. Cette manière de raisonner n'est heureusement pas celle du chancelier. Une personne très au courant par sa position des projets du Prince

de Bismarck, m'a affirmé de la manière la plus positive que son Altesse est toujours d'avis qu'il est de mauvaise politique de provoquer une rupture pour faire la guerre avec plus d'avantage. En 1867, le Maréchal de Moltke était d'avis d'attaquer la France parce que la guerre lui paraissait certaine, que la Prusse était préparée et que la France ne l'était pas. Le Prince de Bismarck s'y était opposé ne voulant pas renoncer aux chances de conserver la paix quelque minimes qu'elles fussent. Si la question se posait de nouveau dans les mêmes termes, la réponse du chancelier serait identique. L'Allemagne n'a rien à gagner à une guerre même heureuse et la différera aussi longtemps que possible. L'Etat de santé de l'Empereur est une raison de plus, non seulement de ne pas se lancer dans les aventures, mais encore d'éviter avec plus de soin que jamais, tout ce qui pourrait donner aux adversaires de l'Empire un prétexte d'agression. S'il y a une rupture elle ne viendra donc pas du côté des Allemands. Malgré la tension des rapports entre l'Allemagne et l'Autriche d'une part, la Russie et la France de l'autre, la politique résolument pacifique du chancelier et la force de la triple alliance peuvent nous faire espérer la prolongation de l'état de tranquillité relative dans lequel nous vivons.

42.

Eygermont, Gesandter(?) in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 19 juin 1888.

La mort de l'Empereur Frédéric III a provoqué en Russie des regrets unanimes.

Bien que ce dénouement fatal fût depuis longtemps prévu, l'opinion publique s'était plu à mettre sa confiance dans l'action énergique que le souverain défunt promettait d'exercer sur les affaires d'Allemagne. Elle fondait sur lui l'espoir de voir mettre un frein au système administratif et politique suivi jusqu'à présent par le Prince de Bismarck, que l'on rend responsable des mesures hostiles prises, successivement, contre la France

et contre la Russie. Cette dernière puissance, se trouvant surtout lésée par l'augmentation des droits d'entrée établis en Allemagne sur les blés, ne peut se résigner à admettre l'opportunité d'une mesure douanière, qui cependant est la conséquence bien naturelle du système de prohibition qu'elle-même pratique à l'égard des produits étrangers. Quoiqu'il en soit, les regrets qui suivent Frédéric III dans la tombe, sont d'autant plus sincères qu'ils paraissent moins désintéressés. A tort ou à raison, on redoute que le successeur de l'Empereur défunt, ne professant pas autant d'indépendance que son auguste père à l'égard du principal conseiller de la couronne, ne soit amené à susciter de nouvelles difficultés entre les deux pays. Guillaume II est, en outre considéré comme partisan du militarisme le plus outré, ce qui serait de nature à troubler davantage la situation déjà si précaire de l'Europe. Cette dernière opinion, très répandue dans les cercles politiques russes, ainsi que je l'ai constatée, à maintes reprises, dans mes lettres antérieures, est probablement exagérée. Le jeune Empereur sera, d'ailleurs, sous peu, dans le cas de calmer les appréhensions auxquelles elle a donné naissance.

Malgré tout, il n'est point douteux, tel est du moins le sentiment de la presse russe, que le passage au pouvoir de Frédéric III, aussi court qu'il ait été, n'exerce quelque influence sur la ligne de conduite qu'adoptera son successeur. Les idées du défunt n'ont peut-être pas eu le temps de prendre de profondes racines dans le pays, mais elles ont pu encourager, dans une certaine mesure, les adhérents d'une politique d'apaisement. Ces journaux espèrent, en outre, qu'au point de vue purement international, la période des incertitudes, provoquées par le grand âge de l'Empereur Guillaume et par la maladie de son fils, va faire place à une ère de politique clairement déterminée, qui permettra de résoudre, sans trop d'ajournements, les questions figurant à l'ordre du jour européen.

Telle est, je le répète, l'opinion de la presse russe. En présence de ces appréciations, il paraît opportun de rappeler la marche indécise et prudente à l'excès que le cabinet de Saint Pétersbourg n'a cessé de suivre jusqu'à ce jour dans ces mêmes

questions. Le reproche adressé par les journaux russes à l'Allemagne se retourne donc, à plus forte raison, contre leur propre pays. A moins que l'attitude expectante affectée par la Russie n'ait été mise en relief qu'afin de mieux masquer les armements et les mouvements de troupes, qui, en dépit des assertions contraires, ont eu lieu sur les frontières austro-allemandes.

Le secret antagonisme, auquel le Prince de Bismarck se trouve en but de la part de la presse russe, n'empêche pas cette dernière de compter sur l'influence du puissant chancelier pour le maintien de la paix. On présume que les instincts belliqueux de Guillaume II ne se donneront pas libre cours dès le commencement de son règne, grâce à la sagesse de son conseiller et grâce aussi à la perspective des nombreuses difficultés intérieures qui en résulteraient. La moindre imprudence pourrait aliéner au jeune monarque les populations relevant des autres princes allemands, dont il doit, à son tour, se concilier les sympathies acquises aux deux empereurs défunts.

43.

Eygermont, Gesandter(?) in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 22 juin 1888.

Dans la lettre que j'ai eu l'honneur de Vous adresser, le 18 de ce mois, sous le numéro 85, je faisais allusion à la confiance que la presse russe affecte de mettre, depuis un certain temps, dans le Prince de Bismarck, dont la présence aux affaires constitue, d'après elle, la meilleure garantie du maintien de la paix.

Il est assez curieux de constater cette évolution des journaux à l'égard d'un homme d'Etat, qui, malgré tous ses efforts, n'avait pu réussir, jusqu'à présent, à faire croire à ses intentions pacifiques. Aussi, ce fait ne trouve-t-il vraisemblablement sa raison d'être que dans la défiance avec laquelle a été accueillie l'avènement du nouvel Empereur d'Allemagne, les goûts belliqueux de ce dernier ne pouvant être tempérés que grâce à la sagesse et à l'expérience du vieux chancelier.

Je me hâte, toutefois, d'ajouter, qu'en ce qui concerne Guillaume II, les appréciations pessimistes du premier moment ont fait place à des commentaires assez incolores, dans lesquels la presse non officieuse se borne à accueillir, avec une apparente bienveillance, les récentes déclarations du nouveau souverain. Pourtant, les dits journaux ont trop subitement et trop uniformément adopté, sur ce sujet, la manière de voir des organes officieux, pour que leur langage ne soit point le résultat de quelque instruction venue de haut. Il est évident que la diplomatie russe tient, en ce moment, à user de la plus grande prudence afin de ne laisser à l'Allemagne aucun prétexte d'hostilité. Mais, au fond, il y a lieu de présumer que les actes ne demeurent point en rapport avec les paroles, et que, tout en exprimant directement les sentiments les plus optimistes, la Russie se prépare plus que jamais aux plus sombres éventualités.

44.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 23 juin 1888.

Dans le but d'amener un rapprochement entre l'Allemagne et la Russie, on travaille actuellement à préparer une entrevue entre l'Empereur Guillaume II et l'Empereur Alexandre III qui aurait lieu dans le courant de l'été. Le nouveau souverain de l'Allemagne est animé envers la Russie des mêmes sentiments que son grand Père. Une rupture définitive avec ce pays lui serait extrêmement pénible. Le chancelier qui veut avant tout conserver la paix, désire aussi naturellement une amélioration des rapports. Il a dit, pendant les pourparlers, que l'Allemagne tâchera de suivre, en Orient la même politique que si l'alliance des trois Empereurs existait encore.

Dans l'intérêt de la paix générale, nous ne pouvons que faire des vœux pour que les négociations aboutissent à une réconciliation complète et sincère; mais il est bien difficile de se laisser aller à cette espérance. Malgré le désir de l'Allemagne de se tenir en dehors de la question bulgare, malgré le désinté-

ressement de l'Autriche affirmé tout récemment encore par le Comte Kalnoky, les intérêts et les prétentions de la Russie et de l'Autriche en Orient sont si directement opposés que, quand il faudra passer des paroles aux actes, l'Allemagne devra nécessairement choisir entre l'amitié de ces deux puissances. Pour le moment il n'est pas douteux qu'elle ne préfère l'Autriche. D'abord elle y est engagée par traité pour le cas où l'agression viendrait de la part de la Russie, ensuite le Czar n'est pas libre en réalité de conduire sa politique extérieure comme il l'entend. Le parti panslaviste de l'opinion duquel il faut tenir grand compte, est trop hostile à l'Allemagne pour permettre une union étroite entre les deux empires du nord. Les Allemands ont de leur côté des griefs sérieux et nombreux contre la Russie: l'oppression des églises protestantes et catholiques; les efforts faits pour proscrire la langue allemande; l'interdiction aux étrangers, c'est-à-dire en pratique aux Allemands, de posséder des biens fonds en Russie; les tarifs ultraprotectionnistes russes dirigés spécialement contre l'Allemagne; les mesures prises pour fermer la Russie aux ouvriers allemands, aux banques allemandes et à toutes les affaires allemandes en général.

C'est donc la force des choses plus puissante que la volonté des souverains et des cabinets, plus efficace que les traités, qui obligera l'Allemagne à préférer l'amitié sûre de l'Autriche à l'alliance chancelante de la Russie, malgré les avantages que l'Allemagne serait appelée à recueillir dans l'intérêt de l'unité germanique, de la dissolution de l'Empire autrichien.

Tout en ne se faisant pas beaucoup d'illusions sur le résultat possible des négociations pendantes, on ne peut que se féliciter qu'elles aient été entamées. Elles auront au moins l'avantage de faire gagner du temps. La question bulgare est factice et se résoudrait toute seule si on voulait bien n'en pas parler pendant quelques mois. Tout ce qui éloigne une action décisive, est donc autant d'acquis pour la préservation de la paix européenne.

45.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Confidentielle. Berlin, le 30 juin 1888.

Les négociations pour un rapprochement entre la Russie et l'Allemagne entreprises ou plutôt activées depuis le nouveau règne, ont été habilement et rapidement menées, comme en fait foi le discours d'ouverture du Reichstag. Les paroles prononcées par l'Empereur sont plus qu'une avance et qu'une formule de courtoisie. Elles sont l'expression exacte de la vérité parce qu'elles répondent aux sentiments personnels des deux souverains et aux vues du Prince de Bismarck, qui depuis de longues années cherche à cultiver à la fois l'amitié de l'Autriche et de la Russie. Si une entente pouvait s'établir aussi entre ces deux dernières puissances, il n'y aurait plus aucun point noir du côté du Nord. Malheureusement l'accord n'existe pas et comme j'ai eu l'honneur de vous l'écrire, le 23 de ce mois, il n'est que trop aisé de prévoir le cas où l'Allemagne forcée de choisir entre la Russie et l'Autriche, devrait en vertu du traité d'alliance, et aussi pour veiller à ses propres intérêts, se ranger du côté de l'Autriche. Le Prince de Bismarck travaille activement depuis longtemps à échapper à cette alternative.

Lorsqu'au mois d'août dernier la Russie a commencé ses armements et ses dislocations de troupes il a fallu d'énergiques représentations du cabinet de Berlin pour faire sortir l'Autriche de sa torpeur. Aux yeux du Prince de Bismarck la guerre était certaine si le cabinet de Vienne se laissait devancer dans la voie des préparatifs militaires. Après d'assez longues hésitations le cabinet de Vienne s'est enfin décidé à armer et lorsqu'il s'y est mis, il l'a fait avec une telle ardeur, que dès le commencement de l'hiver, il était prêt à entrer en campagne. La Russie était encore loin de là et le contraste des situations avait amené un revirement complet dans les vues du cabinet de Vienne. On se disait que puisque la guerre est inévitable et que le moment seul en est douteux, il valait mieux la faire dans les conditions les plus favorables c'est à dire contre un adversaire encore insuffisamment préparé. Le Prince de Bismarck a eu autre-

ment de peine à cette époque à retenir l'Autriche qu'il n'avait eu à la pousser pendant l'été et on dit qu'il n'y aurait pas réussi si l'Empereur François Joseph n'avait pas imposé sa volonté à ses ministres. Le Prince de Bismarck n'a donc pas cessé de poursuivre une même direction politique pacifique quoiqu'il ait dû varier dans le choix des moyens. Mais il est impossible à la longue d'empêcher l'ouverture des hostilités entre deux puissances voisines presque d'égale force et dont les intérêts sont contradictoires. Le Chancelier a donc dû se préoccuper d'amener entre elles une entente sur une base solide et durable. Il ne laisse passer aucune occasion de rappeler à Vienne que le casus foederis n'existe que pour le cas où l'Autriche serait attaquée. Il recommande aussi avec persévérance à Vienne un arrangement qui partagerait l'influence en Orient à l'Autriche, la Serbie; à la Russie, la Bulgarie. Cet accord a déjà existé. L'Autriche y avait consenti à l'époque où elle s'était entendue avec la Russie pour l'occupation de la Bosnie et de l'Herzégovine. Le Prince de Bismarck rappelle à Vienne qu'il y a une sorte de manque de foi à ne pas l'observer. C'est, paraît-il, l'influence Hongroise si puissante à Vienne et en particulier celle du Comte Andrassy, qui empêcherait les conseils du Chancelier d'être écoutés. On serait d'avis à Pesth que l'arrangement qui a précédé la guerre d'Orient n'est plus exécutable. La Russie ne se contente plus d'une influence prédominante en Bulgarie, elle veut transformer ce pays en un état vassal et ne tient tant à y avoir la haute main, que parce que c'est le chemin de Constantinople.

Le Prince de Bismarck s'efforce, paraît-il, de démontrer que la conquête de Constantinople elle-même n'affecterait pas sérieusement les intérêts de l'Autriche-Hongrie.

J'ai eu beaucoup de peine à croire à cette dernière information. C'est une thèse difficile à soutenir et on ne voit pas comment l'Allemagne pourrait se désintéresser non seulement pour son alliée, mais encore pour elle-même, de l'établissement de la Russie sur les rives du Bosphore. Cependant les renseignements qu'on me donne sont si positifs que je suis forcé d'y ajouter foi. Il est vrai qu'ils sont accompagnés d'un com-

mentaire. L'Allemagne peut, dit-on, faire cette concession sans péril. L'Angleterre, l'Italie sont trop intéressées pour consentir à ce qu'on en fasse jamais usage. Pendant que le Chancelier fait entendre ses conseils de modération à Vienne il ne reste pas inactif du côté de Saint Pétersbourg. Les intentions pacifiques du Czar ne sont pas douteuses; mais comme j'ai déjà eu l'honneur de vous l'écrire, Sa Majesté suit une politique contradictoire. Elle veut la paix, mais avec les avantages que pourrait lui procurer une guerre heureuse. De plus le Czar dirige personnellement la politique extérieure et ne se rend pas toujours compte de la portée de ses actes. Il est entouré de panslavistes et se rend souvent à l'avis de son dernier interlocuteur. Le plus capable et le plus modéré de ses conseillers M. de Giers n'a que fort peu d'influence. C'est pourquoi sans mettre un instant en doute la bonne foi de l'Empereur et malgré les progrès très marqués accomplis pendant les derniers jours on n'est pas encore entièrement rassuré ici sur la politique russe; mais on a bon espoir d'arriver à une situation plus complètement satisfaisante. On compte sur la lassitude produite par les échecs successifs du Czar en Bulgarie pour l'amener à modérer ses prétentions. On veut aussi se servir de la mobilité d'esprit de Sa Majesté pour agir sur Elle par le moyen d'entrevues fréquentes. Il est déjà à peu près décidé que l'Empereur Guillaume II ira faire une visite au Czar dès le mois de juillet prochain; après quoi il ira à Stockholm et à Copenhague.

46.

Eygermont, Gesandter(?) in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 7 août 1888.

Dans la lettre que j'ai eu l'honneur de Vous adresser, le 23 juillet dernier, sous le numéro 103, au cours de l'entrevue des Empereurs de Russie et d'Allemagne, je faisais allusion à l'importance probablement négative, au point de vue politique, des entretiens de Péterhof. J'exprimais l'opinion que la discussion des questions en suspens ne pourrait être sérieusement

abordée dans les pourparlers Impériaux et j'ajoutais, en manière de conclusion, que le seul résultat de l'entrevue réalisable, en ce moment, serait la prolongation provisoire de la paix européenne.

Si je me suis fait l'écho de cette opinion, aussi bien avant que pendant l'entrevue, c'est que la situation internationale actuelle ne comporte point de compromis quelconque entre les deux grandes puissances continentales, l'Allemagne, d'une part, se trouvant liée par ses engagements envers l'Autriche-Hongrie, et la Russie, d'autre part, n'ayant aucune raison de se départir de la prudente réserve qu'elle n'a cessé d'observer depuis le commencement de la crise, réserve qui, — soit dit par parenthèses, — constitue toute la force de sa politique ambigue.

Les évènements paraissent justifier, de tous points, cette opinion à laquelle tout le monde commence, d'ailleurs, à se rallier.

Certains organes de la presse étrangère, qui s'étaient laissés aller aux espérances les plus illusoires, se trouvent peu à peu ramenés à une plus saine appréciation des choses et ne voient déjà plus dans l'entrevue qu'un pur acte de courtoisie posé par l'Empereur Guillaume à l'égard de son aîné, le Souverain de toutes les Russies.

Quant au langage de la presse russe, il ne peut que corroborer cette manière de voir. Les journaux, tant indépendants qu'officieux, ne se sont guère écartés d'une ligne de conduite assez uniforme, envisageant l'entrevue avec le plus grand calme et évitant, comme de parti pris, d'y attribuer aucune portée politique immédiate. C'est, qu'au fond, même dans les sphères les plus sympathiques à l'influence occidentale, tout le monde se rend parfaitement compte du rôle que la Russie s'applique à jouer depuis des siècles, en vertu d'une mission qu'elle considère comme historique, mission à laquelle le gouvernement Impérial actuel est loin de vouloir faillir. Et ce sentiment a dû être d'autant plus général, que l'entrevue a, pour ainsi dire, coïncidé avec la tenue d'un anniversaire qui a remué le vieux sang slave jusques dans les derniers recoins de la Russie. Je veux parler du 900ième anniversaire de la conversion de la

Russie aux idées chrétiennes, anniversaire célébré, le 27 juillet dernier, sur tout le territoire moscovite. Ces fêtes ont donné lieu à d'éclatantes démonstrations, notamment à Kiew, la ville dite sainte, d'où était partie, il y a neuf siècles, l'impulsion religieuse qui entraîna toute la race slave dans les bras du christianisme. Ce n'est, certes, pas au moment où l'on voit accourir au centre de la vieille cité de St. Wladimir les nombreux délégués slaves des pays limitrophes, pour y affirmer leur soumission au grand chef de la Chrétienté orthodoxe, qu'il est possible à la nation russe de se soustraire au grand courant qui la pousse, sans cesse, vers Constantinople.

Les fêtes de Kiew ont eu, en effet, pour corollaire des manifestations et des discours qui ont mis en pleine lumière les aspirations de la population panorthodoxe. Le procureur du St. Synode, M. Pobédonostzew, l'un des principaux conseillers de l'Empereur, y a prononcé, notamment, des paroles dans lesquelles il s'est inspiré non seulement de la religion mais aussi de la politique, plutôt de celle-ci que de celle-là. En outre, la présence, aux fêtes, du Comte Ignatiew et d'autres sommités slavophiles n'a fait qu'en accentuer le caractère panslaviste.

Sans doute, les aspirations intransigeantes, auxquelles je viens de faire allusion, ne sont point partagées universellement par la nation, surtout dans les sphères gouvernementales. Tant s'en faut. Mais, pour tout observateur impartial, il paraît évident, que les deux partis ne sont guère séparés que par une question d'opportunité.

Au résumé, de ce qui précède, il est permis de conclure que l'entrevue des Empereurs et les fêtes de Kiew constituent deux évènements qui méritent d'être rapprochés. Si le premier de ces évènements a donné lieu, de la part des souverains, à des protestations réciproques de paix et d'amitié, le second, en revanche, est de nature à établir que la Russie, tout en s'apprêtant à mettre à profit la bienveillante attitude de l'Allemagne, ne compte renoncer à aucune de ses aspirations séculaires.

Est-ce à dire, cependant, qu'en présence, à la fois, des engagements internationaux de l'Allemagne et du système politique poursuivi par la Russie, il n'ait pu être jeté, dans l'entrevue

de Péterhof, aucune base d'arrangement propre à débrouiller la situation européenne, du côté des Balkans? Ce serait peut-être s'aventurer trop loin dans le courant des affirmations pessimistes. Mes renseignements personnels me permettent, au contraire, de croire que l'Allemagne aurait promis, de rechef, à la Russie son appui dans la question bulgare, en se prononçant, p us que jamais et ouvertement, pour le respect les clauses contenues dans le traité de Berlin. Il est certain que la Russie ne manquera pas de profiter de l'appoint qui lui est offert, quelque maigre que celui-ci puisse paraître. Et si je ne m'abuse, elle ne perd pas de temps et jette, d'ores et déjà, les jalons d'une nouvelle entreprise destinée à miner le trône du Prince de Cobourg. Assurés, d'un côté, de l'assentiment de l'Allemagne, mais prévoyant une résistance, peut-être insurmontable, de la part de l'Autriche-Hongrie, certains personnages russes machineraient, en sous main, dans la principauté, avec différents chefs de partis bulgares, quelque nouveau revirement politique. Il ne s'agirait de rien moins que de renverser le Prince de Cobourg par un mouvement intérieur et de mettre l'Autriche en présence d'un fait accompli.

C'est, sans doute, en prévision de ce revirement que certains journaux russes et étrangers ont mis en avant la candidature éventuelle du Prince Waldemar de Danemark, candidature prétenduement convenue entre l'Allemagne et la Russie, sans songer qu'il est fort prématuré d'élever un nouveau titulaire sur le trône de Bulgarie aussi longtemps que celui-ci est occupé par le Prince de Cobourg. Néanmoins, je tiens de bonne source que le Prince Danois serait très favorablement accueilli en haut lieu à St. Pétersbourg. Mais il est certain que le Gouvernement Impérial, loin de proposer cette candidature, ainsi qu'il le fit jadis pour le prince de Mingrélie, se bornerait à y donner son approbation sous certaines conditions.

Quoi qu'il en soit — il importe de le répéter —, tout semble dépendre de l'état intérieur de la Bulgarie. Si, malgré toutes les agitations soulevées, le Prince de Cobourg, parvient à y maintenir l'ordre, il est probable que sa situation personnelle restera sauve, au moins provisoirement. Quant à la Russie,

elle ne se départira point, dans tous les cas, de sa politique de lent envahissement et n'arrêtera pas de sitôt ses armements à outrance. Aussi, est-on en droit de se demander, si la Ligue de la paix, s'appuyant sur les déclarations pacifiques échangées à Péterhof, ne cherchera pas quelque remède efficace à une situation aussi tendue, qui menace, tôt ou tard, de se dénouer dans le sang. C'est un point qui pourra, sans doute, être éclairci plus profondément lors de la prochaine entrevue des Empereurs Guillaume et François-Joseph.

47.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 11 août 1888.

Ayant déjà eu l'honneur de vous mander quelle est l'attitude prise par le Cabinet de Berlin, dans l'affaire de Massouah, je n'ai plus à vous parler cette semaine de la politique étrangère de l'Allemagne que pour mentionner les deux discours prononcés l'un par Lord Salisbury au banquet du Lord Maire, l'autre par le général Ignatiew à Kiew.

Les relations de l'Angleterre avec l'Allemagne ne sont pas intimes, vous le savez, et on ne tient guère à Berlin à les rendre plus étroites. Le Prince de Bismarck que les chambres prussiennes ont tourmenté pendant toute son existence et qui a failli, grâce à leur opposition, échouer dans ses grands desseins, a la haine du parlementarisme et n'accordera jamais sa confiance entière à un pays où le Parlement gouverne presque sans contrepoids. De plus ce serait un allié dangereux. Elle a dans les Indes d'autres intérêts que ceux des puissances continentales et pourrait, dans certaines circonstances être moins sincèrement pacifique que les pays auxquels les affaires de l'Asie Centrale sont indifférentes.

Peut-être l'Angleterre aurait-elle pu se joindre à la Triple-Alliance l'hiver dernier, quand les relations entre l'Allemagne et la Russie étaient tendues. Elle a préféré conserver sa liberté d'action et recueillir les avantages de la ligue de la paix sans

en recueillir les obligations. Il est peu probable qu'elle désire renoncer à cette politique qui chez elle est traditionelle. Néanmoins si elle ne veut pas être l'alliée de l'Allemagne, il ne peut que lui être avantageux d'en être l'amie. Il semble que son isolement lui pèse et que Lord Salisbury ait voulu profiter du banquet du Lord Maire pour faire publiquement des avances au Gouvernement Impérial dont il a loué sans réserve la politique. Sa Seigneurie applaudit au résultat de l'entrevue de Péterhof et dit être convaincu que la rencontre des deux Empereurs donnera au Czar la force d'imposer à son peuple une politique pacifique. Lord Salisbury voulant peindre à grands traits une situation incontestablement améliorée, n'a-t-il pas à dessein négligé les nuances. Pour être tout à fait exact n'aurait-il pas fallu tenir compte de la position et de l'influence du parti panslaviste en Russie? Les journaux de la secte qui s'étaient tûs pendant le séjour de l'Empereur ont recommencé leurs fanfaronnades immédiatement après son départ. Le Czar avait manifesté le désir de donner aux fêtes de Kiew un caractère exclusivement religieux. Néanmoins le Général Ignatiew a eu l'insolence d'éluder la défense de son souverain et de prononcer un discours dans lequel il a hautement exprimé ses sentiments fanatiques et belliqueux. Il n'en a été puni, paraît-il, que par une inoffensive réprimande.

Ces faits prouvent combien le Gouvernement Russe se sent faible vis-à-vis du Panslavisme.

Le rétablissement de la confiance entre l'Empereur d'Allemagne et l'Empereur de Russie est sans doute un résultat de la plus haute importance; mais il ne faut pas oublier qu'en dépit de son titre d'autocrate, le Czar n'est pas le seul maître dans son Empire.

48.

Eygermont, Gesandter(?) in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 13 août 1888.

Toute réserve faite en ce qui concerne les vues personnelles de l'Empereur, dont le sentiment et les intentions demeurent

toujours un peu énigmatiques, les sphères officielles russes paraissent accentuer de plus en plus leur sympathie pour l'Allemagne.

Ce résultat tient surtout aux trois causes suivantes: le désir de trouver une solution à la question bulgare, certaines considérations financières, et, principalement peut-être, la tournure des affaires en France.

Le Gouvernement russe semble effectivement vouloir mettre un terme, en Bulgarie, à une situation qu'il considère comme anormale et contraire aux stipulations du traité de Berlin. Or, sentant l'impossibilité d'y parvenir sans le concours de l'Allemagne, il se montre tout disposé à profiter des bons offices que l'Empereur Guillaume lui a offerts à Péterhof. Et, pressé d'en finir, il ne se préoccupe même point de rechercher le mobile qui a pu amener le souverain Allemand à lui promettre son appui. Du reste, tout ce que la Russie attend de l'Allemagne, en cette occurrence, c'est que celle-ci, par son attitude, détermine la chute du Prince de Cobourg. Aussitôt ce résultat obtenu, elle serait décidée à se montrer conciliante, à ne conserver son ancien programme que dans les grands traits et pour la forme, se bornant, en réalité, au simple rétablissement des relations diplomatiques. Elle accepterait le nouveau Prince, quel qu'il soit, pourvu qu'il appartienne à la religion orthodoxe ou même protestante. Mais, à aucun prix, elle ne consentirait à l'élection d'un candidat catholique. Une fois le prince Ferdinand écarté, il paraît que le Gouvernement russe enverrait en Bulgarie un commissaire chargé d'y renouer les rapports officiels. On ajoute que cet envoyé aurait pour instructions de ne point se mêler aux affaires intérieures du pays. Toutefois, ce dernier point semble difficile à admettre, en présence du rôle actif que la Russie ambitionne de jouer dans les Balkans. Quant à l'éloignement du Prince de Cobourg, si la Russie compte l'obtenir, en partie, par l'entremise de l'Allemagne, elle fonde surtout son espoir sur l'explosion de quelque mouvement intérieur. Dans ma dernière communication il était question de ce revirement politique préparé avec la connivence des chefs de groupes partisans de la Russie. Or, si mes renseignements sont exacts,

plusieurs agents bulgares se trouveraient actuellement à St. Pétersbourg, où ils attendraient d'importantes communications de leur pays, ainsi que le très prochain dénouement de pourparlers diplomatiques engagés par le gouvernement russe.

Au début de la présente lettre, le rapprochement de la Russie avec l'Allemagne est attribué, en partie, à certaines considérations tenant de l'ordre financier. Parmi ces considérations il faut placer, en premier lieu, la hausse qui, depuis un certain temps, a marqué le cours du rouble. Cette hausse est redevable, jusqu'à un certain point, à la mauvaise récolte de cette année en Allemagne. Ce pays se trouve, en effet, en raison de l'insuffisance des approvisionnements, obligé d'acheter de fortes quantités de roubles pour solder les céréales qui lui arrivent de Russie, où la récolte est bonne et les réserves très abondantes. En outre, des combinaisons sont en voie de se conclure entre les banquiers berlinois et le Gouvernement russe. C'est ainsi, par exemple, que la maison Bleichröder aurait fait acquisition de cinquante millions de roubles de fonds russes que l'Etat avait ici en portefeuille. On affirme même que cette opération ne serait que le prélude d'autres opérations plus importantes.

A l'égard des affaires de France, je crois savoir que les derniers évènements intérieurs de ce pays, habilement exploités par l'Allemagne, ont produit une très mauvaise impression dans les sphères officielles russes et hâté leur gravitation vers Berlin. On craint, ici, par dessus tout, le mouvement social qui se dessine à Paris et la propagande révolutionnaire qui se poursuit dans toute la France. La presse, cependant, est partagée, à ce sujet, en deux courants distincts. Certains journaux épousent nettement les appréhensions dont il vient d'être question. Tels sont le *Nouveau Temps* et le *Grasdanine.* D'autres, au contraire, comme le *Svet*, les *Nouvelles* et la *Gazette de Moscou* conservent plus de sang-froid dans leurs appréciations. Ces derniers cherchent à atténuer la portée du mouvement ouvrier en démontrant que la France n'est pas plus socialiste que l'Angleterre, et peut-être moins que l'Allemagne. Et en conséquence ils continuent à regarder la France comme un

atout dans le jeu de la Russie. Quoiqu'il en soit, la situation troublée que la République traverse, est loin de diminuer l'intensité du courant sympathique qui ramène, peu à peu, la Russie vers la grande nation voisine, dans laquelle, il est peut-être opportun de le constater, elle n'a connu de tout temps, que des alliés.

49.

Eygermont, Gesandter(?) in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 27 août 1888.

Aucune modification sérieuse n'est à signaler dans l'attitude de la Russie relativement à la solution de la question bulgare. Depuis le rapprochement qui s'est opéré entre les Cours de Berlin et de St. Pétersbourg, le Gouvernement Impérial semble s'en rapporter de plus en plus, à l'appui de l'Allemagne et à l'action des puissances liguées. Il espère, d'ailleurs, par dessus tout que les évènements intérieurs amèneront en Bulgarie une crise fatale pour le Prince Ferdinand. A ses yeux, cette éventualité aurait pour conséquence probable de motiver, ipso facto, l'intervention des gouvernements signataires du traité de Berlin.

En attendant, le Cabinet moscovite se renferme comme toujours, dans la réserve qui caractérise sa politique expectante. Cette attitude lui a trop bien réussi jusqu'à présent pour qu'il l'abandonne sans raison. Ses aspirations dans les pays balkaniques étant connues, il laisse jusqu'à nouvel ordre, aux puissances étrangères le soin de les réaliser, persuadé, qu'à la longue, tout finira par s'arranger selon ses convenances.

La tendance à St. Pétersbourg est donc de nouveau à la temporisation. Il ne paraît pas, en effet, que, malgré les menées actives auxquelles se livrent les partis intéressés, aussi bien en Russie qu'en Bulgarie même, le Prince Ferdinand doive craindre, de sitôt, son renversement par un mouvement insurrectionnel. D'autre part, il est permis de douter que, dans les circonstances actuelles, les puissances parviennent bientôt

à conclure un arrangement qui soit de nature à concilier les intérêts divergents et les aspirations opposées de la Russie et de l'Autriche-Hongrie.

La réserve dont la Russie s'inspire dans sa politique, en ce qui concerne les affaires bulgares, ne l'empêche point de jeter ses regards par-dessus les frontières. Ainsi, on n'est point sans supputer l'influence que peuvent avoir, au point de vue de l'équilibre européen, les évènements qui se déroulent, en ce moment en France.

L'agitation boulangiste a le don de fixer tout spécialement l'attention publique. Mais, tandis que les journaux prennent parti, selon leurs propres idées, les uns pour les autres contre le Général Boulanger, on se montre beaucoup plus circonspect dans les cercles diplomatiques russes. Ici, l'impartialité paraît tout à fait de mise. Il importe, en effet, de ne point porter ombrage à la France dont la Russie a besoin, comme contrepoids vis-à-vis de l'Allemagne.

En revanche, dans les réunions panslavistes, où l'on n'est pas tenu à autant de ménagements, on ne dissimule point le désir de voir aboutir la campagne entreprise contre le parlementarisme, soit au triomphe des idées bonapartistes ou royalistes, soit plutôt à une dictature éphémère du Général Boulanger. A tort ou à raison, l'avènement de ce dernier surtout, passe pour devoir provoquer des éventualités belliqueuses, grâce auxquelles la Russie pourrait réaliser certaines de ses aspirations, qu'elle est tenue de contenir en présence d'une Allemagne inoccupée.

Ces désirs n'ont guère cours, je le répète, que dans le parti d'action, toujours en éveil pour pousser la Russie dans la voie que lui trace sa soi-disant mission historique.

Dans les sphères purement officielles on se borne à regretter les perturbations intérieures qui bouleversent la France et minent l'influence internationale qu'elle revendiquait autrefois à si juste titre. De là, à s'attaquer aux institutions mêmes du pays il n'y a pas loin. Aussi la forme républicaine adoptée à la suite des désastres de 1870, trouve-t-elle ici de nombreux détracteurs. Il n'est, pour ainsi dire, qu'une voix pour prétendre que le peuple français ne saurait s'accomoder longtemps

à ce régime qu'on prétend être en opposition avec ses mœurs et avec son histoire. Telle est, notamment, l'opinion que j'ai entendu exprimer, à plusieurs reprises, dans des entrevues intimes, par un des personnages les plus haut placés dans le Gouvernement Impérial.

L'Ambassadeur de Turquie a remis mercredi dernier entre les mains de M. de Giers, la protestation de la Porte contre l'occupation par l'Italie de Massouah. Le Gouvernement profitant de cette occasion pour prendre une petite revanche contre l'Italie, a résolu de s'associer aux réclamations du Sultan. Mais son concours sera tout à fait platonique. Quoiqu'il en soit, cette attitude servira à maintenir la Russie sur le terrain qu'elle a choisi pour ses revendications en Bulgarie, c'est-à-dire sur le terrain du respect dû aux traités.

Malgré l'irritation qu'on éprouve à St. Pétersbourg contre l'Italie, journaux et diplomates feignent de ne pas la prendre au sérieux. Ils représentent en outre, le voyage de M. Crispi à Friedrichsruhe comme une simple manœuvre destinée à donner de l'importance à cet homme d'Etat et à consolider, en Italie même, sa position ébranlée par le nouvel échec d'Abyssinie.

Je termine cette lettre par la mention d'un article du «Nouveau Temps», paru, il y a trois jours, et se rattachant à l'éventualité du décès du Roi des Pays-Bas. A ce propos, le journal russe croit devoir engager les Puissances à se préoccuper promptement de la Régence à établir, le cas échéant, dans ce pays. Et il ajoute — je rapporte la chose à simple titre de curiosité —, que l'Europe est intéressée à éviter soit l'absorption de la Hollande par l'Allemagne, soit son annexion à la Belgique, laquelle, dès lors, ne pourrait plus demeurer un état neutre.

50.

Eygermont, Gesandter(?) in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 11 septembre 1888.

Ainsi que j'ai eu l'honneur de vous l'annoncer le 7 de ce mois, l'Empereur a quitté Péterhof, le 5, pour se rendre à

Elisabethgrad, où ont lieu de grandes manœuvres militaires. Sa Majesté ne séjournera pas plus de cinq ou six jours au milieu des troupes impériales et, aussitôt après, Elle se rendra, pour s'y livrer à la chasse, dans les domaines que la Couronne possède dans les provinces polonaises. Enfin, le voyage que l'Empereur doit entreprendre dans la partie méridionale du territoire est fixé vers le mois d'octobre.

Ces déplacements, qui, pendant deux ou trois mois, tiendront le chef de l'Etat éloigné du centre des affaires politiques, peuvent être invoqués comme une nouvelle preuve de l'accalmie régnant actuellement un peu partout, accalmie grâce à laquelle certains incidents internationaux, tels, par exemple, que l'affaire de Massouah, demeurent sans conséquences fâcheuses.

Il ne faudrait pas en conclure, toutefois, que tout nuage ait disparu de l'horizon politique, et qu'à l'intérieur de la Russie notamment, tout le monde accepte bénévolement la trêve apparente conclue tacitement entre les divers partis, depuis l'entrevue des deux Empereurs. J'ai eu l'occasion dernièrement d'insister sur la discordance qui continue à régner dans la presse au sujet de la politique allemande. Malgré le terrain gagné par le parti germanophile, aussi bien dans l'opinion publique que dans les sphères officielles, le parti dit national ou slavophile est loin d'avoir renoncé à la lutte. Il y a même lieu de croire que ce dernier a des raisons sérieuses de compter sur l'appui de l'Empereur.

Déjà, à peine quelques jours après l'entrevue de Péterhof, nous étions à même de constater l'intensité du mouvement panslaviste, s'affirmant résolument lors du jubilé religieux de Kiew. Or, voici qu'un nouvel évènement tend à raviver les aspirations panorthodoxes. Le Grand-Duc Serge et la Grande-Duchesse Serge, ainsi que le Grand-Duc Paul vont faire un voyage en Palestine et partiront à cet effet d'Odessa, le 11/23 de ce mois. En somme, ce voyage n'aurait point une signification particulière, si d'une part, les personnages grands ducaux ne devaient recueillir, à Jérusalem même, les félicitations d'un nombreux clergé abyssin dépêché, à cet effet, à leur rencontre, et si, d'autre part, on n'avait à rapprocher de ce fait

la visite que l'Empereur a reçue, le jour même de son départ pour Elisabethgrad, de deux envoyés du Roi d'Abyssinie, le prêtre Grégoire et le diacre Michel, venus pour assister au jubilé de Kiew et pour présenter au Tsar les hommages de leur souverain. Sans doute, l'audience dont il vient d'être question n'avait pas, à proprement parler, de caractère politique, attendu que les religieux abyssins n'ont pas été accueillis à titre de représentants du Négus, mais simplement comme des personnes privées et en qualité de coreligionnaires orthodoxes. Mais elle constitue, néanmoins, l'indice d'un courant puissant que l'on tend à maintenir entre la Russie et les peuples orthodoxes.

La Bulgarie, que les gouvernements étrangers laissent se débattre avec les difficultés intérieures et dont le Cabinet russe lui-même semble ne point se préoccuper, n'en est pas moins en but à certaines menées occultes dirigées par des mains panslavistes. Tsanskow, l'un des agents bulgares, dont j'avais signalé la présence à St. Pétersbourg, se trouve toujours dans la capitale russe. Il a même fait une visite à M. de Giers, en Finlande, et il s'emploie, plus que jamais, à combiner un revirement bulgare, en faveur duquel on cherche à gagner des adversaires du parti russe dans la principauté. D'autre part, je sais, de source slavophile, que les têtes du camp slavophile agissent ici activement dans ce but.

Les nouvelles qu'on reçoit de Bulgarie et l'agitation qui se produit en Macédoine semblent, d'ailleurs, démontrer que tous ces agissements ne demeurent pas sans effet.

Au résumé, il serait difficile de déterminer, d'une façon précise, le travail souterrain qui s'effectue actuellement en Russie et dans les pays soumis à l'orthodoxie, mais ce qui est certain, c'est que le courant national et religieux, un moment retardé dans sa marche, est en voie de reprendre, à nouveau, le dessus. Par contre, le mouvement dont il est question est discrètement combattu dans les sphères diplomatiques russes, encore sous le charme de la dernière entrevue et tout disposées à renvoyer à un avenir plus ou moins lointain les complications qu'engendrerait la réalisation des idées slavophiles.

51.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 17 novembre 1888.

Je vous remercie des informations que vous avez bien voulu me donner par votre dépêche du 12 novembre A, No. 2714. J'avais déjà appris au Ministère des Affaires Etrangères à Berlin, comme j'ai eu l'honneur de vous l'écrire, que dans l'opinion de l'Allemagne, c'est à l'Empereur de Russie à prendre l'initiative de propositions pour la solution de la question bulgare. Je vois que le point de vue est le même à Rome, comme c'était presque certain en raison des liens qui unissent les trois puissances de l'Europe Centrale. La Russie est exclue de fait de toute influence en Bulgarie et personne en Italie, en Autriche ou en Allemagne n'a intérêt à réveiller une question qui dort pour le moment, et qui faute d'un candidat au trône bulgare qui soit agréable à toutes les puissances, ne pourrait aboutir à une solution.

La situation serait particulièrement délicate pour l'Allemagne placée entre son alliée l'Autriche et la Russie avec laquelle elle vient à peine de reprendre ses relations d'amitié traditionnelles.

Vous me rendrez cette justice, Mon Prince, que je ne me suis jamais exagéré les résultats de l'entrevue de Péterhof. Je crois que le Chancelier désire très sincèrement vivre en bonne harmonie avec la Russie, mais il lui reste toujours un fond de défiance, non contre le Czar, mais l'entourage panslaviste de Sa Majesté. Comme j'ai déjà eu l'honneur de vous l'écrire, on ne pourra considérer cette défiance comme dissipée que quand le Prince de Bismarck permettra à la Bourse de Berlin d'aider la Russie à sortir de ses embarras financiers. Nous saurons peut-être bientôt à quoi nous en tenir sur ce point. Les journaux annoncent en effet que la Russie a conclu ou va conclure un emprunt de 500 millions de francs en France. Selon toute apparence le Gouvernement Allemand ne favorisera pas cette opération, car déjà les journaux officieux, la «Post» et la «Gazette de Cologne» détournent le public allemand d'y prendre part.

Berlin, 17. 11. 1888.

La Presse s'occupe beaucoup de la nouvelle répartition des corps de l'armée russe et fait des calculs pour savoir de combien les garnisons de la frontière occidentale seront renforcées, chose qui devrait être très différente aux allemands si l'on considérait la paix comme définitivement consolidée.

Vous avez vu, Mon Prince, qu'à la suite de l'article de la «Norddeutsche Allgemeine Zeitung» que je vous ai envoyé le 13 de ce mois par mon rapport No. 1213/755, M. Lockroy a fait publier qu'il n'est plus ni propriétaire ni rédacteur du «Rappel». Le Journal officieux maintient que le Ministre de l'Instruction publique français est toujours l'inspirateur de cette feuille.

Les journaux continuent à s'occuper du prétendu rapprochement de l'Espagne et de la France, malgré les démentis officieux qui arrivent de Madrid.

Des pourparlers ont lieu directement entre les Etats-Majors de l'Allemagne et de l'Italie pour réorganiser le plan de mobilisation de l'armée de cette dernière puissance.

Après tout ce que j'ai eu l'honneur de vous écrire dans ces derniers temps, il est presque superflu d'ajouter qu'on ne peut plus parler de la conservation de la paix avec autant d'assurance qu'il y a quelques jours. Ce sont les revirements accoutumés de la politique extérieure. Après quelques semaines de calme apparent l'antagonisme des puissances reparaît. C'est qu'en réalité, quelles que soient les apparences, la situation est toujours radicalement mauvaise, parce que la paix ne repose que sur la crainte inspirée par la force armée dont dispose la triple alliance.

52.

Baron Solvyns, Gesandter in London.

Londres, le 29 janvier 1889.

L'élection du Général Boulanger continue à être commentée par la presse et à faire le sujet des entretiens dans les Clubs, ainsi que dans toutes les réunions. Ces appréciations, très différentes dans la forme, peuvent quant au fond se résumer en

une seule que voici: La signification du vote est que l'opinion publique répudie un régime incapable de faire le bien ou d'empêcher le mal et qu'il appelle de ses vœux l'avènement d'un pouvoir exécutif, fort et compact qui ne se laisse pas dominer par des coteries et soit en mesure d'assumer réellement la direction des affaires. Mais, ajoute-t-on, un pouvoir exécutif constitué de la sorte devra s'appuyer sur l'armée et ne pourra résister longtemps à ce qu'elle lui demande. Si elle veut la guerre, il sera forcé de la faire. En ce cas les sympathies actives de la Russie feront-elles encore une fois défaut à la France? Il est impossible d'émettre dès aujourd'hui une prévision quelque peu fondée à cet égard.

J'ai lieu de croire que dans les sphères officielles on se place au même point de vue et que l'on s'adresse la même question.

53.

Baron de Pitteurs-Hiegaerts, Gesandter in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 1er mai 1889.

Je profite du départ pour la Belgique de notre Consul, M. Charlier, pour vous écrire quelques lignes que je ne voudrais pas confier à la poste.

J'avais l'honneur de vous signaler dans ma dernière lettre certaines précautions prises contre la possibilité d'un attentat nihiliste. Il paraît que le nihilisme donne de nouveau des preuves d'existence même dans le sein de l'armée. On me signale de bonne source l'arrestation de quelques officiers appartenant en partie à l'arme de l'artillerie. On raconte également que la représentation gala qui devrait être donnée au grand Théâtre en l'honneur du Shah de Perse sera transformée en une soirée au Palais de l'Ermitage, autour duquel la surveillance est plus facile et en dessous duquel serait plus difficile de creuser des mines pour y introduire de la dynamite.

Je n'oserais vous garantir cette dernière rumeur qu'on ne se répète du reste qu'à l'oreille. Toute allusion au nihilisme intérieur est, vous le savez, strictement interdite à la Presse.

St..Pétersbourg, 1. 5. 1889.

La découverte de la fabrique de bombes à Zurich pourrait avoir quelque connexion avec les faits que je viens de signaler.

Je vous ai souvent parlé du ton de la presse russe quant aux questions extérieures. Cette presse à laquelle il n'est pas loisible de s'occuper des affaires intérieures, sauf quand il s'agit de pousser à la russification à outrance de la Pologne et des provinces baltiques et d'appeler les rigueurs gouvernementales sur les sujets russes non orthodoxes, catholiques, protestants ou juifs et de jouer le rôle de dénonciateur perpétuel, se dédommage de cette compression en dénigrant et en attaquant tout ce qui en Europe n'est pas aux pieds de la Sainte Russie. L'Allemagne et l'Autriche en premier lieu, l'Italie et l'Angleterre sont constamment l'objet de l'ire des organes panslavistes. La France, qui jusqu'à présent était portée aux nues, est tombée quelque peu en discrédit depuis qu'on persécute le général Boulanger considéré comme l'apôtre de la revanche (sauf quelques rares exceptions tous les journaux sont boulangistes). La Serbie, depuis l'abdication du Roi Milan, est censée rentrée dans le giron de l'Eglise. On espère que son exemple sera suivi par la Bulgarie et la Roumanie. L'arrivée prochaine du prince Ferdinand de Hohenzollern à Bukarest est une poutre dans l'œil d'un bon panslaviste.

Cette presse, si la connaissance de la langue russe était plus répandue et si l'Empire n'était pas si puissant que les autres gouvernements cherchent, les uns à le flatter, les autres à le ménager, donnerait lieu à mainte complication et à mainte réclamation par la raison qu'elle ne publie que ce que laisse passer la censure.

Ces réflexions peuvent trouver leur application le cas échéant. Dans les époques normales l'influence de la presse est faible sur l'opinion publique et nulle sur le gouvernement. Dans les circonstances anormales, s'il survenait des complications internationales, cette même presse, en surexcitant le sentiment national, aurait assez de puissance pour pousser le gouvernement à des résolutions qu'il ne prendrait peut-être pas motu-proprio. Il est sûr que s'il éclatait un conflit franco-germain

la presse russe sans exception demanderait que les troupes, cantonnées en grande partie près dès frontières de la Galicie et de la Roumanie, marchent sur Berlin et sur Vienne.

54.

Baron de Pitteurs-Hiegaerts, Gesandter in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 8 mai 1889.

L'ex-Métropolitain Michel, de Serbie, destitué pour avoir refusé de se prêter au divorce du Roi Milan, retourne dans quelques jours à Belgrade. Le prélat serbe qui s'était retiré après sa destitution à Moscou, est arrivé ces jours derniers à St. Pétersbourg, et a été reçu par l'Empereur. — Monseigneur Michel, qui loge à la Légation de Serbie, est devenu le héros des panslavistes et des purs orthodoxes; il a été tellement assailli de visites, que ne pouvant recevoir ni satisfaire tout le monde, il a célébré dimanche dernier un service divin à l'Eglise de Kasan afin d'étre au moins vu par ceux de ses admirateurs qui n'ont pas joui de l'avantage d'une réception.

M. de Giers, auquel l'ex-primat a fait visite, lui a recommandé la modération et la prudence. Monseigneur Michel a assuré que ces recommandations cadraient entièrement avec ses intentions. Il ne cherchera pas, a-t-il assuré, à se mêler à la politique militante; il est même douteux qu'il cherche à reprendre le gouvernement de l'Eglise serbe; ce qu'il veut, c'est la révision de la procédure de destitution qui a été conduite contrairement aux règles de droit canonique.

M. Persiani, qui se trouve encore à St. Pétersbourg, a dû donner à Monseigneur Michel les mêmes conseils que le Ministre des Affaires Etrangères. Le représentant de Russie à Belgrade estime également inopportun, pour le moment du moins, le retour de la Reine Nathalie.

On avait prétendu jadis que le Saint Synode aurait déclaré nulle et illégale la destitution du Métropolitain serbe, ce qui eut été une immixtion directe de l'autorité supérieure ecclésiastique russe dans l'Administration d'une Eglise orthodoxe

autocéphale. Le contraire est vrai, j'ai eu sous les yeux un avis du St. Synode déclarant qu'il n'avait pas à s'immiscer dans l'affaire de la destitution de Monseigneur Michel, cette question étant du ressort interne d'une Eglise indépendante.

Vous aurez sans doute appris de Bucarest que les expulsions dont on avait fait tant d'éclat à St. Pétersbourg, se réduisaient à deux ou trois sujets russes reconduits à la frontière; les autres expulsés sont des protégés russes de nationalité serbe, monténégrine ou bulgare très peu recommandables par leurs antécédents. Il est douteux que M. Catardji, quelques soient ses sympathies puisse accéder à toutes les réclamations du Gouvernement russe. A St. Pétersbourg, d'un autre côté, il est possible qu'on ne se montre pas très conciliant. L'arrivée du Prince héritier Ferdinand à Bucarest n'a pas justement l'air de plaire ici dans les cercles politiques.

Je vous entretenais dans ma dernière communication des tendances de la Presse russe et de ses dispositions à l'égard de l'Europe Occidentale, je me permets à ce propos de vous transcrire, ci-après, la traduction de quelques lignes du «Grasdanin», organe panslaviste modéré et même réactionnaire. Une discussion s'était élevée entre la «Novoï Vremia» et le «Grasdanin» sur l'opportunité de faire figurer dans les cadres des troupes irrégulières les populations musulmanes et payennes de l'Asie Centrale.

Le «Grasdanin» émettait à ce sujet les considérations suivantes qui n'ont rien de rassurant pour l'Europe si une coalition franco-russe devenait une réalité:

«Serait-il impossible que ce qui s'est passé en 1812 se renouvelât? Quelques centaines de mille hommes réunis à nos cosaques formeraient une armée d'un million de soldats sous le commandement d'un Davydow, d'un Fiegner ou d'un Isslavyn (il y en a des centaines parmi nous). Ces hommes franchissant les frontières, engageraient une guerre de guérillas, détruisant et anéantissant tout. Ils auraient bientôt fait de paralyser les forces des armées alliées en fondant en masse sur elles et en réduisant à l'impuissance leur stratégie et leurs calculs les plus scientifiques.

St. Pétersbourg, 8. 5. 1889.

La guerre rappellerait, il est vrai, les hauts faits de Tschingis et de Tamerlan; — tant mieux! Nous atteindrions d'autant plus vite notre but, mais à la condition de nous défaire de nos préjugés de sentimentalisme inopportuns et nous mettre bien dans l'esprit que tout peuple qui combat doit faire usage des moyens de vaincre sans les choisir. Les dernières découvertes de matières explosibles, les fusils à répétition, les armes à longue portée, nos cavaliers des steppes les équivalent. L'unique question est de savoir qui arrivera le premier au but. La grande lutte des Etats du Sud contre les Etats du Nord en Amérique, l'expérience de 1812 nous ont clairement démontré la valeur des hordes de cavalerie bien dirigées. La Russie est l'Empire le plus riche en ressources de ce genre, les troupes irrégulières, c'est-à-dire nos cosaques, les habitants du Caucase et les populations nomades d'Asie, successeurs de ces cavaliers célèbres qui en selle ont conquis la moitié du monde, n'ont rien perdu de leur puissance. L'Europe le sait et a raison d'avoir peur.»

Le Ministre de l'Intérieur, Comte Tolstoi, est mort hier soir. Le défunt était strictement conservateur. Le projet de réforme administrative dont il a été beaucoup parlé et qui devait être le couronnement de sa carrière administrative, disparaîtra probablement en même temps que son auteur. Le Comte Tolstoi avait été très combattu lorsqu'il était à la tête du Ministère de l'Instruction Publique pour avoir relevé et développé les études classiques peu en faveur en Russie.

55.

Graf Lichtervelde, Geschäftsträger in Wien.

Vienne, le 3 juin 1889.

Ce n'est point le toast du Czar en l'honneur du seul ami vrai de la Russie, ce n'est point l'annonce du mariage de la fille de ce Prince avec l'un des Grands-Ducs qui soit de nature à diminuer les appréhensions que suscitent dans les cercles politiques de Vienne les derniers événements de Serbie. Depuis

l'abdication du Roi Milan l'on n'a cessé ici d'observer avec inquiétude les nuées d'orage qui s'amoncellent peu à peu sur les pentes des Balkans, et le discours de celui que les Slaves considèrent comme le premier de leur race, a résonné comme un coup de tonnerre au milieu de ce ciel chargé de nuages. Quel écho y répondra de la part de populations surexcitées où l'insuffisance des pouvoirs établis ne s'est que trop manifestée lors des journées sanglantes qui ont abouti à l'incarcération de l'un des Chefs de parti qui présentait le plus de garanties pour exercer dans son pays une influence favorable aux intérêts austro-hongrois ?

Si l'on considère en effet la suite des événements qui se sont écoulés depuis trois mois sur les bords de la Save, en ayant égard d'un côté à la position essentiellement conservatrice et amie du status quo que la variété de ses populations recommande à l'Autriche dans la Péninsule des Balkans, et d'un autre côté aux avantages qui résultent nécessairement pour les idées panslavistes de toute modification à cet équilibre instable, il n'y a pas à se dissimuler qu'il existe à la frontière méridionale de l'Empire une fermentation dangereuse pour le repos de l'Europe. Les journaux officieux peuvent bien cacher leur désappointement en présence de ces phénomènes d'évolution vers un autre pôle; la presse indépendante qui n'est pas tenue aux mêmes égards, ne se gêne pas pour exprimer plus ouvertement ses craintes et son mécontentement; les cercles politiques de la capitale sont portés à corroborer ces appréciations. On s'explique que la Russie étant plus éloignée, son influence ne se fait pas sentir sous la forme peu séduisante d'exigences commerciales que revêt nécessairement celle d'une puissance voisine qui tient à développer les débouchés pour les produits de son industrie. Il n'est pas étonnant que les Serbes écoutent avec assez d'attention la parole engageante d'agents qui ne négligent pas les avantages que leur donnent la communauté de religion et les affinités de langage et de culture. Depuis l'action un peu vive que ces agents ont manifestée en Bulgarie, il y a trois ans, ils sont revenus en effet à des moyens de persuasion qui contrastent agréablement avec les questions de tarif et de

trafic des frontières. On préfère donc un protecteur lointain à un protecteur voisin, quitte à s'en repentir plus tard.

L'incident de la saisie des chemins de fer serbes qui est venu s'ajouter aux complications dérivant de l'émeute, n'est pas de nature à simplifier la solution des difficultés. L'on est fort préoccupé de cette question accessoire à l'ambassade de France à Vienne.

56.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, 6. Juni 1889.

Le toast de l'Empereur de Russie au Prince de Monténégro a causé une fâcheuse impression ici. On pouvait s'attendre à autre chose après la marque éclatante d'amitié que l'Empereur d'Allemagne avait donnée au Czar dès le début de son règne. De plus, cette démonstration est curieuse à observer comme symptôme.

Vous savez depuis longtemps, Mon Prince, ce que l'on pense à Berlin de la politique de la Russie. On ne met en aucun doute les intentions pacifiques du Czar dont la droiture et la loyauté sont au-dessus de tout soupçon, mais on se demande combien de temps S. M. pourra résister aux intrigues panslavistes dont Elle est entourée. Il est d'autant plus à craindre que le Czar ne dévie, que colère et borné, il ne se rend pas toujours compte de la portée de ses actes. Plusieurs fois déjà il a fallu toute l'habileté de M. de Giers pour modérer dans la forme des ordres donnés par l'Empereur et dont l'exécution littérale eût mené tout droit à un conflit. Malgré ces tempéraments la politique extérieure de la Russie n'est pas précisément d'accord avec les vues pacifiques de l'Empereur. Elle conserve dans les Etats des Balkans des diplomates de bas étage dont les intrigues ne sont un mystère pour personne.

Enfin l'humeur manifestée en Russie à l'occasion de la visite du Roi d'Italie à Berlin témoigne une mauvaise conscience. Une ligue purement défensive devrait être absolument indiffé-

rente à une Puissance qui n'aurait aucune arrière-pensée belliqueuse. On a remarqué que pendant la visite du Roi d'Italie l'Ambassadeur de Russie a quitté Berlin sous un prétexte assez futile.

Je crois qu'on s'est fait de grandes illusions en Russie sur les résultats de la visite de l'Empereur d'Allemagne à St. Pétersbourg. On a compté non seulement sur l'abstention de l'Allemagne dans les affaires d'Orient et sur des conseils de modération donnés à Vienne qui n'ont pas fait défaut, mais sur une pression qu'il était absurde d'espérer.

Tout cela n'indique aucun danger immédiat, mais prouve que, malgré la période d'accalmie que nous traversons, rien n'est changé depuis l'année dernière. Le maintien de la paix est toujours aussi précaire, parce qu'elle ne repose pas sur l'accord des Puissances, mais sur l'effroi qu'inspire l'union des forces de l'Europe Centrale.

57.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, 14. Juni 1889.

J'ai interrompu la rédaction du présent rapport pour aller au Ministère des Affaires Etrangères où l'on m'a parlé de la Russie. Auparavant chaque fois que la politique de cette Puissance était discutée, on ne manquait pas de dire que l'on avait pleine confiance dans les intentions pacifiques du Czar. On se prononce maintenant avec moins d'assurance. On admet le danger des influences panslavistes et on reconnaît que les conseils prudents de M. de Giers sont une médiocre garantie, parce que ce Ministre se trouve le plus souvent en présence de faits accomplis auxquels il n'a eu aucune part. Tout récemment la Russie a été sur le point de commettre une grosse faute en se brouillant avec la Roumanie. On peut encore contenir les intrigues des panslavistes en Russie même, mais dans les Etats des Balkans ils sont à peu près les maîtres de créer à leur fantaisie une cause de conflit. Si la situation est bonne en Bul-

garie et s'est améliorée en Roumanie, il faut reconnaître qu'elle devient de plus en plus mauvaise en Serbie et dans le Monténégro. On espère toutefois que le Gouvernement russe réfléchira et se rendra compte de l'infériorité de son armée qui, malgré les progrès accomplis, est encore loin d'avoir la valeur de l'armée allemande.

Pour me résumer je dirai que ce que j'ai entendu n'est pas encore un cri d'alarme. On croit toujours à la paix, mais on est loin de l'absolue sécurité d'autrefois. La preuve que l'on ne s'attend cependant à aucun événement immédiat est que le Comte de Bismarck part ce soir pour son congé annuel d'été, laissant l'intérim du Ministère au Comte de Berchem.

58.

Graf de Jonghe d'Ardoye, Gesandter in Wien.

Vienne, le 19 juin 1889.

La Russie s'est recueillie pendant quelque temps après l'échec de la mission du Général Kaulbars en Bulgarie; mais reconnaissant bientôt la faute qu'elle a commise en voulant s'imposer d'autorité aux Bulgares, déjà plus ou moins jaloux de leur indépendance, elle a repris son travail souterrain qui lui a toujours mieux réussi chez ces populations. Profitant des luttes de parti en Roumanie, elle est parvenu à amener au pouvoir à Bucarest un président du Conseil appartenant au groupe politique qui lui conserve ses sympathies.

Le divorce du Roi Milan, et son abdication qui en a été la conséquence, lui ont fourni l'occasion de reprendre au détriment de l'Autriche-Hongrie son influence perdue à Belgrade. Aujourd'hui la propagande panslaviste, encouragée par le fameux toast du Czar en faveur du Prince de Monténégro s'y exerce au grand jour, avec une activité redoublée, ainsi que dans toute la Péninsule des Balkans avec l'appui puissant du clergé et plus ou moins d'accord avec le gouvernement de M. Ristitch.

Le représentant de la Russie à Belgrade, M. de Persiani, qui tout en n'ayant pas encore soumis à la régence la convention

militaire dont ont parlé les journaux, ces jours derniers, trouve chez cet homme d'état, chez son gouvernement, et dans le parti libéral les dispositions les plus favorables à suivre ses inspirations. Tout se prépare donc en vue d'une action sérieuse dans les Balkans.

L'article à sensation d'un journal de Belgrade, «Les Male Nowiny», qui pose comme conditions de la neutralité de la Serbie, la cession de la Bosnie et de l'Herzégovine et des territoires slaves de la Dalmatie et de la Hongrie, encouragé par l'appui accordé d'une façon si éclatante au Prince de Monténégro, et publié peut-être pour embarrasser le Gouvernement et irriter l'Autriche, n'est pas cependant, malgré son peu d'importance pratique, en désaccord avec les pensées secrètes des hommes qui dirigent en ce moment les affaires de la Serbie et les aspirations nationales.

La Serbie acquise aux vues du cabinet de St. Pétersbourg, la Bulgarie ne tardera pas à être entraînée dans la même voie, et la Roumanie se verra obligée aussi de se soumettre à ses exigences.

La Russie sent d'autant plus la nécessité de reprendre le cours de sa politique traditionnelle en Orient, qu'elle ne veut pas laisser se consolider l'autonomie des Etats qui lui rendrait plus difficile sa marche sur Constantinople. Mais elle comprend que pour atteindre son but, elle va avoir à lutter sérieusement avec l'Autriche, et elle ne voudra pas entreprendre cette campagne avant d'avoir réuni tous les éléments de succès. Ses préparatifs militaires ne sont pas terminés encore; les commandes très considérables d'engins de guerre faites en France ne sont pas prêtes encore, et elle voudrait avant d'entrer en campagne, attendre la fin de l'exposition de Paris et les résultats des prochaines élections pour s'assurer si elle ne pourrait pas trouver dans le gouvernement Français cet allié qui lui a manqué jusqu'à présent et qu'elle désire ardemment.

Ce ne sera donc guère qu'au printemps prochain que l'on croit à St. Pétersbourg pouvoir entamer la grande lutte qui se prépare, et dont le succès assurerait la conquête du Bosphore, ce rêve de toutes les Russies.

Vienne, 19. 6. 1889.

L'Autriche-Hongrie qui tient au maintien de la paix aussi longtemps que ses intérêts vitaux le lui permettront, se rend compte de la gravité de la situation mais évite avec soin toutes les mesures contre les agissements panslavistes en Serbie qui pourraient provoquer ou précipiter des conflits avec la Russie. Elle ne néglige pas pourtant de se tenir prête aux éventualités qui pourraient surgir. Elle prend discrètement toutes les mesures militaires, les armements se poursuivent avec activité; il a été décidé de poser des doubles voies aux chemins de fer stratégiques qui en manquaient encore. De nouveaux crédits vont être demandés pour l'armée aux prochaines Délégations, un cordon militaire a été établi aux frontières Serbes sous prétexte d'empêcher les incursions des bandes de brigands, mais en réalité pour mettre les territoires occupés à l'abri des tentatives insurrectionnelles panslavistes. Le génie militaire a pris aussi et continue à prendre des mesures défensives pour empêcher à un moment donné l'invasion de bandes monténégrines en Herzégovine.

Le gouvernement I[al] et R[al] continue à envisager la situation avec autant de calme que de décision. Il répudie les assertions des journaux qui considèrent inévitable à courte échéance la guerre en Orient et il exprime la conviction que *cette année* encore la paix ne sera pas rompue; mais dans les cercles politiques on doute beaucoup que la guerre tant redoutée, puisse être évitée au printemps prochain.

Le monde des affaires qui considérait déjà ces jours derniers cette terrible éventualité comme inévitable et dont les appréhensions s'étaient manifestées par une baisse considérable de toutes les valeurs à la bourse de Vienne, ne s'est un peu rassuré que par la nouvelle de la visite de l'Empereur Alexandre à la Cour de Berlin.

59.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 13 juillet 1889.

Un de mes collègues a rencontré le Comte de Bismarck dans la ville d'eaux où Son Excellence fait une cure en ce moment.

Le Comte de Bismarck lui a dit qu'il n'est pas satisfait de la tournure que prennent les affaires en Roumanie.

Le Gouvernement allemand doit être encore plus mécontent de ce qui se passe en Serbie. En dépit des assurances données par M. Ristitch lorsqu'il a pris la régence, ce pays encline visiblement de plus en plus du côté de la Russie.

La Roumanie ne songe sans doute pas à prendre une attitude agressive. La force des choses a d'ailleurs obligé le ministère Catardji à mitiger ses sympathies russes.

Il est plus facile aussi de parler de l'ancien empire serbe que d'essayer de le restaurer. Dominée de tous côtés par des garnisons autrichiennes et intimement liée à la Hongrie par ses intérêts commerciaux, la Serbie n'est pas capable de prendre seule l'initiative d'un mouvement; mais il y a du vrai dans ce qu'a dit un député aux délégations c'est-à-dire qu'en cas de guerre la Serbie et la Roumanie du temps du Roi Milan et du ministère Bosetti Carp eussent immobilisé deux cent mille Russes et que maintenant la situation est retournée au détriment de l'Autriche.

L'Allemagne se désintéresse pour elle-même de la péninsule des Balkans mais son alliance avec l'Autriche-Hongrie est trop étroite pour qu'elle ne soit pas atteinte par tout ce qui touche cette monarchie.

Pour mesurer le terrain perdu par la triple alliance il faut aussi tenir compte de l'opposition que lui font les radicaux italiens et hongrois et du triomphe électoral récent des jeunes Tschêques en Bohème, ainsi que de la bouderie de plus en plus accentuée de la cour et du gouvernement de Russie.

Tout cela n'est sans doute pas de nature à détruire ni même à ébranler la triple alliance qui repose sur l'accord des souverains, des cabinets, de l'unanimité des Allemands et de la majorité des peuples en Italie et en Autriche-Hongrie; aucun des événements auxquels je viens de faire allusion n'a une grande importance en lui même; c'est en les considérant dans leur ensemble qu'on voit ce qu'ont perdu dans ces derniers mois les puissances de l'Europe centrale.

Berlin, 13. 7. 1889.

Les conclusions de mon rapport du 20 avril No. 679/404 sont toujours exactes et j'aurais plutôt des raisons de les confirmer que de les rétracter.

60.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 12 octobre 1889.

L'Empereur de Russie est enfin arrivé hier matin à Berlin et en repartira demain soir. Une visite sur laquelle le doute a plané si longtemps, et si tardivement faite, peut à peine compter pour un acte de courtoisie. Comme si le Czar avait eu l'intention de la rendre le moins aimable possible, il ne s'est pas fait accompagner de l'Impératrice qu'il vient de quitter à Copenhague et qui le rejoindra en territoire prussien pour continuer le voyage vers St. Pétersbourg.

Les sujets du Czar se sont mis à l'unisson de leur Souverain. La presse russe toute entière, à l'exception du «Grashdanin», représente l'entrevue comme une politesse sans conséquence. Elle ne cache pas la mauvaise humeur que lui cause le voyage à Constantinople. Elle répète que l'impossibilité d'une alliance entre un Empire autocratique et une République est un préjugé dont on est revenu depuis longtemps.

Du côté allemand on ne montre pas plus d'empressement. La Cour a été polie, céla va sans dire, mais la population a fait au Czar un accueil glacial. La noblesse est encore à la campagne; elle y est restée. La foule qui remplissait les rues maigrement pavoisées sur le passage du cortège Impérial, était respectueuse, mais silencieuse. La troupe seule a poussé des vivats au commandement. Quel contraste avec la réception enthousiaste tout récemment faite par le peuple de Berlin au Roi d'Italie et à l'Empereur d'Autriche.

Il est bon néanmoins que la visite du Czar ait eu lieu. Elle prouve qu'une rupture n'est pas imminente, mais il n'est pas probable qu'elle produise d'autres résultats.

Le Prince de Bismarck revenu tout exprès de Friedrichsruhe,

quoique M. de Giers ne soit pas venu à Berlin, a eu hier à quatre heures et demie une audience du Czar. Il en aura sans doute profité, s'il en a eu l'occasion, pour entretenir S. M. de la situation européenne. Il l'aura fait avec sa franchise et son talent habituel et aura cherché à persuader le Czar du caractère éminemment défensif de la Triple Alliance. Si, par hasard, il aurait réussi, on aura trop d'intérêt à le proclamer pour que nous l'ignorions longtemps, mais je doute que la démarche du Prince de Bismarck serve à quelque chose. On a déjà démontré à satiété que la Triple Alliance ne menace personne. Cela n'a pas empêché la Russie de s'éloigner peu à peu de l'Allemagne, malgré le désir hautement exprimé par l'Empereur Guillaume II, dès le début de son règne, de reprendre avec le Czar les relations d'amitié qui existaient entre les Empereurs Guillaume I et Alexandre II. Par ménagement pour la Russie l'Allemagne s'est effacée dans les affaires orientales, mais il faut à la Russie plus et mieux que l'abstention. Ce qu'elle demande, c'est qu'on oblige l'Autriche et l'Italie à sacrifier leurs intérêts en Orient, c'est-à-dire l'impossible. Pour lui complaire il faudrait sans doute renoncer aussi à l'amitié récemment établie avec l'Angleterre. L'Empereur vient de montrer le haut prix qu'il y attache, par la visite qu'il a faite à la flotte anglaise à Kiel. Quand même le Prince de Bismarck parviendrait à dessiller les yeux au Czar, mal entouré, mal informé, mal conseillé, il n'aurait obtenu qu'un succès aussi éphémère que celui de l'entrevue de 1887, quand il a dévoilé l'intrigue des faux documents bulgares. Rentré à St. Pétersbourg le Czar devra de nouveau compter avec les forces révolutionnaires. Il n'est pas le maître chez lui. L'agitation panslaviste représente au fond les aspirations de tous les Russes. Il n'y a de divergence entre eux que sur la date et les moyens d'exécution.

En Allemagne aussi le terrain est mal préparé pour une réconciliation. On la désirait par amour de la paix, mais on n'y compte guère. Ce serait du reste affaire de calcul et non de sympathie. On est fatigué des coquetteries de la Russie avec la France et on a fini par en vouloir plus aux Russes qu'aux Français. On comprend et on excuse jusqu'à un certain

point chez ceux-ci le désir de la revanche, mais on croit aussi que 70 serait plus aisément oublié, si de Moscou on ne faisait pas toujours miroiter aux yeux de la France la possibilité d'une alliance russe.

J'ai donc peur que l'entrevue de Berlin, survenue entre la visite à Kiel et le voyage à Constantinople, n'ait aucun résultat politique. La banalité des toasts que se sont portés hier les Empereurs au dîner de gala, semblerait prouver qu'aucun rapprochement n'a eu lieu.

Le soir, au théâtre gala et au cercle les deux Empereurs avaient l'air de fort mauvaise humeur.

La situation restera donc après comme avant telle que je l'ai dépeinte dans mon rapport de samedi dernier. L'antagonisme est dans la force des choses. Les Souverains et les hommes d'Etat n'y pourraient rien changer, quand même ils en auraient la volonté.

Je vois par vos dépêches que les informations de mes collègues concordent avec les miennes. Je n'ai qu'une seule observation à présenter au sujet des communications que vous avez eu la bonté de m'adresser. Croyez-vous que la Triple Alliance ait engagé une action à Constantinople au sujet des affaires de Bulgarie? Ne s'agit-il pas seulement de l'Autriche et de l'Italie?

Je serais étonné que l'Allemagne se soit mise en avant, d'autant plus qu'elle peut accomplir l'évolution dont je vous parlais récemment, sans rien changer à son langage officiel. Si on l'interroge, l'Allemagne continuera à dire qu'elle n'a pas de politique bulgare; elle protestera même pour la forme, si l'on veut, dans le cas où le traité de Berlin serait violé, mais elle ne retiendra plus ses alliés, si ceux-ci veulent agir plus activement, et cela suffit.

Nous n'avons pas à nous préoccuper outre mesure de la stérilité de l'entrevue de Berlin. La Triple Alliance a été précisément conclue pour contenir à la fois la Russie et la France. Elle est aussi solide que jamais. Elle a pleinement atteint son but, et il n'y a pas de raison de craindre qu'elle soit à l'avenir au dessous de sa mission.

61.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 15 octobre 1889.

J'ai la satisfaction de pouvoir vous mander que l'entrevue des deux Empereurs a beaucoup mieux fini qu'elle n'avait commencé et qu'on n'aurait pu s'y attendre d'après la froideur et la contrainte du début. Une détente s'est produite le dernier jour. Le Czar a laissé une bonne impression ici, et on a lieu de croire qu'il emporte une impression semblable de Berlin. Comme marque d'amitié les deux Empereurs ont pris les insignes et le chiffre l'un de l'autre.

Malgré l'audience de 80 minutes du Prince de Bismarck chez le Czar il ne paraît pas qu'il y ait eu des arrangements sur des questions déterminées. Tout se réduit donc à un rapprochement personnel entre les Souverains. C'est quelque chose, mais pas assez. Je vous ai écrit déjà d'avance pour quelles raisons j'attache une minime importance politique à cet événement, et je ne crois pas que la bonne harmonie soit solide et durable. Je ne suis pas le seul à penser ainsi. L'Ambassadeur d'une Puissance de la Triple Alliance me disait hier: «c'est un répit, voilà tout.» Je doute qu'on s'attende à plus ici.

62.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 23 octobre 1889.

J'ai encore appris quelques détails sur cette entrevue et je crois devoir vous en faire part, quoiqu'ils ne modifient pas dans ses lignes générales la situation telle que je vous l'ai dépeinte.

Il paraît que les défiances de l'Empereur de Russie étaient encore plus fortes que je ne le croyais. S. M. est arrivée ici imbue de l'idée que l'Allemagne préparait une agression contre elle. Il est difficile de comprendre comment S. M. peut être aussi mal informée et se méprendre si complètement sur le but et les tendances de la Triple Alliance. L'entretien du Czar

avec le Prince de Bismarck aura donc été d'une haute utilité, puisqu'il aura servi à écarter cet étrange préjugé, au moins pour un temps et jusqu'à ce que S. M. retombe sous l'influence des panslavistes. Le Czar est parti d'ici sachant que l'Empereur veut sincèrement la paix et rassuré sur le récent voyage en Angleterre et sur la prochaine visite à Constantinople qui avaient, paraît-il, fait naître ses soupçons.

Il est exact que l'Empereur a été invité à se rendre l'année prochaine aux grandes manœuvres de l'armée russe et qu'il a accepté cette invitation. Je vous en avais déjà envoyé la nouvelle, mais sans pouvoir la garantir, d'après un renseignement du journal la «Post».

Il est exact aussi que les deux Empereurs étaient convenus de porter les insignes d'aide de camp l'un de l'autre. C'était l'Empereur Guillaume qui avait pris l'initiative de cet échange. Depuis on a fait observer à Leurs Majestés que la chose était sans précédents, il a été arrêté que chacun des deux Empereurs porterait seulement le chiffre de l'autre.

63.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 30 novembre 1889.

Le discours d'ouverture du Reichstag nous garantissait la paix pour l'année prochaine.

Le Roi d'Italie vient de dire en ouvrant le Parlement italien que la paix est mieux assurée qu'elle ne l'a été depuis longtemps, et n'a pas cru devoir assigner un terme à sa confiance.

Cette nuance a été très remarquée ici. Elle correspond à une amélioration réelle de la situation.

Les élections ont conservé à la France dont l'amour-propre a été satisfait par le succès de l'exposition, un Gouvernement pacifique, trop faible du reste pour diriger une guerre, quand même il voudrait l'entreprendre.

Les panslavistes se tiennent . . .[1]) et ne paraissent pas croire

[1]) Ein Wort unleserlich.

le moment venu pour tenter de reprendre l'influence sur le Czar perdue depuis l'entrevue de Berlin.

Le changement de Ministère en Roumanie a modifié la situation dans la Péninsule des Balkans dans un sens favorable à la Triple Alliance en écartant du Gouvernement les vieux conservateurs suspects de tendances russes.

La Russie semble résignée à laisser aux événements de Bulgarie leur cours naturel. Dans ces conditions l'Autriche n'a ni intérêt ni désir de sortir de sa réserve.

Une alliance entre la France et la Russie paraît plus improbable que jamais.

S'il est vrai que M. Crispi ait eu des tendances belliqueuses, il les a désavouées si solennellement qu'il lui est impossible de changer brusquement de politique.

L'affaire crétoise paraît finie par l'amnistie que le Sultan a accordée sur le conseil de toutes les grandes Puissances.

L'agitation essayée par la Grèce n'a trouvé d'appui nulle part et semble devoir se dissiper en vains discours.

D'après ce qui m'a été dit au Département des Affaires Etrangères, aucune affaire n'est en cours de discussion entre les Puissances. Le calme est complet.

Il y a donc un progrès réel dont il serait dangereux néanmoins de s'exagérer la mesure. Le Roi d'Italie limitant lui-même la portée de ses assurances pacifiques s'est hâté d'ajouter que toutes les questions ne sont pas résolues. Elles ne sont en effet qu'àjournées. La preuve que telle est l'opinion des Cabinets, est que les concentrations de troupes continuent sur la frontière russe au grand détriment du reste de l'armée russe cantonnée dans des villages polonais où l'instruction des troupes doit beaucoup souffrir. La même chose est attestée par les armements que l'Italie et l'Allemagne continuent malgré l'épuisement du premier de ces pays et le mauvais effet que les dépenses militaires produiront probablement ici sur les prochaines élections du Reichstag, notamment en Wurttemberg et en Bade.

Tout cela serait au moins superflu, si l'on croyait la paix définitivement assurée. Elle ne l'est en réalité que par la force

de la Triple Alliance, mais c'est déjà beaucoup que celle-ci puisse constater un succès et nous garantir pour quelque temps encore la continuation de la tranquillité dont nous jouissons.

64.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 14 août 1890.

M. le Baron de Marschall m'a dit hier que la visite de l'Empereur en Angleterre a été avant tout une affaire de famille. On y a fort peu parlé de politique sauf pendant l'audience que S. M. a donnée à Lord Salisbury. L'Empereur a passé en revue avec le Premier Lord de la Trésorerie les différentes questions pendantes et a constaté que l'accord est parfait sur tous les points. Comme résultat de l'entrevue il y a lieu de compter, dit le Baron de Marschall, que l'Angleterre interviendra un peu plus activement qu'elle ne l'a fait jusqu'à présent, pour appuyer les efforts de la Triple Alliance dans le sens de la conservation de la paix.

Lord Salisbury est toujours préoccupé, dit M. le Secrétaire d'Etat des Affaires Etrangères, de ne pas paraître entrer dans des engagements qui pourraient entraîner l'Angleterre à la guerre. L'Allemagne ne lui demande pas une alliance qu'un Ministère anglais ne pourrait pas contracter sans être renversé le lendemain. Il lui suffit de constater que des relations d'amitié existent et deviennent de plus en plus intimes et de savoir que des intérêts identiques inspirent une politique semblable.

En résumé la signification de la récente visite de l'Empereur à Osborne est la même que celle de l'entrevue de l'année dernière, avec cette différence que les bons rapports se sont encore affermis par la convention relative à l'Afrique qui a écarté ce qui pourrait les troubler.

Il est difficile, dit M. de Marschall, d'aller plus loin avec l'Angleterre gouvernée par un Parlement plus préoccupé de la question irlandaise et d'autres affaires intérieures que de politique internationale.

Berlin, 14. 8. 1890.

Les paroles de M. de Marschall indiquent que l'action de l'Allemagne en Angleterre continue à s'exercer dans un sens uniforme.

L'Angleterre très blessée en 1885, lors de la question afghane, qu'on lui eût fermé les détroits, se recueillait et n'intervenait plus que dans les affaires où elle avait un intérêt direct. Depuis que le rapprochement entre les deux Cours et les deux Gouvernements a eu lieu, le Cabinet de Berlin ne cesse de travailler à animer l'Angleterre à reprendre sa place et son influence dans la politique générale de l'Europe.

65.

Baron Solvyns, Gesandter in London.

Londres, le 28 août 1890.

Je suis en mesure de vous transmettre quelques détails touchant l'entrevue à Osborne de l'Empereur Guillaume avec Lord Salisbury; ils confirment, comme vous le verrez, ce que vous m'avez fait l'honneur de me mander dans votre dépêche d'avant-hier.

Au début de l'entretien il a été question de l'heureux accord par lequel les limites des possessions anglaises et allemandes en Afrique ont été fixées et qui a mis un terme aux difficultés survenues inopinément entre les deux Etats. Après des félicitations mutuelles à ce sujet, l'Empereur a exprimé l'espoir que cette première entente en amènerait une autre plus importante encore puisqu'elle ajouterait une force nouvelle à l'œuvre poursuivie par l'Allemagne, l'Autriche et l'Italie en vue d'assurer la paix européenne. Lord Salisbury, qui fort probablement s'attendait à une proposition de ce genre, n'a pas hésité à répondre que les sympathies de la Reine et de son Gouvernement étaient acquises au but que s'étaient proposé les trois alliés; mais que l'opinion du pays, d'accord en cela avec les traditions de la politique anglaise, s'opposait à des engagements que ne commandait pas une nécessité immédiate et dont la première conséquence serait d'aliéner dans une certaine mesure toute liberté d'action et tout droit d'initiative.

Une déclaration aussi nette a prévenu les considérations que l'Empereur se préparait évidemment à faire valoir à l'appui de sa proposition. Le caractère de l'entretien a changé et l'on s'est borné, de part et d'autre, à une simple causerie sur les événements dont l'Europe et l'Amérique ont été récemment le théâtre.

Je ne crois pas me tromper en résumant ainsi la pensée du Marquis de Salisbury: «Tant qu'il n'interviendra pas entre la Russie et la France un pacte formel et d'une exécution prochaine, il importe que l'Angleterre évite de lier son action à celle d'aucune autre puissance; mais le jour où ce pacte sera conclu, l'Angleterre doit adhérer à la triple alliance et se préparer résolument à toutes les éventualités que cette adhésion peut lui faire encourir.«

66.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 30 août 1890.

Je vous remercie de votre dépêche du 27 de ce mois Dir. A No. 2714. L'événement a confirmé les prévisions dont vous voulez bien me faire part et celles que j'avais eu l'honneur de vous soumettre par mon rapport du 16. Le voyage de l'Empereur d'Allemagne en Russie n'a amené aucun changement dans la situation respective des puissances et ni du côté allemand ni du côté russe, on n'a proposé de solution aux questions pendantes; mais ces questions ont fait l'objet d'entretiens entre les deux Souverains et l'Empereur d'Allemagne est revenu très satisfait de ce qu'il a entendu. Il a trouvé le Czar toujours aussi ferme dans la volonté de maintenir la paix et de plus il a rapporté l'impression que Sa Majesté ne subit pas l'influence panslaviste qui pourrait rendre cette volonté illusoire.

L'Empereur de Russie ne veut rien entreprendre en Bulgarie. Il est persuadé qu'avec le temps, les événements ramèneront la légalité dans ce pays et rendront à la Russie l'influence à laquelle elle a droit.

Berlin, 30. 8. 1890.

Le Czar ne veut pas d'alliance avec la France. La forme du gouvernement de ce pays ne lui inspire pas de confiance et les bassesses qu'on fait en France pour obtenir son amitié, lui inspirent de la répugnance.

Sa Majesté a dit que ses relations avec l'Autriche sont bonnes; le caractère personnel de l'Empereur François Joseph lui inspire une vénération sincère. Elle déplore les influences hongroises qui se font sentir à la Cour de Vienne; mais Elle comprend qu'elles sont inévitables et qu'il n'y a rien à faire pour les combattre.

Vous voyez, mon Prince, que le Czar a parlé à cœur ouvert. L'Empereur d'Allemagne a été touché de cette franchise et a été charmé de la cordialité de ses rapports avec le Czar. Dans les entrevues précédentes ils n'étaient pas exempts d'une certaine contrainte.

Le général de Caprivi a aussi été bien reçu et a causé une bonne impression à la Cour de Russie.

Pendant la visite de l'Empereur le langage de la presse russe a été convenable. Il se produit une accalmie dans les journaux chaque fois que les souverains se rencontrent; après quoi la guerre de plume reprend de plus belle.

Il ne paraît pas que les questions commerciales aient été touchées. Les mesures ultra-protectionnistes dont la Russie a pris l'initiative et auxquelles l'Allemagne a répondu par des représailles, froissent beaucoup d'intérêts particuliers et contribuent à entretenir la haine et la défiance entre les deux nations. Il serait d'autant plus désirable d'y apporter quelques adoucissements qu'on pourrait ainsi augmenter les garanties de la conservation de la paix, sans rien changer au système des alliances; mais ici on est d'avis qu'il n'y a rien à faire de ce côté, au moins pour le moment.

Vous aurez appris par les journaux, mon Prince, que l'Empereur a dit à propos de l'annexion d'Helgoland, qu'il était heureux de réunir à l'empire la dernière parcelle de territoire allemand qui ne fût pas sous la domination allemande. Cette phrase a été interprétée comme un désaveu des prétentions des chauvins allemands qui convoitent les provinces baltiques.

Elle n'aura pas été étrangère au bon accueil qu'a rencontré l'Empereur en Russie.

Le général de Caprivi s'est plaint à M. de Giers de l'hostilité de la presse russe contre l'Allemagne. M. de Giers a répondu qu'il déplorait l'attitude des journaux; mais qu'il n'avait pas le pouvoir de les faire taire.

67.

Baron de Vinck, Gesandter in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 2 septembre 1890.

Voici l'Empereur Guillaume de retour dans ses Etats; l'entrevue de Narva, qui depuis six semaines faisait verser des flots d'encre aux journalistes étrangers, gent bourdonnante et échauffée, peut être jugée aujourd'hui avec une calme sérénité.

Ceux qui en attendaient une orientation différente de la politique de l'Empire, et qui voyaient déjà le Czar imprimer une direction nouvelle au gouvernail, en sont pour leurs craintes ou leurs espérances. Le langage de la presse russe toute entière, que le régime d'une censure draconienne a transformé bon gré mal gré en organes officieux est suffisamment significatif à cet égard.

Je n'en veux pas déduire toutefois que l'entrevue des deux Empereurs ne laisse derrière elle aucun sillon, et qu'avec la fumée de la dernière salve s'en soit dissipée la dernière trace: ce ne saurait être impunément que dans un Empire où tous les fils de la politique sont concentrés dans la main puissante du Chef seul de l'Etat. Celui-ci se trouve l'objet direct d'attentions personnelles aussi enveloppantes que celles dont l'Empereur Guillaume s'est efforcé de l'enguirlander. La forme, sinon le fond, de l'âpre lutte qui se poursuit contre l'influence allemande en Russie va se trouver momentanément adoucie; et la paix générale y trouvera sans doute une garantie de plus.

Un personnage ayant fait partie de la suite de SS. MM. durant leur séjour à Narva, m'a rapporté, au sujet de leurs rapports extérieurs, certains détails intéressants: ils m'ont

paru colorer d'une teinte fort nette le caractère réel d'une entrevue moins souhaitée, vous le savez, par Alexandre III que par son auguste visiteur, et même assez impatiemment subie.

L'attitude de l'Empereur Guillaume à l'égard de S. M. le Czar était, m'a-t-on dit, celle qu'une longue amitié antérieure (?) et l'intimité la plus parfaite (??) auraient naturellement amenée. Les chevaux du Czar piaffaient-ils avec un léger excès d'ardeur, l'Empereur d'Allemagne s'empressait d'aller les calmer lui-même de la voix et de la main; une boucle du harnachement de l'un d'eux s'était ouverte: l'Empereur Guillaume tint aussitôt à réparer lui-même ce dégât, et s'en acquitta, paraît-il, avec une simplicité cordiale dont il semblait vouloir accentuer le caractère.

Alexandre III avait, lors de sa dernière visite à Berlin, vaguement admiré le confort d'une voiture de campagne dans laquelle les deux Souverains étaient allés chasser aux environs de Potsdam; l'Empereur Guillaume n'a pas voulu manquer cette occasion d'amener à bord de son yacht et d'offrir au Czar un breack de ce modèle particulier construit spécialement pour Sa Majesté. Le don d'un „troika" — (attelage national russe comportant trois chevaux de front) — a immédiatement payé cette politesse, dont Alexandre III n'a pas voulu demeurer plus longtemps l'obligé.

Les toasts impériaux semblent depuis quelques années des événements fort graves: il s'en est produit, un peu partout, d'assez retentissants; et S. M. le Czar lui-même n'a dédaigné leur office ni lorsqu'il levait son verre en l'honneur du Prince de Monténégro «le seul ami de la Russie«, ni lorsqu'il portait en français l'an dernier à Berlin la santé de l'Empereur Allemand. On était donc fort curieux d'entendre comment les deux augustes hôtes termineraient le banquet de Narva.

Lorsque Alexandre III se leva, ce fut pour prononcer en russe cette phrase d'une concession qu'il serait permis de qualifier de lapidaire: «Je bois à la santé de l'Empereur allemand!« Peu d'instants après ce fut au tour de celui-ci de porter son toast. A la surprise générale, il le fit en russe, et en allongeant quelque peu la formule dont venait de se servir le Czar: «Je bois à la santé de SS. MM. l'Empereur et l'Impératrice, ainsi

qu'à la vaillante armée russe!« La langue allemande, tout comme la langue française, n'a donc point figuré dans cet échange de courtoisies; et la gracieuse attention dont témoignaient de la part de l'Empereur Guillaume les quelques mots de russe en usage »inter pocula« qu'il s'était donné la peine d'apprendre pour cette occasion, a fort délicatement flatté celui auquel elle s'adressait.

Pour n'allonger pas davantage ce compte-rendu de détails dont la futilité apparente ne m'échappe pas, j'en concluerai, avec tous ceux qui ont suivi de près ces incidents, que les prévenances de l'Empereur d'Allemagne ont été d'une nature telle qu'une certaine détente dans les rapports entre les deux Etats voisins en doit être inévitable.

Ce n'est pas à dire que leur politique générale en doive éprouver le moindre contre-coup; et l'on peut affirmer que de ce côté, le seul qui intéresse la paix du monde, chacun des deux Empereurs a maintenu ses positions.

68.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 3 septembre 1890.

Aux informations relatives au voyage de l'Empereur en Russie que j'ai eu l'honneur de vous transmettre par mon rapport du 30 août dernier, M. le Baron de Marschall a encore ajouté hier les détails suivants. Il m'a dit que l'accueil fait à S. M. avait été cordial, non seulement de la part du Czar, mais aussi de celle de la famille Impériale et en particulier de l'Impératrice.

Vous savez, Mon Prince, que l'Impératrice de Russie qui passe pour avoir beaucoup d'influence sur le Czar, semblait jusqu'à présent n'avoir pas oublié les griefs du Danemark contre l'Allemagne.

Dans ses entretiens avec l'Empereur le Czar a beaucoup insisté sur la solidarité des intérêts monarchiques et paraît disposé à tenir compte dans sa politique de ses relations et de ses affections de famille.

Enfin le Czar a l'air d'être le maître chez lui, et il n'y a pas d'apparence que le Comte Ignatieff et ses amis reprennent leur ancienne influence, au moins pour le moment.

M. le Baron de Marschall convient que ce n'est pas suffisant pour écarter tout sujet d'inquiétude. Le parti panslaviste existe toujours, quoiqu'il soit provisoirement réduit à l'inaction.

L'Empereur Alexandre II ne voulait pas non plus la dernière guerre d'Orient. Il a dû la faire cependant sous la pression de l'opinion publique.

La certitude que le Czar ne veut pas d'alliance avec la France et n'en voudra pas, aussi longtemps que ce pays sera constitué en République, n'a aussi qu'une valeur relative. Si l'Allemagne avait une guerre avec la Russie, elle serait attaquée par la France avec ou sans traité préalable.

La fermeté des intentions pacifiques du Czar constatée une fois de plus n'est donc pas une garantie absolue du maintien de la paix, mais les résultats de l'entrevue de Narva permettent d'affirmer que la situation est aussi bonne et aussi relativement rassurante qu'elle peut l'être, vu l'état général de l'Europe.

M. de Marschall ne paraît pas partager les illusions dans lesquelles les rapports des agents russes entretiennent le Czar, sur la probabilité d'une révolution qui ferait rentrer la Bulgarie dans la situation créée par le traité de Berlin.

69.

Baron Beyens, Gesandter in Paris.

Paris, le 17 septembre 1890.

Par une dépêche datée du 3 de ce mois . . . . Prince, vous avez bien voulu me communiquer quelques renseignements sur l'entrevue de Narva; il en résulte notamment que le Czar ne veut pas d'une alliance avec la République française.

C'est aussi l'impression rapportée par les Français qui reviennent de St. Pétersbourg, mais ils ne persuadent personne. La chimère de l'alliance russe hante tous les esprits à Paris; elle ne provient pas uniquement du désir, fort naturel, de

s'appuyer sur une grande nation pour résister, le cas échéant, aux Etats coalisés du centre de l'Europe, elle est devenue ici une affaire du sentiment, comme beaucoup de questions politiques. L'engouement pour la Russie a gagné toutes les classes; cette Puissance est aussi populaire aujourd'hui sous la troisième République que la Pologne l'a été autrefois sous la seconde.

Les Français ne se rendent pas compte que leurs démonstrations agacent le Czar, en les dépréciant à ses yeux. Ils sont sincères dans leur entraînement et ne s'imaginent point que leur amitié puisse être à charge ou sembler compromettante. Beaucoup demeurent convaincus de l'existence d'une sorte d'entente. Si Alexandre III n'a certes pas conclu de traité, il aura pris, tout au moins, à ce qu'ils pensent, des engagements secrets. Dans ces conditions, l'arrivée à Paris du moindre personnage officiel russe acquiert les proportions d'un événement, et les Grands-Ducs ne peuvent plus venir en France, sans que l'on attache une signification politique aux visites de courtoisie qu'ils échangent avec les autorités et dont ils ne sauraient se dispenser au cours d'un voyage d'agrément.

La mode étant à la Russie, l'apparition d'un organe spécial, chargé de la célébrer, était inévitable. Le journal «L'Union Franco-Russe» a vu le jour lundi dernier, et j'ai l'honneur de vous transmettre sous bande son premier numéro. Son titre seul lui assurera quelques lecteurs et un succès de curiosité. Il suffit de jeter les yeux sur son programme et sur le tableau qu'il trace de la situation de l'Europe, pour voir qu'il ne fera que reproduire les dithyrambes de la presse parisienne en l'honneur de l'alliance russe. Loin de contribuer à la fonder, il ne peut que créer des embarras aux hommes politiques des deux pays.

Le contraste qui existe entre les institutions des deux peuples, n'est pas senti ni même remarqué à Paris; il rend seulement plus piquant le désir immodéré qu'éprouvent des républicains démocrates de complaire au Gouvernement le plus autocrate de l'Europe. Celui-ci a largement bénéficié de ces bonnes dispositions: il a trouvé à Paris un marché de premier ordre pour

ses valeurs dépréciées à Berlin; il a fait à des conditions avantageuses par l'entremise de la Maison Rothschild la conversion en 4% de différents emprunts montant à deux milliards de francs.

Aussi, sans lier partie avec un Gouvernement dont la forme même lui est antipathique, le Czar doit-il tenir à le ménager, à lui laisser espérer peut-être que le jour d'une union effective peut venir. Tel serait le sens des instructions données au Baron de Mohrenheim. On ne s'expliquerait pas, sans cela, qu'il n'ait pas décliné certaines invitations significatives, telle que celle du Préfet de la Seine-Inférieure au banquet du Conseil général. On ne comprendrait pas qu'il ne se soit jamais soustrait aux discours, aux aubades, aux ovations dont il est l'objet, quand il va prendre les eaux dans l'un ou l'autre département. Les dames de la Halle elles-mêmes sont venues complimenter, dans un but patriotique, Mademoiselle de Mohrenheim, fiancée à un officier français. Cette alliance de famille sera, sans doute, fêtée le mois prochain par la société parisienne comme l'image vivante de celle des deux nations.

L'Ambassadeur du Czar, quels que soient les sentiments personnels de son maître, semble donc avoir reçu l'ordre de ne pas rebuter par la tiédeur de son accueil des sympathies trop empressées à se manifester, de jouer, pour ainsi dire, le rôle d'une coquette qui ne veut décourager personne. Malgré l'absence d'engagements réels, étant donné l'enthousiasme inconsidéré propre à la nation française, il lui serait désormais bien difficile de rester l'arme au pied, si la Russie était entraînée dans une guerre européenne.

70.

Baron Solvyns, Gesandter in London.

Londres, le 1er mars 1891.

Les conditions où la «Triple Alliance» se trouve réduite forment en ce moment l'objet de tous les entretiens. Je vais avoir l'honneur de résumer aussi succinctement que possible les appréciations qui se font autour de moi sur cette question.

Londres, 1. 3. 1891.

La chute du Prince de Bismarck a permis à l'Autriche de se dégager de l'étreinte qui paralysait ses mouvements et de chercher à nouer de meilleurs rapports avec la Russie. D'un autre côté, l'Italie ayant presque épuisé ses ressources, inquiète d'un rapprochement éventuel — et qui même, assure-t-on, est déjà conclu — entre les Cabinets de Vienne et de St. Pétersbourg, alarmée surtout par les soubresauts de la politique allemande, a voulu mettre un terme à l'éloignement qui la séparait de la France. Le raccommodement entre les deux pays n'a pas encore eu lieu; mais il a cessé d'être impossible, et, même, plusieurs indices le rendent fort probable. Ne pouvant plus compter sur l'asservissement de l'Autriche et de l'Italie, l'Allemagne a songé à pressentir le Cabinet de Paris sur le moyen de rendre moins hostiles les sentiments dont la République était animée contre elle. N'ayant pas tardé à se convaincre que des démarches dans ce sens échoueraient misérablement à moins de consentir à d'énormes sacrifices, elle manifeste aujourd'hui le désir de contracter une alliance intime avec l'Angleterre. Il va sans dire que celle-ci, dominée en ce moment par des considérations commerciales, se montre peu disposée à compromettre des intérêts de premier ordre en accueillant à la légère les propositions émanant d'un Souverain qui s'agite beaucoup, qui réfléchit peu, qui parle et écrit à tout propos et dont les vues politiques paraissent absolument dénuées de toute cohérence et de toute maturité.

En admettant l'exactitude de ce qui précède, on peut en conclure que, si M. de Bismarck avait réussi à isoler la Russie, l'Allemagne à son tour va se trouver très prochainement dans le même cas.

71.

Graf du Chastel, Geschäftsträger in Berlin.

Berlin, le 6 mars 1891.

J'ai eu l'honneur de recevoir la lettre confidentielle du 4 de ce mois que vous avez fait parvenir à la Légation par l'intermédiaire du courrier de S. M. britannique, et je vous en remercie.

Les renseignements qu'elle renferme, confirment en tout point ce que la Légation sait de la politique générale.

Bien que la Triple Alliance se maintienne, il est évident que la chute du Prince de Bismarck et celle de M. Crispi ont détaché quelques anneaux de la chaîne qui unait les trois Puissances entre elles. Le Comte Kalnoky resté seul des trois hommes d'Etat qui personnifiaient jusqu'à l'année dernière la Triple Alliance, a profité, si j'ose m'exprimer de la sorte, de son droit d'ancienneté vis-à-vis de ses nouveaux collègues d'Allemagne et d'Italie pour suivre une politique un peu plus personnelle.

L'Allemagne et l'Italie ont suivi l'exemple de l'Autriche et, sans entente préalable, ont tenté des rapprochements avec d'autres Puissances, moins en vue d'alliances que pour savoir à quoi s'en tenir au cas où par la force des circonstances, la Triple Alliance se dissoudrait. Il n'est cependant, s'il faut en croire les hauts personnages de l'Empire, nullement question d'un refroidissement dans les relations des trois Puissances alliées. La Triple Alliance est toujours debout.

En ce qui regarde le rapprochement tenté entre la France et l'Allemagne, s'il est vrai que cette dernière Puissance ait fait les premières avances, il est non moins vrai qu'elles n'avaient pas été repoussées par le Gouvernement de la République. Celui-ci, vous le savez par les confidences de M. de Holstein au sujet de la question égyptienne, avait espéré profiter des circonstances pour obtenir quelques concessions de l'Angleterre.

Il est toujours naturel, avec ce que l'on sait ici et après le mécontentement causé par les événements de Paris que l'Allemagne se rapproche de l'Angleterre. Elle sait que ce rapprochement est particulièrement désagréable à la France dans ce moment. Les relations entre l'Allemagne et l'Angleterre sont déjà sur un bon pied. Dans ces derniers jours la famille Royale d'Angleterre a été outrée de ce qui est arrivé à Paris à l'Impératrice Frédéric. L'Empereur et la Chancellerie de Berlin en profitent pour rendre plus intimes les liens entre les deux pays. L'Empereur, disent les journaux, a invité S. A. R. le Prince de Galles à faire avec lui une tournée en Alsace-Lorraine. Il l'a invité à venir dès maintenant le voir à Berlin.

Il n'est pas probable qu'on réponde avec le même élan du côté anglais aux avances de la Cour d'Allemagne. On dirait que l'on s'en doute déjà ici. Le premier mouvement de fureur contre la France est passé; l'Empereur recommence à être publiquement aimable pour l'Ambassadeur de France. A mon humble avis, il ne faut pas attacher une trop grande importance aux événements les plus récents. — Un fait important est acquis. C'est celui que vous constatez: c'est à dire que la Triple Alliance a perdu de sa force par la chute de MM. de Bismarck et Crispi et que les trois Puissances alliées ont repris, chacune de leur côté, un peu d'indépendance.

72.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 10 avril 1891.

A la suite des avances faites à la France par le Marquis de Rudini, aussitôt après son entrée au Ministère, il y a eu un échange d'explications entre les Cabinets de Rome et de Paris sur la position occupée par l'Italie dans la Triple Alliance. M. de Rudini interpellé par M. Billot a fait savoir que cette position est exclusivement pacifique et défensive.

On a répliqué de Paris que ce n'étaient là que des déclarations ministérielles et que pour inspirer une entière confiance, le Cabinet de Rome devrait communiquer le texte du traité d'alliance.

M. de Rudini s'y est refusé.

Il a alors été prié de dire au moins si dans le cas où la France s'emparerait de l'Alsace-Lorraine, l'Italie serait obligée de prendre les armes pour secourir l'Allemagne.

M. de Rudini n'a pas répondu.

En me rapportant ce qui précède, M. le Baron de Marschall m'a dit que cette demande indiscrète et frisant l'impertinence avait complètement guéri M. de Rudini de ses velléités de rapprochement avec la France. Il est aujourd'hui plus solidement attaché que jamais à la Triple Alliance.

Berlin, 10. 4. 1891.

Malgré la sécurité que lui inspire l'Italie et la prochaine conclusion du traité avec l'Autriche, le secrétaire d'Etat des Affaires Etrangères parle avec moins de confiance qu'auparavant du maintien de la paix. Son optimisme a commencé à baisser depuis le voyage de l'Impératrice Frédéric à Paris. Vous vous souviendrez, Mon Prince, qu'à cette époque il m'avait fait part de ses appréhensions. Il m'a dit hier que d'après ses informations, la grande majorité du peuple français veut la paix; mais que la crainte salutaire de la supériorité militaire de l'Allemagne qui a si longtemps contenu les exaltés, a tout à fait disparu. Les Français se croient maintenant en mesure de lutter à armes égales ou même ils pensent que la victoire leur serait assurée, même sans le concours de la Russie. Il suffirait donc du moindre incident pour faire éclater un conflit armé.

73.

Frédéric Hoorickx, Gesandter in Bukarest.

Très confidentielle. Bucarest, le 8 mai 1891.

M. de Giers vient d'avoir avec M. Emile Ghyka, Ministre de Roumanie à St. Pétersbourg, un entretien au cours duquel il a fait d'importantes déclarations, qui ont causé ici en haut lieu la plus vive satisfaction.

Voici à peu près dans quels termes cet homme d'Etat s'est exprimé:

«Je suis heureux d'avoir pu vous débarrasser de M. Hitrovo. Son successeur est un homme aimable, d'un caractère très conciliant (comme moi, il me ressemble), il ne vous causera aucun ennui. Il a pour unique instruction d'être agréable au Roi Charles et de ne lui créer aucune difficulté. Il nous est indifférent que ce soit M. Catasgi ou M. Bratiano qui soit au pouvoir. La Roumanie est en dehors de notre sphère d'action; peu nous importe la composition des Ministères. J'espère que vous n'aurez qu'à vous louer de la nomination de M. de Fonton.»

«La Russie veut sincèrement le maintien de la paix. Il est vrai que jamais elle ne reconnaîtra le Prince Ferdinand mais

elle entend laisser la Bulgarie livrée à elle-même. Ce pays la dégoûte.»

«On a beaucoup exagéré la portée de la récente distinction conférée à M. Carnot. Beaucoup de Grands Cordons de l'Ordre de St. André ont été donné en Europe. Il était naturel de reconnaître la réception courtoise faite à Paris à deux de nos Grands-Ducs.»

«La France nous a proposé de conclure un traité. Nous avons refusé. L'Empereur n'a pas voulu d'engagement avec la République qu'il n'aime pas, et puis les hommes qui sont à la tête du Gouvernement en France changent trop souvent. Pour ce qui est de nos rapports avec ce pays nous aurions mauvaise grâce de mépriser les avances et les amabilités dont il nous accable. Il nous est impossible de ne pas y répondre dans une certaine mesure; mais il y a loin de là à une entente.»

M. Hitrovo a quitté Bucarest le dimanche de Pâques (3 mai) sans prendre congé d'aucun de ses collègues du Corps Diplomatique alors qu'il leur devait une double visite. Trois jours avant son départ, il avait fait célébrer une messe de requiem pour le repos de l'âme du Grand Nicolas et m'avait prié d'avertir mes collègues de cette cérémonie à laquelle le Corps Diplomatique a assisté en uniforme et au grand complet. Nous n'avons appris le départ de notre ancien collègue que par des cartes p. p. c. expédiées par la poste. Dans le monde de Bucarest cette précipitation est attribuée à des craintes d'ennuis suscitées par des créanciers. Il est de fait que M. Hitrovo laisse derrière lui de nombreuses dettes.

74.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 14 mai 1891.

Le grand événement du jour, m'a dit hier M. le Baron de Marschall, est l'insuccès de l'emprunt russe. M. de Rothschild a pris pour prétexte les persécutions dirigées contre les juifs en Russie. Il y a aussi un danger pour les banquiers, dans

l'énorme influence que donne au Ministre des Finances de Russie, la créance de cinq ou six cents millions de Mark en or qu'il a contre les places étrangères; ils ne se soucient pas de l'augmenter.

Tout cela a pu contribuer à l'échec de l'emprunt. Néanmoins il est certain que M. de Rothschild n'a pas agi comme il l'a fait, sans l'assentiment du Gouvernement français. C'est un symptôme du mécontentement du cabinet de Paris contre celui de Saint-Pétersbourg.

D'après M. le Baron de Marschall le gouvernement français aurait sondé récemment le Gouvernement russe sur l'attitude que prendrait ce dernier, dans le cas d'une guerre entre la France et l'Allemagne. La réponse aurait été que si la France était attaquée par l'Allemagne, elle serait soutenue par la Russie; mais que si elle attaquait l'Allemagne, ce serait à ses risques et périls.

Le secrétaire d'Etat des Affaires Etrangères croit que c'est le dépit occasionné par cette déconvenue qui est la vraie cause de l'insuccès de l'emprunt.

M. le Baron de Marschall ne pense pas que ces dispositions du Cabinet de Saint-Pétersbourg risquent de changer. Il croit aussi que la France ne fera pas la folie d'attaquer l'Allemagne sans une promesse d'appui. Elle sait qu'il s'agirait cette fois d'une lutte pour l'existence, d'une guerre d'extermination. Le service général en France est aussi une garantie de paix. Il n'y a plus une seule famille qui n'ait quelqu'un des siens à l'armée et qui partant ne s'alarme d'une guerre inutile.

75.

Baron Solvyns, Gesandter in London.

London, le 8 juillet 1891.

Bien que la nouvelle du renouvellement de l'alliance austro-italo-allemande ait été accueillie avec une vive satisfaction par le Gouvernement et la presse de ce pays, l'opinion publique ne se prononce nullement en faveur d'un rapprochement plus

étroit avec les trois alliés. Il est, dit-on, de bonne politique de leur être favorable, tant que leurs efforts tendront au maintien de la paix européenne; mais il serait souverainement contraire à notre dignité et à nos intérêts de se lier trop intimement à des Puissances qui d'un jour à l'autre pourraient vouloir prendre des mesures rendant la guerre inévitable. Il va sans dire que le jeune Empereur, alors même qu'on serait disposé à accueillir des avances qui ne sont un mystère pour personne, n'inspire pas une confiance suffisante. On le juge trop emporté, trop enclin aux résolutions extrêmes, trop désireux de signaler son règne par des faits éclatants. Aussi puis-je affirmer que toutes ses tentatives auprès de Lord Salisbury n'auront aucun succès, et que la haute raison de cet homme d'Etat ne se prêtera à aucune des combinaisons préparées à Berlin en vue d'induire l'Angleterre à renoncer à l'attitude strictement neutre qu'elle garde aujourd'hui. Toute alliance qui ne comporterait pas une politique active et une entrée en campagne immédiate, serait réfutée tant par le gros public que par le Gouvernement comme inutile et dangereuse.

76.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 11 juillet 1891.

Chaque fois qu'on m'a parlé de la Russie au Département des Affaires Etrangères, on a mis en relief la répugnance du Czar à s'entendre avec un Gouvernement comme celui de la France et la ferme volonté de Sa Majesté de conserver la paix; mais on ne s'y fiait qu'à moitié. Il ne venait pas à l'esprit de mettre en doute la loyauté et la sincérité du Czar; mais on se demandait combien de temps il pourrait résister à la pression de la camarilla panslaviste dont il est entouré. Les derniers événements sont faciles à exploiter dans un sens hostile à l'Allemagne et à l'Autriche. Le renouvellement de la Triple Alliance, l'attitude de l'Angleterre qui s'en est rapprochée, autant qu'il est possible de le faire sans y entrer formellement, les déclarations

de M. Fergusson relatives à l'échange d'idées qu'il y a eu entre l'Angleterre et l'Italie concernant le maintien du status quo dans la Méditerranée, l'accueil fait à la flotte anglaise pendant son voyage dans l'Adriatique, les démonstrations auxquelles a donné lieu le voyage de l'Empereur en Angleterre, n'ont pas pu manquer de faire une profonde impression à St. Pétersbourg. Il est aisé d'interpréter tout cela dans un sens inquiétant, de montrer au Czar que la ligue de l'Europe centrale a acquis une force telle qu'elle est capable d'imposer sa volonté au reste du monde et de lui faire craindre qu'elle n'en use au détriment des Etats qui sont restés en dehors de l'arrangement. Déjà une fois les panslavistes étaient parvenus à persuader le Czar, que l'Empereur d'Allemagne voulait la guerre. Le moment serait bien choisi pour recommencer cette manœuvre.

De là, à l'idée d'un rapprochement entre la France et la Russie, il n'y a qu'un pas. Vous aurez remarqué, mon Prince, l'article du Nord, aux allures officieuses, qui en parle. Le correspondant Pétersbourgeois de la Politische Correspondenz de Vienne, s'exprime dans le même sens. Les fêtes qu'on prépare pour la flotte française à Cronstadt et à Saint-Pétersbourg, seront certainement interprétées comme le gage d'une entente.

Enfin à Paris, on semble avoir repris confiance. Après une bouderie d'un instant, manifestée dans l'affaire de l'emprunt russe, on multiplie de nouveau les flagorneries à l'adresse de la Russie.

M. de Laboulaye est venu me voir, il y a deux jours, retournant à St. Pétersbourg, où il remettra ses lettres de rappel au Czar, immédiatement après le départ de la flotte française. Il ne m'a rien dit de positif; mais tout dans son attitude et son langage dénote qu'il a la conscience, ou du moins l'illusion, de terminer sa carrière diplomatique par un succès.

On devait plus ou moins s'y attendre ici. Il y a une incompatibilité trop absolue entre les intérêts de l'Angleterre et les ambitions de la Russie, pour qu'il soit possible de se rapprocher de l'une, sans s'éloigner de l'autre.

Ce qui rassure contre les conséquences immédiates de l'intimité entre les deux Puissances qui sont mécontentes de la

situation actuelle de l'Europe, c'est qu'on croit savoir que la Russie a encore besoin d'un certain temps pour achever la réorganisation de son armée.

77.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 1er août 1891.

La presse allemande fait tout ce qu'elle peut pour diminuer l'importance de la visite de la flotte française à Cronstadt. Elle met en relief tous les détails tels que le langage relativement calme du Journal de St. Pétersbourg, qui peuvent en amoindrir la signification. Le dépit que les journaux allemands ne parviennent pas à déguiser, prouve qu'ils n'ont eux-mêmes qu'une foi médiocre dans la thèse qu'ils soutiennent.

Le Gouvernement allemand ne se livre pas à cette affectation d'optimisme. Il est d'avis qu'il ne faut sans doute pas s'alarmer outre mesure des démonstrations de sympathie qui ont été échangées à Cronstadt; mais que c'est un symptôme qu'on doit noter avec soin.

Jusqu'à présent le Gouvernement allemand n'a jamais cru à la possibilité d'un traité d'alliance entre la France et la Russie. Il fondait sa confiance sur l'aversion du Czar pour la forme du Gouvernement français, sur la volonté arrêtée de Sa Majesté de conserver la paix, sur l'absence d'intérêt de la part de la Russie.

S'il convient à ce dernier pays de changer de politique et de se lancer de nouveau dans les aventures, il est certain d'obtenir, quand il le voudra, le concours de la France pour une agression contre l'Allemagne. Pourquoi irait-il donc se lier en vue de s'assurer une coopération qui ne peut pas lui faire défaut?

Ce dernier raisonnement a un côté défectueux. Ce n'est pas en général la raison; c'est la passion qui gouverne les affaires de Russie.

Les Gouvernements de la France et de la Russie sont faibles, l'un vis-à-vis de l'Assemblée, l'autre vis-à-vis du panslavisme. Ni la guerre de 1870 ni celle de 1878 n'ont été décidées par les

Gouvernements. La prochaine guerre sera de même provoquée en dehors d'eux par des irresponsables.

En admettant que la visite à Cronstadt ne conduise ni à une alliance, ni à une simple entente, elle aura néanmoins l'inconvénient d'alimenter les espérances des exaltés des deux pays. Elle accumule des matières explosibles, auxquelles certains gens ne demanderaient pas mieux que de mettre le feu. Le rapprochement n'est basé que sur la haine commune de la France et de la Russie contre l'Allemagne. Il ne peut donc avoir qu'un caractère agressif, malgré les efforts des officieux russes et français pour faire croire au monde qu'une alliance franco-russe ne serait qu'une seconde ligue de la paix.

On semble le comprendre même dans certains milieux français. Vous aurez remarqué, mon Prince, un article du journal Le Temps qui s'efforce de modérer l'enthousiasme et qui a pour but évident d'empêcher l'opinion en France de tirer des conséquences trop précipitées et trop pratiques de l'événement qui vient de s'accomplir.

La prochaine visite de la flotte française en Angleterre est sans doute inspirée par la même pensée que l'article du journal officieux.

Puis-je vous prier, mon Prince, de rapprocher la présente lettre de mon rapport du 11 juillet dernier, No. 1056/666 dont elle est le complément?

78.

Baron Solvyns, Gesandter in London.

Londres, le 1er août 1891.

L'opinion publique en Angleterre ne se fait aucune illusion sur la signification de la visite de la flotte française à Cronstadt et des manifestations de tout genre qui se sont produites à cette occasion. Elle comprend que si l'accueil réservé à l'Amiral Gervais et à ses officiers ne doit pas faire appréhender un danger immédiat pour la paix de l'Europe, il est le présage d'un état de choses d'où peuvent naître des complications les plus graves.

On juge que l'entente qui vient d'être cimentée avec tant d'éclat entre la France et la Russie doit avoir pour première conséquence de permettre à chacune d'elles d'agir avec plus de promptitude et de décision que par le passé et de poursuivre leurs fins sans trop se préoccuper des obstacles que les autres puissances seraient disposées à leur susciter. Bien plus la triple alliance est de sa nature une association inerte, en ce sens qu'elle se tiendra sur la défensive et se gardera soigneusement des entreprises hasardeuses. L'alliance franco-russe a un caractère tout différent; elle ne se contentera pas de faire contrepoids à l'autre, car elle ne peut, sans manquer aux espérances qu'elle fait naître, ne pas être agressive. La France et la Russie cesseront de s'imposer toute réserve. L'une protestera avec plus de vivacité que jamais à propos de l'Alsace et de l'Egypte; l'autre exigera de nouvelles concessions de la Porte Ottomane. On prévoit déjà que celle-ci, devenant satellite après avoir été victime, finira par prêter aux deux puissants alliés le concours de ce qui lui reste de vigueur et de ressources.

A défaut du Prince de Bismarck éloigné pour le moment du théâtre de la grande politique, le devoir de faire face aux choses qui se préparent incombe à Lord Salisbury. On est convaincu qu'il sera à la hauteur de cette tâche.

J'ai entendu affirmer que c'est afin d'apaiser les alarmes qui commençaient à se répandre dans le monde des affaires que le chef du Cabinet anglais a proclamé récemment, non sans une certaine ostentation, que la paix de l'Europe était assurée. C'est probablement dans le même but que l'escadre française a été invitée à se rendre à Portsmouth lors de son retour de la Baltique.

79.

Baron Beyens, Gesandter in Paris.

Paris, le 5 août 1891.

Le succès de l'Exposition française à Moscou n'avait pas répondu aux espérances qu'on fondait ici sur elle; ni l'industrie,

ni la politique de rapprochement et d'union entre les deux nations n'avaient lieu d'être satisfaites. Le Czar s'était borné à rendre aux exposants une visite pour ainsi dire obligatoire. Aussi la réception de l'escadre à Cronstadt a-t-elle surpris à Paris le Gouvernement et le public. On ne s'attendait pas à ce que la Cour de Russie déployait à l'égard des marins français plus d'affabilité et de courtoisie que n'avaient fait les Souverains de Danemark et de Suède. Le Czar montant à bord du vaisseau amiral et écoutant sans sourciller la Marseillaise, c'était beaucoup plus qu'on eût jamais osé espérer. Comme il ne s'est pas départi de cette attitude bienveillante pendant tout le séjour de l'escadre, et que l'enthousiasme du peuple russe a pris, avec sa permission, des proportions extraordinaires, il n'est pas étonnant qu'on ait vu dans cet accueil un événement politique important.

En France naturellement les imaginations se sont montées, le langage de la presse a reflété immédiatement la joyeuse émotion du public, l'alliance avec la Russie est devenue un fait accompli, aussi certain que s'il existait sur le papier, et le maire de Cherbourg donnant la note de ces sentiments, s'est permis de télégraphier directement à l'Empereur à l'occasion de la présence d'un vaisseau russe dans le port. Le Ministre des Affaires Etrangères lui-même est sorti de sa réserve pour célébrer dimanche dernier à Saint-Omer, «l'éclatante manifestation de Cronstadt».

Il s'en faut cependant que tout le monde soit aussi exultant. Les hommes politiques français se rendent parfaitement compte des motifs qui ont amené ce revirement dans les dispositions d'Alexandre III vis-à-vis de la République: la bruyante réception de l'escadre est la contre-partie de la réception solennelle de Guillaume II à Londres, et les attentions prodiguées à l'Amiral Gervais et à ses officiers sont la réponse de l'autocrate russe aux sympathies témoignées par l'Angleterre à la Triple Alliance. Il n'y a pas de doute là-dessus à Paris, non plus que sur l'absurdité de la nouvelle, relevée par le correspondant du Times à Saint-Pétersbourg, d'un prétendu traité d'alliance, dont l'amiral aurait été porteur. Déjà le journal «Le Soir»

a signalé le danger qui peut résulter pour la France de l'exagération de ces manifestations après tout platoniques; la presse parisienne, à l'exception des journaux complètement dépourvus de bon sens politique, comme la «Lanterne», approuve hautement l'envoi de l'escadre à Portsmouth, comprenant qu'il est nécessaire d'atténuer aux yeux de l'Europe la vive impression produite par les fêtes de Cronstadt, et de ne pas froisser inutilement un voisin tel que l'Angleterre, avec lequel la République se trouve en contact presque sur tous les points du globe. Mais pour le peuple français, fort peu sensible aux politesses venant des Anglais, l'entraînement qui le porte vers la Russie ne peut plus être modéré. C'est là un des résultats de ce qui vient de se passer dans la Baltique; les autres seront sans doute une plus grande tension dans les rapports de la France avec l'Allemagne, et un état momentané de malaise et d'inquiétude, quoique rien au fond ne menace le maintien de la paix européenne.

80.

Graf de Jonghe d'Ardoye, Gesandter in Wien.

Vienne, le 6 août 1891.

Les manifestations bruyantes des sympathies franco-russes excitées en Russie par la présence de l'escadre française à Cronstadt ont donné lieu et donneront lieu longtemps encore à de nombreux commentaires, tant dans les cercles politiques que dans la presse européenne.

Cette explosion des sentiments d'intimité de deux grandes nations qui y voient le moyen de réaliser leurs aspirations particulières et nationales, ne saurait être indifférente et sans importance politique, ainsi que voudraient le démontrer une partie de la presse austro-hongroise et allemande.

D'après certains milieux cette apparition de l'escadre française ne serait que la contre-partie des récentes manifestations de la Triple Alliance à Fiume, à Venise et à Londres.

Mieux à même d'apprécier la valeur de la réception exception-

nellement empressée accordée à l'Amiral Gervais qui porte en elle les signes précurseurs d'une alliance formelle, le jour où les circonstances la réclameront, le Cabinet autrichien lui donne la portée qu'elle comporte.

M. le Comte Kalnoky ne voit pas que pour le moment, à part le diapason plus élevé de la surexcitation et du chauvinisme français et russe qui peut provoquer des conflits imprévus, l'état général de l'Europe se soit profondément modifié dans ces derniers jours ni que le maintien de la paix soit devenu plus précaire. Le Tsar resterait comme par le passé peu porté à la guerre et ne se serait lié par aucune convention qui aurait lié la Russie vis-à-vis de la France.

La Triple Alliance n'ayant en vue que le maintien de la paix ne menace personne et se concilie avec les tendances pacifiques de l'Empereur Alexandre.

Les avances françaises accueillies aujourd'hui par les applaudissements de la foule panslaviste servent la politique de la diplomatie russe, mais l'on se gardera bien à St. Pétersbourg de se lancer dans une politique d'aventure pour faciliter à la France la reprise de l'Alsace et de la Lorraine qui ne sera guère un objet de préoccupations sur les rives de la Néva, aussi longtemps que les intérêts directs et essentiels de la Russie ne seront pas en jeu.

81.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 9 août 1891.

Il y a quelque temps l'ambassadeur de Russie à Rome a demandé au Président du Conseil, s'il est vrai que l'Allemagne a notifié le renouvellement de la triple alliance à Londres et à Saint-Pétersbourg.

M. de Rudini a dit qu'il trouvait bizarre que la question n'ait pas été adressée par M. Vlangali, de préférence au gouvernement russe (?); mais qu'il profitait de l'occasion pour confirmer le fait et pour assurer l'ambassadeur de Russie que l'alliance nouvelle était pacifique et défensive comme la précédente.

L'ambassadeur d'Italie à Saint-Pétersbourg a été chargé d'une communication semblable et s'en est acquitté auprès de l'adjoint du ministre des Affaires Etrangères.

M. Chichkin a écouté le Baron Marochetti avec une extrême froideur et ne lui a pas caché que le renouvellement de la triple alliance avait causé une pénible impression au Gouvernement russe.

Le Baron Marochetti a dit que cette impression est sans cause, puisque la triple alliance n'est pas dirigée contre la Russie avec laquelle l'Italie a les meilleurs rapports et désire rester en amitié.

M. Chichkin a répliqué qu'on ne nierait pas cependant que c'est la triple alliance qui soutient en Bulgarie le prince Ferdinand notoirement désagréable à la Russie et qui sans cet appui, serait renversé en huit jours.

Du reste, dit l'adjoint, ce que la Russie a le plus vivement ressenti, n'est pas le renouvellement de la triple alliance, mais son entente avec l'Angleterre.

82.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 19 août 1891.

M. le Baron de Marschall m'a parlé des changements apportés à la situation politique par la visite de la flotte française à Cronstadt qui a eu lieu pendant le congé dont le Secrétaire d'Etat vient de jouir.

Le Tsar a fait savoir, dit-il, que c'est lui qui a donné le signal du bon accueil réservé aux Français. S. M. se fait illusion; c'est Elle qui a subi l'entraînement des masses. Il y a un an, lors de la visite de l'Empereur d'Allemagne en Russie, le Tsar manifestait sa profonde antipathie pour le Gouvernement républicain. Il a fait bien du chemin depuis. Tout le monde savait que, si la Russie attaquait l'Allemagne ou l'Autriche, les fusils Lebel partiraient tout seuls. Sous ce rapport il n'y a donc rien de changé, mais il n'en est pas de même pour une

guerre dont la France prendrait l'initiative. La France était forcément pacifique, parce qu'elle n'était pas sûre de l'appui de la Russie. Elle croit l'être aujourd'hui. M. le Baron de Marschall pense que c'est une illusion et que pas plus qu'auparavant le Tsar ne serait disposé à aider la France dans une guerre d'agression contre l'Allemagne, mais il suffit que cette illusion existe, pour surexciter les Français et les monter à un diapason des plus dangereux pour le repos de l'Europe. Les journaux français, même des journaux sérieux, publient des absurdités sur la santé et sur la conduite de l'Empereur qu'ils représentent comme une sorte d'énergumène. A l'occasion de l'ouverture des Conseils Généraux on a prononcé des discours où il est parlé des légitimes revendications de la France qui seront bientôt satisfaites. On dirait que les Français sont pris de vertige. Si une nouvelle affaire Schnäbele surgissait en ce moment, la guerre serait inévitable.

La visite de la flotte française à Cronstadt a donc diminué la sécurité. Elle a démontré combien la Triple Alliance est nécessaire. Si elle n'existait pas, il faudrait la conclure en ce moment.

M. le Baron de Marschall a eu divers entretiens avec Lord Salisbury, lorsqu'il a accompagné l'Empereur en Angleterre. «Vous savez«, m'a-t-il dit, «que les Anglais ne prennent pas d'engagements, mais j'ai acquis la conviction que Lord Salisbury regarde les intérêts de l'Angleterre et ceux de la Triple Alliance comme identiques«.

Ce que m'a dit le Baron de Marschall, est en d'autres termes la reproduction de l'opinion du Chancelier que je vous ai fait connaître par mon rapport du 6 de ce mois.

Le Secrétaire d'Etat dit que l'Allemagne ne sortira pas de son calme et continuera la politique pacifique qu'elle a toujours suivie.

D'après les rapports qui lui parviennent de St. Pétersbourg, le Baron de Marschall est autorisé à croire qu'il y a déjà en Russie une réaction contre l'engouement pour la France. On est inquiet des mouvements populaires que la police russe a été impuissante à contenir, et des exagérations des Français qui semblent vouloir entraîner la Russie plus loin qu'il ne lui plaît d'aller.

83.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 25 août 1891.

Selon l'expression de M. de Marschall, il y a lieu de croire que la Russie se prépare à verser de l'eau dans le vin français et que c'est dans ce but que M. le Baron de Mohrenheim a été mandé à St. Pétersbourg. Il paraît que le Tsar a été peu édifié des insultes contre l'Empereur d'Allemagne qui ont paru dans les journaux français, et des exagérations auxquelles on se livre en France. M. de Marschall vient de dire à M. Herbette qui ne l'a pas contesté, que nous avons un nouveau boulangisme sans Boulanger. Cela frise le ridicule et n'est pas fait pour plaire au Gouvernement russe.

Celui-ci a cru devoir donner au Gouvernement allemand des explications sur ce qui s'est passé à Cronstadt, à St. Pétersbourg et à Moscou. Il a dit que le renouvellement de la Triple Alliance, le bruit fait autour de la visite de la flotte anglaise à Trieste et à Venise, le succès du voyage de l'Empereur Guillaume à Londres et la crainte de voir entrer l'Angleterre dans la Triple Alliance avaient causé du malaise en Russie. C'est ce qui a déterminé le Tsar à faire sortir son pays de l'isolement et à faire les avances dont on a été témoin, à la flotte française.

Cette explication n'est peut-être pas la vraie, mais le fait qu'on a cru devoir la donner, prouve qu'on ne veut pas d'une rupture.

La France n'a, dit M. le Baron de Marschall, aucune promesse d'appui de la part de la Russie. Ce serait folie aux hommes d'Etat français de se lancer dans la guerre sans alliance. Il est vrai que ce raisonnement s'appuie sur la supposition que la France sera raisonnable, ce qui n'est pas toujours le cas. Il est possible qu'elle s'imagine que, si la guerre éclate, la Russie suivra quand même sans engagement préalable. Cela se peut, mais le Secrétaire d'Etat ne croit cependant pas à une telle légèreté.

Reste le danger qu'un conflit soit provoqué par une agitation de la rue à la suite d'un incident quelconque, comme cela est arrivé en 1870. Sous ce rapport il n'y a pas à nier que la sé-

curité ne soit diminuée, mais encore le Baron de Marschall ne s'exagère pas le péril. Le service personnel l'a amoindri. Il ne s'agit plus aujourd'hui, comme en 1870, de faire de l'héroïsme à bon marché en envoyant à la frontière des soldats de profession; il faudrait y marcher soi-même. Cela donne à réfléchir aux plus exaltés. La génération des gens qui savent par expérience, ce que c'est qu'une guerre malheureuse, est encore nombreuse en France. Elle ne voudra pas s'exposer au retour des mêmes souffrances.

M. le Baron de Marschall espère que l'espèce d'entente franco-russe établie à Cronstadt est un joujou dont on est engoué maintenant, mais dont on finira par se lasser.

Vous remarquerez, Mon Prince, une différence dans le sens optimiste entre l'entretien dont je viens de vous rendre compte et le langage que m'a tenu le Secrétaire d'Etat le 19 août et que je vous ai rapporté par ma lettre du même jour. On dirait que la confiance du Baron de Marschall augmente, depuis qu'il a eu le loisir de se remettre au courant des affaires. Malgré ma très grande confiance dans le jugement du Secrétaire d'Etat et les informations dont il dispose, je ne peux me défendre de la crainte qu'il ne voit trop en beau.

84.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 19 septembre 1891.

Je vous remercie de ce que vous avez bien voulu m'écrire au sujet du voyage de M. le Baron de Mohrenheim à St. Pétersbourg.

Les informations qui vous ont été transmises, me paraissent d'autant plus vraisemblables, qu'elles coïncident avec celles qui sont parvenues à Berlin et avec le langage du Grashdanine qui est, comme l'on sait, l'organe officieux de la cour de Russie. Vous vous souviendrez que M. le Baron de Marschall m'a dit, vers la fin du mois dernier, qu'il croyait savoir que le cabinet de St. Pétersbourg avait engagé le gouvernement français au

calme. Ces conseils ont produit de l'effet, à en juger par les discours de M. de Freycinet et de M. Constans et par le ton des journaux parisiens, qui reçoivent leurs inspirations du gouvernement.

La Russie veut bien manifester sa sympathie pour la France et l'aider à reprendre en Europe la position qui lui revient; mais elle entend garder la direction de sa politique et ne pas se laisser entraîner, soit que les intentions pacifiques manifestées par elle soient sincères, soit parce qu'elle n'est pas prête. Vous savez en effet que l'armement de l'infanterie russe est à peine commencé.

D'après les renseignements du ministère des affaires étrangères, le moment serait d'ailleurs bien mal choisi pour s'exposer à une guerre. La disette grandit en Russie et il commence à s'y manifester des maladies, causées par la mauvaise nourriture. Les greniers de réserve, établis dans les villages, se sont trouvés vides quand on a voulu s'en servir. La défense d'exporter le seigle a eu pour conséquence d'en faire expédier d'énormes quantités vers l'Allemagne, entre la date de la publication de l'oukase et celle de son application.

Il n'y a que dix millions disponibles, sur le fonds de vingt-cinq millions destiné à remédier aux calamités publiques et les demandes de secours des provinces s'élèvent déjà à cent cinquante millions.

Enfin l'équilibre du budget et les succès financiers de M. Witchnegradski, n'auraient été obtenus, qu'en pressurant le contribuable de façon à réduire une grande partie de la population à la misère.

85.

Baron de Vinck, Gesandter in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 21 septembre 1891.

Pas plus en Russie qu'ailleurs, le discours adressé par M. de Freycinet à Vandeuvre, à l'issue de la première série des grandes manœuvres de l'Etat, n'a passé inaperçu. Des paroles comme

celles-ci: «Ne nous lassons pas de perfectionner et de fortifier notre armée . . Elle a sa part dans les événements dont se réjouit votre patriotisme», de telles paroles mettent implicitement en cause la diplomatie russe, et ne sauraient donc passer ici sans commentaires.

«Les événements dont se réjouit votre patriotisme»; il y a donc eu des événements: les fameux «événements de Cronstadt». Et ce n'est plus cette fois quelque maire méridional haranguant au passage M. de Mohrenheim, ou quelque boulangiste en disponibilité délirant en public, qui annonce au monde ces «événements» et leur suite: c'est le Président du Conseil, Ministre de la Guerre et ancien Ministre des Affaires Etrangères.

Ces événements, ils se sont passés sous le soleil; ils n'ont, de l'aveu général, rien eu de mystérieux; aucun corollaire secret n'en a modifié la nature; et c'est précisément leur caractère public, populaire, que l'on s'efforce d'exploiter en vue de la création d'une légende. Il sera donc permis à un témoin oculaire et attentif d'en dire, à son tour quelques mots; et je voudrais à cet effet reprendre d'un peu plus loin les relations franco-russes.

Nul n'ignore que les bruyantes manifestations russophiles dont Paris était à tout propos, et principalement hors de propos, depuis quelques années le théâtre, trouvaient en Russie peu d'écho.

Il semble même que plus là-bas les effusions devenaient tendres, plus grande était la réserve, la froideur même du Gouvernement Impérial.

M. Carnot attendait plusieurs années un cordon de St. André remis un an auparavant à M. de Caprivi, et que possède même à Pétersbourg l'Ambassadeur d'Allemagne; une musique militaire de la Garde Impériale dont le concours était demandé à Paris pour je ne sais plus quelle fête, et dont l'arrivée était bruyamment escomptée d'avance, recevait l'automne dernier l'interdiction de quitter Pétersbourg; et pendant que Guillaume II passait en revue le camp de Krasnoë-Zelo, la flotte allemande était à Cronstadt l'objet de brillantes fêtes officielles. Plus tard, les commissaires de l'Exposition française à Moscou, cette ex-

position patriotique qui, de l'aveu de ses organisateurs, n'avait et ne pouvait avoir qu'un but sentimental, se heurtaient à un mauvais vouloir insigné, traduit sous mille formes diverses, des fonctionnaires russes de tout ordre. Tout cela est encore fort près de nous; c'était hier.

Dans un seul ordre d'idées, le Gouvernement russe accueillait avec complaisance les avances de la France; c'était sur le terrain financier. Profitant de ce sourire de la fortune, M. Wichnegradsky, le très habile Ministre des Finances du Czar, s'empressait de convertir, de convertir à outrance, et de saturer le marché de Paris de valeurs russes, artificiellement discréditées en Allemagne, et que la guerre faite à Paris au crédit Italien rendait d'un placement aisé et, paraît-il, patriotique. L'opération réussit à merveille et le rouble atteignit l'an dernier des cours invraisemblables, supérieurs, de l'aveu de tous, au maximum de sa valeur.

Il faut ajouter pour être complet, que, de plus, dans quelques questions étrangères, là où l'attitude soit de la France soit de la Russie est d'ailleurs tout à fait expectante et passive (Egypte, Bulgarie), les deux Gouvernements se fortifiaient, dès lors comme à présent, l'un l'autre de leurs «vetos» identiques, se passant mutuellement et la rhubarbe et le séné.

Survint le renouvellement anticipé de la triple alliance. Survint aussi une légère bouderie du Gouvernement français qui semble craindre un instant de jouer décidément un rôle de dupe: la conséquence en fut le retrait d'une dernière et fructueuse opération de conversion que négociait cet hiver à Paris M. Wichnegradsky. MM. de Rotschild, invoquant divers prétextes, et conseillés, dit-on, par le Gouvernement français, se retirèrent au dernier moment, faisant s'évanouir en fumée roubles et conversion. L'on n'a jamais été tout à fait édifié sur le rôle exact de la diplomatie française dans cet incident; quoiqu'il en soit, le résultat fut parfaitement clair. — Le bruyant voyage de l'Empereur Guillaume à Londres, suivi des déclarations ambigues de Lord Salisbury, vint enfin tout dernièrement accentuer encore l'omnipotence de la Triple Alliance, et mécontenter par conséquent la Russie.

Il ne serait pas téméraire de penser que des considérations tirées de ce double ordre de faits, politiques et financiers, aient pu décider le Gouvernement Impérial — c'est à dire S. M. l'Empereur — à sortir quelque peu de sa réserve. La reprise des négociations relatives à la conclusion d'un nouvel emprunt russe 3%, dont les pourparlers ont lieu, paraît-il, en ce moment à Paris, serait, en ce cas, une assez amusante conclusion des «événements de Cronstadt».

Mais me voici arrivé à ces «événements»; je les cherche encore. Je ne pense pas faire tort à la nation française en disant que personne mieux que les Français ne s'entend à organiser la réclame et à exploiter au profit de la vanité nationale les choses même les plus insignificantes. Toute la presse française, sur la foi de télégrammes retentissants, s'est donc mise à gonfler à outrance les témoignages pourtant assez anodins de la courtoisie Impériale. En Russie l'on ne protesta pas; et voilà la légende lancée.

Quels sont ces événements? Ils sont trois: Visite gracieuse de l'Empereur à l'escadre et à l'amiral Gervais; la Marseillaise jouée à la Cour et écoutée debout par Sa Majesté; ovations populaires constantes et enthousiastes de la population. Je voudrais les reprendre en détail:

Quelles conclusions inattendues n'a-t-on pas tirées de la visite de l'Empereur à l'escadre, et quels airs de bravoure n'a-t-on pas entonnés à cette occasion. Ce fut le commencement de l'épopée. Je rappellerai simplement que l'été dernier une modeste corvette de la marine hollandaise vint jeter l'ancre dans la Néva. S. S. M. M. L'Empereur et l'Impératrice, alors comme à Cronstadt, vinrent personnellement visiter le navire, adressèrent la parole aux matelots, firent mille politesses au commandant et aux officiers, les invitèrent à Péterhof et les renvoyèrent comblés de décorations. En vérité, qu'ont-ils fait de plus pour l'escadre française? Mais les Hollandais, gens sensés et qui n'avaient pas une alliance russo-néerlandaise à exploiter, n'embouchèrent pas à cette occasion les trompettes de Jéricho: là fut toute la différence.

Que dit-on encore? «L'Autocrate de toutes les Russies a fait

jouer en Sa présence la Marseillaise des Sans-Culottes de 1793, et a paru y prendre un plaisir extrême.» La Marseillaise étant devenue le chant national, et accompagnant au palais d'hiver comme au Vatican la remise des lettres de créance des Ambassadeurs on n'eût pas bien compris que Sa Majesté fit jouer en cette occasion «Partant pour la Syrie». En revanche, ce que l'on ne dit pas, et ce qui ne manque pourtant pas d'intérêt, c'est que la Marseillaise, qu'il était strictement défendu de jouer en Russie soit dans les endroits publics soit même sur un simple piano qui peut être entendu de la rue, et pour laquelle la mise hors la loi ne fut levée qu'au moment même de l'arrivée de l'escadre, se voyait de nouveau, et non moins strictement, interdite pour l'avenir, dès le jour même du départ de la flotte. Un avis de la Préfecture de Police fut même inséré à cet effet dans les journaux.

Et voilà pourtant de quoi d'habiles gens en France, experts à crier de gros événements sensationnels, tirèrent la triomphante conclusion que toute glace était décidément rompue entre l'Empereur et les institutions républicaines.

Mais ce n'est pas seulement la Cour, c'est le peuple tout entier, ajoute-t-on, qui s'en est venu vers la France et a serré la République sur son cœur. Le peuple, c'est en Russie, vous le savez, le Moujik, qui en fait d'instruction et d'éducation ne dépasse guère le niveau du Fellah. Prétendre faire admettre qu'un Moujik puisse soupçonner ce que c'est que l'Europe, la République, la France ou l'Allemagne, c'est se moquer du monde. Il ne faut pas oublier que lorsqu'on voulut pousser ce «peuple» à la révolte pour arracher une Constitution à l'Empereur Nicolas, on dut persuader aux Moujiks que la «Constitution» c'était la Grande-Duchesse, femme du Grand-Duc Constantin, frère aîné de l'Empereur Nicolas, et dont la renonciation au trône n'avait pas paru complètement libre. Et les bons Moujiks s'en allaient hurlant par les rues: «Constitution, Constitution!» jusqu'au moment où ils furent balayés par la mitraille.

Ils ont, il est vrai, manifesté une joie assourdissante, et abondamment profité de la résolution qui avait été prise par la

Préfecture de Police de suspendre durant le séjour de l'escadre ces réglements d'une sévérité extrême qui donnent en temps ordinaire à Pétersbourg un aspect si sombre et si morne. Si l'on veut bien se souvenir que la capitale est, depuis le jour de la mort de feu l'Empereur, sous le régime légal de l'état de siège; que le Lieutenant-Général préfet de Police y règne en dictateur; que le moindre cri poussé en public, la moindre petite incartade est punie sur le champ, et sans qu'aucune autorité judiciaire ait à intervenir, soit par l'expulsion soit par la déportation; l'on ne s'étonnerai pas que l'occasion de s'ébattre plus à son aise ait été saisie avec enthousiasme par le peuple. Mais en vérité cette escadre eût été ou chinoise ou chilienne que, dans ces conditions, l'attendrissement populaire n'eût pas été moindre.

Ajoutons que l'Amiral Gervais, auquel toute justice doit être rendue, et qui m'a paru orateur prolixe fort entendu la réclame, s'est prodigué durant son séjour ici. Messieurs les Officiers de l'escadre allaient d'un jardin public à l'autre (ces endroits de réunion abondant à Pétersbourg), et sans se lasser du matin au soir, récoltant partout leur mission de bravos.

Voilà à quoi se réduisent les «événements de Cronstadt». D'alliance, de traité, d'entente nouvelle, point. M. de Giers, d'ordre de Sa Majesté, s'est soigneusement abstenu de participer en rien par sa présence à ces «événements», et ne s'est même rencontré avec l'Amiral qu'à la réception officielle du jour de fête de l'Impératrice. Et quant aux toasts ou harangues des fonctionnaires russes qui eussent pu compromettre en quoi que ce soit la politique du Gouvernement Impérial, vous savez qu'on eût soin de prendre en haut lieu des précautions de nature à les rendre absolument inoffensifs.

La presse française et le Gouvernement ont, il est vrai, modifié leur langage, et leur attitude depuis ces «événements». La France paraît devenue sinon plus agressive envers l'Allemagne, du moins plus indépendante, plus fière; l'on ne peut évidemment que s'applaudir en Russie d'en voir l'autorité de la Triple Alliance peut-être diminuée. C'est pourquoi on laisse

dire, n'ayant aucun intérêt à faire démentir des informations qui produisent un si heureux résultat. Il convient de dire aussi que la vanité nationale russe — et l'on doit compter avec elle — n'est pas médiocrement flattée de voir un pays comme la France dater son relèvement et l'ouverture d'une nouvelle période de son histoire, d'un sourire de l'Empereur et des applaudissements de quelques Moujiks.

Mais si l'on cherchait à en tirer à Paris les conséquences extrêmes, et si l'on prenait dans les régions officielles un ton menaçant vis-à-vis de l'Allemagne, M. de Giers rappellerait sans doute ce qu'il disait encore dernièrement au Ministre d'un Etat voisin, c'est-à-dire que la Russie ne sera jamais avec l'agresseur et que si l'on peut compter en France sur son secours en cas d'attaque, on la trouverait au contraire contre soi dans l'offensive. Déjà, à propos des manifestations dangereuses que l'on craignait de voir se produire à l'occasion de la représentation d'un opéra de Wagner à Paris, la presse officielle russe vient de faire entendre de salutaires avis en ce sens.

86.

Fürst von Chimay an Baron Greindl.

Bruxelles, le 11 novembre 1891.

Il m'a été fait part (Constantinople 5 novembre) au sujet de la situation intérieure de la Russie des appréciations que j'ai l'honneur de vous communiquer à titre très confidentiel.

L'armée russe n'est pas ce que l'on pense communément. Il y a trois choses à remarquer: 1. la garde qui est bonne et infiniment supérieure aux troupes de province, forme une quotité minime de l'ensemble; 2. les chiffres sur le papier et l'effectif diffèrent du tout au tout; 3. l'esprit militaire laisse beaucoup à désirer, et le commandement est fort défectueux. Envisagée dans son ensemble l'armée russe ne vaut pas grand'chose. La Triple Alliance n'a pas à la craindre.

L'administration russe est un édifice vermoulu. La corruption y atteint des proportions inouïes. Que peut-on en

attendre, une guerre survenant, en fait de discipline, de régularité, de dévouement?

Le peuple entièrement démoralisé par un clergé perverti, d'une ignorance généralement reconnue et dont toute la foi se borne à des pratiques extérieures, manquerait de ressort le jour où il devrait se sacrifier pour la patrie.

Le nihilisme, non tel qu'on l'entend en Europe, mais tel qu'il existe réellement en Russie, serait un grand danger pour les institutions régnantes. Tout ce qui est intelligent en Russie, nourrit des aspirations vers la liberté, désire se libérer de cette administration corrompue qui est un chancre pour la nation, et rêve une amélioration générale qui rapprocherait la Russie des nations européennes.

La famine, si horrible qu'elle soit, n'est qu'un accident. La question agraire est autrement redoutable. L'émancipation a été un grand acte philanthropique, mais elle a été mal exécutée et elle entraînera tôt ou tard des bouleversements. Toutes raisons suffisantes pour que ni le Tsar ni ses Conseillers ne méditent de lancer la Russie dans une aventure où ils pourraient sombrer.

Ces appréciations ont été prêtées à un homme d'Etat qui ne peut être soupçonné d'avoir des préférences marquées pour la Triple Alliance.

87.

Baron Solvyns, Gesandter in London.

Londres, le 19 novembre 1891.

J'ai l'honneur de vous exprimer tous mes remercîments pour les considérations si intéressantes que vous avez bien voulu me transmettre sur les dangers qui menaceraient la Russie au cas où cette puissance voulût pour atteindre ses fins en Orient engager une nouvelle guerre.

Lors d'un entretien que j'ai eu récemment avec un homme d'Etat très versé dans tout ce qui rapporte à la Turquie (so!), j'ai abordé cette même question. L'Empereur Alexandre, m'a-t-il

répondu — et cela est évident pour tous ceux qui le connaissent bien — se rend parfaitement compte de la situation de son empire. Aussi évitera-t-il tant qu'il le peut, de se lancer dans des aventures. Nul ne sait mieux que lui les risques que sa personne et sa dynastie auraient à courir au moindre incident fâcheux. Mais l'Empereur ne s'appartient pas: il est l'esclave du parti panslaviste. Le jour où ce parti, qui a pour chefs les deux frères Ignatieff, décidera qu'il faut recourir aux armes, l'Empereur, se sentant trop faible pour résister à cette pression, fermera les yeux aux conséquences probables d'une nouvelle campagne, et il obéira aux hommes dont il connaît l'influence dans le pays et dont il redoute les entreprises criminelles.

88.[1])

Fürst von Chimay, an Baron Greindl.

Bruxelles, le 25 novembre 1891.

Je me trouve en mesure, M. le Baron, de vous communiquer quelques nouvelles considérations à ajouter à celles qui ont fait l'objet de ma dépêche du 11 de ce mois.

Récemment un homme d'Etat très versé dans tout ce qui se rapporte à la Russie, s'entretenant avec un de vos collègues, s'est exprimé en ces termes: «L'Empereur Alexandre se rend parfaitement compte de la situation de son Empire. Aussi évitera-t-il tant qu'il le peut, de se lancer dans des aventures. Nul se sait mieux que lui les risques que sa personne et sa dynastie auraient à courir au moindre incident fâcheux. Mais l'Empereur ne s'appartient pas. Il est l'esclave du parti panslaviste. Le jour où ce parti qui a pour Chefs les deux frères Ignatieff, décidera qu'il faut recourir aux armes, l'Empereur, se sentant trop faible pour résister à cette pression, fermera les yeux aux conséquences probables d'une nouvelle campagne et il obéira aux hommes dont il connaît l'influence dans le pays.«

---

[1]) Das Schreiben mag hier als Probe für die Art der Weitergabe einlaufender Berichte an andere Gesandtschaften Platz finden.

89.

Baron Solvyns, Gesandter in London.

Londres, le 27 novembre 1891.

Divers renseignements me permettent d'affirmer que la croyance au maintien de la paix n'est plus aussi entière qu'on le disait ou qu'on affectait de le dire il y a peu de temps.

Le Foreign Office a-t-il reçu des informations positives sur les arrangements conclus entre la France et la Russie? L'Autriche a-t-elle fait savoir que les dispositions militaires prises par l'autorité russe le long de la frontière polonaise ne laissent aucun doute sur la ferme volonté d'une entrée en campagne au printemps prochain? L'esprit de revanche qui n'a cessé d'animer la population française, mais que la peur d'une lutte prématurée a contenu jusqu'à présent, finira-t-il par exercer une influence irrésistible sur le Gouvernement et par le décider à attaquer un adversaire devenu moins redoutable?

Toujours est-il qu'à Londres on est convaincu que le moindre incident peut tout à coup servir de prétexte à un conflit qui, cette fois, embraserait l'Europe entière.

Il ne m'est pas possible d'apprécier le pourquoi de cette opinion. Je dois me borner à la constater.

90.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 6 décembre 1891.

M. de Giers a traversé Berlin parce que c'était la route la plus courte pour rentrer en Russie. S'il aurait évité par un détour la capitale de l'Empire allemand, il n'aurait pas été possible d'échapper aux commentaires alarmants.

Les correspondances officieuses de Berlin ont répété à satiété que M. de Giers n'était chargé d'aucune mission. Néanmoins il a donné l'assurance, dit M. le Baron de Marschall, que le Czar et son Gouvernement sont animés des intentions les plus pacifiques. M. de Giers a ajouté qu'il rapportait de Paris l'impres-

sion ou plutôt la certitude que le Gouvernement français est exactement dans les mêmes dispositions.

Il me semble qu'on répète bien souvent que la paix est assurée. On n'éprouverait pas le besoin de revenir tous les huit jours sur le même thème si l'on était bien certain qu'il est vrai.

La situation est fidèlement dépeinte par la conversation que vous avez bien voulu me rapporter. Les Gouvernements n'en sont pas maîtres. Le parti panslaviste plus fort que le Czar, décide de la guerre ou de la paix, et la garantie de tranquillité la plus solide que nous ayons, est la disette en Russie coïncidant avec l'échec du dernier emprunt russe à Paris.

C'est aussi le fond de la pensée du Gouvernement Impérial. Un des arguments qu'il a employés pour décider le Roi de Roumanie à s'entendre avec la triple alliance, lors du séjour de Sa Majesté à Berlin, a été que le moindre incident peut produire la guerre générale et qu'il est par conséquent de l'intérêt de la Roumanie d'avoir pris position avant que cette éventualité se produise.

91.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 13 février 1892.

Le Prince Royal de Suède a passé à son retour de St. Pétersbourg par Dresde et Berlin et a rapporté de son voyage en Russie des impressions qui me paraissent mériter d'être relatées.

Son Altesse Royale n'a naturellement pas pu parler de la situation intérieure de la Russie, sauf à une Grande-Duchesse d'origine allemande. Celle-ci lui a dit que toute la famille Impériale vit dans une inquiétude perpétuelle, comme si elle était à la veille d'une catastrophe. L'Empereur est, comme toujours, à la fois opiniâtre et indécis. Divers exemples montrent quelles difficultés en résultent pour le Gouvernement. Tout récemment le Sénat a été placé par l'Empereur dans une situation telle qu'il eût donné sa démission en masse, s'il l'eût osé.

Berlin, 13. 2. 1892.

Le Prince Royal de Suède a trouvé l'Empereur de Russie très monté contre l'Empereur d'Allemagne. Sa Majesté a été vivement blessée de l'éclat donné au renouvellement de la triple alliance. C'est la raison qui a conduit le Czar aux manifestations de Cronstadt. Toutefois le flot de l'opinion publique a porté Sa Majesté plus loin qu'Elle ne voulait aller.

Vous vous souviendrez, mon Prince, que cet été le Czar a dû traverser l'Allemagne pour se rendre en Crimée, à cause d'un triste événement de famille; il a fait un détour pour éviter Berlin. Sa Majesté n'a pas même donné signe de vie à la Cour, ne fût-ce que par un télégramme. L'Empereur d'Allemagne avait attribué ce procédé discourtois à une inadvertance. Le Prince Royal de Suède a appris à St. Pétersbourg que le Czar a été impoli de propos délibéré.

Son Altesse Royale a trouvé tout le monde à St. Pétersbourg dans la persuasion que l'Allemagne veut la guerre avec la Russie et en cherche l'occasion. L'absurdité de cette idée, démontrée par l'évidence des faits ne l'empêche pas d'avoir cours.

La plupart des observations qui précèdent ne sont pas nouvelles; néanmoins il est intéressant d'en entendre la confirmation. On peut le faire avec calme, puisque la détresse de la Russie lui interdit pour une période dont il est encore impossible de déterminer la durée, toute action sur le terrain de la politique extérieure.

Un article officieux de la Politische Correspondenz qui a paru avant-hier s'occupe des relations de l'Allemagne et de la Russie. Il avertit le Gouvernement du Czar que toute tentative d'emprunter en Allemagne aboutirait à un échec.

92.

Baron de Pitteurs-Hiegaerts, Gesandter in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 17 mars 1892.

Mercredi dernier 26 février/10 mars, jour de naissance de l'Empereur, ont eu lieu au palais d'hiver les réceptions et les présentations qui se font habituellement le jour du nouvel an.

St. Pétersbourg, 17. 3. 1892.

Toute fête de Cour ayant été supprimée cette année tant à raison de la mort de la Grande-Duchesse Alexandra Géorgievna qu'à cause des calamités occasionnées par la disette, il a paru opportun que l'Empereur reçut au moins une fois le Corps diplomatique et les personnages qui ne font pas parti de son entourage intime ou de son Gouvernement. Je crois déjà avoir eu l'occasion de vous dire que pour les diplomates n'ayant pas rang d'Ambassadeur la réception du nouvel an (cette fois celle qui en a tenu lieu), est la seule occasion où le Souverain leur adresse la parole.

J'ai peu de choses à ajouter à ce que je vous écrivais dernièrement tant par rapport au nouveau Ministère français que relativement à ce qui se passe à Berlin. Je n'ai vu hier que quelques minutes M. de Giers qui n'avait pas reçu mercredi dernier (jour de naissance de l'Empereur). S. Ex. très préoccupée par l'état inquiétant de la santé de Madame de Giers atteinte d'une grave inflammation de poitrine, était pour ce motif très peu communicative. Il se dit satisfait de la composition du nouveau Cabinet français. Quant aux affaires allemandes, il s'est borné à dire qu'il ne sache pas se taire davantage en accompagnant cette réflexion d'un haussement significatif d'épaules.

Les paroles prononcées par l'Empereur d'Allemagne au sein de la Diète provinciale de Brandebourg avaient principalement trait à la politique intérieure et auraient tout au plus pu avoir une signification belliqueuse en interprétant dans ce sens la fin de son speach où il promet de mener l'Allemagne vers un avenir brillant. Néanmoins des bruits absurdes ont pendant plusieurs jours circulé à St. Pétersbourg, même dans des sphères qu'on croirait devoir être plus éclairées. On racontait que le jeune Empereur allait bientôt décréter des mesures indiquant son intention de faire la guerre le printemps prochain, que son antipathie contre la Russie était montée à un tel point qu'il voulait renvoyer les uniformes des régiments russes dont il est le Chef; on disait d'autre part que les premiers indices d'un dérangement mental commençaient à se manifester, que bientôt on devrait appeler le Prince Henri à la régence.

St. Pétersbourg, 17. 3. 1892.

Ces racontars absurdes sont cependant symptomatiques. Les esprits se font peu à peu à l'idée d'une lutte avec l'Allemagne dont l'échéance seule est plus ou moins rapprochée. Je crois superflu d'ajouter que je suis loin de croire à la proximité de la dite échéance à raison de la situation économique de la Russie et surtout parce que la transformation de l'armement des troupes n'est pas assez avancée pour pousser à la guerre. Ajoutons que les facteurs les plus importants c'est-à-dire l'Empereur et Son Ministre des Affaires Etrangères ne nourrissent pas, comme vous le savez, des idées belliqueuses.

93.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 30 mars 1892.

M. le Baron de Marschall m'a dit hier, que d'après un rapport de M. de Schweinitz, reçu le matin, M. de Giers est gravement indisposé. Il craint, vu l'âge avancé du ministre des Affaires Étrangères de Russie, que la maladie n'ait une issue fatale. La mort de M. de Giers serait une grande perte. C'est un homme expérimenté et sage, qui se sert de l'influence, malheureusement trop restreinte dont il jouit, pour empêcher la Russie de se lancer dans la voie des aventures.

La détresse dans laquelle se trouve actuellement la Russie et qui lui rend la guerre impossible, ne l'empêche pas de continuer ses intrigues dans la péninsule des Balkans. Aussi la fermentation qui règne en Bulgarie, s'explique-t-elle aisément. Elle a surtout gagné en intensité, depuis que l'ambassadeur de Russie a réclamé Chichmanow, l'instigateur présumé de l'assassinat de M. Vulkowitch, et que le gouvernement turc a consenti à le livrer. C'est une honte d'autant plus grande pour M. Nelidow et pour le Sultan, que cet individu n'est pas même sujet russe.

M. le Baron de Marschall a été informé par l'agent allemand à Sofia, de l'intention du gouvernement bulgare d'adresser une note à la Sublime Porte, pour demander que la puissance su-

zéraine veille à ce qu'on ne trouve plus sur le territoire turc, des complots contre la sûrcté de la Bulgarie et contre la vie de ses hommes d'Etat. La note ne soulèvera pas précisément la question de la reconnaissance du Prince Ferdinand; mais priera le gouvernement ottoman de retirer l'acte par lequel il a, en 1888 ou 1889, déclaré illégal l'état de choses existant en Bulgarie.

Le comte Kalnoky et le comte de Caprivi trouvent tous les deux que cette démarche est inopportune. Ils l'ont fortement déconseillée. Ils sont d'avis qu'il ne faut pas fournir à la Russie l'occasion de faire diversion à ses embarras intérieurs et lui donner un prétexte de crier à la violation des traités, tandis que c'est elle seule qui sème le trouble dans la Péninsule des Balkans.

Le Gouvernement bulgare ne paraît pas disposé à écouter les conseils qui lui ont été donnés de Vienne et de Berlin. M. le Baron de Marschall le regrette, mais le comprend. La situation actuelle est intolérable et il faut absolument faire quelque chose pour en sortir. Quant à l'exaspération des Bulgares, elle est bien naturelle. Depuis des années, on ne cesse de travailler contre la tranquillité du pays et la diplomatie russe confesse elle-même qu'il existe, à sa connaissance, un centre de conspiration à Odessa.

M. le Baron de Marschall espère que la note bulgare n'aura pas de suites graves. La Sublime Porte n'osera pas faire droit aux réclamations du Gouvernement de Sofia, quelque fondées qu'elles soient. Elle usera des moyens dilatoires qui lui sont familiers et l'affaire sera oubliée.

Puisque je vous parle des affaires de Bulgarie, j'en veux profiter pour noter le changement qui s'est produit dans la politique de l'Allemagne en Orient, depuis que M. le Général de Caprivi est au pouvoir.

Le Prince de Bismarck se tenait soigneusement à l'écart de ces affaires et laissait l'Autriche et l'Italie en porter tout le poids. Il ne cessait de faire dire à St. Pétersbourg qu'il s'en désintéressait complètement. Elles n'avaient qu'une importance très secondaire pour l'Allemagne. Les traités d'alliance n'en parlent pas. Toute solution lui était donc indifférente.

Cette attitude répondait à la politique générale du Prince

de Bismarck qui cherchait à se ménager toujours la possibilité d'un rapprochement avec la Russie, ainsi qu'aux anciennes traditions de la Cour de Prusse. Elle présentait un double danger.

D'abord elle pouvait conduire l'Autriche à se demander si la triple alliance ne lui imposait pas plus de charges qu'elle ne lui procurait d'avantages.

Ensuite elle avait l'inconvénient d'encourager la Russie dans une politique qui doit nécessairement conduire à un conflit où l'Allemagne aurait été mêlée. Lorsque de l'intrigue et de la conspiration, la Russie passera à une action vigoureuse pour réaliser ses projets, l'Autriche devra s'y opposer par la force des armes. Entourée de trois côtés par la Russie ou ses vassaux, la Hongrie ne pourrait pas subsister avec ses nombreuses populations slaves. Elle n'est pas de force à résister à la Russie, même avec l'aide de l'Autriche. Liée ou non par un traité d'alliance, l'Allemagne aurait été forcée d'intervenir sous peine de voir détruire l'équilibre européen de la façon la plus périlleuse pour elle.

Le double jeu joué pendant si longtemps par le Prince de Bismarck ne pouvait pas convenir à la nature loyale du Comte de Caprivi. Depuis que le nouveau Chancelier est au pouvoir, l'Allemagne soutient beaucoup plus franchement l'Autriche-Hongrie en Orient. Elle le fait très discrètement et se tient toujours au second plan; mais son action n'en est pas moins efficace. J'ai appris qu'on lui en sait beaucoup de gré à Vienne et que le prix que le Gouvernement austro-hongrois attache à la triple alliance, s'en trouve considérablement augmenté.

Le présent rapport fait suite à celui que j'ai adressé à M. le Prince de Chimay le 22 de ce mois sous le No. 420/251.

94.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 27 juin 1892.

Je suppose que les journaux belges auront reproduit l'entrevue du Prince de Bismarck publiée par la nouvelle presse libre et

mon collègue de Vienne vous en aura certainement parlé. Je n'ai donc pas à analyser ce document. L'ex-Chancelier lance de nouveau contre le Gouvernement de l'Empire, c'est-à-dire contre l'Empereur et le Général de Caprivi les deux principales accusations qui défraient depuis longtemps la polémique des Hamburger Nachrichten et des autres journaux qui vont chercher leurs inspirations à Friedrichsruhe. Il leur fait un grief d'avoir conclu les traités de commerce et d'avoir gâté les relations de l'Allemagne avec la Russie.

Sur le premier point l'opinion publique a déjà répondu par l'organe du Reichstag qui a adopté les traités à une immense majorité.

Pour le second, le Prince de Bismarck est mal servi par sa mémoire.

Le refroidissement entre l'Allemagne et la Russie n'est pas le fait du Gouvernement actuel; il date du congrès de Berlin. L'opinion en Europe a été que dans cette assemblée, le Prince de Bismarck s'est montré aussi favorable à la Russie qu'il pouvait l'être; mais à Moscou on n'a pas été de cet avis. On y a accusé l'Allemagne d'avoir ravi à la Russie les fruits de la dernière guerre d'Orient.

L'irritation qui en est résultée, a été le motif déterminant de la conclusion de la triple alliance. L'ex-chancelier voyant que l'entente avec la Russie n'était plus possible, s'est rabattu, faute de mieux sur l'Autriche, à laquelle l'Italie est venue plus tard se joindre, lorsque l'annexion de Tunis lui a fait craindre que la France n'aspirât à la domination exclusive dans la Méditerranée. La fondation de la triple alliance est le second reproche que les panslavistes adressent à l'Allemagne.

La campagne entreprise pour chasser les fonds russes de l'Allemagne et qui a été couronnée de succès, est le troisième grief.

L'insolence de la presse officieuse allemande à l'égard de la Russie pendant les dix derniers années du gouvernement du Prince de Bismarck, n'était pas faite pour adoucir l'amertume de la déception qu'ont éprouvée les Russes qui s'attendaient à recueillir la complaisance ou même la complicité de l'Allemagne en Orient comme prix de leur attitude pendant les guerres de 1866 et de 1870.

L'indifférence affectée à Berlin pour les affaires des Balkans n'a pas effacé ces souvenirs. Le conseil donné aux Russes par le Prince de Bismarck d'occuper Constantinople n'a même servi à rien. On savait à St. Pétersbourg que ni l'Autriche, ni l'Italie, ni l'Angleterre ne permettraient qu'il fût suivi et qu'on ne le suggérait à Berlin que parce qu'on était assuré qu'il n'était pas exécutable.

Tout cela devait conduire logiquement et fatalement à l'entrevue de Cronstadt et au rapprochement entre la Russie et la France recherché par cette dernière puissance depuis 1872; mais ni l'Empereur, ni le Comte de Caprivi n'en sont responsables. Ils n'ont fait qu'hériter d'une situation créée déjà sous l'ancien régime et ils n'ont rien négligé pour l'améliorer. S'ils n'y ont pas réussi, c'est que les circonstances sont plus fortes que les hommes et que l'antagonisme inévitable de l'Autriche et de la Russie en Orient, ne permet pas d'être à la fois l'allié de l'une et l'ami de l'autre. Le double jeu du Prince de Bismarck n'a jamais réussi à masquer cette impossibilité et à Moscou et à St. Pétersbourg on ne peut pas savoir mauvais gré à son successeur d'agir avec plus de loyauté et de franchise.

Quelque injustes que soient les attaques du Prince de Bismarck, elles sont un sérieux embarras pour le Gouvernement. L'ex-Chancelier n'exerce sans doute aucune influence sur les sphères dirigeantes, comme le prouve le fait qu'il n'a pas été reçu à la Hofburg et que le Prince Régent de Bavière s'est absenté de Munich, mais sème l'inquiétude dans les masses et se sert du prestige énorme qu'il doit à la grandeur de son œuvre, pour grouper autour de lui tous les mécontents et pour recruter à l'intérieur et à l'extérieur des ennemis à son Souverain. Son travail de démolition est d'autant plus perfide qu'il s'était fait jusqu'ici dans des journaux qu'il désavoue au besoin. Il n'y avait donc pas moyen de discuter ouvertement et officiellement avec lui. Maintenant il donne plus de prise. En effet l'ex-Chancelier a fait siennes, en les répétant, les assertions des Hamburger Nachrichten; mais il se dérobe encore néanmoins autant qu'il le peut. Ce n'est pas au Reichstag qu'il fait entendre ses critiques, comme il conviendrait à un op-

posant loyal c'est encore dans les colonnes d'un journal et, qui est pis, d'un journal étranger.

L'Empereur et le Ministère ont fait preuve jusqu'à présent d'une très grande longanimité, mais peut-être leur patience est-elle à bout. Un télégramme aux allures officieuses, adressé de Berlin au Neues Wiener Tageblatt, laisse entrevoir la possibilité de révélations qui rétabliraient la vérité des faits.

Le Prince de Bismarck ne peut pas se faire l'illusion qu'il forcera l'Empereur à le rappeler dans ses conseils. Les gens qui l'acclament, ne désirent pas eux-mêmes l'y rappeler. Ils ont assez souffert du système de compression d'autrefois. Le Prince a du reste rendu une réconciliation avec Sa Majesté impossible. Il sait que ses conseils bruyamment donnés sont irréalisables, puisqu'il n'a pas pu y conformer sa propre politique. Son opposition a donc un caractère de vengeance mesquine et antipatriotique qui expliquerait des représailles quelque pénible qu'il soit d'avoir à rapetisser la figure historique du fondateur de l'unité allemande.

95.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 13 août 1892.

Vous vous souviendrez d'un article intitulé «alliance ou flirt« qui a paru dans le Figaro du 14 juillet dernier. C'était une sommation adressée au Gouvernement du Czar d'avoir à réaliser par une alliance formelle les espérances qu'a fait naître chez les Français la rencontre de Cronstadt. Cette mise en demeure n'a pas été du goût de la Russie, comme vous pouvez en juger par le ton des discussions qu'elle a soulevées dans la presse russe indépendante et officieuse. On croit savoir ici, mais sans en être sûr, que l'article du Figaro a été inspiré par M. Ribot pour préparer une démarche qu'il se proposait de faire à St. Pétersbourg.

D'après des informations plus positives reçues au Département Impérial des Affaires Etrangères, M. le Comte de Monte-

bello aurait, peu de temps après, été rechercher M. de Giers encore gravement malade dans sa terre en Finlande pour lui proposer la signature d'un traité d'alliance.

M. de Giers aurait répondu par une fin de non recevoir.

Ces nouvelles m'ont été données à titre strictement confidentiel, aussi vous serai-je obligé de n'en parler à personne, pas même à M. le Comte d'Alvensleben.

Il est intéressant de les rapprocher des ouvertures faites à Berlin en vue de la conclusion d'un traité de commerce entre l'Allemagne et la Russie.

96.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 14 janvier 1893.

Par mon rapport du 9 de ce mois No. 45/31, j'ai eu l'honneur de relater une conversation de l'Empereur avec le Prince Royal de Suède. Il en résulte que Sa Majesté ne veut faire aucune concession sur le projet de réforme de l'armée et que, si le Reichstag ne la vote pas, Elle a l'intention de dissoudre cette assemblée. Afin de ne pas vous adresser une trop longue lettre chiffrée, j'ai réservé pour le jour du courrier les réflexions que cette conversation me suggère.

A en juger par l'attitude des partis il n'y a pas de probabilité que la loi passe telle qu'elle a été présentée par le gouvernement. L'Allemagne est dans la situation d'esprit où était la France entre 1866 et 1870. Grisée par de longs et éclatants succès, elle considère l'idée d'une défaite comme absurde. Les arguments qu'emploie le Général de Caprivi ressemblent à s'y méprendre à ceux qu'apportait le Maréchal Niel à la tribune du corps législatif. On lui répond par les mêmes niaiseries patriotiques dont se servaient M. Jules Favre et ses amis pour préparer, à leur insu, la défaite de la France.

Ce sentiment d'orgueilleuse et fausse sécurité va diminuant à mesure que le Gouvernement multiplie ses explications sur l'état militaire comparé des diverses puissances de l'Europe

et sur la nature de leurs relations politiques. Ainsi que je vous l'écrivais hier le discours du Chancelier à la commission du Reichstag a fait sensation; mais nul ne sait jusqu'à quel point les masses ont été impressionnées. Les députés sont donc toujours sous le coup de la menace de perdre leur mandat s'ils émettent un vote désagréable à leurs électeurs. Ils sont choisis au suffrage universel; ils doivent donc plaire à la partie la moins intelligente de la nation.

Quoique l'Empereur, le Chancelier et le Baron de Marschall continuent à dire que le projet passera à une petite majorité, on peut donc douter que le but soit atteint sans concession de la part du Gouvernement. Il faut aux députés une transaction pour justifier leur vote favorable aux yeux de leurs mandats.

Il est donc à espérer que l'Empereur y consentira au dernier moment, s'il voit qu'il n'y a pas d'autre moyen d'obtenir l'agrément du Reichstag.

Sa Majesté se propose, dit-Elle, de dissoudre cette assemblée dans le cas où elle rejetterait la réforme militaire. Elle se fait illusion si Elle croit que de nouvelles élections lui amèneraient une majorité plus docile. Elles tourneraient vraisemblablement au profit des socialistes et des Freisinnige que l'Empereur considère, ainsi qu'il me l'a dit un jour, comme des républicains déguisés.

Je ne veux pas croire que l'Empereur nourrisse le projet d'accomplir la réforme militaire dans l'Empire, sans le parlement et malgré lui, comme son grand-père l'a fait en Prusse, en 1862. Ni l'Empereur ni le Gouvernement n'ont assez de prestige pour risquer une semblable aventure. D'ailleurs ces choses-là ne réussissent que quand elles aboutissent à Königgrätz.

L'adoption de la loi militaire est indispensable non seulement pour l'Allemagne, mais pour toute l'Europe. Il faut que l'Allemagne soit forte à l'intérieur et à l'extérieur dans l'intérêt de la conservation de la paix dont elle est le principal, sinon l'unique soutien.

97.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 24 avril 1893.

J'ai eu l'honneur de recevoir votre dépêche du 19 de ce mois A No. 2714 et je vous remercie d'avoir bien voulu me donner les renseignements si intéressants qu'elle contenait, sur les affaires de Bulgarie.

Je comprends la confiance de M. Stambouloff dans l'appui éventuel de l'Autriche-Hongrie au cas d'une intervention étrangère en Bulgarie. Il n'est pas nécessaire qu'elle repose sur une assurance positive, parce qu'elle est dans la force des choses.

L'intervention étrangère dont il s'agit, ne peut venir que de la Russie et impliquerait une idée de conquête. La principauté bulgare a été créée par la Russie pour être sa vassale de fait et pour lui servir d'avant-garde contre la Turquie. Elle n'était sans doute pas destinée dans la pensée des hommes d'état russes et spécialement du Général Ignatieff, à avoir une existence permanente. Si jamais le rêve séculaire de la conquête de Constantinople vient à se réaliser, la Russie ne pourrait pas tolérer que ses provinces du nord fussent séparées de celles du midi, par de petits Etats indépendants. L'annexion de la Bulgarie serait une nécessité politique de premier ordre. Pour la même raison, la Roumanie serait condamnée à disparaître. Pour les panslavistes, et tous les Russes le sont plus ou moins, le Czar est en vertu d'une prédestination divine, le souverain légitime de tous les Slaves et aussi de tous les peuples qui professent la religion grecque orthodoxe. La mission de la Russie est de les réunir un jour sous un même sceptre.

La réalisation de ce plan entraînerait la mine à bref délai de la Monarchie hongroise. Enserrée par la Russie de trois côtés, comment pourrait-elle, avec ses nombreuses populations slaves, résister à la pression? L'Autriche elle-même ne serait pas moins menacée. Elle souffre aussi du manque d'unité nationale. L'attachement personnel à un Empereur déjà vieux est le principal lien qui retient ensemble les divers peuples qui

la composent. Séparée de la Hongrie, il lui serait bien difficile de conserver une existence indépendante. Y réussit-elle, ce ne serait qu'en tombant au rang de puissance de second ordre.

La liberté des Etats des Balkans est donc une question de vie ou de mort pour l'Autriche-Hongrie. Si un conflit éclate, il est impossible qu'elle n'y prenne pas part. Il est impossible aussi que l'Allemagne s'en désintéresse. L'Empire ménage toujours la Russie autant qu'il le peut. Il évite de se mêler des questions orientales et lorsqu'il y est forcé, il prend un soin extrême de se tenir au second plan. Le traité d'alliance n'oblige pas l'Allemagne à intervenir pour appuyer l'Autriche-Hongrie dans une guerre entreprise pour défendre l'indépendance des Etats des Balkans. Néanmoins je ne doute pas un seul instant, qu'elle ne prenne parti, dans le cas probable où les forces de l'Autriche-Hongrie ne seraient pas en état de résister à celles de la Russie, dans un conflit dont le théâtre serait l'embouchure du Danube. Pour l'équilibre Européen et pour la sécurité de l'Allemagne, il est nécessaire que l'Autriche-Hongrie reste une grande puissance. La perspective d'un accroissement de territoire, pour le cas où la monarchie des Habsbourg viendrait à s'émietter, ne constituerait pas une compensation suffisante pour le péril dont l'Allemagne serait menacée par la réalisation de l'idée panslaviste.

98.

Baron Borchgrave, Gesandter in Wien[1]).

Très confidentielle. Vienne, le 12 juin 1893.

L'Ambassadeur de France a eu ces jours-ci à son retour de Paris un entretien avec le Comte Kalnoky dont il a bien voulu me rapporter la substance.

«Nos populations«, lui disait le Ministre Impérial, «s'inquiétant de plus en plus de l'augmentation périodique des armements, le moment paraissait venu de leur dire que la situation politique

[1]) Baron Emile de Borchgrave hatte am 29. 11. 1891 den Grafen de Jonghe d'Ardoye auf dem Gesandtenposten in Wien abgelöst.

est meilleure. L'Empereur avec sa haute expérience et le prestige de son nom le pouvait mieux que personne. Je l'ai répété aux Délégations qui l'ont appris avec satisfaction. Mon exposé a été accueilli partout avec faveur, à Rome comme à St. Pétersbourg, à Paris comme à Berlin, à Berlin aussi, je puis vous l'assurer.

«J'ai été très heureux du langage des journaux français et j'ai pu dire que nos rapports avec la Russie sont meilleurs, parce que telle est la vérité. C'est un fait tranquilisant, et il était opportun de le constater.«

Le Comte Kalnoky, disait M. Decrais, paraissait fort satisfait en tenant ce langage.

«Pour moi«, ajoutait S. E. «je l'ai trouvé naïf, je n'ose pas dire maladroit. Il ne nous déplaît pas que les rapports entre Vienne et Berlin soient de moins en moins cordiaux; c'est affaire à leurs hommes d'Etat. Il ne nous déplaît pas davantage que l'Autriche fournisse des armes à l'opposition en Allemagne. Les journaux français et russes sont dans leur rôle en chantant les louanges du Comte Kalnoky. Nous aurions mauvaise grâce à blâmer le Ministre dirigeant de l'Empereur François Joseph de faire pièce à ses amis de Berlin. Et cependant nous ne désirons pas le rejet de la loi militaire; notre presse que nous n'avons pas dans la main, pourrait se laisser aller à de tels accents d'allégresse que le moindre incident nous placerait peut-être devant l'incalculable . . .» J'affirme d'un autre côté qu'il n'y a rien de changé dans les rapports entre Vienne et St. Pétersbourg. L'irritation du Czar provoquée par la réception de M. Stambouloff persiste; la visite de l'Empereur à M. de Giers a produit plutôt un effet opposé à celui qu'on en attendait. On n'a pas su gré d'une visite qui devait fatiguer outre mesure un vieillard malade qui n'avait d'autre but qu'une démonstration ne rimant à rien et qui manquait peut-être un peu de dignité. On ne saura pas plus de gré à St. Pétersbourg des politesses qu'on vient de prodiguer au Prince de Monténégro «le meilleur ami du Czar« et dont le Prince a paru bien étonné n'étant pas gâté sous ce rapport. Si l'impression produite par la visite de M. de Giers avait été ce que l'on prétend, le Grand-Duc Wladimir aurait passé par Vienne à son retour de Rome.

Vienne, 12. 6. 1893.

On l'attendait. Le Prince Hohenlohe me disait qu'il arriverait entre le 8 et le 12 mai. Le Prince Reuss le croyait aussi. J'en parlais au Prince Lobanoff qui, se jugeant un peu mieux informé des choses de Russie que les personnages que je viens de citer, me donna l'assurance que le Grand-Duc ne passerait pas par Vienne, et il n'est pas venu...

La presse autrichienne qui a reçu pour mot d'ordre de faire des amours à la Russie, parce qu'on est à l'aigre avec Berlin, a un langage plus mesuré, plus poli.

C'est le seul changement qu'il y ait dans la situation...

Si le Grand-Duc héritier vient, comme on s'en flatte, assister aux manœuvres d'automne, c'est un fait dont il faudra tenir compte; mais on ne sait encore rien de précis à cet égard. Ce que je crois pour le moment, c'est qu'on n'a pas gagné Pétersbourg et qu'on a gravement froissé Berlin.

99.

Baron Beyens, Gesandter in Paris.

Paris, le 7 octobre 1893.

Le Gouvernement et le Conseil municipal de Paris, aidés d'un syndicat des principaux journaux de la capitale, mettent la dernière main au programme des fêtes, qui seront données dans la seconde quinzaine de ce mois en l'honneur de l'amiral Avelane et de ses officiers. Déjeuners et dîners suivis de réceptions, carrousel militaire, bals, illuminations, soirée de gala à l'opéra, le programme est dès à présent des plus chargés, et du moment où ils auront mis le pied à Toulon sur le sol français jusqu'à leur rembarquement, les marins russes n'auront guère le temps de respirer. Le Ministère a décidé de consacrer 300 000 francs à ces fêtes, le conseil municipal de Paris en a voté 350 000; les souscriptions particulières, ouvertes dans les colonnes des journaux, ont produit moins de 200 000 francs, ce qui laisserait supposer que les classes riches ne montrent pas un empressement exagéré à contribuer aux solennités qu'on prépare. Le total de l'argent à dépenser n'en formera pas moins

une somme d'environ un million, destinée à donner à l'Europe une éclatante idée des sentiments des Français à l'égard des Russes. Elle n'avait pas besoin de cette démonstration, à laquelle le Gouvernement s'efforcera d'attribuer un caractère pacifique. C'est dans ce but qu'il a résolu d'inviter le Corps diplomatique étranger aux réceptions officielles de l'Elysée et de quatre ministères.

Au milieu des articles dithyrambiques publiés depuis un mois en l'honneur de l'alliance franco-russe, quelques esprits prudents ou moins échauffés, ont essayé de glisser une note plus juste et plus modérée. Les uns, s'appuyant sur le langage de la presse de Saint-Pétersbourg, ont insinué que les futures manifestations de l'allégresse des Parisiens ne devaient pas dépasser la portée que désire y attacher le Czar; ils ont rappelé que ce Prince considère le rapprochement des deux nations comme un moyen de garantir la paix européenne. Les autres ont été plus loin: ils ont montré la situation de la France telle qu'elle est, c'est-à-dire plus exposée que jamais aux attaques de ses voisins, et la tension déplorable de ses rapports avec l'Italie; ils ont conseillé en conséquence de ne pas fournir de prétexte au conflit toujours prêt à éclater ni d'aliment au feu qui couve depuis si longtemps. Malgré la sagesse de ces paroles il est à craindre qu'aucune digue ne puisse arrêter le courant . . de sympathies, qu'entraînera la population de Paris à des excès d'enthousiasme: la majeure partie ne fera qu'obéir à un chauvinisme respectable, excité par la lecture d'une presse affolée, mais les bas-fonds de la grande ville, qui recèlent une tourbe innombrable de souteneurs et de camelots, anciens clients de Boulanger, personnel attitré des émeutes, apporteront l'appoint le plus bruyant aux démonstrations de la rue. Ce spectacle paraîtra sans doute regrettable à tous les Français vraiment soucieux de la dignité de leur patrie, et, en dépassant la mesure, il plaira médiocrement au Czar, la présence, par exemple à la tête du Conseil municipal chargé de recevoir les marins russes de M. Alphonse-Humbert, qui a salué l'avènement au trône d'Alexandre III par un article infâme signé de lui dans L'Intransigeant; il l'y qualifiait de «ganache aux mains sanglantes, d'éponge à boire

du sang, et non seulement lâche et assassin, mais bête et idiot»!

Il est impossible de ne pas se préoccuper de l'éventualité d'un incident imprévu pendant les fêtes prochaines. Un état de malaise plus prononcé, une situation politique générale plus embrouillée, c'est ce qui résulte le plus clairement de l'entente de la France avec la Russie. Les avantages que cette dernière en a retirés sont autrement palpables. Depuis 1888, le Gouvernement impérial a trouvé à emprunter 4 milliards, 800 millions d'argent français, presque le montant de la rançon payée à l'Allemagne, et si sa dernière opération, lancée un mois après Cronstadt, n'a pas réussi par la faute des banquiers auxquels il s'était adressé, il vient de faire un coup de maître cette fois-ci; il est parvenu ce qui ne s'était jamais vu, à se passer d'intermédiaires, à ne pas donner un sou à la presse ni aux courtiers, qui sont la plaie de la Bourse de Paris, en faisant coïncider la conversion en 4% d'un emprunt de 200 millions émis à 6% en 1883 avec la visite de l'amiral Avelane. Aucun journal financier n'a osé mener une campagne antipatriotique contre une manœuvre, qui le prive d'un bénéfice assuré.

100.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 14 octobre 1893.

Mon collègue de Belgrade aura certainement attiré votre attention sur les efforts de la presse serbe pour éveiller la défiance de la Sublime Porte contre l'Autriche-Hongrie au sujet de l'érection de fortifications dans le territoire de Lim, en vue, prétend-on, de projets d'annexion de la bande de terre qui s'étend de l'Herzégovine à Salonique. Un autre journal serbe engage à donner des armes aux habitants de la Bosnie pour secouer le joug de l'Autriche. Il y a eu des manifestations qui donnent à réfléchir, pendant le récent voyage du Roi de Serbie dans son Royaume.

Vous aurez remarqué l'article de l'officieuse «Fremdenblatt» qui est l'organe du ministère des affaires étrangères de Vienne.

Cet avertissement donné à la Serbie n'a pas été concerté avec Berlin; il n'a donc qu'une importance secondaire. Je ne vous en dirais rien s'il ne coïncidait pas avec un redoublement de violence de l'agitation des jeunes Tchèques et avec des mouvements semblables en Croatie et en Transsylvanie.

Je crois savoir que les Panslavistes de Moscou ne sont pour rien dans ce qui se passe en Bohème; mais il est probable, presque certain, qu'ils ont la main dans les événements de Serbie et de Croatie. Je dis les Panslavistes et non la Russie. En effet il n'est pas possible de faire remonter la responsabilité de ces intrigues au Czar et à ses conseillers. Le désir de Sa Majesté de conserver la paix est manifeste. Elle vient d'en donner la preuve par la correction de son attitude dans l'affaire de la visite de la flotte russe à Toulon. La loyauté du caractère du Czar est un sûr garant qu'il ne se prêterait pas à jouer double jeu.

Il serait du reste absurde de mécontenter la triple alliance au moment où la Russie cherche à conclure avec l'Allemagne un traité de commerce dont elle a un pressant besoin.

Mais ce qui se passe, prouve une fois de plus qu'il y a deux gouvernements en Russie, celui de l'Empereur et le gouvernement occulte de la société de bienfaisance de Moscou. Le premier n'est pas toujours le plus fort. C'est pourquoi les manifestations officielles et, je n'en doute pas, sincères du gouvernement du Czar, en faveur de la paix, ne peuvent jamais être accueillies qu'avec une certaine réserve. C'est pourquoi aussi la visite à Toulon ne laisse pas de causer quelque appréhension, malgré les efforts de l'Empereur de Russie et d'une partie de la presse française pour lui ôter son caractère dangereux.

101.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 25 octobre 1893.

Les avertissements donnés par le Czar ont atteint leur but. Les fêtes de Toulon et de Paris touchent à leur fin, et pas une seule parole imprudente n'a été prononcée par la France offi-

cielle. Elle s'est scrupuleusement conformée au mot d'ordre venu de St. Pétersbourg. Elle s'est évertuée à représenter la visite amicale de la flotte russe comme le gage d'une entente uniquement destinée à garantir la paix du monde.

M. le Baron de Marschall m'a dit hier qu'il se félicite que tout se soit si bien passé. Il craignait surtout quelque démonstration anti-italienne. Maintenant le danger immédiat semble écarté. L'enthousiasme a eu le temps de se manifester et ne peut pas se maintenir toujours au même diapason. Les toasts deviennent de plus en plus courts, donc de moins en moins périlleux. L'Amiral Avelane a beaucoup contribué, dit le Secrétaire d'Etat, à ce qu'il n'y eut pas d'incartade par son calme et la sobriété de sa parole.

La Russie a fait clairement voir qu'elle veut conserver sa liberté d'action, rester seule maîtresse de la direction de sa politique, qu'elle garantirait la France contre une agression au cas très improbable où la Triple Alliance songerait à l'attaquer, mais qu'elle refuse d'encourager la France à prendre l'offensive. En un mot, la Russie veut bien disposer de la France, mais ne veut pas que la France dispose d'elle.

Le Gouvernement français a accepté l'amitié russe dans les conditions où elle a été offerte. Je n'ai pas de raisons de croire qu'il manque de sincérité. La possession du pouvoir engendre le sentiment de la responsabilité. La République n'aurait d'ailleurs rien à gagner à une guerre. La défaite serait l'écrasement de la France, la victoire serait la fin du régime républicain qui ne pourrait pas subsister, s'il y avait un général, ayant assez de prestige pour s'emparer de la dictature. Je ne crois donc pas que la France officielle ait eu l'arrière-pensée de donner aux fêtes de Toulon et de Paris une autre portée que celle qu'on a voulu leur mesurer à St. Pétersbourg.

Mais la France non-officielle est-elle du même avis? Y a-t-il un seul Français qui ne souhaite pas la revanche? Les uns, les énergumènes, la veulent tout de suite. Ce sont les moins nombreux. Il y a d'ailleurs beaucoup d'exhibition théâtrale et de souci de se créer un piédestal dans la manifestation de leur patriotisme. Les autres, les sages, la méditent pour plus

tard, quand les conjonctures seront favorables. Ce sentiment est entretenu par l'humiliation de la défaite plus encore que par le regret des Provinces perdues. Il a trouvé son expression dans le délire de l'accueil fait aux marins russes et qui ne peut s'expliquer ni par la sympathie pour les institutions russes, ni par des traditions communes. Il n'y a de commun que la haine de l'Allemagne à qui l'on ne peut pas pardonner d'être la Puissance prépondérante dans le monde, comme la France l'a été et comme la Russie rêve de le devenir. Dans la bouche du peuple parisien le cri de «vive la Russie» a la même signification que le cri «à Berlin» qu'il poussait en 1870. Le peuple français a l'espoir que de gré ou de force le Czar l'aidera un jour à reprendre sa situation perdue.

La visite à Toulon a donc diminué la sécurité européenne en augmentant la confiance du peuple français en lui-même. La France est fière avec raison de la reconstitution de son armée. Elle sait par l'aveu du Chancelier au Reichstag qu'elle est en ce moment militairement plus forte que l'Allemagne. La sympathie de la Russie l'encouragera à le prendre de haut, lorsque surviendra un de ces frottements inévitables entre pays voisins.

Ma conviction a toujours été que la prochaine guerre ne sera pas déclarée par la volonté délibérée des Gouvernements, mais à la suite d'une émotion populaire à laquelle il est impossible de résister. Cette émotion se serait déjà produite, si la France avait encore, comme en 1870, des soldats de profession à envoyer à la frontière. On est devenu plus prudent, depuis que grâce au service personnel il faut y aller soi-même. Ce qui vient de se passer, rend un pareil mouvement plus facile.

L'isolement de la Russie et de la France, les deux Puissances mécontentes du partage politique de l'Europe, était salutaire. Il est fâcheux qu'il ait cessé d'exister. J'ai déjà eu l'honneur de vous écrire, ainsi qu'à M. le Prince de Chimay, pourquoi on ne croit pas à Berlin qu'il y ait une alliance formelle secrète entre la France et la Russie, mais c'est déjà trop d'entretenir dans le public français l'espérance qu'elle pourra naître un jour.

Je me suis assuré hier par une conversation avec M. le Baron

de Marschall que le Gouvernement Impérial juge les fêtes de Toulon et de Paris comme je viens de le faire.

Toutefois le Secrétaire d'Etat pense que l'Angleterre est plus menacée que la Triple Alliance par le rapprochement entre la France et la Russie. Elle s'en apercevra, dit-il, au ton que prendra la France, quand elle parlera de l'Egypte et de Siam. La Russie et la France n'ont pas en Europe d'intérêts communs. Peu importe à la Russie que l'Alsace et la Lorraine appartiennent à l'Allemagne ou à la France. Elle n'aiderait certainement pas les Français à récupérer ces Provinces. Elle n'a aucun motif non plus de chercher noise à l'Italie.

La France et la Russie ont au contraire un terrain d'entente en Égypte, au Siam, au Centre de l'Asie, c'est-à-dire dans la sphère des intérêts anglais et en dehors de ceux de la Triple Alliance. La presse anglaise commence à en avoir le sentiment. Elle s'apitoyait naguère sur le sort de l'Allemagne, quand l'intimité de la France et de la Russie se resserrait. Elle comprend maintenant qu'elle est plus atteinte que les Puissances du Continent. Il importe fort peu à l'Allemagne qu'il y ait une flotte russe dans la Méditerranée; elle doit donner à réfléchir au Gouvernement anglais. Le pis est qu'il ne peut chercher aucun appui à l'extérieur pour détourner le péril.

M. Gladstone voudrait avoir avec les Puissances du Centre de l'Europe des relations semblables à celles de la Russie avec la France, se faire aider par la Triple Alliance, si l'Angleterre est menacée, se réserver sa liberté d'action pour le cas où la Triple Alliance serait attaquée. Cela ne peut pas convenir aux Puissances de l'Europe Centrale, et l'Angleterre est hors d'état de contracter avec elles une union sur une base acceptable. Aucun Ministère anglais ne pourrait prendre d'engagements, quant à la politique extérieure. De leur côté les Puissances du Centre de l'Europe ne pourraient pas s'exposer à devoir guerroyer pour des intérêts qui leur sont aussi étrangers que ceux de l'extrême Orient. C'est ce qui rend la situation de l'Angleterre si difficile, depuis que la haine que nourrissent les Français contre elle, est plus profonde que celle dont ils sont animés contre l'Allemagne, dit M. de Marschall.

102.

Baron de Vinck, Gesandter in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 30 octobre 1893.

L'Escadre russe a quitté Toulon, et les dernières manifestations patriotiques qu'a provoquées en France sa visite viennent de prendre terme. Le télégramme de S. M. l'Empereur remerciant le Président de la République de l'accueil fait à Sa Marine, et insistant une fois de plus sur Son désir de maintenir la paix générale, a clos la série des fêtes franco-russes. L'enthousiasme ardent que devait éveiller en France la venue des marins du Czar était prévu par tout le monde: il n'en est ni plus explicable ni plus justifié.

Que certaines éventualités puissent se présenter où l'intérêt de la Russie serait de tirer son épée au secours de la France, c'est ce que l'état de l'Europe rend évident. Mais que la Russie qui ne tolérera pas un nouvel agrandissement de l'Allemagne, porte le moindre intérêt aux aspirations françaises concernant l'Alsace-Lorraine, la revanche de 1870, etc., c'est une illusion que l'on s'étonne de voir persister à Paris.

Si la Russie germanophile d'Alexandre II a disparu, ce n'a pas été pour faire place à un Empire gallophile. La Russie d'Alexandre III est russe sans épithète; sa politique est exclusivement et radicalement «nationale»; elle affecte même de paraître détourner les yeux de ce qui se passe hors de ses frontières, et de se consacrer toute entière à la renaissance de sa civilisation slave, presque étouffée de Pierre-le-Grand à Alexandre II. S. M. l'Empereur est la personnification vivante de cet état d'esprit qui a valu en peu d'années à Son règne une immense popularité dans les couches profondes de la nation.

Les avances de la France sont donc peine perdue. Le jour où les intérêts du Panslavisme pousseraient la Russie à une intervention à main armée en Europe, les manifestations de Cronstadt, de Toulon ou de Paris n'y seront pour rien. Si l'on se soutient et s'appuie réciproquement sur certains points du globe, et dans des questions relativement accessoires, tels qu'en Egypte et en Bulgarie, dans la Méditerranée, à Madagaskar ou dans

l'Abyssinie italienne, c'est que chacun des deux pays y trouve son compte: sur ce terrain des intérêts pratiques l'on ne voit vraiment pas la place des sympathies fraternelles et des dévoûments chevaleresques que viennent d'invoquer une fois de plus les exaltés français.

Traité d'alliance, engagements verbaux, pactes secrets ou secrets encouragements, tout cela n'a jamais existé que dans l'imagination des Parisiens: ce sont là des mirages dont s'illusionne le chauvinisme français. Il m'a paru qu'il ne serait pas inutile de vous rappeler brièvement cette situation, au moment où les manifestations russophiles viennent de prendre en France un développement et un éclat si disproportionnés.

La Russie a fêté hier l'anniversaire de l'heureuse préservation des jours de S. M. l'Empereur lors de l'accident de chemin de fer de Borki, près de Kharkow, le 17/29 Octobre 1888. Si je vous signale ce détail, c'est uniquement en raison du caractère particulier que tend à revêtir ce fait encore si rapproché de nous, et de la légende qui déjà l'enveloppe.

C'est ainsi que le communiqué inséré au «Messager Officiel», et conviant les corps constitués à assister au Te Deum chanté à la Cathédrale de St. Isaac par le Métropolite, porte les mots: «l'événement miraculeux de Borki». Un tableau exposé depuis cette année dans les appartements de réception du Palais d'Hiver, et dont les reproductions les plus humbles . . .[1]), consacre ce miracle par l'intervention directe de personnages surnaturels, sur le lieu de l'accident ou, pour mieux dire, de l'attentat. C'est là un symptôme entre mille du mysticisme officiel que j'avais l'occasion de vous signaler incidemment dans ma dernière lettre, et dont l'Etat encourage sans cesse les progrès.

103.

Baron Beyens, Gesandter in Paris.

Paris, le 30 octobre 1893.

Après huit jours de fêtes éclatantes et ininterrompues l'Amiral Avelane a quitté Paris avec ses officiers pour retrouver à Lyon,

[1]) Unleserlich.

à Marseille et à Toulon jusqu'à l'instant de son départ les mêmes démonstrations d'une amitié exubérante. La population parisienne n'a mêlé à ses vivats enthousiastes aucun cri haineux contre la Triple Alliance, dont la presse a rendu justice à l'apparence pacifique de l'accueil fait aux marins russes. Ainsi a été observé le mot d'ordre donné par le Gouvernement et les principaux journaux et inspiré par la Cour de Russie. Quant au programme, qui a été suivi, si chargé qu'il ait paru, il contenait sous certains rapports bien des lacunes. On a montré aux hôtes aimés, qu'on traitait magnifiquement, les habitants de tous les quartiers, on ne leur a pas fait voir toutes les merveilles de la capitale; pour complaire à quelques conseillers municipaux on les a promenés dans des arrondissements excentriques, mais on n'a pas poussé jusqu'à Saint-Germain et Versailles; on ne leur a pas épargné l'inspection des abattoirs, mais on a omis de leur ouvrir les portes des plus admirables musées; on ne leur a pas fait grâce du lycée Buffon et de ses installations toutes neuves, mais on n'a pas jugé à propos de les conduire sous les voûtes séculaires de Notre-Dame. La foule, qui se pressait autour d'eux les a fatigués de ses manifestations parfois ridicules à force d'être chaleureuses. Pourtant on n'a eu à déplorer aucun incident fâcheux, et c'est une bonne note à l'actif des Parisiens enclins aux exagérations et aux excès.

Le Gouvernement de la République ne peut se méprendre sur la portée de l'acte de courtoisie du Czar à l'égard de la France. retardé jusqu'à l'époque fixée pour l'établissement d'une station navale dans la Méditerranée. Eût-il été tenté de l'oublier que les télégrammes officiels d'Alexandre III à M. Carnot conçus en termes brefs et froids, et ne prêtant à aucune équivoque, ont dû la lui rappeler. Force a été aux inventeurs obstinés et aux partisans acharnés de l'alliance russe d'épiloguer sur le sens des derniers remerciements, un peu plus chauds que les premiers, envoyés de Gatschina au moment où l'escadre allait lever l'ancre. La Gazette de l'Allemagne du Nord semble avoir résumé exactement la situation en disant qu'on sait depuis longtemps que la Russie peut compter, le cas échéant sur l'appui militaire de la France, et que les Russes n'ont, par conséquent,

aucune raison pour payer, par la promesse de la réciprocité, cette amitié qui leur est accordée gratuitement.

Si l'absence de tout engagement secret paraît à peu près certaine, on est en droit de s'étonner, qu'une plus grande circonspection n'ait pas été prescrite à tous les chefs de l'armée russe; quelques uns d'entre eux ont adressé aux généraux ou aux colonels français de télégrammes bien propres à donner le change sur les intentions de leur Gouvernement, et faisant appel à une confraternité, qui n'a rien de pacifique. Dans les rues de Paris les jeunes officiers de marine se permettaient sous les yeux de leurs supérieurs des expansions ou une mimique beaucoup trop expressive; enfin la durée du séjour de l'amiral aurait pu être utilement abrégée; sa visite, en se prolongeant ainsi, risquait de perdre le caractère de stricte politesse qu'on veut lui attribuer à Saint-Pétersbourg.

Le danger du spectacle auquel nous venons d'assister peut, en effet, éclater plus tard; cette réception inoubliable a laissé les Français sous l'impression que l'alliance, ébauchée dans les serrements de mains échangés à Cronstadt, était scellée par les accolades de Toulon. Bien peu d'entre eux doutent encore aujourd'hui de l'union des deux peuples et surtout des deux armées en vue d'une action commune contre l'Allemagne et ses alliés. Il est à craindre que le Czar n'ait réussi, malgré lui, qu'à échauffer en France des sentiments qui n'avaient pas besoin d'excitation dans l'état de nerfs où se trouve actuellement cette nation impressionnable, ses gouvernants obtiendraient plus difficilement qu'il y a quelques semaines qu'elle garde son sang froid, si un incident tel que celui d'Aigues-Mortes, par exemple, venait à surgir. C'est le résultat, assurément regrettable, des brillantes réjouissances de ces jours passés.

104.

Baron Solvyns, Gesandter in London.

Londres, le 3 décembre 1893.

Les hommes politiques avec lesquels j'ai eu occasion de m'entretenir dans ces derniers temps paraissent appréhender,

pour l'année prochaine, les complications les plus sérieuses Voici, en résumé, les arguments qu'ils invoquent à l'appui de leur opinion:

«La triple alliance, qui a été fondée dans un but défensif et en vue de garantir le maintien de la paix, tend à se dissoudre; l'alliance franco-russe, au contraire, qui est franchement agressive, se resserre chaque jour et devient de plus en plus menaçante. En Autriche, la lutte de l'élément allemand avec l'élément slave; en Allemagne, l'importance grandissante du socialisme; en Italie, le délabrement des finances obligent les trois gouvernements à se préoccuper avant tout de leurs difficultés intérieures et doivent les disposer à ne pas remplir strictement les engagements qu'ils ont contractés. D'un autre côté, l'entente entre la France et la Russie, qui a eu pour premier résultat la présence permanente d'un escadre russe dans la Méditerranée, ne peut manquer de s'affirmer de nouveau par d'autres faits non moins graves et non moins alarmants pour les intérêts britanniques. Il nous importe donc de continuer sans relâche à augmenter nos ressources navales.»

Bien que ce langage ne soit pas tenu par des personnages officiels et que ceux-ci affectent même d'éprouver une confiance sereine dans le maintien de la paix, j'ai cru devoir vous rapporter ce qui se dit autour de moi.

VERZEICHNIS DER ANLAGEN

DRUCKFEHLERVERZEICHNIS

S. 149, Zeile 18 v. o., lies „devint“ statt „devient“.
„ 154, „ 6 „ u., „ „l'on n'avait pas toujours“ statt „l'on avait toujours“.
„ 155, „ 10 „ „ „ „pusillanimité“ statt „pusillanimes“.
„ 157, „ 2 „ „ „ „extérieure“ statt „antérieur“.
„ 158, „ 10/11 „ o., „ „battus en brèche“ statt „lattus en Crèche“.
„ 158, „ 13 „ „ „ „briser“ statt „criser“.
„ 159, „ 1 „ „ „ „désarroi parlamentaire“.
„ 160, „ 19 „ „ „ „défaira“ statt „déférait“.
„ 162, „ 17 „ „ „ „rapportent“ statt „rapportant“.
„ 163, „ 18 „ „ „ „qui paraissent“ statt „et paraissent“.
„ 171, „ 6 „ u., „ im Anfang „acquis qu'à son occasion“.
„ 173, letztes Wort, „ „renoncé“ statt „renouée“.
„ 177, Zeile 4 v. o., „ „Elle ne s'est pas rendue“.
„ 180, „ 17 „ u., „ „unissait les deux Etats“.
„ 180, „ 15 „ „ „ „accomplir“ statt „accompter“.
„ 185, „ 16 „ o., „ „publié“ statt „publier“.
„ 186, „ 10 „ u., „ „peut-être“ statt „pu être“.
„ 186, „ 4 „ „ „ „lutte“ statt „lettre“ und „crise“ statt „cride“.
„ 187, „ 2 „ o., „ „velléités“ statt „veinerités“.
„ 187, „ 14 „ u., „ „à“ statt „vu“.
„ 188, „ 13 „ o., „ „effrontées“ statt „éhontés“.
„ 188, „ 16 „ u., „ „mieux“ statt „même“.
„ 189, „ 9 „ „ „ „qu'il a eu exprimé“.
„ 192, „ 10 „ o., „ „Il ne peut être pas“.
„ 194, „ 10 „ „ „ „ne soit naturellement indiquée“.
„ 194, „ 18 „ „ „ „réserve“.
„ 194, „ 19 „ „ „ „empreint“ statt „emprunt“.
„ 195, „ 4 „ „ „ „inviter“ statt „invité“.
„ 195, „ 18 „ „ „ zu Anfang „de“ statt „à“.
„ 195, „ 11 „ u., „ „fréquentes“ statt „formées“.
„ 196, „ 14 „ „ „ „s'en“ statt „sans“.
„ 197, „ 1 „ o., „ „toutes des réflexions“.
„ 199, „ 15 „ u., „ „mal gré“ statt „malgré“.
„ 202, „ 15 „ o., „ „contracter“ statt „constater“.
„ 208, „ 6 „ „ „ „Si en outre“.
„ 212, „ 13 „ u., „ „inconvénient“.
„ 213, „ 11 „ o., „ „L'organisateur“.
„ 213, „ 13 „ „ „ „grave“ statt „grade“.
„ 213, „ 14 „ u., „ „D'aucuns pensent“.
„ 222, „ 6 „ „ „ „verrait“ statt „venait“.
„ 226, „ 14 „ „ „ „pas à s'opposer“.
„ 228, „ 17 „ o., „ „constaté“.
„ 229, „ 4 „ u., „ „accueilli“.
„ 237, „ 7 „ o., „ „le respect des clauses“.

Druckfehlerberichtigung zu Band 4.

S. 34, Zeile 10/11 v. u., muß es heißen: „Datiert 4 Tage vor dem Attentat von Serajevo.“

INHALTSVERZEICHNIS



Spamersche Buchdruckerei in Leipzig.